



PROTOKOLL
25. PARTEITAG
DER CDU DEUTSCHLANDS

4.–5. DEZEMBER 2012 | HANNOVER



CDU

Protokoll

**25. Parteitag der CDU Deutschlands
4. – 5. Dezember 2012, Hannover**

INHALT	Seite
Eröffnung: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	9
Beschlussfassung über die Tagesordnung	10
Bestätigung der Antragskommission	11
Wahl der Mandatsprüfung	11
Wahl der Stimmzählkommission	11
Grußworte:	
■ David McAllister, Ministerpräsident Niedersachsen	11
■ Dr. Wilfried Martens, Präsident der Europäischen Volkspartei	16
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschland	19
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	37
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands Hermann Gröhe MdB	58
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs	64
Anträge zum Statut, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU	64
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2010 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz Dr. Helmut Linsen	65
Bericht der Rechnungsprüfer	68
Bericht der Mandatsprüfungskommission	71
Entlastung des Bundesvorstandes	72
Wahl des Bundesvorstandes	74
■ Wahl des Vorsitzenden	
■ Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden	
■ Wahl des Bundesschatzmeisters	
■ Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums	
■ Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	

Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)	121
Wahl des Bundesparteigerichts der CDU	122
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament Herbert Reul MdEP	122
Sonstige Anträge Beratung und Beschlussfassung	129
Anträge zum Statut, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU	171
Sonstige Anträge Beratung und Beschlussfassung	172
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Volker Kauder MdB	184
Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern Ministerpräsident Horst Seehofer	193
Antrag des Bundesvorstandes „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!“ Beratung und Beschlussfassung	198
Schlusswort der Vorsitzender der CDU Deutschlands Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	220
ANHANG	
Beschlussprotokoll	223
Rednerverzeichnis	278

Dienstag, 4. Dezember 2012

Erste Plenarsitzung

(Beginn 10.32 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

Eröffnung

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 25. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und heiße Sie alle hier, in Hannover, ganz herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir sind bereits zum sechsten Mal mit unserem Bundesparteitag in dieser weltweit berühmten Messestadt. Deshalb möchte ich mich ganz herzlich bei dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Messe AG, Herrn Dr. Wolfram v. Fritsch, für die hervorragenden Arbeitsbedingungen, die uns hier geboten werden, bedanken. Danke schön, dass wir hier, bei Ihnen, zu Gast sein dürfen!

(Beifall)

Ganz besonders herzlich begrüße ich natürlich den gastgebenden Landesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union in Niedersachsen, unseren Freund und Ministerpräsidenten David McAllister.

(Anhaltender Beifall)

Lieber David, du hast in den vergangenen Jahren mit deiner Regierungsmannschaft Hervorragendes für die Menschen in Niedersachsen geleistet. Wir werden dich mit aller Kraft unterstützen, wenn es jetzt in den Wahlkampf für die Landtagswahl geht. Das ist selbstverständlich.

(Beifall)

Morgen erwarten wir den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, unseren Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Wir freuen uns schon heute auf sein Grußwort.

Ich freue mich ganz besonders, einen unserer treuesten Gäste heute hier begrüßen zu können. Ich selbst habe ihn noch gar nicht gesehen; vielleicht steht ein Fotograf vor ihm, nämlich den gerade im Amt bestätigten Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Dr. Wilfried Martens.

(Beifall)

Weiterhin begrüße ich unsere zahlreichen internationalen Gäste von den Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei, der Internationalen Demokratischen Union und der Christlich Demokratischen Internationalen. Wir freuen uns über die Teilnahme vieler Botschafter, vieler Vertreter der Botschaften und der Vertreter diplomatischer Missionen. All Ihnen ein herzliches Willkommen!

Besonders freue ich mich, dass Prälat Dr. Karl Jüsten und Prälat Dr. Bernhard Felmborg als Repräsentanten unserer beiden großen Kirchen wieder unsere Gäste sind. Ich danke dem Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover, Herrn Ralf Meister, und der Pastorin Hanna Kreisel-Liebermann für den beeindruckenden ökumenischen Gottesdienst in der Marienkirche Hannover. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich bitte Sie ganz herzlich, den Dank auch an den Bischof von Hildesheim, Herrn Norbert Trelle, zu übermitteln, der den Gottesdienst mitgestaltet hat.

Ich begrüße die zahlreichen Vertreter der sozialen Verbände, stellvertretend den Präsidenten des Sozialverbands Deutschland, Herrn Adolf Bauer.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, unseren Freund Rudolf Seiters. Ganz herzlich willkommen in Niedersachsen!

(Beifall)

Ich begrüße die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, unsere Freundin Erika Steinbach. Ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße die zahlreichen Vertreter von Wirtschaftsorganisationen und Gewerkschaften, darunter Dr. Reinhard Göhner und Dr. Markus Kerber, die Hauptgeschäftsführer von BDA und BDI.

Ich begrüße für die Gewerkschaften schon jetzt Herrn Bsirske; auch wenn ich nicht weiß, ob er schon anwesend ist. Auf jeden Fall werden verschiedene Chefs der Einzelgewerkschaften heute zu uns kommen. Leider kann der Vorsitzende des DGB, Michael Sommer, aus gesundheitlichen Gründen heute nicht in Hannover sein. Wir senden ihm die allerbesten Genesungswünsche.

(Beifall)

Liebe Freunde, eine besondere Freude ist es mir, dass heute ein Delegierter des Gründungsparteitags, Günter-Helge Strickstrack aus Niedersachsen, wieder bei uns ist. Ganz herzlich willkommen! Sie verkörpern die Geschichte der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Natürlich begrüße ich auch die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Sie können von unserem Parteitag sicherlich viel Interessantes und hoffentlich auch viel Gutes berichten. Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Liebe Freunde, wir werden hier insbesondere unseren Leitantrag „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!“ beraten. Wir zeigen damit, dass wir die Partei der Sozialen Marktwirtschaft sind. Wir werden Bilanz ziehen und einen Blick in die Zukunft werfen, auf das nächste Jahr. Ich freue mich auf spannende Beratungen.

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir vor Beginn unseres Parteitags jener gedenken, die seit dem 24. Parteitag im November 2011 in Leipzig von uns gegangen sind.

Lassen Sie mich beginnen mit Dr. Joachim Grünewald, geboren am 21. November 1933, gestorben am 5. Januar 2012. Er war seit 1959 Mitglied der CDU. Seit 1968 gehörte er dem CDU-Kreisverband Olpe an. Seit 1975 war er stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion Westfalen-Lippe. Von 1987 bis 1994 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Er war von 1989 bis 1995 Bundesschatzmeister der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU und von 1991 bis 1994 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

Ich nenne Herbert Müller, geboren am 8. Oktober 1960, gestorben am 15. Februar 2012. Er gehörte seit 1978 der CDU an. Von 1991 bis 1992 war Herbert Müller stellvertretender Leiter des Büros von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und von 1993 bis 1996 Leiter der Grundsatz- und Planungsabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Von 1999 bis 2000 hatte er das Amt des Generalsekretärs der CDU Hessen inne.

Ich erinnere an Annemarie Griesinger, geboren am 21. April 1924, gestorben am 20. Februar 2012. Sie trat 1957 der CDU bei.

Von 1964 bis 1972 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1969 bis 1972 hatte sie das Amt der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion inne. Von 1972 bis 1980 war sie Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung des Landes Baden-Württemberg und von 1980 bis 1984 Ministerin für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes in Bonn sowie Europabbeauftragte der Landesregierung. Von 1976 bis 1984 war Annemarie Griesinger Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und von 1981 bis 1990 Landesvorsitzende der Europa-Union Baden-Württemberg.

Wir denken an Dietrich Hoth, geboren am 29. Juli 1927, gestorben am 24. Februar 2012. 1985 wurde er Mitglied der CDU. Von 1985 bis 2012 bekleidete er das Amt des Landesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in Hamburg. Von 1985 bis 2012 war er Mitglied des

Landesvorstandes Hamburg und von 2004 bis 2008 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Dietrich Hoth arbeitete von 1993 bis 2011 als Mitglied im Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU.

Ich nenne Dr. Gerhard Pohl, geboren am 16. August 1937, gestorben am 4. Juni 2012. Er gehörte seit 1958 der CDU an. Seit 1972 war er Mitglied im Vorstand des CDU-Kreisverbandes Forst und von 2009 bis 2011 Vorsitzender der Senioren-Union Forst. 1990 war er Minister für Wirtschaft der DDR.

Wir erinnern uns an Dr. Volkmar Köhler, geboren am 20. Mai 1930, gestorben am 6. Juni 2012. Er trat 1964 der CDU bei. Von 1969 bis 1972 bekleidete er das Amt des Bürgermeisters der Stadt Wolfsburg und wurde 1972 Oberbürgermeister der Stadt. 1999 ernannte die Stadt Wolfsburg Dr. Volkmar Köhler zum Ehrenbürger. Von 1972 bis 1994 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Von 1981 bis 1982 war er Vorsitzender der Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er arbeitete von 1982 bis 1989 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Ich denke an Werner Harz, geboren am 16. Mai 1940, gestorben am 25. Juni 2012. Er war von 1964 an Mitglied der CDU und seit 1994 Mitglied im CDU-Ortsvorstand Coswig. Von 1990 bis 1998 gehörte er dem Landesvorstand der MIT Sachsen-Anhalt an und war seit 1998 Ehrenmitglied des Landesvorstandes der MIT Sachsen-Anhalt.

Ich nenne Manfred Dittmann, geboren am 24. August 1940, gestorben am 18. Juli 2012. Er war seit 1958 Mitglied der CDU. Von 1973 bis 1989 war er Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Waldeck-Frankenberg und von 1989 bis 1992 Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Kassel Stadt und Land. Von 1992 bis 2012 hatte er das Amt des Landesgeschäftsführers der Senioren-Union Hessen inne.

Ich erinnere an Dr. Carl-Ludwig Wagner, geboren am 9. Januar 1930, gestorben am 27. Juli 2012. Er gehörte seit 1951 unserer Partei an, war von 1952 bis 1953 Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz und von 1983 bis 1991 Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtages. Von 1969 bis 1976 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Von 1976 bis 1979 bekleidete er das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Trier. Von 1984 bis 1991 hatte er den Vorsitz des CDU-Bezirksverbandes Trier inne. Von 1988 bis 1991 war er Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz.

Ich nenne Jürgen Herrmann, geboren am 30. November 1962, gestorben am 11. August 2012. Er trat 1982 der CDU bei. Er war 1989 bis 1995 Mitglied im Rat der Stadt Brakel. Von 1996 bis 2000 hatte er den Vorsitz des CDU-Stadtverbandes Brakel inne und war seit 1999 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Höxter. Seit 2002 war er unser Kollege im Deutschen Bundestag. Von 2005 bis 2009 hatte er das Amt des stellvertretenden verteidigungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion inne.

Wir gedenken Dr. Walter Priesnitz, geboren am 1. April 1932, gestorben am 26. August 2012. Seit 1954 war er Mitglied der CDU. Von 1973 bis 1977 sowie von 1985 bis 1997 wirkte er als Mitglied im Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU mit. Von 1988 bis 1991 hatte er das Amt des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen inne. Anschließend war er von 1991 bis 1996 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

Wir denken an Karl Eduard Claussen, geboren am 20. September 1930, gestorben am 5. Oktober 2012. Er gehörte seit 1957 der CDU an, war von 1962 bis 1971 Bürgermeister in Bargteheide. Von 1966 bis 1967 war er Abgeordneter des Kreistags Stormarn und von 1967 bis 1996 Abgeordneter des Landtags Schleswig-Holstein. Er war von 1971 bis 1979 Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein, danach von 1979 bis 1983 Justizminister und von 1983 bis 1988 Innenminister des Landes Schleswig-Holstein. Von 1973 bis 1985 war er Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Stormarn. Viele Jahre war Eduard Claussen Mitglied im CDU-Landesvorstand Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte Sie um eine Minute des Schweigens. – Herzlichen Dank.

Liebe Freunde, wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

Wahl des Tagungspräsidiums

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in Ihren Tagungsunterlagen. Die Abstimmung zum Tagungspräsidium erfolgt mit dem Zeigen der Stimmkarte. Ich frage: Wer stimmt zu, dass das Tagungspräsidium so besetzt wird, wie es in Ihren Mappen vorliegt? Ich bitte um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe das nicht. Gibt es Enthaltungen? – Das sehe ich auch nicht. Damit ist das Tagungspräsidium so bestimmt.

Ich bitte die Mitglieder des Tagungspräsidiums, jetzt auf der Bühne Platz zu nehmen. Zur Fortführung der Tagungsgeschäfte übergebe ich nun an unseren Präsidenten, den Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen, Herrn Ministerpräsidenten David McAllister.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bedanken uns als Tagungspräsidium für das Vertrauen und wünschen uns einen erfolgreichen 25. Parteitag der CDU Deutschlands.

Als Nächstes möchte ich Ihnen einige zeitliche und organisatorische Hinweise für den Parteitag geben.

Da wir heute entsprechend unserer Tagesordnung den Bundesvorstand der CDU Deutschlands neu wählen, werden wir nach unserer Geschäftsordnung eine Meldefrist für weitere Kandidaturen festlegen und beschließen. Wir schlagen vor, diese Frist auf 11.30 Uhr festzulegen.

Die Vorschläge müssen schriftlich im Tagungsbüro, Eingangshalle West 1, eingereicht werden. Eine Liste mit den bisher vorliegenden Kandidatenvorschlägen befindet sich in unseren Unterlagen. Für diese Kandidaturen erübrigt sich selbstverständlich eine weitere Nominierung.

Wenn Sie mit der vorgeschlagenen Frist einverstanden sind, so zeigen Sie dies bitte mit Ihrer Stimmkarte an. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann haben wir das so beschlossen. Die Meldefrist für die Kandidaten wird auf 11.30 Uhr festgelegt.

Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, dann geben Sie diesen im Büro der Antragskommission ab. Das Büro befindet sich in dem ausgeschilderten Sitzungsraum der Antragskommission, Raum H 19, von mir aus gesehen links neben der Bühne.

Damit diese Anträge auch ordnungsgemäß von der Antragskommission beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung setzen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, den Antragschluss ebenfalls auf 11.30 Uhr festzusetzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich wiederum um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann haben wir das so beschlossen.

Die Antragskommission wird sich unmittelbar nach Beginn des Tagungsordnungspunktes 16.2, also der Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden, zu einer Sitzung im Sitzungsraum der Antragskommission, Raum H 19, von mir aus gesehen links neben der Bühne, zusammenfinden. Die Mitteilung über den Beginn der Sitzung erfolgt nochmals rechtzeitig durch das Tagungspräsidium.

Ich weise an dieser Stelle noch auf Folgendes hin: Die Antragsbroschüren sind Ihnen rechtzeitig per Post zugesandt worden. Sollten weitere Broschüren benötigt werden, liegen diese links und rechts an den Eingängen zum Plenarsaal aus.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen bitte ich Sie, die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von uns aus gesehen rechten Seite vor der Bühne befindet sich eine Mitarbeiterin, die Ihre Wortmeldezettel gerne entgegennimmt. Bitte füllen Sie diese vollständig aus mit Name und Thema, und geben Sie an, welches der im Saal aufgestellten Mikrofone Sie benutzen werden.

Ich rufe TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 3 auf:

Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag wurde Ihnen mit der Einladung fristgemäß zugesandt. Sie liegt Ihnen nochmals in aktualisierter Form in den Tagungsunterlagen vor. Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, so zeigen Sie dies bitte mit der Stimmkarte an. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit ist die Tagesordnung für unseren Parteitag beschlossen.

Ich rufe TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 4 auf:

Bestätigung der Antragskommission

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Eine Liste mit den entsprechenden Namen finden Sie in Ihren Unterlagen. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, so bitte ich um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen. Die Antragskommission ist durch den Parteitag bestätigt worden.

Ich rufe TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 5 auf:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Der Bundesvorstand hat ebenfalls einen Vorschlag für die Mandatsprüfungskommission bestätigt. Die Namensliste befindet sich in Ihren Unterlagen. Wenn Sie dem Vorschlag zustimmen wollen, so bitte ich wiederum um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Vorschlag ist angenommen.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich nach dem Bericht der Vorsitzenden am Tisch zur Abgabe der Wortmeldungen auf der von mir aus gesehen rechten Seite vor der Bühne einzufinden.

Ich übergebe die Leitung des Parteitages an Peter Hintze.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ich rufe TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 6 auf:

Wahl der Stimmzählkommission

Erfreulicherweise haben sich viele Damen und Herren bereit erklärt, hier mitzuwirken. Die Namen der vorgeschlagenen Personen finden Sie in Ihren Unterlagen. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag für die Wahl der Stimmzählkommission zustimmen will, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Stimmzählkommission eingesetzt.

Die Mitglieder Stimmzählkommission treffen sich ebenfalls nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission, Raum E 3, von mir aus gesehen gleich rechts neben dem Plenarsaal.

Ich rufe nun TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 7 auf:

Grußworte

Gleich wird zu uns der Vorsitzende unseres gastgebenden Verbandes, das sympathische Gesicht Niedersachsens, Ministerpräsident David McAllister, sprechen.

(Beifall)

David McAllister: Sehr verehrte Frau Vorsitzende, liebe Angela Merkel! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe CDU-Freunde! Herzlich willkommen in Hannover! Herzlich willkommen in Niedersachsen! Die CDU in Niedersachsen freut sich sehr, dass nach 2002 und 2007 nunmehr zum dritten Mal in einem Jahrzehnt unser Bundesparteitag bei uns in Hannover stattfindet. Liebe Freunde, knapp sieben Wochen vor der Landtagswahl ist die CDU in Niedersachsen gut drauf. Die Meinungsumfragen sehen uns klar vorn.

(Beifall)

Die Meinungsumfragen, die nur flüchtigen Momentaufnahmen sind und die wir mit einem gewissen Desinteresse zur Kenntnis nehmen, in die wir aber doch ganz intensiv hereinschauen, sehen uns klar vorn. Es gibt keine Wechselstimmung im Land. Liebe Angela Merkel, du bist mit deiner CDU Deutschlands in einem Bundesland, wo die Stimmung von Woche zu Woche besser wird und die Gesichter bei den Roten und den Grünen immer länger werden. Wir wollen am 20. Januar gewinnen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Parteifreunde, wir sind auch deshalb so gut drauf in Niedersachsen, weil uns der Rückenwind aus Berlin trägt. In alles andere als einfachen Zeiten in Europa sind Deutschland und unsere Volkswirtschaft stark und stabil. Das ist ein Riesenerfolg aller in diesem Land. Das ist ein Riesenerfolg all derjenigen, die jeden Tag kräftig mit anpacken – in den Unternehmen, in den Verwaltungen und in allen anderen Bereichen unserer Gesellschaft. Aber es ist eben auch ein Riesenerfolg der Koalition in Berlin. Lieber Volker Kauder, es ist ein Erfolg deiner CDU/CSU-Bundestagsfraktion, es ist ein Erfolg der Bundesregierung, und es ist ganz besonders ein Erfolg unserer Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden. Liebe Angela Merkel, wir sagen Dank und wir stehen wie eine Eins hinter dir.

(Beifall)

Liebe Freunde, es sind noch 47 Tage bis zur Landtagswahl am 20. Januar, und die CDU in Niedersachsen, dieser traditionsreiche, stolze und auch kampferprobte Landesverband ist so geschlossen wie nie zuvor.

Diese Niedersachsen-CDU ist fest entschlossen, am 20. Januar klar stärkste Kraft zu werden, und zwar mit deutlichem Abstand vor den Genossen. Wir sind fest entschlossen: Wir wollen und wir werden diese Landtagswahl am 20. Januar gewinnen, nicht nur für Niedersachsen, sondern für unsere gemeinsame Partei, die Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Wir haben eine tolle Mannschaft mit 87 Direktkandidaten in den Wahlkreisen. Hinter unseren 87 Direktkandidaten stehen rund 66 000 CDU-Mitglieder in Niedersachsen und viele weitere Zehn-

tausende von Unterstützern, dahinter stehen rund 6 000 kommunale Mandatsträger der CDU und über 100 hauptamtliche Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte, dahinter stehen unsere 21 Bundestagsabgeordneten, die vier Europaabgeordneten, die Abgeordnete der Landtagsfraktionen und die CDU-Mitglieder der Landesregierung. Wir alle gemeinsam kämpfen von Nordhorn bis Lüchow, wir kämpfen von Cuxhaven bis Stauffenberg, dass dieses große Flächenland im Norden Deutschlands auch zukünftig eine stabile, eine berechenbare und eine verlässliche Landesregierung behält. Wir wollen keine chaotischen Dreierbündnisse in Niedersachsen. Wir wollen Stabilität, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit im Sinne der Menschen und des Landes.

(Beifall)

Liebe Freunde, im März 2003 haben CDU und FDP gemeinsam in Niedersachsen Regierungsverantwortung wahrgenommen. Unser Bundesland war damals in einer schlimmen Verfassung. Wir haben 2002/2003 mit fast 3 Milliarden Euro die höchste Neuverschuldung in der Geschichte des Landes gemacht. Unsere Wirtschaft in Niedersachsen schrumpfte 2002 um 0,7 Prozent, Minuswachstum nannte das damals Ministerpräsident Gabriel. Niedersachsen hatte die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer. Im PISA-Ländervergleich befanden wir uns in der Abstiegszone. Liebe Freunde, das war nicht schicksalhaft, das waren hausgemachte Probleme. Wir haben uns alle miteinander sofort an die Arbeit gemacht, um die Probleme zu beseitigen; denn so konnte es nicht weitergehen.

Unsere Bilanz nach zehn Jahren kann sich sehen lassen. Wir sind wieder da in Niedersachsen: die Wirtschaft wächst, die Menschen haben mehr Arbeit, wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren, wir haben Bürokratie abgebaut, wir haben den Haushalt konsolidiert, die Verkehrswege werden ausgebaut, wir haben kräftig in Bildung investiert, wir sind ein familienfreundliches Land und wir haben die höchste polizeiliche Aufklärungsquote in der Geschichte unseres Landes. Ich will damit deutlich machen: Wir können mit dieser Bilanz erhobenen Hauptes vor die Menschen in Niedersachsen treten. Dort, wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. Das haben wir seit 2003 in Niedersachsen bewiesen.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde der CDU Deutschlands, worum geht es jetzt? Wofür setzen wir uns ein? Ich möchte aus der Fülle an Themen nur drei Beispiele hervorheben. Erstens. Es ist mein festes Ziel, den Niedersachsen spätestens 2017 einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Wir wollen und wir werden das Schuldenmachen beenden, nur das ist nachhaltig, nur das ist gerecht gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern; denn wer keine neuen Schulden mehr macht, der spart Zinsen und kann in die Zukunft investieren.

Ich will der erste Ministerpräsident in der Geschichte unseres Bundeslandes sein, der einen ausgeglichenen Haushalt verantworten kann; denn bislang hat jede Landesregierung seit 1946/47

mehr ausgegeben als Einnahmen vorlagen. Nun hat mich neulich ein historisch Interessierter auf eines hingewiesen. In den 66 Jahren unserer noch jungen Landesgeschichte in Niedersachsen gab es bereits einmal, zumindest kurzzeitig, einen ausgeglichenen Haushalt. Das war im Jahre 1946. Verantwortlich für diesen Haushalt war damals der britische Zivilgouverneur, Sir Gordon Nevil Macready. Er erwirtschaftete in den Monaten April bis Juli 1946 sogar einen Haushaltsüberschuss, musste dann allerdings 1947 in der Schlussabrechnung ein leichtes Minus aufweisen. Nun frage ich euch, liebe Parteitagsdelegierte: Sir Gordon Nevil Macready – er war kein Engländer, er war kein Ire, er war kein Waliser, er kam nicht von den Kanalinseln und auch nicht aus den britischen Überseegebieten – nein, er war Schotte. Deshalb ist meine Mission: von Macready zu McAllister, der erste ausgeglichene Haushalt in Niedersachsen.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, Deutschland ist erfolgreicher Wirtschaftsstandort. Deutschland ist erfolgreicher Wirtschaftsstandort, weil Deutschland eben auch Industrieland ist. Wir wollen im Norden unseren Beitrag dazu leisten, dass Deutschland ein starkes Industrieland bleibt. Dazu zählt auch, die Verkehrsinfrastruktur auszubauen. Mir ist bewusst, dass unser großes Flächenland im Norden dabei besonders im Mittelpunkt steht. Wir bekennen uns in Niedersachsen zu unserer nationalen Verantwortung, beispielsweise beim Ausbau der Häfen. Von 2008 bis 2013 wird die von mir geführte Landesregierung 1 Milliarde Euro in den Ausbau unserer Häfen investiert haben: in Wilhelmshaven, in Cuxhaven, in Stade-Bützfleth, in Emden, in Brake, um nur einige Beispiele zu nennen, allen voran natürlich der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven.

Liebe Freunde, der Jade-Weser-Port war eine Jahrhundertinvestition. Deutschland hat ein neues Tor zur Welt, einen dritten großen Hafen nach Hamburg und Bremerhaven. Es ist der erste deutsche Tiefwasserhafen. Er ist am 21. September pünktlich ans Netz gegangen. Warum berichte ich das? Weil ich deutlich machen will: Wir in Deutschland wollen und wir können große Infrastrukturvorhaben pünktlich fertigstellen, und das lassen wir uns von den linken Miesepetern in unserem Land auch nicht kaputtreden.

(Beifall)

Lieber Peter Altmaier, Niedersachsen ist das führende Land der erneuerbaren Energien. Wir wollen, dass die Energiewende gelingt, und wir haben auch den Mut, Verantwortung wahrzunehmen, sei es beim Netzausbau oder auch beim Ausbau der Offshore-Windenergie. Gerade weil wir in energiepolitischen Fragen so sehr involviert sind, stört uns, dass in der aktuellen Debatte zu viele unterwegs sind, die nach wie vor permanent erklären, was alles nicht geht und eben nicht erklären, warum etwas funktionieren muss. Liebe Freunde, nirgendwo in der politischen Debatte wird von unseren Mitbewerbern so geheuchelt wie in der Energiepolitik. Sie sind gegen den Bau moderner, konventioneller Kraftwerke, sie sind gegen den Bau weiterer Windkraftanlagen, sie sind gegen den Bau weiterer Biogasanlagen, sie sind gegen den Bau neuer

Pumpspeicherkraftwerke, sie sind gegen den Bau der notwendigen Stromtrassen und sie sind auch gegen die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Meine lieben Freunde, unsere linken Mitbewerber sind immer nur gegen alles. Das ist unverantwortlich bei einem solch wichtigen Thema für die Zukunft Deutschlands.

(Beifall)

Deshalb sagen wir: Wer unser Land verantwortlich mitgestalten will, der muss auch sagen, wofür er steht und er muss auch bereit sein, tatsächlich Verantwortung wahrzunehmen. Das machen wir in Hannover.

Eine dritte und letzte Anmerkung. Wir stehen in Niedersachsen für Qualität und Vielfalt im Bildungssystem. Es geht uns um eine gute Bildung von Anfang an. Das heißt für uns: Der bedarfsgerechte Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-Jährige geht weiter.

Wir stehen für einen modernen Kindergarten, der insbesondere im letzten Jahr eine Übergangsfunktion zur Grundschule bildet. Wir stehen für eine starke Grundschule, wo die Grundfertigkeiten unterrichtet werden. Wir unterstützen das duale Bildungssystem. Liebe Freunde, die berufliche Bildung in Deutschland ist ein ganz wesentlicher Grund, warum wir in Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa haben. Wir müssen viel mehr über diesen Exportschlager reden. Die duale Ausbildung ist ein ganz wesentlicher Bestandteil unseres Erfolgs in Deutschland.

(Beifall)

Die Koalition aus CDU und FDP Niedersachsen steht für ein vielfältiges, ein begabungsgerechtes Schulsystem ab der 5. Klasse mit Hauptschulen, Realschulen, den neuen Oberschulen, den Gymnasien, den kooperativen Gesamtschulen und den integrierten Gesamtschulen. In meiner Amtszeit als Ministerpräsident haben wir einen wichtigen Beitrag zum Schulkonsens geleistet. Mit der Oberschule, wo die Schulträger die Möglichkeiten haben, Haupt- und Realschulen zusammenzuführen, und dort, wo es die Schülerzahlen hergeben, um ein gymnasiales Angebot bis zur 10. Klasse zu ergänzen, haben wir ein Angebot gemacht, angesichts des demografischen Wandels die Schulstrukturen zukunftsfest aufzustellen. Alleine seit 2011 sind trotz des erbitterten Widerstands mancher in der Opposition 216 Oberschulen an den Start gegangen. Ich betone das deshalb, weil ich hervorheben möchte: Für uns als CDU geht es in der Bildungspolitik um Qualität und Inhalt von Schule und eben nicht um rückwärtsgewandte ideologische Schulstrukturdebatten. Deshalb sage ich mit Blick auf die Opposition, die jetzt wieder im Landtagswahlkampf in Niedersachsen anfängt, einen ideologischen Schulstrukturstreit zu führen. Ich bin zu allem bereit, ich bin zu jedem Konsens bereit, aber eines ist klar: Hände weg vom Gymnasium! Sonst gibt es richtig Ärger mit der Christlich Demokratischen Union.

(Starker Beifall)

Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union, liebe Gäste, ich wünsche diesem Parteitag von Herzen einen guten Verlauf. Wir freuen uns, dass der Parteitag in unserer Landeshauptstadt stattfindet. Wir wollen gute Gastgeber sein. 2013 ist das entscheidende Jahr, erst in Niedersachsen, dann in Bayern und schließlich in ganz Deutschland. Wir machen den Anfang mit einem Sieg am 20. Januar. Dann wiederholen wir das in Bayern und später in der gesamten Bundesrepublik. Machen wir das Jahr 2013 zum Jahr der Christlich Demokratischen Union. Ich schließe mit Konrad Adenauer: „Wahlkampf macht Spaß, man muss nur gewinnen.“

(Anhaltender und lebhafter Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, das war eine starke Rede. Wir alle spüren nicht nur die Klarheit und Festigkeit des Nordens, sondern wir spüren auch, dass der 20. Januar zum Glückstag für die CDU nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Deutschland werden wird, wenn es so weitergeht, wie wir es eben von unserem Ministerpräsidenten David McAllister gehört haben.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass auf diesem Parteitag Europa mit ganz wichtigen Persönlichkeiten stark vertreten ist. Bei uns ist der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, der Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, unser Freund Hans-Gert Pöttering,

(Beifall)

das Mitglied der Europäischen Kommission, Günther Oettinger,

(Beifall)

unser deutscher Gruppenchef im Europäischen Parlament, der Chef der CDU/CSU-Gruppe in der EVP, Herbert Reul.

(Beifall)

Ein ausländischer Gast ist bei uns, der seit 1973 auf jedem Bundesparteitag der CDU anwesend war, zum ersten Mal 1973 in Hamburg und heute 2012 in Hannover wieder, einer der großen Europäer, einer der Väter des Maastrichter Vertrags, der langjährige belgische Ministerpräsident und jetzige Präsident der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens. – Wilfried, du hast das Wort.

(Beifall)

Dr. Wilfried Martens, Präsident der Europäischen Volkspartei: Sehr geehrte Bundeskanzlerin! Liebe Angela Merkel! Sehr verehrter Herr Ministerpräsident David McAllister! Liebe CDU-Freunde! Für die CDU Deutschland wird das kommende Jahr ein wichtiges Jahr sein. Bei der

Bundestagswahl wird es darum gehen, das deutsche Erfolgsmodell fortzusetzen und eine Bundeskanzlerin im Amt zu bestätigen, die wie keine andere für Sorgfalt, Zuverlässigkeit und politischen Weitblick steht.

(Beifall)

Wenn ich hinzufügen darf: Bei der Landtagswahl in Niedersachsen geht es darum, einen erfolgreichen Ministerpräsidenten im Amt zu bestätigen, der mit politischer Vision und Bürgernähe dieses Land führt. Dafür, lieber Herr McAllister, wünsche ich Ihnen im Namen der EVP viel Erfolg.

(Beifall)

Liebe CDU-Freunde, Europa steht vor der größten Herausforderung der letzten 50 Jahre. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in der EU zu höherer Arbeitslosigkeit, aber auch zu größeren Ungleichheiten geführt. Millionen junger Menschen fehlt jede Zukunftsperspektive. Die Ursachen der Krise waren sehr vielfältig. Deswegen kann die Lösung auch nicht einfältig und auch nicht einfach sein. Wir haben wichtige Schritte zur Verbesserung getan. Aber vor allem müssen wir das Beschlossene umsetzen. Die Lösung unserer gemeinsamen Herausforderungen ist ohne Zweifel mehr Integration, hin zur Politischen Union. Das europäische Projekt und seine Ideale werden von Populismus und Euro-Skeptizismus angegriffen. Darum ist die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU eine Ermutigung für alle, die an das europäische Projekt glauben, es zu verteidigen oder sich dafür einzusetzen.

(Beifall)

Liebe Angela Merkel, ohne deine klare Vision und deine Kenntnis über ein starkes Europa wäre der Euro heute weniger stabil. Ich möchte darüber hinaus deiner Regierung und den Deutschen insgesamt dafür danken, dass dieses Land in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen unternommen hat, die die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig gemacht haben und damit auch Europa insgesamt in die Lage versetzt hat, diese Krise zu bekämpfen.

Es ist richtig, dass wir die Probleme nie aus den Augen verlieren dürfen; aber es ist auch wichtig, dass wir sehen, wie viel wir in den letzten drei Jahren erreicht haben. Wir haben einen Rettungsschirm für Länder geschaffen, die sich aus der Schuldenfalle selbst nicht befreien können. Er ist auch ein Instrument, um in Zukunft eine zu hohe Staatsverschuldung zu verhindern. Es gibt aber keinen Grund zur Selbstgefälligkeit. Eines ist sicher: Wir werden die Krise nicht überwinden, wenn wir in Zukunft nicht fest an unsere Werte glauben und danach handeln. Diese drei Säulen bilden unsere politische Familie: das christliche Menschenbild, das unsere Ansicht von Frieden und Verantwortung prägt, unser europäischer Glaube, der als Grundlage für Solidarität und Subsidiarität dient und die Soziale Marktwirtschaft, die nach wie vor unsere Auffassung von einer friedlichen und wohlhabenden Zukunft ist.

Liebe CDU-Freunde, seit mehr als drei Jahren kämpfen wir dafür, die Glaubwürdigkeit wieder herzustellen, Defizite abzubauen, Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen und die Europäische Union zurück zu nachhaltigem Wachstum zu führen. Ich möchte hier das Wort „nachhaltig“ deutlich unterstreichen; denn in diesem Punkt unterscheiden wir uns am stärksten vom linken Lager.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen, dass Wachstum nicht einfach ist und Regierungen abgeordnet werden können. Es basiert darauf, dass Bürger und Unternehmen in einem stabilen und berechenbaren Umfeld handeln. Dies bedeutet kurzfristig: Haushaltskonsolidierung und Wirtschaftsreform. Langfristig bedeutet dies: eine echte politische Union, ergänzt durch eine bessere Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, ein wirklich föderales Europa, wie in unserem Grundsatzprogramm gefordert.

Liebe Freunde, wir sind nicht nur die Antriebskraft der europäischen Integration, wir können auch auf drei siegreiche Europawahlen zurückblicken. Aber um auch in Zukunft die führende Rolle zu spielen, muss unsere politische Familie die Europawahlen 2014 gewinnen. Wir müssen mit Abstand die stärkste Fraktion im Parlament stellen. Das geht nur, wenn wir die Menschen davon überzeugen, dass es bei dieser Wahl um echte Alternativen geht. Dazu müssen wir vor der Wahl einen Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission aufstellen. 2009 waren wir die einzige europäische Partei, die das getan hat. Unsere Hauptgegner, die Sozialisten, haben es nicht geschafft. Das wird 2014 anders sein. Wir müssen eine offene, europäische und politische Debatte auslösen, die unsere Bürger in die Europäische Union aktiv einbezieht. Wir werden einen offenen und transparenten Prozess zur Nominierung unserer Kandidaten führen. Lassen Sie uns die Möglichkeit ergreifen, einen echten öffentlichen europäischen Raum zu schaffen. Die EU wird nicht existieren, wenn sie nicht eine wirkliche demokratische Union wird. Präsident Barroso hat formuliert: Europa kann nicht technokratisch, bürokratisch und diplomatisch sein. Es muss demokratisch sein.

(Beifall)

Lassen Sie mich, liebe CDU-Freunde, mit einer Bemerkung schließen. In den letzten 15 Jahren haben wir all unsere Wahlen gewonnen, sogar die letzte. 2014 werden uns die Menschen fragen, so wie die Diener im biblischen Gleichnis gefragt wurden: Was habt ihr mit euren Talenten gemacht? Ich glaube, wir haben in den letzten 15 Jahren zehn Talente bekommen. Wir haben die Führung der Europäischen Kommission. Wir haben 15 von 27 Regierungschefs. Wir haben den permanenten Präsidenten des Europäischen Rates. Im Juli 2014 werden die Menschen uns fragen: Was habt ihr daraus gemacht? Was ist euer Ergebnis? Ich bin zutiefst überzeugt, dass wir den Menschen zeigen können, was wir gemacht haben und dass wir Ergebnisse vorweisen können. Zusammenstehen, Entscheidungen treffen und einen konstruktiven Plan entwickeln: Das ist für uns der einzig mögliche Weg, die stärkste politische Familie und die stärkste politische Kraft der Europäischen Union zu bleiben.

Liebe Angela, dein Verhandlungsgeschick und deine Durchsetzungskraft wird auch in den kommenden Monaten und Jahren in Europa gebraucht werden.

(Beifall)

Du hast gemeinsam mit vielen führenden CDU-Köpfen, wie der EVP-Vizepräsident Peter Hintze, dafür gesorgt, dass die CDU in Europa heute stärker ist als sie es jemals war. Ich wünsche der CDU, wie auch dir persönlich, viel Kraft und Erfolg für den Wahlkampf. Ich bin davon überzeugt, dass du deine erfolgreiche Arbeit auch nach dem September 2013 fortsetzen kannst. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ein glaubwürdiger Christdemokrat und ein großer Europäer. Wir danken Wilfried Martens für seine Rede und für seine Treue zu unserer Sache, in der Christdemokratie und in Europa. – Herzlichen Dank, Wilfried Martens.

(Beifall)

Mein Dank geht auch an die Mitstreiter in der EVP-Zentrale in Brüssel, Christian Kremer und seinem niederrheinischen Freund Luc Vandeputte, der dort als Vizegeneralsekretär wirkt, sowie an Brenda Furniere. Auch Ihnen danke ich für die Arbeit.

Ich übergebe das Wort an den Parteitagpräsidenten.

David McAllister, Parteitagpräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschland

Ich erteile das Wort an unsere Vorsitzende, unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, lieber David McAllister! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich begrüße Sie, die Delegierten des 25. Parteitags der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, ganz herzlich hier in Hannover. Sie, die rund 1.000 Freundinnen und Freunde, sind es, die das Bild dieses Parteitags prägen.

Aber es sind nicht nur wir hier im Saal. Viele der knapp 500 000 Mitglieder unserer Partei sind mit ihren Gedanken jetzt ebenso bei uns wie Millionen Menschen, die sich uns, der Christlich Demokratischen Union, verbunden fühlen und die uns unterstützen. Sie alle grüße ich ganz herzlich von diesem Parteitag aus.

(Beifall)

Ich grüße von hier aus auch die Menschen, die erst anfangen, sich für uns zu interessieren, die vielleicht noch abwarten, die unsere Antworten mit denen anderer Parteien vergleichen. Ihnen allen können wir sagen, dass wir hier in Hannover nicht nur deshalb zu unserem Parteitag zusammgekommen sind, weil unsere Satzung es so will, dass mindestens einmal im Jahr ein Parteitag der Christlich Demokratischen Union stattfindet. Wir sind auch nicht nur deswegen nach Hannover gekommen, um heute beim Niedersachsenabend, der sicherlich sehr schön wird, fröhlich zu feiern – schön wird er, ich freue mich darauf – aber das ist nicht der einzige Grund. Wir sind auch nicht zusammgekommen, um uns nur auf die Schulter zu klopfen und die hervorragende Bilanz der christlich-liberalen Bundesregierung zu feiern. Obwohl: Sehen lassen kann sie sich ohne Zweifel.

(Beifall)

Was wir geschafft haben, das sucht seinesgleichen. Schon gar nicht aber sind wir hier in Hannover zusammgekommen, um über die Größe und die Schwere der Aufgaben zu klagen, die wir zu bewältigen haben. Das passt nicht zu uns. Wobei: Es ist wahrlich nicht übertrieben, zu sagen: Wir leben in turbulenten Zeiten: die europäische Staatsschuldenkrise, die Lage in Nordafrika und im Nahen Osten, die Veränderung des Klimas in der Welt, die Umsetzung der Energiewende, der demografische Wandel, die gewaltige rasante und weltumspannende Entwicklung des Internets – Fluch und Segen zugleich.

Beinahe jede dieser Herausforderungen für sich allein genommen reichte eigentlich schon für eine ganze Legislaturperiode. Doch wir müssen sie alle auf einmal bewältigen. Dabei habe ich noch gar nicht alle Herausforderungen genannt. Ja, liebe Freunde, es sind turbulente Zeiten, und manchmal befinden wir uns sogar in schwerer stürmischer See. Aber es ist die CDU Deutschlands, die unser Land durch diese See – und das mit klarem Kompass – sicher führt und steuert.

(Beifall)

Was ist die Lage? Gerade einmal drei Jahre ist es her, dass unsere Wirtschaft durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise um mehr als 5 Prozent eingebrochen ist. Das war der stärkste Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Für 2010, also vor zwei Jahren, mussten wir einen Krisenhaushalt mit einer Neuverschuldung von über 80 Milliarden Euro vorlegen. Das war die höchste Neuverschuldung in der Geschichte unseres Landes. 2011 dann haben wir als erstes Industrieland das Niveau von vor der Krise wieder erreicht. Mit gezielten Maßnahmen haben wir Beschäftigung gesichert und Wachstum geschaffen. Damit haben wir unser Versprechen gehalten: Wir haben Deutschland stärker aus der Krise geführt, als Deutschland in diese Krise hineingegangen ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere Erfolgsbilanz sucht ihresgleichen. Es ist durchaus selbstbewusst, aber es ist keinesfalls übertrieben, wenn wir feststellen: Die von uns geführte christlich-liberale Bundesregierung ist die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung.

(Beifall)

Übrigens: Diejenigen, die diese Feststellung kritisieren, sind vielleicht über unser Selbstbewusstsein überrascht. Aber ich habe noch niemanden gehört, der den Kern dieser Aussage anzweifelt, weil die Fakten einfach eine ganz eindeutige Sprache sprechen.

Die CDU-geführte, christlich-liberale Bundesregierung ist die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung, weil wir mit dem tiefsten Stand der Arbeitslosigkeit seit 1990 und dem höchsten Stand der Erwerbstätigkeit, den wir jemals hatten, für Millionen Menschen und Familien Arbeit und Sicherheit geschaffen haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wissen doch: Arbeit, das ist mehr als ein unterschriebener Arbeitsvertrag. Arbeit zu haben, bedeutet, sein Leben selber in die Hand nehmen zu können, für sich selbst und die Familie eine sichere Zukunft zu haben, Anerkennung zu erfahren. Arbeit, das ist eine Frage der Würde.

Liebe Freunde, wir sind die erfolgreichste Bundesregierung seit 1990, weil nach einem dramatischen Wirtschaftseinbruch noch nie so schnell und so klar das Ruder herumgerissen werden konnte, wie uns das gelungen ist. Wir sind die erfolgreichste Bundesregierung seit 1990, weil noch nie eine Bundesregierung so viel Geld für Bildung und Forschung ausgegeben hat wie wir. Wir schaffen damit für Millionen junger Leute in unserem Land verbesserte Bildungschancen, wie es das noch nie gegeben hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung, weil wir die notwendige Energiewende eben nicht nur als Ausstieg aus einer Energieform verstanden haben, sondern als das ehrgeizigste Großprojekt einer Generation, das ein deutscher Exportschlag werden kann für ein neues Energiezeitalter, wenn man es richtig macht. „Made in Germany“ im 21. Jahrhundert – das ist unser Ziel.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind die erfolgreichste Bundesregierung seit 1990, weil wir bei der Neustrukturierung der Bundeswehr nicht vor der wahrlich großen Herausforderung zurückgeschreckt sind, sondern sie angenommen haben, und weil wir die Bundeswehr so schlagkräftig machen, dass sie den völlig veränderten Bedrohungen weltweit und den Bündnisverpflichtungen unserer Zeit gerecht werden kann.

Wohl nirgendwo wird das so klar wie bei unserem Einsatz in Afghanistan. Ich rufe unseren Soldatinnen und Soldaten wie auch allen zivilen Helferinnen und Helfern von hier aus ein Wort des Dankes und des großen Respekts zu: Wir wissen, welch schweren Dienst Sie um unser aller Sicherheit willen tun. Wir danken Ihnen ganz, ganz herzlich.

(Beifall)

Liebe Freunde, wie gut unser Land mitten in der europäischen Staatsschuldenkrise dasteht, wird auch beim Blick über die Grenzen unseres Landes hinaus deutlich. Während in anderen Ländern Europas die Wirtschaft dramatisch schrumpft, sind wir der Wachstumsmotor Europas. Während in anderen Ländern die Jugendarbeitslosigkeit erschreckend hoch ist, haben wir in Deutschland eine der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeiten in der Europäischen Union. Während in anderen Ländern Europas die Menschen manchmal nicht wissen, wie sie den nächsten Tag bewältigen sollen, gehört Deutschland zu den wenigen europäischen Ländern, deren Beschäftigte seit 2010 keine realen Lohnverluste hinnehmen mussten. Das wirkt auf den ersten Blick gar nicht so bedeutsam. In Zeiten der Krise ist das aber alles andere als selbstverständlich.

Liebe Freunde, die gute Entwicklung unseres Landes ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist das Verdienst fleißiger Menschen. Aber auch zu rot-grünen Zeiten waren die Menschen fleißig. Es hat nur weniger bewirkt, weil in den Jahren von Rot-Grün die Rahmenbedingungen nicht gestimmt haben. Das zeigt: Es macht eben einen Unterschied, wer regiert: ob Rot-Grün oder eine christlich-liberale Koalition. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Und deshalb sage ich: In diesen Zeiten könnte keine andere Koalition unser Land besser in eine gute Zukunft führen als unsere, die christlich-liberale Koalition.

(Beifall)

Nun lebe ich nicht abgehoben auf einem anderen Stern. Auch mir hat eine Satiresendung schon einmal richtig aus der Seele gesprochen, als es dort hieß: Gott hat die FDP vielleicht nur erschaffen, um uns zu prüfen.

(Heiterkeit und Beifall)

Klammer auf: Vielleicht haben die das über uns auch schon einmal gedacht. Klammer zu. Aber im Ernst, ich bin davon überzeugt: Gott hat uns vor allem dazu erschaffen, damit wir aus unseren großen Möglichkeiten etwas machen, damit wir zeigen, was in uns steckt. CDU, CSU und FDP haben im Vergleich zu allen anderen Konstellationen immer noch die größten Gemeinsamkeiten. Vor allem: Wir teilen gemeinsame Werte und Grundsätze. Das sind die genau die Werte und Grundsätze, die wir brauchen, um die Herausforderungen der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu bewältigen, um unsere Art zu leben und um unseren Wohlstand zu sichern.

Klar: Wir müssen um jede Stimmen kämpfen, und unser Koalitionspartner muss noch zulegen, damit wir es gemeinsam schaffen. Aber wer sind wir eigentlich, dass wir das zehn Monate – ich sage in Worten: zehn Monate – vor der Bundestagswahl nicht für möglich halten, liebe Freunde?

(Beifall)

Ich sage es ganz ehrlich: Wenn ich jemals so gedacht hätte, wäre ich niemals Vorsitzende dieser großen Partei, der Partei Konrad Adenauers und Helmut Kohls, geworden.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wenn andere vor uns so gedacht hätten, hätten sie auch nicht mehr an die Vollendung der deutschen Einheit geglaubt. Wer hat denn damals noch auf unserer Seite gestanden? Ich denke an Salzgitter, wenn ich Herrn Sauer hier vorne sitzen sehe. Was haben denn diejenigen, die Bewohner Hannovers und hier Ministerpräsidenten waren, noch im Frühjahr 1989 über die deutsche Einheit gesagt? Nein, wir haben daran geglaubt, und deshalb heißt es: zu seinen eigenen Werten stehen und an die eigene Kraft glauben. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Deshalb sage ich: Wer sind wir denn, wenn wir daran nicht glauben? Wir müssen nur eines tun: Wir müssen, wie es David McAllister und die niedersächsische CDU es gerade in diesen Tagen tun, landauf, landab, tagein, tagaus, zu jeder Sekunde, zu jeder Stunde überall und immer kämpfen und für unsere Meinung bei den Menschen vor Ort werben. Das erwarten die Menschen von uns, und zwar zu Recht.

(Beifall)

Deshalb heißt die Frage: Vertrauen wir den Menschen, oder wollen wir einen Staat, der den Menschen vorschreibt, wie sie zu leben haben? Glauben wir, dass mehr Betriebe, mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum den Menschen dienen, oder kämpfen wir für Vermögensabgabe und Vermögensteuer? Wollen wir, dass technischer Fortschritt, Innovation und eine leistungsfähige Infrastruktur unser Land voranbringen, oder wollen wir von der Substanz leben? – Eben. In Zeiten rasanter Veränderungen braucht es eine Kultur des Vertrauens und keine Kultur der Verbote. Davon sind wir zutiefst überzeugt.

(Beifall)

In Zeiten wie diesen brauchen wir einen Politikansatz, der auf den Menschen setzt und darauf, dass die Ideen, die Tatkraft und der Fleiß der Menschen verantwortlich und zum Wohl aller eingesetzt werden. In einem Wort: In Zeiten wie diesen braucht es Freiheit in Verantwortung. Genauso führen wir es in der Präambel unseres Grundsatzprogramms aus, das wir hier vor genau fünf Jahren beschlossen haben. Genau das ist auch die Richtschnur der christlich-liberalen Bundesregie-

rung. Wir wollen eine Chancengesellschaft, in der jeder eine Chance auf Erfolg hat und nach seinem persönlichen Glück streben kann, unabhängig von Herkunft, unabhängig vom Einkommen.

Wir sind überzeugt von der Kraft der Sozialen Marktwirtschaft, die Wettbewerb, Leistung und Solidarität, wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich, Freiheit und Sicherheit vereint und niemanden zurücklässt. Wir wollen ein neugieriges Land, das nach vorne schaut und offen für die Chancen der Zukunft ist. Die anderen dagegen fragen sich nicht: Wie gestalten wir die Zukunft? Die anderen sind unablässig damit beschäftigt: Wie bewältigen wir die Vergangenheit?

Man muss sich das einmal vorstellen: Bald zehn Jahre nach der Verkündung der Agenda 2010 befassen sich die Sozialdemokraten immer noch damit, was nun von der Agenda 2010 warum übrig bleibt, was man weglassen sollte, ob sie gut war oder ob man etwas anders machen sollte. Nein, liebe Freunde, das muss man sich einmal vorstellen! Ich sage ganz einfach und knapp und klar: Die Agenda 2010 war richtig. Deshalb haben wir sie als damalige Opposition unterstützt. Ohne uns wäre sie gar nicht Gesetz geworden. Wir haben sie im Bundesrat unterstützt.

(Beifall)

Die SPD weiß doch bis heute nicht, was sie damit anfangen soll. Es wird noch so weit kommen, dass sie nächstes Jahr als stolze Partei ihren 150. Geburtstag feiert und gleichzeitig eine Gedenkfeier zum zehnjährigen der Agenda macht. Der Titel heißt dabei: Eine unendliche Geschichte – Chancen und Risiken gestern, heute und morgen.

(Vereinzelt Beifall)

So wird es sein. Wir sagen dagegen: Wir beschäftigen uns nicht mit der Vergangenheit. Wir arbeiten an der Zukunft. Das ist die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Für uns steht die Zukunft im Mittelpunkt. Wir bauen auf einem starken Fundament auf.

(Beifall)

Ich habe es zu Beginn gesagt: Wir sind hier zwar durchaus zusammengekommen, um eine selbstbewusste Bilanz zu ziehen, wir sind hier aber nicht zusammengekommen, um uns selbstgenügsam zurückzulehnen und auf die Schulter zu klopfen. Wir sind hier zwar durchaus zusammengekommen, um die Schwere und die Größe der Aufgaben unserer Zeit zu benennen, aber nicht, um darüber zu klagen. Liebe Freunde, wir sind hier zusammengekommen, um uns unseres Standpunktes, unserer Werte und unserer Prinzipien zu vergewissern, um mit ihnen dann die Zukunft zu gestalten.

So beeindruckend eine Bilanz auch immer sein mag, unverzichtbar ist sie als Grundlage für weiteres Vertrauen, so sehr ist dennoch immer klar: Aus Dankbarkeit allein ist noch nie jemand gewählt worden.

(Beifall)

Die Menschen erwarten mehr. Sie wollen wissen, und zwar zu Recht, was wir für die Zukunft wollen, was unsere Ideen für Deutschland sind, was unsere Ziele für die nächsten Jahre sind, damit Wohlstand, sichere Arbeitsplätze, gute Bildung für die Kinder und der Zusammenhalt in unserem Land gesichert sind, damit auch in Zukunft der Satz gilt, der uns durch diesen Parteitag begleitet und den Sie hinter mir lesen können: Starkes Deutschland. Chancen für alle!

(Beifall)

Dass wir es können, haben wir gezeigt. Vielen Menschen in unserem Land geht es heute gut, ganz vielen geht es heute besser als noch unter Rot-Grün. Aber dass wir noch mehr können und dass wir uns zum Wohle der Menschen immer neue Ziele setzen, damit es den Menschen 2017 besser geht als 2013, das soll und muss die Botschaft dieses Parteitags sein. Seien wir ehrlich: Die Ausgangslage dafür wird wahrlich nicht einfacher. Niemand kann glaubwürdig vorhersagen, wann die europäische Staatsschuldenkrise vollends überwunden sein wird. Niemand kann redlich versprechen, dass die Herausforderungen weniger und die Antworten einfacher werden. Wir wissen, dass die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung nächstes Jahr nicht so gut sein werden wie dieses Jahr. Das gilt noch mehr für viele unserer europäischen Nachbarn, von den Entwicklungen in Amerika und Asien ganz zu schweigen. Deutschland ist nicht allein auf der Welt.

Es gibt über 1,3 Milliarden Chinesen, es gibt 1,2 Milliarden Inder. Sie alle ringen mit uns 80 Millionen Deutschen und mit den 500 Millionen Europäern immer darum, wer Einfluss in der Welt hat und wer in welchem Wohlstand leben kann.

Liebe Freunde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Voraussetzung für Wohlstand und Sicherheit, ist, wenn wir auf die Welt schauen, alles andere als selbstverständlich. Unsere Art zu leben und zu wirtschaften, unsere Werte, die Demokratie, die Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, und die Reisefreiheit – das alles ist mehr denn je herausgefordert. Wir müssen uns behaupten in einer Welt mit ganz anderen Vorstellungen. Deshalb sage ich: Das ist die Herkulesaufgabe unserer Zeit und unserer Generation. Doch wenn es eine Gemeinschaft gibt, die dafür die richtigen Voraussetzungen besitzt, dann – das ist meine tiefe Überzeugung – sind wir das, die Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Denn wir vertreten als Volkspartei der Mitte nicht nur die Menschen dieses Landes, ihre Interessen, ihre Hoffnungen, ihre Wünsche, ihre Träume und Widersprüche, sondern als Volkspartei der Mitte leben wir selbst mit unseren Mitgliedern diese Interessen, Hoffnungen, Wünsche, Träume und Widersprüche, und zwar immer mit dem Ziel, gemeinsam das Beste daraus zu machen. Die Christlich Demokratische Union ist eben nicht für die eine oder andere Gruppe der Gesellschaft da. Die Christlich Demokratische Union hat die Interessen aller im Lande im Blick.

Als Volkspartei der Mitte erteilen wir den Ideologen jedweder Couleur eine klare Absage. Als Volkspartei der Mitte bekennen wir uns zum christlichen Menschenbild und mit ihm zur unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen.

(Beifall)

Als Volkspartei der Mitte bekennen wir uns dazu, dass aus diesem christlichen Menschenbild das Recht des Einzelnen auf freie Entfaltung und zugleich die Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen folgt. Als Volkspartei der Mitte leben wir Freiheit in Verantwortung und das führt uns zu den drei Leitsätzen, die unser Handeln für Deutschland auch in Zukunft bestimmen werden.

Erstens. Wir arbeiten für ein Deutschland, in dem die Menschen immer wieder neue Chancen bekommen, weil sie gefördert und gefordert werden und zwar von klein auf; denn der Schatz unseres Landes sind unsere Kinder. Wir haben die Pflicht, alles zu tun, damit jedes Kind seine Begabungen und Talente entfalten kann.

Dazu ist frühkindliche Bildung unverzichtbar. Das gilt für alle Kinder, für jedes einzelne Kind, egal woher es stammt, ob aus einer Familie, die lange in Deutschland lebt oder aus einer ausländischen Familie – für jedes Kind.

(Beifall)

Jedes Kind muss Deutsch lernen. Ohne uns hätten wir diese scheinbar banale Weisheit noch nicht in Deutschland durchgesetzt. Bildung ist der alles entscheidende Schlüssel zur Teilhabe und Teilhabe ist die entscheidende Grundlage von Integration.

Dann geht es in den Schulen weiter. Wir wollen ein durchlässiges Schulsystem; denn unser Ziel ist und bleibt der Aufstieg durch Leistung. Wir müssen aber aufpassen, dass das nicht nur ein schöner Satz ist, den wir einfach immer wieder sagen, sondern dass das gelebte Realität der Menschen ist. Damit das nicht nur ein schöner Satz ist, müssen ihm Taten folgen. Deshalb setzen wir gemeinsam mit den Ländern alles daran, die Zahl der jungen Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, bis 2015 zu halbieren. Ich sage: Es wäre eine Schande, wenn Deutschland das nicht schafft. Das muss uns gelingen, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Botschaft muss heißen: Kein Kind darf zurückbleiben, auch nicht auf dem weiteren Bildungsweg. Ich erlebe immer wieder, wie uns andere Länder um unser erstklassiges berufliches Bildungssystem beneiden. Ich möchte an dieser Stelle einfach einmal Danke sagen: Danke den Betrieben, die diese berufliche Ausbildung als einmalige Erfahrung für junge Leute anbieten! Wir brauchten noch mehr davon. Danke aber denen, die das machen, liebe Freunde!

(Beifall)

Diese berufliche Bildung genießt weltweit einen tollen Ruf genauso übrigens wie unsere Hochschulen und Universitäten, die wir mit der Exzellenzinitiative noch besser gemacht haben.

Doch die Bildungsrepublik Deutschland, die unverändert mein Ziel ist, verdient diesen Namen erst, wenn endlich auch einmal Schluss gemacht wird mit manchen unnötigen Diskussionen um Zuständigkeiten, wenn stattdessen das eigentliche Thema im Mittelpunkt steht, das der Durchlässigkeit, das der Übergänge zwischen Kindergarten und Schule, zwischen Schule und Berufsausbildung und zwischen Schule und Hochschule; denn niemand – ich verstehe die Menschen – hat auch nur einen Funken von Verständnis für Zuständigkeitsdiskussionen, wenn sie nur um ihrer selbst geführt werden und nicht aus überzeugenden sachlichen Erwägungen.

(Beifall)

Ich bin eine große Anhängerin des Föderalismus – damit hier kein Missverständnis aufkommt – aber gerade deshalb bin ich so tief davon überzeugt, dass es ein Zeichen der Stärke unserer föderalen Ordnung ist, wenn wir Zuständigkeitsdebatten zwischen Bund und Ländern und Kommunen nicht als Selbstzweck, sondern immer zuerst aus dem Blickwinkel der Menschen führen, der Erzieher, der Lehrer, der Ausbilder, der Professoren, vor allem aber der Kinder und ihrer Eltern. Alles andere wird nicht verstanden, liebe Freunde.

(Beifall)

Es bleibt übrigens dabei: Der Staat kann mit all seinen Zuständigkeiten in Bund und Ländern noch so gut sein. Am Ende ist und bleibt zuerst die Familie der Ort, wo Kinder Liebe und Geborgenheit erfahren, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Wenn das so ist, dann müssen wir dem natürlich Rechnung tragen. Deshalb denken wir daran, wie wir die Erziehungszeiten von Frauen, die vor 1992 Mütter geworden sind, bei der Rente stärker als bislang berücksichtigen.

(Beifall)

Ja, ich weiß: das kostet Geld. Ja, es geht nicht von heute auf morgen. Aber wenn wir uns einmal ansehen, vor welchen Aufgaben wir stehen, dann müssen wir auch darüber nachdenken, wie wir für genau diese Mütter ein Zeichen setzen können. Ich hoffe, dass uns das auf diesem Parteitag gelingt, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir wollen Wahlfreiheit und Wahlmöglichkeiten fördern und verbessern. Das eine hängt untrennbar mit dem anderen zusammen, und dazu bilden unsere Konzepte eine Einheit. Es geht bei uns nicht um Anerkennung von Erziehungszeiten oder Betreuungsangebote. Es geht nicht um Betreuungsgeld, Elterngeld oder den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Es geht nicht um

Entweder – oder, sondern um Sowohl-als-auch, eben um Wahlfreiheit und Wahlmöglichkeiten, und zwar nicht auf dem Papier, sondern so, dass sie gelebt werden können. Dann können wir so manches, was wir seit 1996 bearbeiten, endlich zu den Akten legen. Sowohl-als-auch – jeder soll sein Lebensmodell in unserer Gesellschaft finden, liebe Freunde.

(Beifall)

Wahlfreiheit und Wahlmöglichkeiten, das gilt auch für die Pflege alter Menschen. Wir wissen alle, das ist ein Megathema. Bei allen Diskussionen um fitte Senioren, die bis ins hohe Alter aktiv und immer einsatzbereit sind, dürfen wir gerade als Partei, die das C im Namen trägt, nicht ausblenden, dass Alter auch Gebrechlichkeit, Krankheit, Sterben und Tod umfasst. Das auch beim Namen zu nennen, ist eine Frage der Menschenwürde und der Nächstenliebe. Altern in Würde umfasst alle: den aktiven wie den pflegebedürftigen Menschen. Altern in Würde, der Schutz des Lebens von seinem Anfang bis zu seinem Ende – dazu müssen wir als Christlich Demokratische Union den Familien beistehen.

(Beifall)

Es war deshalb mehr als überfällig, dass wir mit der Pflegereform endlich mehr für Demenzerkrankte und ihre Angehörigen getan haben, dass wir eine Familienpflegezeit eingeführt haben. Aber wir werden das in den nächsten Jahren weiterentwickeln müssen. Am Umgang mit denen, die unserer Hilfe bedürfen, entscheidet sich die Menschlichkeit einer Gesellschaft. Auch das ist Freiheit in Verantwortung.

(Beifall)

Mit genau dieser Haltung arbeiten wir auch für ein Deutschland, das seinen Wohlstand sichert, indem es seine Stärken und Möglichkeiten erkennt und diese Stärken und Möglichkeiten entschlossen nutzt. Das, liebe Freunde, ist der zweite Leitsatz, der unser Handeln bestimmt.

Ludwig Erhards Formel „Wohlstand für alle“ ist noch immer unübertroffen. Das hat sich auch nach einem halben Jahrhundert nicht geändert. Sein Satz war und ist die große Verheißung der Sozialen Marktwirtschaft. Voraussetzung dafür war und ist damals wie heute Arbeit für alle. Voraussetzung dafür, dass wir das schaffen können, ist damals wie heute Wachstum. Ein Land, das seinen Wohlstand sichern will, braucht Wachstum, aber nicht ein Wachstum als Selbstzweck, sondern ein Wachstum, um den Menschen zu dienen, genauso wie es die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft gewollt haben. Sonst hieße die Soziale Marktwirtschaft auch nicht Soziale Marktwirtschaft. Sie wollten kein Wachstum um jeden Preis. Sie wollten nachhaltiges Wachstum, ein Wachstum, bei dem man ökonomisch, ökologisch und sozial Rücksicht aufeinander nimmt, damit die Lebensgrundlagen künftiger Generationen nicht zerstört, sondern bewahrt und gesichert werden. Wachstum – auch das

wusste Ludwig Erhard – lässt sich nicht per Gesetz verordnen. Dafür braucht es Menschen, die eine Idee haben, die etwas produzieren, die ihrerseits Menschen einen Arbeitsplatz geben, die wiederum ihrerseits Menschen auf der Welt finden, die die Produkte oder Leistungen, die dort produziert oder erstellt werden, kaufen wollen, haben wollen, die ein Interesse daran haben.

Liebe Freunde, die Menschen, die in unserem Land in genau diese Richtung etwas unternehmen, die Unternehmer sind, die Arbeit schaffen, die finden wir in den 3,7 Millionen kleinen und mittleren Betrieben, die finden wir in den großen Betrieben, die finden wir im Handwerk, die finden wir in ganz Deutschland, in Hannover, im Harz, im Emsland, an vielen, vielen Orten unseres Landes. Diesen Menschen müssen wir helfen! Diesen Menschen müssen wir helfen, damit sie ihre Chancen nutzen können, damit sie weiter Erfolg haben, damit sie Arbeit schaffen können, weil sie als Mittelstand das Rückgrat der gesamten deutschen Wirtschaft sind.

(Beifall)

Diesen Menschen dürfen wir nicht noch Knüppel zwischen die Beine schmeißen, wie es die Opposition immer wieder tut. Manchmal hat man doch den Eindruck, dass in der Opposition Leute sitzen, die denken: Da hat jemand einen Betrieb, der beschäftigt Mitarbeiter, der hat Erfolg, da muss doch noch mehr zu holen sein. Erhöhung der Einkommensteuer, der Abgeltungsteuer, Einführung der Vermögensteuer – das Programm der Sozialdemokraten ist ein Mittelstandsfährungsprogramm. Das können wir uns jetzt, in dieser Zeit, nicht leisten. Das müssen wir immer und immer wieder sagen.

(Anhaltender Beifall)

Stattdessen sollten wir alle Kraft darauf verwenden, durch Ausbildung und Qualifizierung noch besser die Menschen zu erreichen, die noch keine Arbeit haben. Wir sollten auch alle Kraft darauf verwenden, dass sie dann, wenn sie wieder Arbeit haben, auch anständig bezahlt werden. Deshalb setzen wir uns dort, wo es keine Tarifverträge gibt, für eine Lohnuntergrenze ein, und zwar für eine, die nicht politisch festgelegt wird, sondern von der Grundlage bestehender Tarifverträge abgeleitet wird. Dabei spielen die Tarifpartner eine Rolle. Es geht um eine Lohnuntergrenze. Liebe Freunde, ich werde nicht aufgeben. Es wäre wichtig, wenn unsere Regierung das durchsetzen könnte.

(Beifall)

Wir sollten auch alle Kraft darauf verwenden, dass endlich mehr Frauen Führungsverantwortung in Unternehmen übernehmen können.

(Beifall)

Ich verstehe sehr wohl, dass es je nach Branche Unterschiede gibt, die wir auch beachten müssen. Das liegt ja auch der Idee der sogenannten Flexi-Quote zugrunde, die ich unterstütze, die vorsieht, dass ein Unternehmen über seine Zielvorgabe selbst entscheidet. Aber, liebe Freunde, ich ergänze auch unmissverständlich: Meine Geduld bei dem Thema geht zu Ende. Ich will jetzt endlich Resultate sehen.

(Beifall)

Die Unternehmen müssen liefern. Sie dürfen den Vertrauensvorschuss, den wir ihnen geben, nicht ausnutzen und nichts tun. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass der Staat nur das regeln sollte, was die Wirtschaft nicht alleine kann; aber mir kann keiner mehr sagen, wenn mehr Frauen als Männer Abitur machen und mehr Frauen als Männer ihr Studium erfolgreich abschließen, dass dann noch nicht einmal annähernd gleich viele Frauen und Männer Führungsverantwortung übernehmen können. Das können Sie keinem erklären. Deshalb ist die Wirtschaft jetzt im Zugzwang.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen natürlich alle Kraft darauf verwenden, den Wohlstand unseres Landes zu sichern. Dabei müssen wir auch über die Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte, wenn das notwendig ist, entscheiden. Wenn es keine deutschen Fachkräfte gibt, müssen wir offen sein für ausländische Fachkräfte, und wir müssen unsere starke Forschungstradition weiterentwickeln. Trotz Haushaltskonsolidierung haben wir in den letzten Jahren jedes Jahr zusätzliches Geld in Bildung und Forschung investiert. Aber wir wissen auch: Die Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen müssen noch besser zusammenarbeiten. Das ist durch die Hightech-Strategie, die von uns entwickelt wurde, schon ein ganzes Stück weit gelungen. Ich bin überzeugt: Bund und Länder müssen im Wissenschaftsbereich mehr kooperieren können. Das ist eine Investition in die Zukunft, damit es bei uns weiterhin Forschung und Entwicklung gibt.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist eigentlich ganz lustig, dass das Forschungsthema bei uns immer ein bisschen abstrakt beschrieben wird. Aber ich darf Ihnen verraten: Wer gute Löhne haben will, wer gute Arbeit haben will, der muss irgendwas produzieren, was nicht jeder auf der Welt kann. Wer irgendwas produzieren will, was nicht jeder auf der Welt schon kann, der muss vorher etwas entdeckt haben, erforscht haben, der muss vorher eine Idee gehabt haben, und der muss Bedingungen vorfinden, unter denen er das umsetzen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn man nach Südkorea schaut, wenn man nach China schaut, wenn man nach Amerika schaut, dann stellt man fest: Die haben alle wahnsinnige Strategien, um mit uns um die Wette zu laufen.

Wenn man sieht, dass 25 Prozent der Forschungskapazität von BASF 2020 in China sein sollen, dann sage ich: Nur mit uns wird es gelingen, die 75 Prozent hierzubehalten und weiterhin vernünftige Forschungsbedingungen zu haben, damit auch morgen gute Arbeit in Deutschland möglich ist.

(Beifall)

Das ehrgeizigste, anspruchsvollste und ich sage ausdrücklich auch schwierigste Zukunftsprojekt ist allerdings die Energiewende. Wenn wir hier versagen, dann hat das weitreichende Folgen für den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Wenn wir hier Erfolg haben, dann dienen wir damit nicht nur der Sicherheit der Menschen, sondern dann legen wir auch den Grundstein für einen richtigen, weiteren Exportschlager, made in Germany. Die Energiewende ist der Meilenstein auf dem Weg zu nachhaltigem Wirtschaften. Dazu gehört erstens natürlich, dass Energie für den Verbraucher zu Hause und in den Betrieben bezahlbar bleiben muss. Das ist das Ziel, das wir verfolgen, wenn wir auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz verändern müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich stimme David McAllister absolut zu: Nirgends wird bei Rot und Grün so geheuchelt, wie bei dem Thema Energiewende.

(Beifall)

Das ist keine Veranstaltung, über die man nur sprechen kann; hier müssen jetzt Taten folgen. Deshalb müssen wir das EEG verändern. Wir müssen bei der Energieeffizienz vorankommen. Jeder weiß, dass unsere Altbausubstanz nicht ordentlich isoliert ist, dass viel zu viel Wärme nach außen dringt. Hier könnte man unglaublich schnell Energie sparen. Handwerksverbände, Umweltverbände, Verbraucherverbände – alle sind der Meinung, dass wir bei der Gebäudesanierung eine steuerliche Förderung vornehmen sollten, damit Menschen ihr eigenes Heim wirklich besser und energieeffizienter gestalten. Das wird im Bundesrat von den sozialdemokratisch und grün regierten Ländern abgelehnt. Ich sage, hier besteht die Möglichkeit des Beweises: Meint ihr es mit der Energiewende ehrlich oder meint ihr es nicht ehrlich? – Wir werden dafür werben, dass wir vorankommen, liebe Freunde, gerade auch bei dem Thema Energieeffizienz.

(Beifall)

Drittens. Da ist die Wahrheit auch konkret: Die Energiewende wird nur ein Erfolg, wenn wir den Ausbau von Leitungen und Speichern vorantreiben, damit der Strom vom Norden in den Süden gelangen kann. Damit kommen wir zu einem Thema, das auch kontrovers ist, aber für das wir stehen: Wir brauchen neue Infrastruktur, wenn wir neue Projekte haben. Wer nicht bereit ist, in neue Infrastruktur zu investieren, wer immer wieder Ausreden findet, wer immer wieder sagt, was nicht geht und nie zu Potte kommt, der kann unser Land nicht regieren, liebe Freunde.

(Beifall)

Der Jade-Weser-Port ist ein Beispiel dafür, wie es gelingen kann. Deshalb müssen wir mehr solcher Beispiele schaffen. Ich sage ausdrücklich: Natürlich brauchen wir hier auch mehr und vor allen Dingen frühere Bürgerbeteiligung; auch das ist unsere Erfahrung. Wir müssen mit den Menschen sprechen und das werden wir auch tun.

Liebe Freunde, es führt insgesamt allerdings kein Weg daran vorbei, zu erkennen, dass wir in Deutschland noch so gut sein können – unser Wohlstand wird auf Dauer nur zu sichern sein, wenn es auch Europa gut geht. Da verwende ich all meine Kraft darauf, dass Europa die größte Bewährungsprobe seit Verabschiedung der Römischen Verträge vor 55 Jahren besteht. Ich könnte es mir jetzt leicht machen. Ich könnte sagen: Im Grunde ist der Euro doch gerettet, jedenfalls so gut wie. Die Instrumente, die wir brauchen, liegen auf dem Tisch, etwa der Fiskalvertrag: Die Schuldenbremse, die wir in Deutschland kennen, wird jetzt in allen europäischen Ländern mit Ausnahme von zweien eingeführt. Wir haben einen Europäischen Stabilitätsmechanismus, um in Not geratenen Ländern zu helfen. Wir haben eine Europäische Zentralbank, die sich entschieden hat, unter bestimmten Bedingungen zu handeln. Wenn ich es mir also leicht machte, könnte ich sagen: Das Schlimmste ist überstanden. Doch ich sage hier ausdrücklich: Wir sollten vorsichtig bleiben.

Es kann gar nicht oft genug gesagt werden, dass die europäische Staatsschuldenkrise nicht mit dem einen Befreiungsschlag, dem einen Paukenschlag, dem einen vermeintlichen Wundermittel – mal sind es Euro-Bonds, mal sind es Schuldenschnitte – gelöst werden kann. Diese Krise kann nicht über Nacht gelöst werden, weil sie nicht über Nacht gekommen ist. Sie kann nur in einem langen, anstrengenden Prozess überwunden werden. Auch wenn wir in Europa in den letzten drei Jahren vielleicht mehr geschafft haben als in vielen anderen Teilen der Welt, dürfen wir noch lange nicht nachlassen. Denn ich will nicht, dass der Euro irgendwie über die Runden kommt. Ich will, dass der Euro stärker aus der Krise herauskommt, als er in sie hineingegangen ist. Und weil wir das in Deutschland schon einmal geschafft haben, können wir das auch in Europa schaffen.

(Beifall)

Entscheidend ist das Niveau, auf dem wir das hinkriegen: Wenn wir alle Mittelmaß werden, dann wird es keine gute Zukunft des Euro geben. Es geht darum, dass wir einen starken Euro haben, einen Euro, der auf Wettbewerbsfähigkeit beruht, weil genau das über das Niveau unseres Wohlstands hier bei uns zu Hause entscheiden wird. Deshalb habe ich bei jeder Entscheidung, die ich treffe – für oder gegen ein Griechenland-Programm, für oder gegen Maßnahmen zur Überwindung der Gründungsfehler beim Euro, für oder gegen viele andere Maßnahmen, immer die ganze Euro-Zone im Blick, weil jede Entscheidung, die wir dort treffen, Rückwirkungen auch auf Deutschland hat – auf jedes Mitgliedsland, aber auch auf Deutschland – und weil wahr ist: Auf Dauer geht es Deutschland nur gut, wenn es Europa gut geht. Das ist eigentlich eine Binsenweisheit, aber wir müssen sie uns immer wieder vor Augen führen.

Als Konrad Adenauer Bundeskanzler war, da gab es auf der Welt 2,5 Milliarden Menschen; wir Europäer waren auch schon fast 500 Millionen. Heute gibt es 7 Milliarden Menschen auf der Welt, und wir Europäer sind nicht viel mehr geworden; wir stellen noch knapp 7 Prozent der Einwohnerschaft der Welt. Das heißt, wenn wir weltweit eine Rolle spielen wollen, dann werden wir 80 Millionen Deutsche alleine nicht weit kommen. Wenn wir weltweit eine Rolle spielen wollen, dann geht das nur im europäischen Verbund. Deshalb ist der Kampf um den Euro viel mehr als eine finanz- oder wirtschaftspolitische Anstrengung; der Euro ist eben weit mehr als eine Währung. Um den Euro zu stärken und dabei Europa im weltweiten Wettbewerb zu stärken, müssen wir überall in Europa wieder zu soliden Finanzen kommen.

Da muss man doch ganz klar sagen: Es ist eine Schande, dass ausgerechnet eine rot-grüne deutsche Regierung dafür gesorgt hat, dass das Instrumentarium, das extra dafür geschaffen war, nämlich der Stabilitätspakt, wissentlich und willentlich verletzt wurde, verändert wurde.

(Beifall)

Dies ist und bleibt eine der schwersten Hinterlassenschaften von Rot-Grün. Ich werde in Europa immer wieder gefragt: Was habt ihr Deutsche denn vor zehn Jahren schon alles gemacht? Insofern ist es wichtig, dass wir solche Fehler nicht wiederholen. Deshalb verwenden wir heute all unsere Kraft darauf, eine Stabilitätsunion zu schaffen. Wir verwenden alle Kraft darauf, Wachstum zu generieren. Nicht zuletzt verwenden wir alle Kraft darauf, das Übel, die Probleme bei der Wurzel zu packen: Wir beheben die Gründungsfehler der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Dazu brauchen wir mehr gemeinsame Fiskalpolitik, also konkrete Durchgriffsrechte bei den Ländern, die ihre Vorgaben und Verpflichtungen nicht erfüllen. Dafür brauchen wir mehr gemeinsame Wirtschaftspolitik. Wir brauchen dafür auch mehr demokratische Legitimation. Wahrlich nicht zuletzt brauchen wir mehr gemeinsame Finanzmarktpolitik.

Liebe Freunde, ich sage Ihnen auch ganz offen: Dieser Punkt bereitet mir nach wie vor große Sorgen. Bei den drei Punkten Fiskalpolitik, Wirtschaftspolitik und demokratischer Legitimierung sind wir auf einem ordentlichen Weg. Da geht es zwar mal zwei Schritte vor und wieder einen zurück, da scheidert auch mal ein EU-Rat, aber da haben wir eine Vorstellung, wie wir vorgehen sollen. Aber beim Ziel, mehr gemeinsame Finanzmarktpolitik zu schaffen, insbesondere bei der Regulierung von Banken, Schattenbanken und Finanzmärkten, bin ich, ehrlich gesagt, weiter in Sorge. Wir treten auf der Stelle; manch einer will es vergessen. Deutschland war in vielen Bereichen Vorreiter: Wir haben als Erste die Leerkäufe verboten; Europa ist uns gefolgt. Wir haben eine schärfere Regulierung des Hochfrequenzhandels in der gesetzlichen Beratung. Wir haben auch ein Gesetz, mit dem man Banken restrukturieren und abwickeln kann. Aber das reicht nicht. Deutschland macht deshalb in Europa Druck: Wir wollen eine Finanztransak-

tionsteuer, auch wenn sich hier nur elf Länder gefunden haben, damit die Banken ihren Beitrag dazu leisten, dass sich krisenhafte Entwicklungen nicht wiederholen, für die der einfache Steuerzahler einstehen muss.

(Beifall)

Wir brauchen eine bessere Bankenaufsicht und zwar eine Bankenaufsicht, die den Namen auch verdient. Wir setzen alles daran, dass Hedgefonds und Schattenbanken insgesamt – das wird dieses Jahr bei G 20 eine Rolle spielen – besser reguliert werden. Es nützt natürlich auch nichts, wenn hier nur Europa handelt. Vielmehr ist das dicke Brett zu bohren und das zu tun, was wir uns einmal vorgenommen haben: Jedes Finanzmarktprodukt, jeder Finanzplatz und jeder Teilnehmer müssen einer Regulierung unterworfen werden. Wir haben noch viel zu viele Bereiche der Welt, in denen das nicht der Fall ist. Daran müssen wir weiter arbeiten, liebe Freunde; das ist essenziell, das ist wesentlich, das ist ganz wichtig.

(Beifall)

Das ist ja nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft, wenn wir unseren Wohlstand sichern wollen, sondern es ist vor allen Dingen eine Frage der Gerechtigkeit. In der Sozialen Marktwirtschaft ist der Staat der Hüter der Ordnung. Das kann angesichts des Ausmaßes der Verantwortungslosigkeit, das wir in der Finanzkrise erlebt haben, gar nicht oft genug betont werden. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft müssen nicht nur in Deutschland gelten, müssen nicht nur in Europa gelten. Der Hüter der Ordnung muss auch weltweit da sein, sonst werden die Menschen nicht an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit glauben. Das ist die große Aufgabe, die wir noch zu erledigen haben.

(Beifall)

Das führt mich zum dritten Leitsatz, der unser Handeln bestimmt: Wir arbeiten für ein Deutschland, in dem die Menschen sicher und in dem die Menschen gerne leben, weil es zusammenhält. Arbeiten für den Zusammenhalt – das klingt beinahe banal, aber es ist doch eine riesige Aufgabe: für den Zusammenhalt von Ost und West, für den stellvertretend der Solidarpakt steht, der bis 2019 gilt wir sind da natürlich vertragstreu – oder für den Zusammenhalt von Einheimischen und Zugewanderten, der eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass unser Land auch in Zukunft menschlich und erfolgreich ist oder aber, gleichsam alles umfassend, für den Zusammenhalt von Jungen und Alten.

Die Folgen der demografischen Entwicklung können wir alle, glaube ich, noch nicht vollends überblicken. Ihre Gestaltung ist für mich, was die Größe der Aufgabe anbelangt, mit der Gestaltung der Globalisierung vergleichbar. Vor 100 Jahren konnte ein Mensch hierzulande mit ungefähr 50 Lebensjahren rechnen. Heute sind es etwa 80 Lebensjahre. Das ist ein unglaublicher Lebenszeitgewinn in einem Jahrhundert. Dem steht jedoch gegenüber, dass wir nicht nur älter

werden, sondern auch weniger. Pro Jahr sterben in Deutschland rund 200 000 Menschen mehr, als geboren werden. Wenn immer weniger Junge für immer mehr Ältere sorgen müssen, dann hat das natürlich Auswirkungen auf die Rente als Generationenvertrag, dann berührt das ganz konkret den Zusammenhalt von Alt und Jung. Deshalb ist einerseits die Einführung der Rente mit 67 unverzichtbar – und sie wird bei uns stufenweise bis zum Jahr 2029 eingeführt –, aber andererseits ist genauso wichtig, dass wir uns darum kümmern, dass Armut im Alter vermieden wird.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu ist Arbeit – ich habe darüber gesprochen – die entscheidende Voraussetzung. Wir wollen, dass jeder, der ein Leben lang gearbeitet hat, der privat vorgesorgt hat, am Lebensabend mehr hat als nur die Grundsicherung. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

(Beifall)

Den Zusammenhalt stärken – ich bin davon überzeugt, das macht unser Land auch in Zukunft stark: den Zusammenhalt zwischen denen, die Solidarität geben, und denen, die Solidarität brauchen, dass starke Schultern mehr tragen als schwache, aber sie niemals gegeneinander ausgespielt werden. Wer kann das besser leben als die Union in Deutschland? Wir sind die Partei – das zeigt sich in unserer neuen Mitgliederwerbekampagne – zum Beispiel der Schulinspekturin aus Berlin, die sich dafür einsetzt, dass den Kindern unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern alle Möglichkeiten offenstehen. Oder wir sind die Partei des Physikers aus Kaiserslautern, der daran arbeitet, Tumorzellen zu zerstören und damit Leben zu retten. Oder wir sind die Partei der 18-jährigen Gymnasiastin aus Magdeburg, die an ihrer Schule am Projekt „Schule gegen Rassismus“ arbeitet. Wir sind auch die Partei des blinden Verwaltungsangestellten, der sich für unsere Partei als Kommunalpolitiker im Rat der Stadt Laatzen einsetzt, damit sich Menschen mit und ohne Behinderungen in der Stadt gleichermaßen wohlfühlen oder die Partei der Mutter aus Neubrandenburg, die als Stabsunteroffizierin für ihren Einsatz mit dem Ehrenkreuz der Bundeswehr ausgezeichnet wurde, oder des Mannes aus Delbrück, der seine türkische Heimat verlassen hat und heute Vorsitzender eines Vereines zur Integration syrisch-aramäischer Christen ist. Sie alle, die Hunderttausenden Mitglieder und die Millionen Anhänger unserer Partei: Wir sind die Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Diese Vielfalt, dieser Reichtum an Erfahrungen und Fähigkeiten – das ist das, was uns ausmacht. Das sind wir. Und so wenden wir uns an alle Menschen im Land, damit wir gemeinsam das Beste für unser Land machen. Das tun wir zuerst im Januar in Niedersachsen. Unsere Freunde in Niedersachsen haben dieses große und schöne Land – David McAllister hat es uns gesagt – auf Vordermann gebracht. Ihr habt das Schuldenmachen gestoppt, ihr habt dafür gesorgt, dass die

Menschen Arbeit haben – Niedersachsen hatte noch nie so viele Erwerbstätige wie heute –, ihr habt das Land sicherer gemacht. Lieber David McAllister, das muss fortgesetzt werden. Das ist toll. Dabei wollen wir alle dich unterstützen.

(Lebhafter Beifall)

Danach kommt dann natürlich auch Bayern, das Bundesland der Superlative schlechthin.

(Zurufe: Ah!)

Spitze ist auch die Zusammenarbeit von CDU und CSU. Ich danke Horst Seehofer, Gerda Hasselfeldt, Alexander Dobrindt und vielen anderen. Wir werden das morgen auch noch einmal tun.

Ich möchte aber vor allem Volker Kauder und der ganzen CDU/CSU-Bundestagsfraktion danken, allen Ministern unserer Bundesregierung, den Ministerpräsidenten, unserem Generalsekretär Hermann Gröhe und der ganzen Mannschaft im Konrad-Adenauer-Haus.

(Beifall)

Ich danke allen Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden und den Vereinigungen. Ich danke für die großartige Zusammenarbeit und Unterstützung. Wir sind die Union in Deutschland.

So treten wir im September 2013 vor die Bürgerinnen und Bürger und bitten um ihr erneutes Vertrauen zur Gestaltung der Zukunft. Wir wollen ein Land, das Vorbild darin wird, wie man den Zusammenhalt aller Menschen in unserem Land stärkt. Wir wollen ein Land, das zum modernsten Energiestandort der Welt wird und damit Verantwortung für die Lebensgrundlagen unserer Kinder übernimmt. Wir wollen ein Land, das auch in Zukunft zu den wettbewerbsfähigsten Industrienationen der Welt gehört. Wir wollen, dass „Made in Germany“ auch in Zukunft einen guten Klang hat. Wir wollen ein Land, das Vollbeschäftigung erreicht und so Sicherheit und Teilhabe für alle schafft. Und wir wollen ein Land, das auch in Zukunft der Stabilitätsanker in Europa ist und verlässlicher Freund und Partner in der Welt.

Liebe Freunde, unsere Gründerväter haben buchstäblich in Schutt und Asche angefangen. Unser Land war zerrissen. Alles, was einmal für die Werte unseres Volkes stand, war brutal vernichtet worden. In dieser Lage wagten weitsichtige Männer und Frauen den Neuanfang. Sie entschieden sich dafür, auf den Schatz zurückzugreifen, der sie schon vorher durch ihr Leben geführt hatte, der ihnen Halt und Orientierung gegeben hat. Sie entschieden sich, eine Partei auf der Grundlage christlicher Werte zu gründen, über Schichten und Konfessionsgrenzen hinweg; denn diese neue Partei, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, sollte auf dem festen Fundament des christlichen Menschenbildes eine Einladung an alle Menschen in Deutschland sein, eine Einladung an alle Menschen guten Willens.

(Beifall)

Seither hat uns über all die Jahre und Jahrzehnte dieser Kompass durch die Zeit geführt. Er wird uns auch weiter durch die Zeit geleiten. In meinem Wahlkreis, auf der Insel Rügen, gibt es im Ostseebad Göhren einen alten Brunnen. An diesem alten Brunnen gibt es eine Inschrift. Sie lautet: „Gottes sind Wogen und Wind Aber Segel und Steuer sind Euer“. Liebe Freunde, Wogen und Wind, das haben wir in der Geschichte unserer Partei schon oft zu spüren bekommen. Immer haben wir dann Segel und Steuer ergriffen, um das stolze Schiff CDU in eine gute Zukunft zu führen, um unser Land und Europa in eine gute Zukunft zu führen.

So machen wir das: nicht zu unserem Wohle, sondern zum Wohle aller Menschen in Deutschland, zum Wohle Europas. Das ist unsere Mission, das ist unsere Aufgabe.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel, wir danken für eine große und wegweisende Rede. Wir wissen, was Angela Merkel für Deutschland und Europa leistet. Die CDU Deutschlands ist stolz auf unsere Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, es folgt jetzt die Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden. Dazu übergebe ich dann das Wort an Julia Klöckner.

Bevor ich das tue, begrüße ich herzlich in unseren Reihen den schwedischen Außenminister Carl Bildt von unserer Partnerpartei „Moderaterna“. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Julia Klöckner: Herzlichen Dank. Ich darf weiterhin Begrüßungen vornehmen. Aus Österreich ist zu uns gekommen der ÖVP-Generalsekretär Hannes Rauch. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Aus Polen ist der EVP-Vizepräsident Jacek Saryusz-Wolski bei uns. Auch ihn heiße ich herzlich willkommen.

(Beifall)

Aus Bayern von der CSU kommt der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, Manfred Weber.

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich die ehemalige Bundesministerin und ehemalige Bundesvorsitzende der Frauen Union, Rita Süßmuth. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Liebe Freunde, ich darf sie jetzt bei der Aussprache bitten, für Ihre Wortmeldung die Wortmeldezettel zu verwenden. Außerdem bitte ich die Rednerinnen und Redner, ihre Redebeiträge so klug und so zu verfassen, dass viele Wortmeldungen berücksichtigt werden können.

Ich rufe als ersten Redner Dr. Pöttering, Mitglied des Europäischen Parlamentes, auf. Als zweiten Redner bitte ich Eugen Abler aus Baden-Württemberg sich bereitzuhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: Frau Präsidentin, liebe Julia Klöckner! Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Unsere Bundeskanzlerin hat davon gesprochen, dass wir in turbulenten Zeiten leben – wie wahr. Wir reden über Geld, über Finanzen, über Wirtschaft, all das ist richtig und notwendig, aber es ist auch wichtig, dass wir uns erinnern, was uns im Kern in der Europäischen Union zusammenhält und das sind unsere gemeinsamen Werte: die Würde des Menschen, die Menschenrechte, die Demokratie, die Rechtsordnung, der Frieden und die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität.

Und kein Volk in Europa, liebe Freunde, hat von der Einigung Europas so sehr profitiert wie unser Land, die Bundesrepublik Deutschland. Ich meine das jetzt nicht finanziell oder wirtschaftlich, was unsere Exporte angeht, sondern, dass wir in Grundanliegen die Unterstützung unserer Freunde gehabt haben. Bischof Meister hat heute Morgen im ökumenischen Gottesdienst auf Frankreich hingewiesen. Wir dürfen in der heutigen Zeit, wo es um viel geht, nicht vergessen, dass es historisch etwas völlig Neues war, dass 1950, fünf Jahre nach dem zweiten von Deutschland ausgegangenen Krieg, Robert Schuman und andere, Deutschland die Hand zur Versöhnung gegeben haben und damit das Projekt der Einigung Europas beginnen konnte.

Liebe Freunde, ein Ereignis der jüngeren Vergangenheit: Uns wurde die Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 ermöglicht. Die Menschen in der damaligen DDR haben es erreicht durch ihr Streben nach Freiheit, genauso wie eine kluge Staatsführung durch Helmut Kohl und andere. Aber die Einheit Deutschlands wäre nicht möglich gewesen, wenn es nicht den Freiheitswillen der Polen, der Esten, der Letten, der Litauer, der Tschechen, der Slowaken, der Ungarn und anderer gegeben hätte. Sie alle haben durch ihren Freiheitswillen dazu beigetragen, dass das wichtigste Anliegen unseres Landes, die Einheit in Freiheit, am 3. Oktober 1990 Wirklichkeit wurde. Dies sollten wir als Deutsche niemals vergessen.

(Beifall)

Ich möchte unsere Bundeskanzlerin ermutigen, mit der gleichen Entschlossenheit den Weg weiterzugehen, den sie geht. Das Grundgesetz gibt uns in seiner Präambel und in Art. 23 den Verfassungsauftrag, an der Einigung Europas mitzuwirken. Jetzt stehen wir vor großen Herausforderungen, was Griechenland und andere Länder angeht. Liebe Freunde, angesichts dessen, was die anderen Völker für uns getan haben, dürfen wir nie vergessen, dass wir in der Europäischen Union eine Familie sind. In einer Familie schließt man niemanden aus, sondern man sucht nach Wegen, um wieder zusammenzukommen. Unser christliches Menschenbild gebietet es, dass wir allen mit Respekt begegnen, gerade auch unseren griechischen Freunden, und sie bei ihren eigenen Anstrengungen unterstützen, damit sie wieder einen guten Weg finden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird am 19. Dezember unsere neu errichtete Vertretung eröffnen. Der Ministerpräsident Antonis Samaras wird dabei sein.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Angela Merkel hat in die Welt hinausgeschaut. Es gibt Turbulenzen, diktatorische, autoritäre Regierungen auch in großen Ländern. Seien wir froh darüber, dass wir in der Europäischen Union trotz aller Probleme, die wir haben, eine unvergleichliche Wertegemeinschaft sind, die einzigartig in der Welt ist. Wenn wir uns daran erinnern, dass wir durch Werte wie die Würde des Menschen, die Menschenrechte, Demokratie, Rechtsordnung, Frieden, Solidarität und Subsidiarität verbunden sind, dann müssen wir feststellen, dass wir als Christdemokraten, als CDU Deutschland, hervorragende Voraussetzungen haben, den Weg in die Zukunft zu gehen. Wir gewinnen am 20. Januar hier in Niedersachsen, in unserer schönen Heimat. Damit leisten wir dann einen Beitrag für Deutschland und die Europäische Union. Bleiben wir unseren Prinzipien treu: Heimat, Vaterland, Europa. Dann werden wir weiterhin erfolgreich sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hans-Gert Pöttering. Ich darf jetzt Eugen Abler zum Rednerpult bitten. Dann folgt der Ministerpräsident aus Hessen, Volker Bouffier.

Eugen Abler: Frau Präsidentin! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Respekt und Anerkennung für Ihre Bilanz, für Ihre Leistung und für Ihre Visionen für ein wichtiges Wahljahr, das vor uns liegt. Wir sollten aber nicht ausblenden, was weniger erfreulich ist. Die Frage ist: Warum laufen uns so viele Wähler weg? Wir haben sehr viele Wahlen verloren. Da fragen sich die Bürger, für welche Politik die CDU steht. Das ist nicht mehr klar erkennbar. Wir müssen wieder verstärkt unsere Positionen benennen. Von großer Bedeutung bleibt unsere Glaubwürdigkeit. Dazu muss in unserer Partei mit dem C im Namen das christliche Menschenbild klar erkennbar sein. Begreifen wir das C in unserem Namen als Richtschnur für unser Handeln, als Inbegriff für Werte, Überzeugungen und Richtungen. Christlich und fortschrittlich, das sind keine Gegensätze. Vielmehr sind sie zwei Seiten einer Medaille. Wir müssen aufgeschlossen für Neues sein. Wir dürfen uns aber nicht vom Zeitgeist treiben lassen. Wir müssen wieder die Stamm-

wähler ansprechen. Geben wir dem Konservativen wieder eine Heimat. Konservative Inhalte sind für mich Lebensschutz, Bewahren der Schöpfung, Ehe und Familie als Grundlage unserer Gesellschaft sowie ein Patriotismus in gutem Sinne. Wir brauchen eine Schärfung unseres Profils und eine Rückbesinnung auf christliche Werte.

Stichwort „Familienpolitik“. Den Verfassern des Grundgesetzes war die Bedeutung von Ehe und Familie für die Gesellschaft klar. Dass die von Ihnen beabsichtigte Bevorzugung der Ehe auch eine Benachteiligung anderer Lebensformen bedeutet, liegt in der Natur einer Entscheidung für eine Wertvorstellung. Die Homoehe, das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften sowie die steuerrechtliche Gleichstellung von Homopartnern unterhöhlt die Absicht des Grundgesetzes und ist das falsche Signal an die Gesellschaft. Der Staat sollte nicht vorschreiben, was für die Familie gut ist, sondern er sollte Eltern finanziell in die Lage versetzen, in voller Freiheit hauptberuflich die Erziehung zu wählen oder eine entsprechende Dienstleistung, die dann qualitativ eher einer Betreuung als einer Erziehung entspricht, in der Kita nachzufragen. Das Betreuungsgeld ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenn es an deutsche Sprachkenntnisse gekoppelt ist. Es ist allerdings keineswegs ausreichend.

Erinnern wir uns an ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Die außerhäusliche Erziehung darf nicht besser gestellt werden als die inhäusige. Deshalb setze ich mich für echte Wahlfreiheit ein. Eltern, die ihr Kind zu Hause erziehen, sollen vom Staat den gleichen Betrag erhalten, der für einen Krippenplatz aufgewendet wird. Erziehungsarbeit in den Familien ist eine wichtige gesellschaftliche Leistung. Der heute noch zu fassende Beschluss ist ein guter Beitrag in diese Richtung. Honorieren wir die Familienarbeit stärker! Investitionen in Familien wären sicherlich besser als die vielen Milliarden nach Griechenland.

Familienarbeit muss auch rechtlich stärker zu Buche schlagen. Jede Diskriminierung von Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, trete ich entschieden entgegen. Es ist schlimm genug, dass das grüne Lager aus ideologischen Gründen die Familie schwächen will. Wir Christdemokraten müssen ein Klima schaffen, das deutlich macht, dass Kinder als Reichtum begriffen werden.

Ich werde nicht müde, dem Lebensschutz das Wort zu reden. In einer Partei, die sich christlich nennt, muss der Schutz des menschlichen Lebens, von der Zeugung bis zum natürlichen Tod, höchste Priorität haben.

Das C in unserem Namen verpflichtet uns, zur Tötung von jährlich rund 200 000 ungeborenen Kindern nicht länger zu schweigen. Denn was moralisch falsch ist, kann politisch nicht richtig sein. Die hunderttausendfache Tötung von ungeborenen Kindern ist eine erschütternde Tatsache und eine existenzielle Bedrohung für unsere Gesellschaft. Darin liegt auch die Ursache unseres Demografieproblems begründet. Wenn die Tötung wehrloser Kinder zur Tagesordnung gehört, dann hat die dahinterstehende Haltung auch ihre Auswirkungen auf das Verhältnis von

behinderten, alten und unheilbar kranken Menschen. Aktiver Sterbehilfe müssen wir mit ganzer Kraft entgegentreten. Die Menschen dürfen nicht über das Leben anderer verfügen. Werden wir wieder zu Anwälten des Lebens. Unsere Glaubwürdigkeit hängt daran. Ein Staat, der die Tötung ungeborener Kinder finanziert, trägt aktiv dazu bei, dass in der Bevölkerung das Bewusstsein vom Unrechtscharakter der Abtreibung schwindet. Die Tötung von ungeborenen Kindern ist keine Krankheit, sondern mit den Worten von Mutter Theresa klarer Mord. Jedes Kind ist ein Geschenk Gottes. Die ungeborenen Kinder sind die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Sie verdienen deshalb unsere uneingeschränkte Solidarität.

Zum Schluss meiner Bemerkungen noch ein Wort zum Umweltschutz. Wenn wir Energie einsparen glaubwürdig betreiben wollen, dann sollte Tempo 130 auf unseren Straßen kein Tabu sein. Nur noch in Malta und Deutschland darf unbegrenzt gefahren werden. Das wäre ein guter Beitrag. Ich fordere deshalb Tempo 130 auf unseren Straßen.

Meine Damen und Herren, am Ende meiner Rede, mache ich mir eine Feststellung von Erwin Teufel zu Eigen. Die CDU kann sich in Zukunft am C orientieren oder sie kann das C aufgeben. Es gibt aber keinen dritten Weg. Sie darf nicht das C im Schilde führen, wenn sie sich nicht an ihm orientiert. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ich darf jetzt den Ministerpräsidenten des Landes Hessen nach vorne bitten. Es ist Volker Bouffier. Als Nächster soll sich bitte Oswald Metzger bereithalten.

Volker Bouffier: Sehr verehrte Frau Tagungspräsidentin! Sehr verehrte Frau Bundesvorsitzende! Deutschland steht hervorragend da. Das ist das Ergebnis unserer Politik. Das ist das Ergebnis der Politik von Angela Merkel. Ich sehe jetzt schon, dass unsere verehrten journalistischen Begleiter schreiben werden: Ein Huldigungsparteitag für Angela Merkel! Liebe Freunde, Angela Merkel braucht keine Huldigung, aber eine Partei, auf die sie sich verlassen kann, eine Partei die hinter ihr steht und eine Partei, die dankbar und froh ist, dass sie eine so erfolgreiche Vorsitzende hat. Sie darf sich auf einem solchen Parteitag auch einmal freuen und zeigen, dass sie hinter ihrer Vorsitzenden steht.

(Beifall)

Das ist auch der große Unterschied zu unserer politischen Konkurrenz. Die Sozialdemokraten haben einen Vorsitzenden, dem sie ernsthaft nicht zutrauen, Kanzlerkandidat zu werden. Sie haben einen Kanzlerkandidaten, über den sie nicht einmal nachdenken würden, ihn zum Parteivorsitzenden zu machen. Die Grünen haben eine Bundesvorsitzende, die Bundesbetroffenheitsbeauftragte Claudia, die, als es um etwas ging, bitterlichst abgestraft wurde. Dann wurde die Parteivorsitzende mit einem tollen Ergebnis wiedergewählt. Meine Damen und Herren, eine Partei, die

einer Parteivorsitzenden dann, wenn es um etwas geht, gar nichts zutraut und sie als Akt der Wiedergutmachung wieder zu wählen, hat keine Parteivorsitzende, sondern ein Parteimaskottchen.

(Beifall)

Liebe Freunde, bei uns in der CDU ist es anders. Bei uns passen Partei und Parteivorsitzende zusammen. Das ist eine hervorragende Grundlage, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein. Dazu möchte ich ein paar Bemerkungen machen. Der Kollege, der vor mir gesprochen hat, hat sich darum gesorgt, dass wir unseren Kompass verlieren. Diese Sorge kann ich verstehen. Ich teile sie im Ergebnis nicht. Unser Anspruch ist, die Zukunft zu gestalten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben geschrieben, wir wollen Chancen für alle, und wir wollen, dass die Menschen in Deutschland, jeder persönlich, eine gute Zukunft erwarten können. Wie soll das gehen? Nach meiner Überzeugung liegt der Maßstab für diese Zukunft nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Liebe Freunde, wenn eben eingefordert wurde, deutlich zu machen, für was wir eigentlich stehen, dann ist das relativ einfach. Wenn wir an Bewährtem festhalten, dann ist das nicht unmodern. Weiterzuentwickeln, was sich bewährt hat, ist schlicht klug. Wenn wir den allseits betreuenden und bevormundenden Staat ablehnen, wenn wir in die Freiheit und Selbstverantwortung der Bürger Vertrauen setzen, dann ist das nicht naiv, sondern die Grundvoraussetzung für Kreativität und Fortschritt in einer demokratischen Gesellschaft. Wenn wir Leistung einfordern und belohnen, dann ist das nicht unsozial, sondern die Grundbedingung dafür, dass wir Solidarität in einer Gesellschaft üben können. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wenn Solidarität und Gerechtigkeit mehr sein sollen als Parteitagslyrik, dann muss es immer Menschen geben, die mehr leisten als sie müssen. Nur so entsteht ein Mehrwert, den ich nutzen kann, um ihn denen zu geben, die nicht aus eigener Kraft ihr Leben erfolgreich gestalten können. Deshalb muss für die CDU auch in Zukunft gelten: Leistung anspornen, Leistung anerkennen und einfordern. Dies sind Grundbedingungen dafür, dass wir auch in einer zukünftigen Gesellschaft in der Lage sind, wirklich solidarisch zu sein und aus zukünftig Erwirtschaftetem entsprechende Hilfestellung zu geben. Das ist unsere Position. Die hat auch in Zukunft, wie ich finde, ihre Berechtigung.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere politische Konkurrenz sieht das genau anders. Dort geht es um das Verteilen, schlichter formuliert: irgendeinem etwas wegnehmen, um es nach politischen – wenn es ganz blöd läuft, nach ideologischen – Vorgaben anderen zu geben. Das ist weder die Vorstellung einer freien Gesellschaft noch ist sie ein Erfolgsmodell. Alle Verteilungsmodelle sind immer gescheitert. Erst ging die Wirtschaft in die Brüche, anschließend die Freiheit und, wenn es die Menschen nicht selbst erkannt haben, dann hat man versucht, den Menschen zu erklären, dass in der Praxis zwar

nichts klappt, aber der Plan eigentlich großartig sei. Wir stehen für qualifiziertes Wachstum. Wir dürfen uns auch in Zukunft nicht auf die Verteilung dessen, was ist, konzentrieren und beschränken. Umverteilung gepaart mit Neid schüren und das ganze schön eingepackt in die herrliche Vokabel, es ginge um mehr Gerechtigkeit.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, diese Auseinandersetzung müssen wir engagiert annehmen. Wir sind erfolgreich. Unsere Bundesvorsitzende hat zu Recht darauf hingewiesen, Erfolge, insbesondere in der Vergangenheit, werden in der Regel entgegengenommen, aber sie sind selten Grundlage für Zukunftsvertrauen. Deshalb müssen wir diese Auseinandersetzung führen. Ich tue dies am Stichpunkt der Gerechtigkeit. Schauen wir uns die Grünen und die gefühlte, die herbeigeschriebene, in Teilen vielleicht wirkliche Bürgerlichkeit der neuen Partei an. Sie kommen angeblich bürgerlich daher. Meine Damen und Herren, das ist grober Unsinn. Wer heute nicht mehr in Latzhosen und Punkfrisuren kommt oder wer madonnengleich als Spitzenkandidatin in den Saal einschwebt, der hat noch lange nicht den Lackmusest für eine bürgerliche Partei, für eine Partei der Mitte abgegeben.

(Vereinzelt Beifall)

Auf die Inhalte kommt es an. Deshalb freue ich mich auf eine Diskussion und eine Auseinandersetzung. Ich möchte uns einladen: Führen wir sie munter und offen. Schauen wir uns einmal an, was die Grünen gerade beschlossen haben: eine Orgie von Steuererhöhungen, Spitzensteuersatz, Vermögensteuer, Verdopplung der Erbschaftsteuer, Zwang zur Einheitsversicherung. Liebe Freunde, das ist der Instrumentenkasten nicht einer bürgerlichen Mitte, das ist eins zu eins der Instrumentenkasten der Linkspartei. Inhaltlich sind die Grünen genauso eine linke Partei wie sie es immer waren, egal wie sie sich ummanteln.

(Vereinzelt Beifall)

An einem Beispiel grober Unvernunft will ich zeigen, was ungerecht ist.

Die Grünen haben beschlossen, den sogenannten Hartz-IV-Empfängern, also den Empfängern von Arbeitslosengeld II, 50 Euro obendrauf zu legen. Wer wollte diesen Menschen nicht Gutes tun? Sie haben dann noch beschlossen, dass in Zukunft auch darauf verzichtet werden soll zu überprüfen, warum jemand eine angebotene Arbeit nicht angenommen hat. Das ist erst vier Wochen her. Dass das schlappe 7,4 Milliarden Euro mehr kostet und die Grünen nicht einen Satz darauf verwenden, wie man das bezahlt, ist die eine Seite. Was mir aber wichtiger ist, wenn wir über Gerechtigkeit und Zukunftsgestaltung reden – das ist die andere Seite – wer dieses so machen will und denen, die nicht arbeiten, zulasten derer, die arbeiten, ständig höhere Leistungen gibt, der verletzt den Grundsatz der Gerechtigkeit in unserem Land. Es muss auch in Zukunft gelten: Der, der arbeitet, muss am Ende mehr haben, als der, der nicht arbeitet. Das darf auch bei grüner Wohlfühlpolitik nicht untergehen.

(Beifall)

Wir können diese Debatte wunderbar führen, und zwar ausgerichtet an Inhalten. Grüne Politik ist nach wie vor linke Politik. Sie ist eingebettet in den Anspruch moralischer Erhabenheit. Die Grünen kommen manchmal als erleuchtete und bessere Menschen daher, die sich nicht nach dem politischen Diskurs richten müssen. Sie vermitteln den Eindruck, dass jeder, der politisch anders denkt, sozusagen am Rand dessen steht, was neuere Erkenntnisse anbelangt. Die schlichte Wahrheit ist: Linke Ideologie, eingebettet in eine Wohlfühlatmosphäre, und Staatsgläubigkeit zeichnen die Grünen aus. Vor diesen Grünen braucht sich niemand politisch zu verstecken – am allerwenigsten die Union, liebe Freunde.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch eine weitere Bemerkung hinterherschieben. Es geht um Gerechtigkeit. Die Partei, die glaubt, das Stichwort Gerechtigkeit gepachtet zu haben, sind die Sozialdemokraten. Schauen wir uns einmal an, was die Sozialdemokraten in jüngerer Zeit an praktischer Politik aufführen. Gerade als Repräsentant eines Bundeslandes kann man das besonders gut erkennen.

Erstes Beispiel. Wir haben im Bundesrat mittlerweile eine Blockade durch die Länder, die von SPD und den Grünen regiert werden. Was blockieren die da eigentlich? Sie blockieren den richtigen Schritt der Bundesregierung, das Existenzminimum – das betrifft die Menschen, die am unteren Ende der Leiter stehen – entsprechend zu erweitern und steuerfrei zu stellen. Das ist unsere Entscheidung, und das ist unser Wunsch. Wer ist aber dagegen? Das sind die Sozialdemokraten. Diese Blockade ist nicht nur falsch, sie ist auch ungerecht.

(Beifall)

Zweites Beispiel: kalte Progression. Warum sorgen wir nicht dafür, dass der, der arbeitet und eine Lohnerhöhung bekommt, der aber anschließend aufgrund der Steuersystematik in einen anderen Teil der Steuerkurve fällt, nicht Gefahr läuft, weniger als vorher zu haben? Wie es jetzt ist, ist nicht nur falsch, sondern auch ungerecht. Aber eine entsprechende Änderung geht mit den Sozialdemokraten nicht.

Ein drittes Beispiel. Dieses Beispiel will ich heute bewusst ansprechen, nämlich das bornierte Ablehnen des Steuerabkommens mit der Schweiz. Die Bundesregierung hat den Ländern angeboten – dafür bin ich sehr dankbar – ihnen die gesamten Erträge aus diesem Abkommen zur Verfügung zu stellen. Wir könnten dieses Geld sehr gut gebrauchen für alle möglichen Maßnahmen, die wir gerne durchführen würden, die wir aber in der Regel nicht finanzieren können, weil wir uns nicht weiter verschulden wollen.

Warum lehnt die SPD dieses Abkommen eigentlich ab? Sie sagt, es sei ungerecht. Wie sieht es jetzt aber aus? Wir haben nun gar kein Abkommen, und die Einzigen, die wirklich profitieren, sind die Steuerhinterzieher; denn mit jedem Jahr, das ohne ein Abkommen ins Land geht, ver-

ringert sich die Zeit bis zur Verjährung. Niemand gewinnt durch die Blockadehaltung der SPD mehr als die Steuerhinterzieher. Das ist ungerecht und falsch. Es ist vor allen Dingen ungerecht gegenüber dem normalen Steuerzahler, liebe Freunde.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch eine abschließende Bemerkung machen; das muss ich einfach loswerden. Der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten in spe, der Kollege Steinbrück, hat sich, als er noch Bundesfinanzminister war, zum Thema Vermögensteuer relativ klar und richtig geäußert. Er hat darauf hingewiesen, dass aus vielen fachlichen Gründen diese Steuer nicht sinnvoll ist: wegen der Erhebung, wegen der Bewertung und wegen vieler anderer Dinge mehr. Das war gestern. Die Sozialdemokraten von heute verbrennen nahezu alles, was sie gestern noch selbst mitbeschlossen haben. Wenn man ihn heute einmal fragt, ob ein Betrieb, der keinen Gewinn erzielt, eigentlich Steuern zahlen muss, dann antwortet er: Da werden wir als SPD noch eine Lösung finden. – Das ist immerhin vier Monate her. Dann machte er noch eine Bemerkung – die finde ich ganz besonders bezeichnend; wer Herrn Steinbrück kennt, der weiß, dass er nicht unter mangelndem Selbstbewusstsein leidet: Ich befinde mich in bestimmten Fragen auch hier noch in der Lernkurve. – Meine Damen und Herren, Deutschland ist zu wichtig, als dass man es zur Teststrecke für Lernkurven machen könnte.

(Beifall)

Diese Politik ist nicht nur falsch, sie ist auch ungerecht. Wer eine Bilanz wie wir vorzuweisen hat – ich wünschte, dass wir noch einiges mit unserem Partner FDP auf Bundesebene hinbekommen, der braucht keine Belehrungen von Rot und Grün. Der braucht schon gar keine Belehrungen, wenn es um die Frage der Zukunftsfähigkeit und um die Frage der Gerechtigkeit geht.

David McAllister und die Bundeskanzlerin haben es schon angesprochen: Heute ist in einer der großen Zeitungen eine Schautafel abgebildet, die die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zeigt. Da sieht man nicht nur Frankreich sowie Spanien und Griechenland – diese beiden Länder haben eine Jugendarbeitslosigkeit über 50 Prozent, sondern auch Schweden, wo es eine Jugendarbeitslosigkeit von 25 Prozent gibt. Ganz unten befindet sich die Bundesrepublik Deutschland. Was heißt das? Es besteht kein Anlass, sich zurückzulehnen. Aber wenn wir über Zukunftsgestaltung reden, dann ist das unsere beste Belegstelle. Wir können der jungen Generation in unserem Land sagen – die außerhalb unseres Landes hat zu großen Teilen keine Hoffnung mehr; das ist das Schlimmste, was es überhaupt gibt -: Aufgrund unserer Politik können wir euch ein Versprechen geben: Ihr werdet gebraucht; ihr habt eine Chance in diesem Land; ihr seid nicht arbeitslos und ohne Ausbildung; ihr habt die Grundvoraussetzung für ein gelingendes Leben.

Liebe Freunde, gibt es eigentlich eine bessere Botschaft für eine Partei, die in Verantwortung steht? Wenn wir das engagiert, unverkrampft und – wo immer es geht – auch fröhlich deutlich machen,

dann gewinnen wir hier in Niedersachsen, dann gewinnen wir in Bayern, dann gewinnen wir im Bund. Wenn Sie es uns ermöglichen, dann gewinnen wir anschließend auch in Hessen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Danke, Volker. – Jetzt spricht Oswald Metzger, und nach Oswald Metzger hält sich bitte Frank Oesterhelweg aus Braunschweig bereit.

Oswald Metzger: Frau Bundeskanzlerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde! Ich habe nach der Rede der Parteivorsitzenden getwittert: eine staatsmännische, eine nüchterne und unpräntöse Rede. In Zeiten wie diesen – so hat die Parteivorsitzende gesagt; ich weiß nicht, ob ihr da bewusst war, dass sie damit einen Hit der Toten Hosen zitiert hat – erleben viele unserer Mitglieder, die Ortsverbandsvorsitzende, die Stadtverbandsvorsitzende und Abgeordnete sind, welch ungutes Gefühl in diesem Land greifbar ist, weil man sich in einer ganz entscheidenden Frage Sorgen um die Geldwertstabilität macht. Das Volk zeigt eine andere Grundstimmung in Sachen Euro als der Deutsche Bundestag.

Dieses Problem haben nicht nur wir Christdemokraten. Das Problem zeigt sich auch auf politischen Veranstaltungen an der Basis von Sozialdemokraten und Grünen. Auch deren Wähler und Wählerinnen sind in dieser Frage anderer Auffassung als ihre eigenen Parteien.

Als besonders heuchlerisch empfinde ich es, dass die politische Konkurrenz im Bundestag versucht, sich von ihrer Verantwortung zu absentieren. Sie fordert zwar Transparenz ein, aber gleichzeitig eiern Sozialdemokraten und Grüne herum, wenn es um ihre Euro-Position geht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte noch ein anderes Wort aufgreifen. Frau Merkel, Sie haben das Sowohl-als-Auch betont. Die Schwierigkeit, die wir im Moment in Deutschland erleben, ist, dass viele der Bürgerinnen und Bürger natürlich sehen, dass wir Deutschen den Partnerländern helfen müssen, wieder auf die eigenen Füße zu kommen, und dass wir das mit Sparauflagen verbinden müssen.

Dann kommt häufig die Nachfrage: Wie konsequent und glaubwürdig sind wir in unserem Land, wenn wir in Zeiten wie diesen neue soziale Leistungen beschließen oder um des Parteifriedens willen Anträge mit Sowohl-als-auch-Formulierungen schmieden? Beispielsweise hier in Hannover gibt es einen Antrag der Frauen-Union, der sich mit Rentenanwartschaften von Frauen, die Kinder vor 1992 geboren haben, beschäftigt. Es geht darum, diese vor dem Hintergrund der finanziellen Machbarkeit in Stufen aufzustocken. Aber jeder von uns, der dem Rentenkonzept der Sozialdemokraten zu Recht vorhält, es würde 30 Milliarden Euro oder 3 Prozentpunkte Beitragssatz kosten, weiß, dass eine volle Gleichstellung der vor 1992 geborenen Kinder in der Rente mit den danach geborenen zwischen 13 Milliarden Euro, manche sagen sogar 20 Milliarden Euro, kosten würde. Diese Fragen stellen sich auch die CDU-Mitglieder.

Auch ich als stellvertretender Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung stelle mir die Frage, ob das die Glaubwürdigkeit ist, die man zu einem Zeitpunkt braucht, zu dem wir in Europa anderen Auflagen machen. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, aber in Griechenland hat das Parlament vor drei Wochen beschlossen, das Kindergeld für Eltern, die mehr als 18 000 Euro im Jahr verdienen, komplett zu streichen. Bei uns, in einem Land mit nicht gerade schlechten Sozialstandards, wird über die Erhöhung gesprochen.

Ich möchte einen weiteren Aspekt einer Volkspartei ansprechen, die sich eines Ludwig Erhards rühmt: Wohlstand für alle! Denken Sie einmal an die Perversion. Das sage ich bewusst vor dem Hintergrund meiner 20-jährigen grünen Vergangenheit und als jemand, der im Deutschen Bundestag 1999 dafür gestimmt hat, das Erneuerbare-Energien-Gesetz auszuweiten, allerdings auch als jemand, der darauf gedrängt hat, wenigstens eine Degression bei den Einspeisesätzen vorzunehmen und nicht linear durchzuschreiben, wie es die Umweltpolitiker wollen.

Heute sind wir in einer Situation, dass dann, wenn die Sonne scheint und der Wind zur Mittagszeit bläst, ein Konzern wie Eon die umweltfreundlicheren Gaskraftwerke, zumindest die älteren, vom Netz nehmen muss, weil sich die Einspeisung nicht mehr rentiert, weil das Stromangebot aus Photovoltaik und Wind dazu führt, dass wir den Strom zu Billigstpreisen, zu Börsenpreisen, zu 5 Cent oder weniger, teilweise gegen Gebühren an das Ausland abgeben müssen und gleichzeitig diejenigen, die einspeisen, je nach dem, wann die Anlagen ans Netz gegangen sind, von uns allen als Stromkunden bis zu 17 Cent bekommen. Das ist ein planwirtschaftlicher Widerspruch, den eine Volkspartei, die einen Ludwig Erhard einen der ihrigen nennt, kaum aushalten kann.

(Vereinzelt Beifall)

Ich spreche das an und rate uns, die wir Wählerinnen und Wähler gewinnen wollen, zu einer Selbstvergewisserung. Dabei geht es um Wählerinnen und Wähler, die wir häufig nicht von der politischen Konkurrenz holen können, sondern aus dem immer größer werdenden Nichtwählerlager. Ich habe den Eindruck – ich weiß nicht, ob ich mich täusche, aber ich komme im Land rum –, dass die Menschen in diesem Land gerade in den Zeiten, in denen es die Sorge um die Geldwertstabilität gibt, nach Ehrlichkeit gieren. Sie wollen, dass wir wahrhaftig sind. Sie, Frau Merkel, haben heute in der richtigen Tonlage die Risiken angesprochen. Die Menschen gieren nach Wahrhaftigkeit. Wir sollten als Volkspartei der Versuchung widerstehen, den billigen Jakob zu machen. Wir dürfen nicht, wie die anderen, mit einer Orgie an Versprechen in das Bundestagswahljahr 2013 gehen. Wir sollten Maß und Mitte, die wir als Union immer wieder gepredigt haben, auf den Lippen führen und damit die nachdenklichen Nichtwähler gewinnen. Wir wollen, dass sie nächstes Jahr hier in Niedersachsen und natürlich auch in Bayern und im Bund ihr Kreuz bei der Union machen. Wir wollen nicht, dass sie das Kreuz vier Jahre wegen unvernünftiger Wahlentscheidungen tragen müssen. Wir wollen davon überzeugen, dass diese Volkspartei, die Union, wirklich verantwortungsbewusste Zukunftspolitik für Deutschland macht.

Dieses Land hat mehr Verantwortungsbewusstsein von den politischen Akteuren verdient. Das gilt auch und gerade für uns in der Union. Dafür würde ich gern werben, und ich wünsche uns gute Wahlergebnisse. Aber wir sollten diese Offenheit an den Tag legen und wirklich mit Wahrfähigkeit um die Nichtwähler werben.

(Beifall)

Da war der demütige Ton, den Frau Merkel heute angesprochen hat, aus meiner Sicht eher eine Hilfe. Dass die Polemik gegen die Konkurrenz ausblieb, fand ich persönlich eher gut. – Vielen Dank.

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Danke, Herr Metzger. – Ich darf jetzt Herrn Oesterhelweg zum Mikrofon bitten. Es hält sich bitte Christian Bäumler aus Baden-Württemberg bereit.

Frank Oesterhelweg: Frau Präsidentin! Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich nur zu einem konkreten Thema heute äußern und nicht, wie es meine Vorredner gemacht haben, zur Gesamtlage. Eines unserer wichtigsten Themen hier in Niedersachsen, das wichtigste umweltpolitische Thema, ist nach wie vor das Thema Asse II, dieses sogenannte Versuchsendlager, das wir jetzt mit großem Aufwand sichern, das heißt konkret, räumen müssen. Wir haben im vergangenen Jahr in Leipzig beschlossen, dass ein Asse-Fonds zur Unterstützung der Menschen in der Region und als Nachteilsausgleich aufgelegt werden soll. Wir haben gesagt: Das muss bis zur Sommerpause 2012 erfolgen, zumindest ein Entwurf muss vorliegen. Das ist bisher leider nicht der Fall.

Abseits davon möchte ich unserem Bundesumweltminister Peter Altmaier und unserer Bundestagsfraktion ganz herzlich dafür danken, dass sie das Sondergesetz, das Lex Asse, auf den Weg gebracht haben. Das ist wichtig für die Lösung des Problems. Aber – ich will es noch einmal mit Nachdruck sagen : Wo bleibt der Asse-Fonds als Nachteilsausgleich für die Region? Die Menschen im Braunschweiger Land, die Menschen im Landkreis Wolfenbüttel, in der Samtgemeinde Asse nehmen uns beim Wort. Sie haben uns schon im vergangenen Jahr beim Wort genommen und warten jetzt auf ein klares Wort. Hinter den Kulissen hört man – das ist ein gutes Signal – von vielen konstruktiven Gesprächen zur Umsetzung dieses Fonds, zur Realisierung dieses Fonds.

Wir brauchen aber das eindeutige Signal für die Region, damit jeder weiß: Wir fassen hier bei unseren Parteitagen keine Beschlüsse für den Papierkorb, sondern wir fassen Beschlüsse für die Menschen im Land. Der Asse-Fonds muss eingeführt werden. Der Asse-Fonds muss umgesetzt werden, darauf möchte ich hier noch einmal mit Nachdruck hinweisen. – Herzlichen Dank.

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jetzt bitte Christian Bäumler aus Baden-Württemberg. Heinz-Gerd Lenssen aus Oldenburg hält sich bitte bereit.

Christian Bäuml: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Bundesvorsitzende! Ich habe mich sehr über die Aussagen von Angela Merkel zur Bekämpfung der Altersarmut gefreut. Ich stimme meinem Freund Oswald Metzger aus Baden-Württemberg nicht zu. Ich bin der Meinung, dass der Antrag des Bundesvorstands durchaus auch den Zielen der Haushaltskonsolidierung gerecht wird. Ich frage mich nur, wie das alles in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden soll.

Wir haben mit großer Mehrheit auf dem letzten Parteitag eine Lohnuntergrenze beschlossen. Wir haben uns darauf in der Bundestagsfraktion geeinigt, aber die FDP blockiert dieses Projekt. Ich sehe bei der Bekämpfung der Altersarmut wenig Licht am Ende des Tunnels. Ich bin der Auffassung, dass wir ein Problem haben. Wir können nur dann glaubwürdig in den Bundestagswahlkampf gehen, wenn wir das, was wir beschließen, auch umsetzen können. Deswegen rate ich, die Koalitionsaussage zur FDP zu überdenken und die Frage der Koalition erst nach der Bundestagswahl zu entscheiden. Vorher sollten wir mit voller Kraft, mit voller Energie und eigenen Werten in den Bundestagswahlkampf gegen. – Danke schön.

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt darf ich Heinz-Gerd Lensen aus Oldenburg zu uns bitten. Als Nächster hält sich bitte Christean Wagner aus Hessen bereit.

Heinz-Gerhard Lensen: Frau Tagungspräsidentin! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich eigentlich ganz kurz fassen. Die Kanzlerin sprach vorhin über die Regulierung von Banken. Das ist zwar alles ganz nett; aber bislang haben wir trotz diverser Regulierungsschritte noch kein Ergebnis dergestalt gesehen, dass Maßnahmen gegriffen haben. Das Hauptproblem ist: Die Banken, große Unternehmen arbeiten nach Regeln, und das sind die Buchhaltungsregeln. Diese Buchhaltungsregeln lassen Blasenbildungen zu, und zwar auf der Aktivseite, indem die Guthaben, die Werte höher bewertet werden und dadurch ein Gewinn geschaffen wird. Wenn dieser Gewinn ausgeschüttet wird, ist das Geld weg. Jetzt fällt das hoch bewertete Gut wieder auf seinen ursprünglichen Wert zurück, und es entsteht ein Loch auf der Passivseite, das über Eigenkapital oder aber auch über Staatsgarantien abgedeckt werden muss. Das kann und darf nicht sein. Wir müssen dahin kommen, dass diese Buchhaltungsregeln dahin gehend geändert werden, dass dieses Geld mit einem Ausschüttungsverbot belegt ist. Das kann man europaweit regeln. Diese Regeln dürfen auch nicht mehr in London festgelegt werden, weil dies außerhalb der Gesetzgebungskompetenz Europas liegt; vielmehr muss dieses Regelwerk im Europäischen Parlament beschlossen werden. Das ist das Erste.

Zweitens. Die Ratingagenturen gehören Zeitungsverlagen bzw. über verschiedene Schachtelungen Hedgefonds. Es kann nicht sein, dass die Urteile dieser Ratingagenturen Grundlage für Kreditentscheidungen bei der Europäischen Zentralbank sind, Grundlage für Kreditentscheidungen zum Beispiel im deutschen Versicherungsaufsichtsgesetz. Wir müssen die Ratingagenturen wieder dahin zurückdrängen, dass sie zwar einen Beitrag zu einer Kreditentscheidung leisten, aber mit ihren Ratingurteilen nicht alleiniges Merkmal einer Kreditentscheidung sind.

Mein drittes Petikum, mein dritter Wunsch ist: Wenn wir angenommene Bundesparteitagsbeschlüsse haben, wie zum Beispiel in Leipzig über unseren Initiativantrag, sollte darüber auch ein Reporting erfolgen, damit wir wissen und unseren Mitgliedern gegenüber sagen können: Wir haben diesen Antrag gestellt, und das ist das Ergebnis. – Das Ergebnis kann sein, dass etwas gemacht worden ist oder dass es nicht gemacht worden ist. Das aber einfach im luftleeren Raum verschwinden zu lassen, geht nicht. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ich darf jetzt Herrn Christean Wagner ans Mikrofon bitten. Bereit hält sich bitte Fritz Niedergesäß aus Berlin.

Dr. Christean Wagner: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die schlechten Ergebnisse unserer Partei bei OB-Direktwahlen in großen Städten machen uns Sorge. Liebe Freunde, es wird behauptet, das hätte etwas mit dem mangelnden Modernisierungswillen der Union zu tun. Es wird gesagt, die Union müsse in die Mitte rücken und sich von angeblich veralteten Positionen verabschieden. Ich bin der Auffassung, liebe Freunde, solche Forderungen nach Modernisierung der Union stellen ein falsches Bild dar.

Zunächst einmal: Unsere Wahlergebnisse außerhalb der Oberbürgermeisterwahlen, auf Landesebene, waren auch verbesserungsfähig. Wer jetzt behauptet, die fehlende Modernisierung sei die Ursache, der verkennt die Realität. Liebe Freunde, ich glaube, wir müssen selbstbewusst sowie klar und deutlich sagen: Die CDU hat sich in ihrer Geschichte permanent modernisiert. Modernisierung ist die Daueraufgabe einer Partei. Es ist eine selbstverständliche Aufgabe jeder Partei. Außerdem, liebe Freunde, weise ich darauf hin, dass das im Dezember 2007 verabschiedete Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands Ausdruck unseres Modernisierungswillens ist und auch bleiben wird. Dieses Grundsatzprogramm ist ein Dokument der Mitte und der Erneuerung. Forderungen, die Union müsse in die Mitte rücken, sind deshalb nach meiner festen Überzeugung gegenstandslos. Das würde im Übrigen unterstellen, dass wir in den letzten Jahren nach rechts gerückt seien.

Liebe Freunde, die Union muss nicht linker werden. Sie muss auch nicht rechter werden. Sie muss kraftvoll die Mitte behaupten. Sie muss aus dem Zentrum unserer Gesellschaft nach links und nach rechts Wähler ansprechen und für sich gewinnen, und sie muss auf ihre Erkennbarkeit und ihr Profil achten. Wir dürfen es deshalb – das heute hier vorzutragen, ist mein Anliegen – nicht zum vorrangigen politischen Ziel erklären, uns den Grünen anzudienen. Ich sage immer, liebe Freunde: Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Grünen geben sich bürgerlich in diesen Monaten. Ich erinnere daran, dass der gerade siegreiche grüne Oberbürgermeister in Stuttgart, Kuhn, gesagt hat, mit seinem

Wahlsieg werde deutlich, dass auch Wertekonservative gewinnen könnten. Ich erinnere an Herrn Trittin, der sagt, jetzt müssten die Grünen um die Mitte, um die Bürgerlichkeit kämpfen und seien deshalb auch ein Hauptkonkurrent der Union. Ich erinnere auch an die Nominierung von Frau Göring-Eckhardt zur Spitzenkandidatin der Grünen mit dem gleichzeitigen Anspruch, nun auch christliche Politik bei den Grünen zu vertreten.

Liebe Freunde, wie ist die Realität? Ich denke, die Realität müssen wir uns immer wieder ins Gedächtnis rufen. Ich beginne mit dem Christlichen. Das Verhältnis der Grünen zu den Kirchen ist seit Jahren und Jahrzehnten ausdrücklich gespalten bis feindselig. Ich will Ihnen das an einigen wenigen Beispielen vortragen: Ich erinnere daran, dass die Grünen in Berlin ausdrücklich die Abschaffung des christlichen Religionsunterrichts in den Schulen verlangt haben. Ich erinnere daran, dass die Grünen den Blasphemie-Paragrafen in unserem Strafgesetzbuch abschaffen wollen. Ich erinnere daran, dass die Grünen gegen ein Tanzverbot während des Karfreitags sind. Ich erinnere daran, wie in den jüngsten Tagen deutlich wurde, dass die Grünen das spezifische Arbeitsrecht der Kirchen bekämpfen und beseitigen wollen. – Liebe Freunde, alleine an diesen vier Beispielen wird aus meiner Sicht deutlich, dass die Grünen alles andere im Sinn haben, als mit den Kirchen und für die Kirchen zu arbeiten.

Ich nenne beispielhaft einen zweiten Bereich, die Bildungspolitik, nur in Stichworten. Die Grünen wollen ebenso wie die Sozialdemokraten eine Einheitsschule von Klasse 5 bis Klasse 10 unter Abschaffung der unterschiedlichen Ausbildung von Lehrern für Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten und der gleichzeitigen Abschaffung der entsprechend differenzierten Lehrpläne und Stundenpläne. Liebe Freunde, das ist integrierte Gesamtschule pur. Auch hier unterscheiden sich die Grünen mitnichten in irgendeiner Weise von den Genossen oder der Linkspartei.

Liebe Freunde, ich will auf Folgendes hinweisen: Auf dem letzten Parteitag der Grünen, der erst wenige Wochen zurückliegt, gab es klare Signale an sozialpolitischen Vorstellungen, die mit der Union nicht zu machen sind, die aus der Mottenkiste der SPD und der Linken hervorgeholt worden sind. Ich erinnere an die deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Sätze. Ich erinnere daran, dass die Langzeitarbeitslosen, die ihren Pflichten nicht nachkommen, von Sanktionen ausgenommen werden sollen. Ich erinnere an die verlangte Mindestrente in Höhe von 850 Euro, an die Verdoppelung der Erbschaftsteuer, an die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, an die Wiedererhebung der Vermögensteuer, an die Abschaffung des Ehegattensplitting usw. Liebe Freunde, das sind nicht bürgerliche Grüne, das sind zum Schluss Sozialdemokraten und Sozialisten, die sich unter den Federn der Grünen versammelt haben.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen: Die Grünen sind im Bereich der Industriepolitik, der Modernisierung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft die Dagegen-Partei. Sie sind gegen den Ausbau von Flughäfen, gegen Bundesstraßen, gegen Autobahnen, gegen Bahnhöfe, gegen die Elbvertiefung usw. Man könnte noch vieles im Einzelnen vortragen. Liebe Freunde, deshalb ist

das Fazit für uns, auch im Hinblick auf eine eigene Profilierung, dass wir diesen politischen Wettkampf annehmen und klar und deutlich sagen, wo wir als Union stehen, und ebenso klar und deutlich sagen, dass sich die Grünen bürgerlich geben, aber in Wirklichkeit keine bürgerliche Partei sind. Ich will am Rande sagen: Ich halte es auch nicht für hilfreich, wenn in diesen Wochen immer wieder darüber nachgedacht wird, ob nicht Schwarz-Grün eine Option wäre. Liebe Freunde, mit jeder Äußerung in diese Richtung werben wir ungewollt für die Grünen und schaden unserer eigenen Partei. Deshalb sage ich: Wir sind wir. Wir kämpfen im Wettbewerb mit den anderen Parteien für unsere Programmatik um eine möglichst große Wählerschaft, mit der wir dann siegreich aus den Bundestagswahlen hervorgehen können.

Liebe Freunde, wir schielen nicht nach anderen Parteien. Wir kämpfen für uns und nur für uns. Deshalb sage ich klar und deutlich: Koalitionsüberlegungen stellt man erst nach der Wahl an und nicht vorher. Wir werden nicht müde, immer wieder zu sagen, dass die Grünen rote Genossen im grünen Schafspelz sind. Das müssen wir in den nächsten Monaten zu unserem Thema machen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ich darf jetzt Herrn Fritz Niedergesäß zum Mikrofon bitten. Ich möchte noch eine Begrüßung nachholen: Ich freue mich sehr, dass der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus, bei uns ist. Das freut uns sehr.

(Beifall)

Herr Niedergesäß, bitte.

Fritz Niedergesäß: Danke schön, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein Thema kurz und knackig ansprechen, die Energiewende. Die Sicherung der Energieversorgung ist sicherlich einer der wichtigsten Punkte für die Zukunft, weil der Wohlstand der Menschheit von der Bereitstellung der Energie abhängt. Nun sabotieren die Roten und die Grünen, die sich immer als die großen Erneuerer ausgeben, die Bereitstellung von Steuerabschreibungsmöglichkeiten. Damit versuchen sie, der CDU Kerben in die Knochen zu schlagen. Bei der Energiewende, die die Grünen mit den Sozialdemokraten damals beschlossen haben, haben sie eigentlich nur eine Axt in den Wald geworfen und gedacht, dass man so ein Haus baut, dass daraus etwas entsteht. Daraus ist aber überhaupt nichts entstanden. Die eigentliche Energiewende hat die Bundeskanzlerin mit der CDU-Fraktion im Bundestag eingeleitet. Ich denke schon, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Jetzt müssen wir tapfer durchhalten.

Wenn nun wirklich die Gebäudebewirtschaftung in Deutschland 40 Prozent der bereitgestellten Energiemenge verschlingt, dann ist das ein gewaltiger Brocken, der abgearbeitet werden muss. Eigentlich ist doch nichts besser und schöner, als diesen Anteil von 40 Prozent abzuschmelzen; denn Energie, die gar nicht gebraucht wird, die brauchen wir auch nicht zu erzeugen. Noch besser und noch ökologischer kann man eigentlich gar nicht vorwärtskommen.

Da zurzeit der Sabotageakt von Rot-Grün gegen die Steuerabschreibung läuft, schlage ich vor, dass wir ein Modell prüfen, nach dem die Wärmedämmung und alles andere, was im Klimabereich an den Häusern und Gebäuden gemacht werden muss, direkt vom Bund finanziert werden kann. Nehmen wir einmal an, unser oberster Kassenwart, Wolfgang Schäuble, sagt: Gut, ihr bekommt 10 Prozent Zuschuss direkt vom Bund. Dann brauchen wir die ganzen Saboteure nicht mehr zu befragen. Das kann Herr Kauder mit der Fraktion beschließen. Dann geht es los. Der Umweltminister würde in Sachen Energiewende einen gewaltigen Sprung nach vorne machen.

Die Mittel, die wir durch den 10-prozentigen Zuschuss ausgeben würden, würden schnell in die Kasse zurückfließen. Nehmen wir einmal an, dass es am 1. Januar losgeht: Ehe die Leute das Geld cash ausgezahlt bekommen, hat der Finanzminister über die Einkommensteuer – vermehrter Arbeitseinsatz – und vor allem über die Mehrwertsteuer – vermehrter Materialeinsatz – das Geld wieder eingenommen. Daher wäre das Ganze kostenneutral. Wir würden einen ungeheuren Schub initiieren, nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch eine sehr nachhaltige Wirkung durch die Dämmung der Häuser erzielen. Ein solches Programm hätte keine Laufzeit von 5 oder 10 Jahren, sondern von 20 oder 30 Jahren, damit der Energiebedarf des gesamten Gebäudebestands in Deutschland reduziert werden könnte.

Ich bleibe dabei: Die beste Form der Energiereduzierung ist, dafür zu sorgen, dass Energie nicht sinnlos verbraten wird. Wir sollten einmal darüber nachdenken, wie wir der Sozialen Marktwirtschaft hier zum Durchbruch verhelfen können. Ein solcher Zuschuss käme in seiner Wirkung einem Perpetuum mobile gleich. Viele ältere Leute, die keine Steuern zahlen, hätten von der Steuerabschreibungsmöglichkeit ohnehin nichts. Ich bitte darum, zu prüfen, ob wir damit nicht einen ordentlichen Sprung nach vorne machen können. – Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. – Jetzt kommen die zwei letzten Wortmeldungen, einmal Georg Milbradt und einmal Arnold Vaatz, beide aus dem Landesverband Sachsen. Damit ist die Rednerliste, soweit wir das sehen, geschlossen.

Georg Milbradt: Liebe Parteifreunde! Verehrte Frau Bundeskanzlerin! Ich habe mich zur Aussprache zum Bericht der Bundesvorsitzenden gemeldet, weil ich glaube, dass Vieles von dem, was die Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel gesagt hat, richtig ist. Deutschland ist vorangekommen. Wir freuen uns darüber, dass das unter einer CDU-geführten Regierung geschehen ist. Ich hätte mich nicht gemeldet, wenn es nicht auch Punkte gebe, die ich etwas kritischer sehe. Ich will das hier kundtun, weil ich glaube, dass auch dies zur Aussprache gehört.

Ich bin anderer Ansicht, was die Beurteilung der Euro-Krise angeht. Ich würde mich aufrichtig freuen, wenn das, was Angela Merkel gesagt hat, in Erfüllung gehen würde. Sie hat gesagt, dass wir auf einem guten Weg sind und absehbar ist, dass sich die Probleme lösen. Dann wäre in der

Tat die Politik, wie sie angelegt ist, ein voller Erfolg, und wir würden in Europa einen großen Schritt nach vorne kommen. Allerdings habe ich Zweifel; ich möchte diese Zweifel auch formulieren.

In den letzten drei Jahren ist mir zu viel angekündigt worden. Zu viele rote Linien sind definiert worden, die dann überschritten worden sind. Zu viel konnte nicht eingehalten werden. Zu viel wurde nicht erreicht. Alle Vierteljahre debattieren wir neu über das Thema und sagen: „Das, was wir vorher gesagt haben, stimmt nicht“, oder: „Es stimmt nicht ganz“, oder: „Es muss noch etwas hinzukommen“, oder: „Es muss etwas verändert werden“. Das ist keine Politik, die großes Vertrauen erzeugt; denn das, was man ankündigt, muss auch eingehalten werden. Das, was man verspricht, muss auch geschehen. Ich unterstelle niemandem einen bösen Willen in dieser Frage; aber über die Tatsache, dass Ziele nicht eingehalten werden und Reden und Handeln seit zweieinhalb Jahren nicht immer identisch sind, müssen wir in unserer Partei diskutieren.

Natürlich hat diese Krise in ihrer Form die Vorstellung des einen oder anderen, die die Vorstellung von uns allen überstiegen. Wenn wir eine solche Krise haben, müssen wir sie aber zunächst einmal definieren und wie ein Arzt schauen, was der Grund für die Krise ist. Der Grund für die Krise sind nicht irgendwelche Banken oder Spekulanten. Natürlich haben sie die Krise verschärft. Das Hauptproblem in der Euro-Zone ist aber, dass die von allen erwartete Konvergenz der Volkswirtschaften nicht stattgefunden hat. Es ist das glatte Gegenteil von dem eingetreten, was die Gründer des Euro angekündigt haben. Sie haben angekündigt, dass Europa durch die Währungsunion zusammenwächst, dass es zu einem Angleichungsprozess kommt. Nur im monetären Bereich gab es einen Angleichungsprozess: über die Schulden. Nichts anderes hat sich angeglichen.

Wir müssen konstatieren: Innerhalb der Euro-Zone liegt Europa weiter auseinander als 1999, als die Sache begann. Wir müssen feststellen, dass die Länder, die außerhalb des Euro-Raums liegen, zu uns wesentlich stärker aufgeholt haben als die Länder in der Südperipherie, die zum Euro-Raum gehören. Das kann nicht nur mit Zufall zu tun haben, sondern das hat auch etwas mit der Politik zu tun. Die Euro-Krise ist im Kern eine politische Krise: Fehlsteuerung von Volkswirtschaften. Da müssen wir ansetzen. Deswegen macht es auch keinen Sinn, allein über Finanzdinge zu reden. So mag man Zeit kaufen können. So kann man Zeit für Überlegungen gewinnen. Das kann eine Möglichkeit sein, die entstandenen Verluste solidarisch auszugleichen. Sie sind aber keine Lösung. Ich finde, deswegen müssen wir über einige Dinge nachdenken:

Wir müssen den Bürgern die Wahrheit über das sagen, was bisher schon an Verlusten in der Euro-Zone entstanden ist.

Wenn man sich die volkswirtschaftlichen Zahlen Griechenlands ansieht, dann wird doch völlig klar, dass Griechenland den größten Teil der Kredite nicht zurückzahlen kann. Da kann man rechnen, wie man will – es sei denn, man geht von fantastischen Wachstumsannahmen oder anderen unrealen Dingen aus – Griechenland kann es nicht zurückzahlen. Wenn Griechenland es

nicht zurückzahlen kann, müssen die Verluste von irgendjemandem getragen werden; die Vorstellung, dass sie allein von den griechischen Arbeitern getragen werden können, ist ja wohl etwas naiv. Es kommen also andere infrage, die beteiligt werden müssen. Das sind selbstverständlich die Banken und die Investoren, das sind die Steuerzahler, das sind, wenn wir zu sehr auf die EZB einwirken, die Geldvermögensbesitzer infolge einer Inflation. Das sind die Möglichkeiten, die wir haben. Ich erwarte von einer öffentlichen Diskussion, dass wir sagen: Wenn die Verluste da sind – das sind nicht Verluste der Zukunft, sondern sie sind da, dann müssen wir uns darüber unterhalten, wie sie ausgeglichen werden; hier geht es um Fehler der Vergangenheit.

Das Zweite ist: Wie können wir erreichen, dass so etwas nicht wieder passiert? Denn im Augenblick reden wir nicht nur darüber, was mit den Altschulden passiert; vielmehr werden jeden Tag neue Schulden gemacht. Ich möchte gerne ein System haben, das neue Schulden begrenzt. Eine solche Begrenzung wird nicht allein durch Stabilitätspakte geschaffen; denn ein großer Teil der Verschuldung ist nicht Staatsverschuldung, sondern private Verschuldung. Schauen Sie sich Spanien an: Spanien hat private Schulden in Höhe von 300 Prozent des BIP. Es ist völlig klar, dass diese privaten Schulden auf den Staatssektor durchschlagen. Ich finde, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen.

Ich trete gerne für Europa ein. Ich bin auch bereit, dafür zu zahlen, aber nur mit der Maßgabe, dass wir alles dafür tun, dass so etwas nicht wieder passiert. Daran habe ich Zweifel. Wenn wir zum Beispiel dagegen sind, Staatsverschuldung als Mittel der übermäßigen Finanzierung zuzulassen, warum regulieren wir dann nicht die Banken so, dass sie für Kredite an Staaten, für Staatsschulden, ähnlich viel Eigenkapital hinterlegen müssen wie für einen normalen Kredit an einen Mittelständler?

Wir machen doch im Augenblick in Südeuropa im Grunde genommen Voodoo-Ökonomie: Banken retten Staaten, Staaten retten Banken. Das geht doch nicht auf. Alle Leute sagen: Die Bankenrisiken und die Staatsrisiken sollen getrennt werden. Herr Draghi macht im Augenblick das glatte Gegenteil. Die sogenannte Griechenland-Hilfe wird teilweise auch so finanziert, weil wir dem Wähler, den Bürgern und unseren Parteimitgliedern nicht sagen, wie hoch die Rechnung ist und wie sie aufgeteilt wird.

Ich möchte an ein Bild erinnern. Mir hat mein Vater gesagt: Leihe nie Geld in der Familie oder gebe Bürgschaften; wenn du jemandem helfen willst, dann schenke ihm das Geld. – Die Vorstellung, man könne sich bei Krediten und Bürgschaften in der Familie genauso verhalten wie gegenüber Dritten, ist falsch; das zerstört die Familie. Wir können Europa nicht auf der Basis von Schuldnern und Gläubigern aufbauen; wir können Europa nicht auf Bürgschaften aufbauen. Das zerstört Europa. Wir sehen es doch: Deutschland hat sich in den letzten Jahren nirgendwo so unpopulär gemacht wie gerade in den Bereichen, in denen wir meinten zu helfen. Wir müssen uns davor schützen, der Hybris Wilhelm II. zu verfallen: „Am deutschen Wesen mag die Welt gene-

sen.“ Wir können das Euro-Problem nicht dadurch lösen, dass wir sagen: Sie sollen sich alle wie Deutsche verhalten, dann ist das Problem gelöst. – Mir ist in diesem Zusammenhang Friedrich II. viel lieber: „Jeder soll nach seiner Fa on selig werden.“ Wir müssen in Europa Unterschiedlichkeiten zulassen und die Mechanismen entsprechend gestalten. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn beispielsweise die Franzosen sagen, dass sie mit 50 in Rente gehen wollen, solange wir nicht dafür zahlen müssen. Das ist ein Europa, das meines Erachtens sehr viel mehr Erfolg hätte als ein Europa, das versucht, zu homogenisieren und zu harmonisieren, teilweise gegen den Willen der Bevölkerung; damit würden wir, glaube ich, nicht erfolgreich sein.

Noch einmal: Ich mag mich irren; aber ich bin stolz darauf, einer Regierung unter Kurt Biedenkopf angehört zu haben, die 1998 auf genau diese Probleme aufmerksam gemacht hat. Wir sind bei der entsprechenden Abstimmung im Bundesrat mit 1:15 untergegangen. Das hat uns aber nicht davon abgehalten, die Wahrheit zu sagen, so wie wir sie empfunden haben. Ich sage sie auch heute hier, damit niemand sagt, er hätte es nicht gewusst. Ich glaube, dass wir – bei allem Engagement und allem guten Willen, die ich Angela Merkel zubillige – sehen müssen, dass es möglicherweise nicht so funktioniert, wie es uns eben erklärt worden ist. Frau Bundeskanzlerin, ich bitte nicht darum, dass Sie uns erzählen, das, was der Milbradt gesagt habe, sei bedenkenswert, dem müsse man folgen; das erwarte ich überhaupt nicht. Sie haben Ihre Meinung, die ich respektiere; es gibt gute Gründe dafür. Ich erwarte aber und bitte Sie ganz herzlich, dass Sie auch über den Plan B nachdenken – was passiert, wenn es nicht funktioniert? – damit wir nicht alternativlos dastehen.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen uns überlegen, was passiert, wenn sich der Weg, den wir gehen, als Sackgasse erweisen wird. Ich weiß, darüber kann man nicht offen diskutieren, weil es dann gleich eine Reaktion gibt. Deswegen kann ich auch nicht nachprüfen, ob das geschieht oder schon geschehen ist. Meine Bitte an Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, ist, dass Sie mit den Experten, die unterschiedliche Meinungen vertreten, in kleiner Runde darüber diskutieren, was passiert, wenn es eben doch schlimmer kommt, als wir oder Sie es erwartet haben, damit wir dann eine Antwort für den Bürger haben. Auch das ist gute Regierungskunst; wir wünschen sie uns und Ihnen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Abschließend darf ich Arnold Vaatz ans Mikrofon bitten und schließe die Rednerliste.

Arnold Vaatz: Liebe Angela! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich will kurz etwas zu zwei weit auseinander liegenden Themen sagen. Das eine ist das Thema Renten. Der Kanzlerkandidat der SPD hat vor Kurzem mit der Ankündigung für Furore gesorgt, dass er eine Rentangleichung von Ost und West zustande bringen will, und hat kurz skizziert, wie diese stattfinden soll. Ich kann nur sagen: Diese Ankündigung ist reiner Populismus. Die Angleichung wür-

de, wenn sie so käme, wie er sie angekündigt hat, die Frustration im Westen über Ungleichbehandlung zulasten westdeutscher Rentner stärken; sie würde in Ostdeutschland die Ungleichbehandlungsprobleme, die dort entstanden sind, nicht beheben; sie würde insbesondere die Ungerechtigkeit beim Umgang mit Bestandsrentnern gegenüber Erwerbstätigen verstärken. Er konnte aber nur deshalb eine solche Parole ausgeben, weil wir als CDU die hervorragende Rentenregelung für Ostdeutschland, die wir im Wesentlichen Norbert Blüm und Helmut Kohl verdanken, nicht deutlich und präzise genug kommuniziert haben. Genau deshalb stehe ich heute hier: Ich erachte es als dringend erforderlich, dass wir dieses Rentensystem selbst verstehen und auch unseren Nachbarn und Bekannten erklären können.

Es ist nämlich ganz einfach: Zu DDR-Zeiten war es so, dass die Ostdeutschen nur etwa 30 Prozent des Einkommens der Westdeutschen hatten. Norbert Blüm hat damals gesagt: Wir wollen aber nicht, dass sich die Erwerbsbiografie, also das geringere Einkommen zu DDR-Zeiten, auf die zukünftigen Rentenerwartungen niederschlägt. Aus diesem Grunde hat er das Prinzip der Hochwertung vorgeschlagen und durchgesetzt. Dieses Prinzip bedeutet, dass ein bestimmtes Einkommen von jemandem im Osten rentenrechtlich so betrachtet wurde, als ob er im Westen gearbeitet hätte. Das heißt, er bekommt für seine Erwerbsbiografie mehr Punkte bei der Rente als der Westdeutsche.

Nun hat man allerdings als Nächstes folgendes Phänomen: Wenn man das Punktekonto jetzt mit dem Rentenwert multipliziert, kommt es in Ostdeutschland zu Rentenbezügen, die teilweise über den Bezügen liegen, die ein aktiver Arbeiter verdient und das geht natürlich auch nicht. Deshalb musste man, um den Lohnabstand bei der Rente zu gewährleisten, einen spezifischen aktuellen Rentenwert für Ostdeutschland einrichten und ihn an den ostdeutschen Bruttolöhnen orientieren.

Und das hat man getan. Dieses Prinzip hat die hervorragende Eigenschaft, dass dann, wenn es tatsächlich eine kleine Lohnangleichung gibt, automatisch eine Rentenangleichung eintritt. Deshalb möchte ich jeden warnen, der an dieser Schraube dreht, sich genau zu überlegen, ob er dadurch die Gerechtigkeit in Deutschland stärkt oder schwächt. Der Vorschlag von Steinbrück geht in die falsche Richtung. Er wird das Ungerechtigkeitsgefühl in Deutschland stärken. Deshalb müssen wir das ablehnen, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt noch ein kurzes Wort zu einem anderen Thema, das mich sehr beschäftigt, das ist die Energiewende. Meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber klar sein, was wir hier tun. Das EEG, von dem die Bundeskanzlerin richtig gesagt hat, es bedarf dringend einer Änderung – ich gehe sogar noch einen Schritt weiter und meine, es könne sofort abgeschafft werden –,

(Vereinzelt Beifall)

greift in die Systematik der Marktwirtschaft ein. Warum? Weil es die Nachfrageseite fixiert. Der Staat wird zum permanenten Nachfrager, und damit verliert die Nachfrage die Eigenschaft, als begrenzende Größe des Angebots zu wirken. Das bedeutet, alternative Energieerzeugungsanlagen vermehren sich explosionsartig; es gibt keine Angebotsschranke, die die ganze Sache dämpft und in richtige Bahnen leitet. Die Konsequenz ist, dass wir inzwischen Verbindlichkeiten in Höhe von 400 Milliarden Euro aufgehäuft haben. Von diesen Verbindlichkeiten sind bis jetzt erst etwa 70 Milliarden Euro getilgt. Die restlichen 330 Milliarden Euro warten darauf, in den nächsten Jahren von uns getilgt zu werden.

Meine Damen und Herren, wir produzieren auf diese Weise eine Netzinstabilität, die unser deutsches Stromnetz inkompatibel zu den anderen europäischen Versorgungssystemen macht. Auch das ist eine große Gefahr für die Netzsicherheit.

Last but not least: Wir freuen uns jetzt über Exporte, aber die Energieversorger müssen für 1 Terawattstunde, die alternativ erzeugt wird, 170 Millionen Euro bezahlen. Wenn sie Strom in dieser Größenordnung exportieren, bekommen sie nur den Börsenpreis zurück. Dieser liegt bei etwa 40 bis 50 Millionen Euro. Das heißt, beim Export 1 Terawattstunde machen wir ungefähr 120 bis 130 Millionen Euro Verlust, und wir haben in diesem Jahr ungefähr 15 Terawattstunden exportiert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns bitte dafür sorgen, dass wir unsere Volkswirtschaft mit dieser Energiewende nicht zugrunde richten. Versuchen wir vielmehr, sie so zu steuern, dass wir auch noch unseren Kindern und Enkeln ins Gesicht sehen können. Vermasseln wir ihnen nicht die ganze Tour, die unsere Eltern für uns aufgebaut haben. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich für diese Aussprache und die zahlreichen Wortmeldungen. Ich freue mich, dass wir eine lebendige, eine debattierfreudige Partei sind.

Ich rufe jetzt TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 9 auf:

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
Hermann Gröhe MdB

Ich gebe das Wort an unseren Generalsekretär Hermann Gröhe weiter. Generalsekretäre haben ja viele Aufgaben, vor allen Dingen die, die Partei zusammenzuhalten und am Laufen zu halten. Lieber Hermann, wir freuen uns auf deinen Bericht.

(Vereinzelt Beifall)

Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU: Frau Tagungspräsidentin, liebe Julia Klöckner! Frau Parteivorsitzende, liebe Angela Merkel! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Verehrte Gäste! Wir

alle kennen das: Da kommt ein Nachbar aus dem Urlaub zurück, schwärmt von seinen Erlebnissen und sagt dann: Aber zu Hause ist es am schönsten. – Das stimmt. Deutschland ist ein schönes, ein starkes Land, ein Land, das den Menschen gute Chancen bietet. Mancher kommt aber auch nachdenklich zurück, weil er erlebt, wie in anderen Teilen der Welt Menschen sich anstrengen, um nach vorne zu kommen, um ihr Leben zu verbessern. Es liegt an uns, ob diese Entwicklung Deutschland bedroht, uns auf die Abstiegsplätze verweist, oder ob diese Entwicklung auch für uns neue Chancen eröffnet. Ich bin sicher, wenn wir diese Herausforderung annehmen, wenn wir hart dafür arbeiten, mit besten Produkten und Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen auf den Märkten der Welt zu überzeugen, dann haben wir als Deutschland alle Chancen, auch in Zukunft ein starkes Land zu sein. Wir wollen, dass Deutschland spitze bleibt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen ein Land, das allen Menschen gute Chancen eröffnet. Deswegen stärken wir die Mitte in unserer Gesellschaft, auch um denen verlässlich zur Seite zu stehen, die unsere Hilfe brauchen. Dafür steht die CDU. Dieses Programm ist ein klares Alternativprogramm zur rot-grünen Ideologie von einem Staat, der immer mehr abkassiert, reguliert, umverteilt und bevormundet. Die Umsetzung der rot-grünen Absichten würde Deutschlands Abstieg bedeuten. Das werden wir verhindern.

(Vereinzelt Beifall)

Gemeinsam haben wir unser Land stark gemacht. Noch nie hatten so viele Menschen Arbeit in Deutschland. Und Rekordbeschäftigung, das ist keine statistische Größe, das bedeutet konkret, dass Hunderttausende Frauen und Männer wieder für sich und ihre Familien selbst sorgen können. Darum geht es, dass Menschen eine Chance haben, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Wir beteiligen uns nicht am linken Wettlauf um den höchsten Hartz-IV-Regelsatz. Wir kümmern uns darum, dass Menschen wieder Chancen auf Arbeit bekommen; denn das hilft den Menschen wirklich.

Wir verbessern mit dem Bildungspaket die Chancen der Kinder. Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, und unser duales Ausbildungssystem wird mehr und mehr zum Exportschlager. Wir haben den Bundesbildungsetat massiv erhöht, um 13 Milliarden Euro, und wir unterstützen die Länder mit 5 Milliarden Euro dabei, 300 000 zusätzliche Studienplätze in diesem Land zu schaffen. Ein Blick in viele Länder Europas zeigt: Es ist alles andere als selbstverständlich, dass jungen Menschen so viele Türen offenstehen wie in unserem Land. Zu dieser Entwicklung haben viele beigetragen: der Fleiß und Ideenreichtum unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, kluge unternehmerische Entscheidungen sowie eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Aber wir können auch selbstbewusst sagen: Wir haben mit unserer Politik Deutschland stärker gemacht. Das erkennt auch die Wirtschaft an. So lesen wir im „Mittelstandsbarometer 2012“: Vor zehn Jahren noch galt die deutsche Volkswirtschaft als kranker Mann Europas, heute dient sie als Vorbild für andere Länder.

87 Prozent der befragten Mittelständler bewerten 2012 unsere Standortpolitik positiv. 2005, bei der Abschlussbilanz von Rot-Grün, waren es gerade einmal 10 Prozent. Das ist unsere gemeinsame Leistung. Lassen Sie uns darüber selbstbewusst reden, meine Damen, meine Herren!

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie uns dieses positive Urteil aber auch Ansporn sein; denn es bleibt viel zu tun. Der weltweite Wettbewerb fordert uns immer härter heraus. Autoritäre Staaten wie China mit riesigen Währungsreserven bewerten als Investoren die Reformanstrengungen marktwirtschaftlicher Demokratien. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir diese Herausforderungen annehmen, werden sich die freiheitlichen Demokratien mit Sozialer Marktwirtschaft durchsetzen, weil sie auf die Freiheit, die Menschenwürde und den Rechtsstaat setzen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir stehen für ein starkes Europa, ein Europa, das auf nachhaltiges Wachstum und solide Finanzen setzt. Wir kommen dabei gut voran. 2013, und damit drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben, werden wir die Schuldenbremse einhalten. Rot-Grün dagegen hat nichts kapiert. Sie haben nicht verstanden, dass überschuldete Staaten zum Spielball der Spekulationen werden, dass nachhaltiges Wachstum auf Pump eben nicht zu haben ist. Unionsgeführte Landesregierungen führen konsequente Haushaltskonsolidierung durch. Bayern und Sachsen zahlen bereits Schulden zurück. Was machen SPD und Grüne? Sie betreiben in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine so unverantwortliche Schuldenmacherei, dass sie bereits von Landesverfassungsgerichten und vom Rechnungshof abgemahnt werden mussten.

Diese SPD-Schuldenpolitik ist zutiefst unsozial.

(Vereinzelt Beifall)

Schauen Sie auf die früheren Taten von Herrn Steinbrück. Er hat als NRW-Finanzminister und als Ministerpräsident in fünf Jahren mehr Schulden gemacht als Bayern in 60 Jahren. Dafür wurde er abgewählt. Wer so versagt hat, vor dem müssen wir unser Land bewahren, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Schritt für Schritt kommen wir auch in Europa mit einer Politik voran, die auf solides Wirtschaften, nachhaltiges Wachstum und eine Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit setzt. Wir verdanken das vor allem der Klugheit und Entschlossenheit von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble.

(Vereinzelt Beifall)

Der Weg ist nicht leicht. Doch eines ist klar: Gerade unser Land profitiert von der gemeinsamen Währung. Jede unkontrollierbare Entwicklung im Euro-Land würde daher gerade uns treffen.

Zugleich gilt für uns: Solidarität und Solidität gehören stets zusammen. Deshalb müssen Finanzgarantien fest mit eigenen Reform- und Sparanstrengungen der entsprechenden Länder verbunden bleiben; denn nur so wirkt unsere Hilfe nachhaltig. Wenn Herr Steinbrück diesen Zusammenhang angreift, spielt er jenen in Europa in die Hände, die bedingungslose Hilfe ohne eigene Anstrengung wollen. Am Ende stünde: mehr Schulden in Europa, mehr Haftung für Deutschland; das wird es mit uns nicht geben.

(Vereinzelt Beifall)

Manch einer glaubt heute, dass man die einzelnen Parteien kaum mehr unterscheiden kann. Das ist ein fundamentales Irrtum, denn es gibt einen sehr großen Unterschied: Wir trauen den Menschen etwas zu. Das entspricht dem christlichen Menschenbild. Wir setzen auf Selbstverantwortung, auf die Bereitschaft der Menschen, Verantwortung für andere zu übernehmen und auf Gemeinsinn. Das ist bürgerliche Politik. Deshalb entlasten wir die Menschen direkt zu Beginn der Legislaturperiode konkret bei der Einkommensteuer und in wenigen Wochen erneut bei den Rentenversicherungsbeiträgen. Rot-Grün dagegen lehnt sogar den Abbau der kalten Progression ab. Sie verweigern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sogar etwas, auf das sie einen Anspruch haben. Das ist unanständig.

(Vereinzelt Beifall)

Wer das den Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen vorenthält, der sollte aufhören, sich als Anwalt der kleinen Leute darzustellen.

Wir trauen unseren Familien etwas zu. Wir stärken sie, aber wir schreiben ihnen nicht vor, wie sie leben sollen. Deshalb unterstützen wir sie auf vielfältige Weise. Mit dem massiven Kitausbau und dem Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren sorgen wir dafür, dass der Wille der Eltern wirklich zählt. Wir helfen allen Eltern. Wer wie SPD und Grüne das Betreuungsgeld als Herdprämie verunglimpft, der verunglimpft damit auch die Familienarbeit hunderttausender Väter und Mütter in diesem Land. Das ist rot-grüne Bevormundungspolitik. Die lehnen wir entschieden ab.

(Vereinzelt Beifall)

Wir trauen unseren Unternehmen, die Arbeit und Ausbildung schaffen, etwas zu. Wir haben gerade den Mittelstand durch verschiedene Verbesserungen bei der Erbschaft- und Umsatzbesteuerung, bei der Unternehmensbesteuerung und den Abschreibungen gestärkt. Wir haben die Bürokratiekosten um jährlich 12 Milliarden Euro reduziert. Bei den Grünen dagegen heißt es siebenmal Steuern rauf: unter anderem Vermögensabgabe, Vermögensteuer, Einkommensteuer, Mehrwertsteuer, Unternehmensteuer und Ökosteuern. Das sind sieben auf einen Streich, aber anders als im Märchen wären nicht Fliegen, sondern die deutsche Wirtschaft das Opfer. Wir wollen Rückenwind für unseren tüchtigen Mittelstand, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wer wie Herr Steinbrück diesen Mittelstand durch Steuererhöhungen um bis zu 19 Prozent mehr belasten will, der wird von der Presse zu Recht als „Der teure Kandidat“ bezeichnet. Einen so teuren Kandidaten müssen wir Deutschland ersparen. Zu Recht warnt der Verband der Familienunternehmer: Die von der SPD geplanten Steuererhöhungen vernichten Arbeitsplätze und schwächen das Wachstum. Das werden wir nicht zulassen.

Wir wollen, dass Deutschland Industrieland bleibt. Bei einer wachsenden Weltbevölkerung wächst der Bedarf an industrieller Produktion. Wer, wenn nicht das Hightech-Land Deutschland, sollte beweisen, dass nachhaltige und ressourcenschonende industrielle Produktion möglich ist. Bei der Energiewende beweisen wir: Umweltfreundlichkeit und wirtschaftliche Vernunft gehören für uns zusammen. Die Grünen dagegen finden: In Deutschland werden zu viele Autos gebaut. Da sage ich: Schönen Gruß nach Wolfsburg! Und bitte bei der Wahl daran denken.

(Vereinzelt Beifall)

Wir trauen unseren Sozialpartnern etwas zu. Wir wollen starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Wir bekennen uns zur Verantwortung der Tarifparteien, auch und gerade, wenn es um den Schutz vor Lohndumping geht. Über 4 Millionen Menschen arbeiten heute bereits in Bereichen, in denen sie durch branchenspezifische Mindestlöhne geschützt sind. Alle diese Mindestlöhne wurden unter unserer Verantwortung geschaffen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir wollen die Tarifpartner in die Pflicht nehmen, eine Lohnuntergrenze für jene Bereiche festzulegen, in denen keine Tarifbindung herrscht. SPD und Grüne rufen auch bei diesem Thema nach dem Staat. Was haben sie selbst in ihrer Regierungszeit gemacht? Sie haben nichts zustande gebracht. Das ist die Wahrheit, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir trauen unserer Gesellschaft etwas zu. Einen besonderen Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft leisten kirchliche Einrichtungen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Förderung dieser wichtigen Arbeit unserer Kirchen. Sie macht unser Land menschlicher und hilft durch die Vermittlung grundlegender Werte zu einem guten Miteinander. Nun haben die Grünen auf ihrem letzten Parteitag einen Beschluss gefasst, der faktisch ein Aus für profilierte christlich-kirchliche Kindergärten, Schulen, Pflegeheime und Krankenhäuser bedeuten würde. Das ist ein Frontalangriff auf das bewährte Miteinander von Staat und Kirchen in unserem Land. Dem treten wir mit Entschiedenheit entgegen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir trauen den Menschen etwas zu. Deshalb sprechen wir auch unbequeme Wahrheiten aus. Wir müssen weiterhin hart dafür arbeiten, dass Deutschland Spitze bleibt. Was machen SPD und Grüne? Die SPD macht bei der Rente mit 67 die Rolle rückwärts. Sie verspricht den Menschen

ein unbezahlbares Wolkenkuckucksheim, sie setzt wichtige Entscheidungen aus oder vertagt sie auf den Sankt Nimmerleinstag. Steinbrück und Göring-Eckardt waren einst lautstarke Vertreter der Agenda 2010. Jetzt geben sie sich dafür, die in ihren Parteien so verhasste Politik zu entsorgen. Das ist zutiefst unglaublich, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Was ist aus der Beifreiheit geworden, die Steinbrück einst für sich einforderte? Nichts! Längst haben ihm die Parteilinken Fußfesseln angelegt.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wir haben ein gut ausgebautes soziales Netz dank starker Wirtschaftsleistung und Rekordbeschäftigung. Wir haben gut gefüllte Sozialkassen und die Lohnzusatzkosten liegen bei unter 40 Prozent. Wir haben die Leistungen bei der Pflege vor allem für Demenzkranke und ihre Angehörigen verbessert. Die Beantwortung der Frage, wie wir in Würde altern können, entscheidet über die Menschlichkeit in unserem Lande. Klar ist aber auch: Es gibt immer wieder gute Gründe für Verbesserungen im Hier und Jetzt. Wir müssen aber bei jeder Entscheidung bedenken, dass wir auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit gewährleisten wollen. Wir stehen für ein faires Miteinander der Generationen.

Die Alternativen sind klar. Wir stehen dafür, dass Deutschland Spitze bleibt und seinen Beitrag zu einem starken Europa leistet. SPD und Grüne stehen für den Abstieg unseres Landes. Es liegt an uns, den Menschen diese Alternative klar vor Augen zu führen. Lassen Sie uns das gemeinsam tun, zuerst in Niedersachsen, dann im Bund.

David McAllister kann eine eindrucksvolle Bilanz vorweisen: Rekordbeschäftigung, als Windenergieland Nummer eins: Gewinner der Energiewende, beschleunigtes Tempo bei der Haushaltskonsolidierung, während sich die Sozialdemokraten der Festschreibung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung verweigern. Wir kämpfen mit ganzem Einsatz dafür, dass Niedersachsen auf Erfolgskurs bleibt, dass David McAllister Ministerpräsident dieses schönen Bundeslandes bleibt, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir stehen an der Schwelle zum Jahr 2013. Mit Angela Merkel an der Spitze machen wir Christdemokraten 2013 zu unserem Jahr. Wir werden erfolgreich sein, weil wir die starke Volkspartei der Mitte sind, weil sich Frauen und Männer, Junge und Alte, Einheimische und Zugewanderte bei uns engagieren. Unser neu gegründetes Netzwerk „Integration“ unterstreicht dieses Anliegen. Es ist gut, dass wir heute gleich mehrere Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund für unsere Führungsgremien haben. Mit der Mitgliederwerbeaktion wollen wir noch mehr Frauen und Männer dafür gewinnen, in unseren Reihen für die Ziele der CDU, für unsere Heimat zu arbeiten. Wir werden erfolgreich sein, weil wir das große demokratische Mitmachangebot für die Menschen in unserem Land sind. Fast 9 000

unserer Mitglieder haben an den Regionalkonferenzen teilgenommen, tausende an der Tele-Town-Hall mit Angela Merkel. Auch im Mitgliedernetz CDU Plus bieten wir unseren Mitgliedern zahlreiche Möglichkeiten der direkten Mitsprache etwa im Hinblick auf unsere Antragsberatungen.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich freue mich auf unsere Arbeit im kommenden Jahr. Wir werden alles dafür tun, unsere Verbände und vor allem unsere Kandidatinnen und Kandidaten bestmöglich zu unterstützen. Vor uns liegt ein gutes Stück Arbeit. Lassen Sie uns das gemeinsam angehen, zum Wohle der Menschen und aus Liebe zu unserem Land, damit auch für unsere Kinder und Enkel gilt: Starkes Deutschland – Chancen für alle. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Der Dank des Parteitagés gilt unserem Generalsekretär Hermann Gröhe für seine kluge Rede, für seine engagierte Arbeit an der Spitze des Konrad-Adenauer-Hauses und dafür, dass er unsere Positionen in der Öffentlichkeit, in den Medien, in den Landes-, Kreis- und Bezirksverbänden vertritt. Hermann Gröhe, ein herzlicher Dank des Parteitags für deine Arbeit.

(Beifall)

Die Leitung des Tagungspräsidiums übernimmt nun Armin Laschet.

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Peter. – Wir kommen nun zur Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Wie ich sehe, ist das nicht der Fall. Dann beende ich den Tagesordnungspunkt 9.

Wir wollen nun zum Tagesordnungspunkt 12 kommen. – Wie ich sehe, ist unser Bundesschatzmeister Linssen noch nicht anwesend. Wahrscheinlich akquiriert er noch Spenden.

(Heiterkeit)

Derjenige, der unseren Schatzmeister sieht, sollte ihn bitten, schleunigst in den Saal zu kommen.

Wir können mit TOP 14 fortfahren, dem Bericht der Mandatsprüfungskommission. Den Bericht gibt Herr Christian Meyer, Landesgeschäftsführer der CDU in Niedersachsen, ab. – Wie ich sehe, ist Herr Meyer auch nicht anwesend. Wir waren wahrscheinlich etwas zu schnell. – Ich übergebe die Leitung an Peter Hintze.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, dann kommen wir nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 21:

Anträge zum Statut der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU

Ich möchte Sie kurz in den Sachstand einführen. Es handelt sich hier um Anträge zur Änderung des Statuts. Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen uns insgesamt sieben Anträge vor. Darunter befinden sich auch drei Anträge, die sich mit der Zusammensetzung des Präsidiums, der Erhöhung der Zahl der Stellvertreter von vier auf fünf, befassen. Das sind die Anträge B 2, B 3 und B 4. Diese beziehen sich auf den gleichen Gegenstand, und zwar auf die jeweilige Vorschrift in unserem Statut. Das sind die §§ 29, 33 und 43.

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, diese drei Anträge jetzt zu beraten und zu verabschieden und die weiteren statuarischen Anträge morgen zu Beginn des zweiten Plenartages zu behandeln. Wer mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden ist, den bitte ich um die Stimmkarte. – Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Verfahrensvorschlag? – Dann verfahren wir so.

Ich rufe die Anträge B 2, B 3 und B 4 der Landesverbände Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen sowie der Jungen Union auf. Sie finden die Anträge auf Seite 259 f. der Antragsbroschüre. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Da es sich um drei Satzungs Vorschriften handelt, lasse ich einzeln darüber abstimmen.

Wer dem Antrag B 2 und der entsprechenden Änderung des § 29 zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Zwei Gegenstimmen. Gibt es dazu Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Damit hat der Antrag die satzungsmäßige Mehrheit gefunden.

Wer dem Antrag B 3 und der Änderung des § 33 zustimmen möchte, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist auch § 33 geändert.

Wer dem Antrag B 4 und der Änderung des § 43 zustimmen möchte, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Zwei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen. Damit sind die drei Vorschriften in §§ 29, 33 und 43 unseres Statuts im Sinne der Anträge und der Vorschläge der Antragskommission angenommen. Wir haben damit für die Voraussetzung, fünf stellvertretende Bundesvorsitzende zu wählen. Recht herzlichen Dank.

Nun übernimmt Armin Laschet.

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2010 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz

Guten Morgen, lieber Helmut. Du hast das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Bundesschatzmeister: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Vor Ihnen liegt der Rechenschaftsbericht 2010. Er ist mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen und ist fristge-

recht beim Bundestagspräsidenten eingereicht worden. Von der Verwaltung des Bundestages wurde er überprüft und im Frühjahr dieses Jahres veröffentlicht. Wie Sie den Zahlen entnehmen können, hat die Bundespartei im Jahr 2010 einen Überschuss von 9,3 Millionen Euro erwirtschaftet. Das war etwas mehr als geplant.

Auch die anderen Gliederungen haben per Saldo einen Überschuss in Höhe von 8,6 Millionen Euro erzielt. Für die gesamte Partei betrug damit der Überschuss 17,9 Millionen Euro. Dieses Ergebnis, liebe Freunde, erklärt sich auch dadurch, dass wir im Jahr 2010 nur eine Landtagswahl, nämlich in Nordrhein-Westfalen, hatten. Wir haben das Jahr gut genutzt, um Rücklagen für kommende Wahlkämpfe zu bilden. 2010 war also in finanzieller Hinsicht ein gutes Jahr für die CDU.

Der vorliegende Rechenschaftsbericht gibt einen detaillierten Überblick über die Einnahmen und Ausgaben sowie über die Vermögenslage der Partei sowohl auf Bundesebene wie auch in den regionalen Gliederungen. Ich möchte mich daher darauf beschränken, Sie über die weitere Entwicklung der Finanzlage in 2011 und 2012 zu informieren und dies um einige wichtige grundsätzliche Bemerkungen ergänzen. Im Jahre 2011 konnte die Bundespartei – wie im Vorjahr – einen Überschuss von 9,3 Millionen Euro erzielen. Allerdings haben zahlreiche Landtags- und Kommunalwahlkämpfe in den Bilanzen der wahlkampfführenden Verbände deutliche Spuren hinterlassen. Das Gesamtergebnis zeigt dennoch einen Überschuss von 8,6 Millionen Euro. Auch der Umstand, dass alle Landesverbände trotz der Wahlkampfbelastung ein positives Reinvermögen ausweisen konnten, zeigt, dass die CDU die Belastung gut verkraftet hat und unsere Vermögenslage insgesamt stabil geblieben ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dieses Ergebnis zum Anlass nehmen, unseren vielen Tausend ehrenamtlichen Schatzmeistern in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden den Dank des gesamten Parteitag auszusprechen für ihr Engagement und ihre nicht immer leichte Arbeit.

(Beifall)

Für das laufende Jahr 2012 will ich ergänzen, dass wir im Etat der Bundesgeschäftsstelle leicht über Plan liegen. Die Bundespartei wird damit pünktlich zum Bundestagswahlkampf über eine ausreichende Wahlkampfrücklage verfügen.

Die CDU hat in ihrer Regierungszeit nicht nur für solide Finanzen in unserem Land gesorgt, wir haben auch eine geordnete Finanzlage in unserer Partei und sind für einen kraftvollen und erfolgreichen Wahlkampf im kommenden Jahr gut gerüstet. Liebe Freunde, das ist die gute Botschaft meines heutigen Berichts. Sie ist vor allem das Ergebnis einer jahrelangen vorsichtig geplanten und sehr sparsamen Haushaltsführung seitens der Bundesgeschäftsstelle. Mein Dank gilt daher dem Bundesgeschäftsführer und seiner Mannschaft im Konrad-Adenauer-Haus für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Parteikasse.

(Beifall)

Das ermöglicht es uns seit vielen Jahren, dem Bundesparteitag trotz struktureller Probleme auf der Einnahmenseite stets sehr solide Abschlüsse der Bundespartei vortragen zu können. In den vergangenen Jahren hatten wir besonders mit einem Rückgang der Mitgliederbeiträge und Spenden zu kämpfen. Dies schmälert auch die Berechnungsgrundlage, wie Sie alle wissen, für die staatliche Parteienfinanzierung. Das trifft die Bundespartei besonders, weil sie von der staatlichen Finanzierung stark abhängt. Den Mitgliedsbeiträgen, liebe Freunde, muss daher in den nächsten Jahren unser aller Aufmerksamkeit in besonderem Maße gelten. In den vergangenen Jahren wurde in der Bundesgeschäftsstelle jede Möglichkeit genutzt, nicht zwingend notwendige Ausgaben zu vermeiden und Einsparungen vorzunehmen, auch im Personalbereich.

Der Haushaltsausschuss des Bundesvorstandes, der Finanzbeauftragte und die Rechnungsprüfer haben diese Entwicklung intensiv begleitet und unterstützt. Als Bundesschatzmeister gilt mein besonderes Augenmerk unseren Spendern und Unterstützern. Es ist erfreulich, dass die Bundespartei nach einigen schwierigen Jahren im Jahr 2011 wieder steigende Spendeneinnahmen aufweist, und zwar um mehr als 25 Prozent. Dies ist auch ein Ergebnis unserer erfolgreichen Regierungsarbeit im Bund und des hohen Ansehens unserer Parteivorsitzenden bei Bürgern und Unternehmen. Ich bedanke mich in unser aller Namen bei allen Spendern der CDU ganz herzlich für ihre Unterstützung.

(Beifall)

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, um all unsere Anhänger dazu aufzurufen, die CDU im kommenden Bundestagswahlkampfjahr noch intensiver mit Spenden zu unterstützen, damit wir einen kraftvollen und erfolgreichen Wahlkampf führen können.

Die SPD, liebe Freunde, hat aus ihrem Millionenvermögen allein in 2011 7,1 Millionen Euro als Dividende erhalten. Diesen großen Kapitalerträgen müssen wir mit vielen Tausend Bürgerspenden entgegenwirken. Große und kleine Spenden – jede Unterstützung hilft uns. Als große Volkspartei erhalten wir traditionell sehr viele kleine Spenden von den Bürgern aus allen Regionen unseres Landes. Darauf sind wir stolz und danken jedem einzelnen dafür. Mein Dank gilt insbesondere auch den Verantwortlichen in deutschen Unternehmen. Engagieren Sie sich auch persönlich und nehmen Sie ihre politische Verantwortung wahr! Parteispenden sind von unserem Parteiengesetz ausdrücklich gewünscht. Sie sind ein wertvoller Beitrag zu einer lebendigen Demokratie und zu einer politischen Stabilität in Deutschland. Dafür müssen wir alle in Gesprächen mit den Repräsentanten der Unternehmen immer wieder intensiv werben. Unsere Demokratie muss allen Bürgern und ihren Institutionen etwas wert sein.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Die Finanzlage unserer Partei ist geordnet. Wir sind gut vorbereitet auf das Bundestagswahljahr 2013. Allerdings bestehen für die Zeit danach Risi-

ken und Unsicherheiten. Als vorsichtige Kaufleute beobachten wir die weitere Entwicklung sehr genau. Gegebenenfalls würden wir Maßnahmen treffen, die das erforderliche finanzielle Gleichgewicht der Bundespartei mittel- bis langfristig sichert.

Ich bedanke mich beim Finanzbeauftragten, dem Revisionsbeauftragten und unseren Wirtschaftsprüfern für die Unterstützung unserer Arbeit. Ein besonderer Dank für ihr Engagement gilt meinem Team im Adenauer Haus und unseren ehrenamtlichen Rechnungsprüfern, deren Bericht wir im Anschluss hören. Ich danke den Landes- und Kreisverbänden für eine gute und jederzeit konstruktive Zusammenarbeit. – Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Helmut Linssen für Deinen Bericht und die Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2010. Gibt es zum Bericht und zur Vorlage des Rechenschaftsberichtes Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Bericht des Bundesschatzmeisters sowie dem Rechenschaftsbericht zustimmen möchten. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Bericht einstimmig mit Zustimmung versehen worden. Lieber Helmut Linssen, wir danken dir für Deine Mühe, die du im Amt des Bundesschatzmeisters im Interesse unserer Partei aufwendest.

(Beifall)

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 13:

Bericht der Rechnungsprüfer

Ich bitte um den Bericht und gebe das Wort an Ferdinand Tillmann.

(Vereinzelt Beifall)

Ferdinand Tillmann: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Nach dem Bericht unseres Schatzmeisters mit hervorragenden positiven Zahlen, die die solide Finanzwirtschaft unserer Partei unterstreicht, könnte ich es mir eigentlich recht leicht machen:

Entlastung beantragen, und fertig.

(Vereinzelt Beifall)

Ich wusste, dass es jetzt an dieser Stelle Beifall gibt. – Ich muss Sie aber enttäuschen; denn ganz abgesehen vom Statut unserer Partei, das dies nicht zulässt, sind wir es auch dem Selbstverständnis und dem Pflichtbewusstsein der Rechnungsprüfer schuldig, Ihnen einen ordentlichen, auch kritischen, wenn auch nicht allzu langen Bericht abzuliefern. Um dieses Versprechen einzuhalten, sehe ich davon ab, die Zahlen, die Herr Linssen bereits genannt hat, zu wiederholen. Sie können diese Zahlen im Rechenschaftsbericht 2010 nachlesen oder auch demnächst zu Hause im Parteitagprotokoll nachschlagen.

Seit dem Leipziger Parteitag im November 2011 haben sich Frau Landrätin Störr-Ritter aus Baden, Herr Peter Czepka aus Berlin und ich, natürlich aus dem Sauerland

(Vereinzelt Beifall)

Danke schön!, regelmäßig mit den Verantwortlichen in der Bundesgeschäftsstelle, dem Bundesgeschäftsführer und dem Finanzbeauftragten getroffen, um Einnahmen und Ausgaben zu prüfen und uns über die Liquidität der Partei und über die Erstellung des Rechenschaftsberichts unter der Vorlage der entsprechenden Unterlagen berichten zu lassen.

Ihnen liegt der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2010 vor. Sie haben ihn eben schon zur Kenntnis genommen. Er ist am 14. Februar 2012 in der Bundestagsdrucksache, die Sie in Ihren Unterlagen finden, veröffentlicht worden. Wie Sie sich anhand dieses Berichtes überzeugen können, ist für 2010 nicht nur ein ordentliches, sondern ein recht positives Ergebnis erzielt worden. Herr Linssen hat eben darüber berichtet.

Der Rechenschaftsbericht 2011 wurde bereits im Bundesvorstand verabschiedet und ist fristgemäß an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weitergeleitet worden. Er wird voraussichtlich im nächsten Frühjahr veröffentlicht werden.

Wegen der zahlreichen Landtagswahlen und Kommunalwahlen im Jahre 2011 ist das Ergebnis durch höhere Ausgaben für Wahlen geprägt. Die Partei insgesamt konnte dennoch – Herr Linssen hat auch dies schon erklärt – einen Einnahmeüberschuss erzielen, während die Landesverbände von Baden-Württemberg bis Sachsen-Anhalt wahlkampfbedingt ein Defizit erwirtschafteten.

Die Bundespartei hatte einen Überschuss von 9,3 Millionen Euro. Damit liegt das Ergebnis 2011 deutlich über der mittelfristigen Finanzplanung. Die Gründe dafür liegen sowohl in den Einsparungen im Haushalt als auch in einem besseren Spendenergebnis, für das wir dem Schatzmeister herzlich zu danken haben. Es liegt auch in den damit verbundenen überplanmäßigen staatlichen Mitteln begründet.

Aufgrund der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten auf der Einnahmeseite – schwankende Spendeneinnahmen und damit verbundene schwankende staatliche Mittel – muss die Bundesgeschäftsstelle bei den Ausgaben weiterhin strickt die Etatvorgaben und die mittelfristige Finanzplanung einhalten. Jede sich ergebende Einsparungsmöglichkeit sollte genutzt werden, um die Risiken bei den Einnahmen zu mindern.

Die mittelfristige Finanzplanung kann problemlos eingehalten werden – jetzt komme ich auf einen kritischen Punkt zu sprechen, wenn bei der Auswahl von Veranstaltungsorten, etwa für Parteitage oder Regionalkonferenzen, auch kostengünstigere Alternativen geprüft werden. In diesem Sinne sollte also nach diesem Parteitag in Hannover, der zwangsläufig zu den teureren

zählt, trotz gewisser politischer Zwänge, von denen heute schon mehrfach die Rede war, was Landtagswahltermine angeht, möglichst der kostengünstigste Austragungsort gewählt werden, zumal wir es wegen der Größe unseres Parteitages mit einem Oligopol von Anbietern für Veranstaltungshallen zu tun haben, die natürlich versuchen, die Preise zu diktieren.

Wie der Bundesschatzmeister schon ausgeführt hat, konnte im aktuellen Jahr bei den Spendeneinnahmen eine signifikante Verbesserung gegenüber dem sehr deutlichen Rückgang 2010 erreicht werden. Für das Jahr 2012 ist mit einem zumindest ausgeglichenen Ergebnis unserer Bundesgeschäftsstelle zu rechnen, sodass die notwendige Wahlkampfrücklage für die Bundestagswahl 2013 angespart werden konnte. Der anstehende Bundestagswahlkampf kann also, was die finanzielle Ausstattung angeht, nur gewonnen werden. An den Finanzen dürfte es nicht scheitern.

(Vereinzelt Beifall)

Die Mitgliederentwicklung ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Sie ist nicht nur für die Partei in ihrer politischen Wirkungsmöglichkeit wichtig, sondern diese Entwicklung ist natürlich auch für uns von finanzieller Bedeutung. Die Mitgliederzahl ging in den letzten Jahren regelmäßig zurück. Damit gingen auch die Einnahmen der Bundesgeschäftsstelle, die auf Mitgliedsbeiträgen basieren, zurück.

Die Entwicklung ist für die Finanzsituation der gesamten Partei besorgniserregend, weil sie bis jetzt anhält und weil damit auch die Einnahmen aus der staatlichen Teilfinanzierung negativ beeinflusst werden. Somit haben wir einen doppelt negativen Effekt. Ich kann aus Sicht der Rechnungsprüfer nur an Sie appellieren, die Mitgliederwerbung dringend zu verstärken.

(Vereinzelt Beifall)

Sollte diese Entwicklung anhalten, wird es in kürzerer Zeit schon unumgänglich sein, erhebliche Sparmaßnahmen durchzuführen. Dann muss auch die innerparteiliche Finanzverteilung zwischen Bundesebene und Länderebene überprüft werden, da die Bundespartei besonders stark von dieser negativen Entwicklung betroffen ist.

Gewisse Irritationen bei den Finanzen der Senioren-Union hat es kürzlich gegeben. Allerdings ist die Senioren-Union dabei, die Finanzen wieder zu stabilisieren. Sie ist dabei auf einem guten Wege. Wir werden als Rechnungsprüfer diesen Weg gern begleiten.

Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2011 hat wie der Etatentwurf für 2013, wie der Bundestagswahletat 2013 und wie die mittelfristige Finanzplanung von 2013 bis 2016 die Zustimmung des Haushaltsausschusses und auch der Rechnungsprüfer gefunden.

Der Rechenschaftsbericht und die mittelfristige Finanzplanung sind vom Bundesvorstand in seiner letzten Sitzung verabschiedet worden. Der uneingeschränkt testierte Rechenschaftsbericht 2011 ist, wie schon gesagt, an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weitergeleitet worden. Jetzt muss

ich Sie noch um einen kleinen Augenblick Geduld bitten, denn wir müssen noch ein wenig den Leipziger Parteitag nacharbeiten. Liebe Parteifreunde, lassen Sie mich daher am Ende meines Berichts

(Beifall)

noch einmal auf das Jahr 2009 eingehen. Ich halte das für angeraten, da auf diesem Parteitag angenommen wurde, mit Ihrer Zustimmung zum Bericht des Bundesschatzmeisters sei auch eine Entlastung des Bundesvorstandes für das Jahr 2009 erteilt worden. Das ist aber nicht richtig. Wir wollen jedes formelle Missverständnis vermeiden, deshalb empfehle ich Ihnen, dem Bundesvorstand nicht nur für das Jahr 2010 Entlastung zu erteilen, sondern auch eindeutig noch für das Jahr 2009.

Ich wiederhole an dieser Stelle, dass die Rechnungsprüfer zum Rechenschaftsbericht 2009 2011 in Leipzig gesagt haben, dass die Ordnungsgemäßheit der gesamten Finanzwirtschaft gegeben war. Das gilt auch heute noch.

Sie haben auf unsere Veranlassung hin den Bericht ebenso wie die parteiengesetzliche Zusammenfassung des bereits als Drucksache veröffentlichten Rechenschaftsberichts 2009 in Ihren Tagungsunterlagen gefunden. Außerdem finden Sie auch die Zahlen von 2009 als Vergleichszahlen im Rechenschaftsbericht für 2010 wieder.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, die Rechnungsprüfer empfehlen Ihnen, dem Bundesvorstand für die Jahre 2009 und 2010 uneingeschränkte Entlastung zu erteilen. Der Rechenschaftsbericht 2009 ist ja bereits beschlossen worden.

(Beifall)

Ich möchte im Namen der Rechnungsprüfer dem Generalsekretär, dem Schatzmeister, dem Bundesgeschäftsführer und dem Finanzbeauftragten herzlich für eine solide Finanzwirtschaft danken. Ich möchte auch allen anderen danken, die sich bei der Erreichung der Solidität im finanziellen Bereich hervorgetan haben.

Herzlichen Dank auch für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hoffe, ich habe Sie nicht gelangweilt.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Ferdinand Tillmann und allen Rechnungsprüfern für ihre wertvolle Arbeit und insbesondere für ihren Bericht.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Den Bericht gibt uns Christian Meyer, Landesgeschäftsführer Niedersachsen.

(Beifall)

Christian Meyer, Mandatsprüfungskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenanmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros geprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 25. Parteitag auch genau diese 1 001 Delegierten stimmberechtigt. Von den 1 001 stimmberechtigten Delegierten waren um 14.30 Uhr 975 anwesend. Damit ist der 25. Parteitag der CDU Deutschlands beschlussfähig. – Vielen Dank.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Meyer. Vielen Dank den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

Entlastung des Bundesvorstands

Die Entlastung ist von den Rechnungsprüfern, wie Sie eben gehört haben, für die Jahre 2009 und 2010 beantragt worden. Wir gehen davon aus, dass Sie mit einer gemeinsamen Entlastung einverstanden sind. Ist jemand nicht einverstanden? – Das ist nicht der Fall. – Dann bitte ich Sie, wenn Sie der Entlastung für 2009 und 2010 zustimmen möchten, um Ihr Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Bundesvorstand durch den Parteitag entlastet.

(Beifall)

Bevor die entlasteten Mitglieder die Bühne verlassen, übergebe ich zunächst das Wort an unsere Vorsitzende, Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Eigentlich bin ich ja entlastet und darf jetzt gar nicht reden. Aber ich tue mal so, als wäre ich noch nicht entlastet und rede doch. Ich möchte nämlich vor der Neuwahl einigen danken, die nicht wieder kandidieren, die aber eine sehr gute Arbeit geleistet haben und mit denen ich gerne zusammengearbeitet habe.

Ich möchte Ingrid Fischbach erwähnen, die sich immer ganz besonders für das Thema Familienpolitik eingesetzt hat. Wir werden weiterhin in der Bundestagsfraktion zusammenarbeiten.

Ich möchte Tanja Gönner herzlich Dank sagen, die inzwischen bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit tätig ist und die als Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg in unseren Bundesvorstandsdiskussionen das Thema Ökologie und Ökonomie sehr gut zusammengebracht hat. Ich wünsche ihr jetzt viel Erfolg bei der Arbeit in der GIZ.

(Beifall)

Ich möchte gerne Ursula Heinen-Esser danken, die heute leider nicht bei uns sein kann. Als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird sie uns weiter unterstützen. Sie hat sich aus familiären Gründen entschieden, nicht wieder für den Bundesvorstand zu kandidieren. Ich möchte ihr von hier aus alles Gute und einen guten weiteren Lebensweg wünschen.

(Beifall)

Ich möchte Peter Jacoby danken, der genau ein Jahrzehnt in unserem Bundesvorstand war. Er hat als stellvertretender Ministerpräsident des Saarlandes seinen Beitrag geleistet. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich möchte Maria Michalk danken. Sie war immer eine engagierte Stimme für die neuen Bundesländer. Sie war immer eine engagierte Stimme für die Minderheit der Sorben in unserem Land. Auch sie wird uns im Deutschen Bundestag als engagierte Mitsreiterin erhalten bleiben. Danke schön, Maria.

(Beifall)

Ich möchte Godelieve Quisthoudt-Rowohl ganz herzlichen danken. Sie ist seit 1989 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 1994 Mitglied des CDU-Bundesvorstands. Sie hat immer ein gutes Wort für Europa, ein gutes Wort für Niedersachsen und ein gutes Wort für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie ist ein gutes Beispiel für gelungene Integration. Herzlichen Dank, liebe Godelieve Quisthoudt-Rowohl.

(Beifall)

Ich möchte Hendrik Wüst danken, mit dem wir zehn Jahre sehr gut im Bundesvorstand zusammengearbeitet haben. Auch hatten wir eine gute Zusammenarbeit mit der CDU-Nordrhein-Westfalen. Lieber Hendrik Wüst, herzlichen Dank und alles Gute. Wir werden uns nicht aus den Augen verlieren.

Ganz besonders danken möchte ich zwei Stellvertretern – ich habe das gestern im Bundesvorstand schon getan –, liebe Freunde, die im zukünftigen Bundesvorstand nicht mehr dabei sein werden. Der eine ist Norbert Röttgen, der seit 2010 mein Stellvertreter war.

(Beifall)

Lieber Norbert, der Beifall zeigt es: Du bist eine engagierte Stimme, nicht nur für den Umweltschutz, sondern auch für eine wertegebundene Politik in der Christlich Demokratischen Union. Du wirst in der Bundestagsfraktion jetzt im Bereich der Außenpolitik tätig sein. Ich sage ausdrücklich: Danke für deine Arbeit: Alles Gute und auf eine weitere gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Ich möchte auch Annette Schavan danken. Man kann es sich gar nicht richtig vorstellen: 14 Jahre Stellvertreterin in der Christlich Demokratische Union! Sie war erst Landesministerin im Kultusbereich. Ich erinnere an den Kopftuchstreit und an eine gelungene Schulpolitik in Baden-Württemberg. Ich glaube, wenn wir heute eine so gelungene Schulpolitik in Baden-Württemberg hätten, dann wären die Kinder und die Lehrer froher.

(Beifall)

Ich danke dir auch ganz herzlich für deine Arbeit als Bildungs- und Forschungsministerin. Du hast vieles auf den Weg gebracht. Ich habe heute in meiner Rede gesagt, welche Bedeutung das Thema „Bildung und Forschung“ für unsere Zukunft haben wird. Du wirst Ministerin bleiben; deshalb brauche ich keinen Abgesang zu halten. Ich möchte dir aber für die freundschaftliche Zusammenarbeit im Bundesvorstand und als Stellvertreterin in schwierigen sowie in besseren Zeiten ganz herzlich danken. Alles Gute! Ein herzliches Dankeschön für deine Arbeit!

(Beifall)

Dies zu sagen, war der Grund, warum ich noch einmal an das Rednerpult gekommen bin. Jetzt werde ich natürlich auch verschwinden.

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich bitte nunmehr die Mitglieder des bisherigen Bundesvorstandes, soweit sie auf der Bühne platziert sind, bei den Delegierten im Plenum Platz zu nehmen und übergebe zur Wahl des Bundesvorstandes an David McAllister.

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

Wahl des Bundesvorstandes

Vor Eintritt in die Wahlgänge möchte ich auf Folgendes hinweisen:

Erstens. Laut § 43 des Statuts werden die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt.

Zweitens. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit; sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

Drittens. In § 15 unseres Statuts ist ein Frauenquorum vorgesehen. Dies besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an aufwärts ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist.

Viertens. Ich schlage Ihnen vor, die Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine.

Fünftens. Nach dem Ausfüllen werfen Sie Ihren Stimmzettel in die Wahlurnen, welche zu Ihnen an Ihren Platz getragen werden.

Sechstens. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können.

So weit die Hinweise.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16.1:

Wahl des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Es kandidiert Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Bevor wir in den Wahlgang eintreten, darf ich auf Folgendes hinweisen: Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock im Postkartenformat zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte durch das Tagungsbüro überreicht wurde. Wir werden die Wahl mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 durchführen. Wenn Sie für Frau Dr. Angela Merkel stimmen möchten, so schreiben Sie bitte „Ja“ oder den Namen auf diesen Stimmzettel, anderenfalls „Nein“. Wenn Sie sich enthalten möchten, schreiben Sie „Enthaltung“, oder lassen Sie den Stimmzettel leer. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig.

Ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben.

Die Landesgeschäftsführer werden gebeten, ab sofort die großen Stimmzettel – orange – für die Stellvertreterwahlen im Büro der Stimmzählkommission – Raum E3, von mir aus gesehen rechts neben der Bühne – abzuholen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage, ob alle Delegierten die Gelegenheit hatten, ihren Stimmzettel abzugeben. Wenn das nicht der Fall ist, bitte ich um ein Handzeichen. – Da sich niemand mehr meldet, schließe ich hiermit den Wahlgang. Der Bundesparteitag ist für circa 15 Minuten, bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung von 15.01 bis 15.13 Uhr)

David McAllister, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich bitte Sie alle, in den Saal zu kommen und Ihre Plätze einzunehmen.

Das Ergebnis der Wahl unserer Parteivorsitzenden liegt vor. Ich gebe das Ergebnis bekannt: abgegebene Stimmen 931, keine ungültigen Stimmen,

(Vereinzelt Beifall)

Enthaltungen 9, gültige Stimmen 922. Die erforderliche Mehrheit beträgt demnach 462. Es wurden für Dr. Angela Merkel 903 Stimmen abgegeben; das sind 97,94 Prozent.

(Langanhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Mit Nein stimmten 19; das sind 2,06 Prozent.

Liebe Angela Merkel, wir möchten Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall – Dr. Angela Merkel nimmt Glückwünsche entgegen – Hermann Gröhe und David McAllister überreichen Dr. Angela Merkel Blumensträuße)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Ich wollte noch sagen: Wer mich kennt, der weiß, dass ich echt platt und bewegt bin. Ich möchte mich ganz herzlich für das Vertrauen bedanken.

(Beifall)

Dann würde ich sagen: Gleich geht es zusammen mit denen, die noch gewählt werden, wieder ran an den Speck. Wir haben viel vor. Alles Gute!

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Auch von dieser Stelle herzlichen Glückwunsch zu diesem hervorragenden Wahlergebnis von 97,94 Prozent!

Ich habe jetzt einige wichtige Hinweise zu machen. Die Mitglieder der Antragskommission werden gebeten, sich nach ihrer Stimmabgabe bei der nunmehr folgenden Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden – Tagesordnungspunkt 16.2 – zur Sitzung der Antragskommission zu begeben. Die Antragskommission tagt im ausgeschilderten Raum H 19, von mir aus gesehen links neben der Bühne. Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock mit. Es ist sichergestellt, dass während der Sitzung der Antragskommission an den weiteren Wahlgängen teilgenommen werden kann. Die großen Stimmzettel für die Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums und, wenn notwendig, für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes werden Ihnen in die Sitzung gereicht.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 16.2 auf:

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Nach der Ihnen vorliegenden Kandidatenliste sind folgende Vorschläge eingegangen, die ich in alphabetischer Reihenfolge vorlese: erstens Volker Bouffier, zweitens Julia Klöckner, drittens Armin Laschet, viertens Dr. Ursula von der Leyen und fünftens Thomas Strobl. Ich bitte nun die Kandidaten, sich kurz vorzustellen.

Als Erstes bitte ich Volker Bouffier, sich vorzustellen.

(Beifall)

Volker Bouffier: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Ich bewerbe mich erneut um das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, weil ich zum einen als Vorsitzender ei-

nes Landesverbandes die enge Verbindung mit der Bundespartei und zum anderen als Ministerpräsident eines CDU/FDP-geführten Bundeslandes die enge Verbindung mit der Bundesregierung auch in der Spitze unserer Partei repräsentieren möchte. Ich bin davon überzeugt, dass wir fast alle wesentlichen Aufgaben und Herausforderungen nur dann erfolgreich werden bewältigen können, wenn wir als Union im Bund und im Land an einem Strick ziehen und in die gleiche Richtung.

Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass die Union erkennbar bleibt, dass deutlich wird, wofür wir stehen, was uns von anderen unterscheidet. Das gelingt uns am besten, liebe Freunde, wenn wir als Union eine Antwort geben. Ich glaube nicht, dass wir als Volkspartei attraktiver werden, wenn wir ganz viele unterschiedliche haben. Vielmehr dürfen und müssen unsere Wähler, unsere Mitglieder und die Bürger von uns erwarten, dass wir ihnen klar sagen, wofür wir stehen. So möchte ich dazu beitragen, dass wir im Ergebnis als die große Volkspartei Deutschlands die Grundlagen legen auch für den Erfolg in der Zukunft.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich eine inhaltliche Bemerkung machen: Liebe Freunde, lassen wir uns nicht die unsinnige Debatte aufdrängen, ob wir eine Partei der Großstädte oder eine Partei des sogenannten flachen Landes sein wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Wer sich diese Debatte aufzwingen lässt, der geht in die Irre. Die Union muss immer die Partei für das ganze Land und für das ganze Volk sein. Das ist unser Anspruch. Deshalb wollen und müssen wir in den Städten und auf dem Land erfolgreich sein, liebe Freunde!

(Beifall)

Wir als Union betreiben keine Politik für bestimmte Spezies, für bestimmte Schichten, weder für diese ubiquitären urbanen Wohlfühlmenschen, die irgendwie eine neue Zeit eingeläutet haben, noch für die, die glauben, dass sie in dieser Zeit vielleicht nicht mehr angemessen wahrgenommen werden. Wir wollen und wir dürfen nie eine Partei sein, die nur für eine Seite, für eine Schicht sich engagiert, weder für die, die besser verdienen sind, noch für jene allein, die von Hartz IV leben. Für die Ersteren geben die Grünen die Antwort, mit Designerklamotten und bei bestem Einkommen. Das ist nicht unsere Welt.

(Vereinzelt Beifall)

Für die anderen geben die Grünen, die SPD und die Linken tatsächlich jeden Tag Antworten. In diesen Wettbewerb um das Gefallen einzutreten, halte ich persönlich für falsch. Die Union zeichnet sich dadurch aus, dass sie ein politisches Angebot an alle hat. Das unterscheidet uns von allen anderen. Wir haben ein politisches Angebot an alle, aber wir wollen es nicht allen recht machen, und wir können es auch nicht allen recht machen. Deshalb müssen wir Orientierung geben, Position

beziehen und gelegentlich auch einmal sagen, wofür wir nicht zu gewinnen sind, und, noch besser, wofür wir sind. Das zusammenzubinden mit unseren Grundsätzen: Dafür will ich mich einsetzen.

Unsere Grundsätze sind und bleiben die christlich-soziale, die liberale und die konservative Wurzel unserer Partei im besten Sinne, unverkrampft, offen und, wenn es irgend geht, sogar fröhlich. So für eine Partei zu werben, ist nach meiner Überzeugung nach wie vor erfolgreich. Das wird uns mit diesem Parteitag gelingen. Wir werden dann – davon bin ich überzeugt –, gerade auch nach dem fantastischen Wahlergebnis für unsere Bundesvorsitzende, gestärkt von diesem Parteitag nach Hause fahren.

Ich, meine Damen und Herren, bitte Sie erneut um Ihr Vertrauen, dass ich an der Spitze dieser Partei mitwirken darf. Es macht Freude, es macht Spaß. Und im Ergebnis: Wir sind erfolgreich. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Volker Bouffier, vielen Dank für die Vorstellung. – Als Nächste bitte ich Julia Klöckner, zu uns zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Julia Klöckner: Liebe Angela Merkel! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Lieber David McAllister! Mein Name ist Julia Klöckner. Zwölf Tage lang bin ich noch 39. Mein Zuhause ist in Rheinland-Pfalz an der Nahe. In Rheinland-Pfalz bin ich Fraktions- und Landeschefin der CDU und bin Oppositionsführerin mit Leidenschaft, aber nicht aus Leidenschaft. 2011 habe ich mein Amt als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverbraucherministerium bei Ilse Aigner aufgegeben, um mit beiden Beinen in Rheinland-Pfalz zu stehen, um unseren Verband in eine erfolgreiche Landtagswahl zu führen. 0,5 Prozent haben gefehlt; das waren 8 000 Stimmen. Es hätte fast geklappt. Nichtsdestotrotz sind wir jetzt als Partei in Rheinland-Pfalz endlich wieder geschlossen und entschlossen. Wir sind die Partei von Helmut Kohl und Bernhard Vogel, eine Partei, die es verdient hat, wieder an die Regierung zu kommen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben unser 65. Parteijubiläum gefeiert, mit dem Bundeskanzler Helmut Kohl, mit Heiner Geißler und mit Bernhard Vogel. Sie sehen, es sind neue Zeichen, aber auch klare Zeichen, nämlich einmal, dass wir mit einem guten Blick auf die Vergangenheit schauen, und zum anderen, dass wir mit einem noch intensiveren Blick in die Zukunft schauen.

Warum kandidiere ich für den stellvertretenden Bundesvorsitz? Aus drei Gründen. Ich möchte mich einsetzen für die Themen solide Finanzen, nachhaltige Bildung und den Zusammenhalt der Generationen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich halte es nämlich für ganz, ganz wichtig, dass wir heute an morgen denken und uns genau vor Augen führen, welche Folgen die Entscheidungen, die wir heute treffen, auslösen. Wir sollten einen Fehler nicht machen: Politik sollte keine Wünsche bei den Bürgern wecken, von denen die Bürger gar nicht wussten, dass sie diese Wünsche haben. Letztlich geht es ja darum, dass wir den kommenden Generationen, den Kindern und Enkelkindern, einen soliden Haushalt übergeben, damit sie auch noch Spielraum haben, damit sie ihr Leben gestalten können und dankbar dafür sein können, was ihnen übergeben worden ist. Dafür möchte ich mich einsetzen.

Ein letzter Punkt: Unser Land Rheinland-Pfalz, ein Flächenland, häufig das Land der Reben und Rüben genannt, hat auch viel Innovation; wir haben kluge und fleißige Leute. Mir ist eines klar: Wir müssen endlich auch über die reden, die in der Mitte unserer Gesellschaft sind, die jeden Tag aufstehen, ihren Kindern die Brote schmieren, zur Arbeit gehen, ihre Steuern zahlen; also gerade die, über die nicht ganz so viel geredet wird, müssen wieder in den Blickpunkt gerückt werden.

(Beifall)

Deshalb stelle ich mich zur Wahl. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir Ihr Vertrauen geben. Ich weiß, es handelt sich um einen Vorschuss. Ich würde mich aber sehr freuen, und Sie würden uns, den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern, die nicht nur heiter, sondern auch strebsam und schaffensstark sind, einen guten Rückenwind mit nach Hause, nach Mainz, geben. – Danke schön.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Verehrte Julia Klöckner, vielen Dank für deine Vorstellung. – Nun spricht zu uns Armin Laschet.

(Vereinzelt Beifall)

Armin Laschet: Frau Bundesvorsitzende! Liebe Parteifreunde und Freundinnen! Mein Name ist Armin Laschet. Ich bewerbe mich um das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Wenn man in den letzten Tagen die Schlagzeilen verfolgt hat, was man von diesem Parteitag erwartet, dann konnte man sehen, dass zwei, drei Themen immer wieder genannt wurden.

Man hat uns eingeredet, das seien die Hauptthemen, mit denen sich die Politik in der nächsten Zeit beschäftigen müsste. Aber mein Eindruck ist, dass der Bundesvorstand in der vor uns liegenden Amtszeit vor ganz anderen Herausforderungen stehen wird.

Wir erleben die sich verschiebenden Gewichte durch die Globalisierung, wir erleben das Aufkommen neuer Märkte, wir erleben den demografischen Wandel, wir erleben eine Weltfinanzkrise und eine europäische Schuldenkrise. Das sind Sorgen, die die Menschen bewegen. Deswe-

gen muss eine Lehre aus dieser Krise sein: Wir wollen Industrieland bleiben. Das ist unser erstes Bekenntnis; denn nur durch die Industrie, die wir in unserem Lande haben – über die müssen wir auch wieder sprechen –, konnten wir die Krise so gut überstehen.

(Beifall)

Diejenigen in unserem Land, die gerne viel diskutieren, haben sich angewöhnt, alles das, was mit Ökologie zu tun hat, mit sehr hoher Moralität zu unterlegen. Die Grünen beanspruchen die Alleinherrschaft in Bezug auf Moralität. Dem müssen wir entgegensetzen: Wer sich um Arbeitsplätze bemüht, wer um Arbeitsplätze kämpft, handelt genauso moralisch, wie jemand, der sich für die Umwelt einsetzt. Das muss man in unserem Land deutlich sagen.

(Beifall)

Das können wir durch unsere Grundwerte begründen. Die katholische Soziallehre, die protestantische Sozialethik, Oswald von Nell-Breuning und viele andere haben uns doch klargemacht: Arbeit ist mehr als ein Job, Arbeit ist für einen Menschen sozialer und kultureller Zusammenhalt, er ernährt seine Familie aus eigener Kraft. Es ist deshalb moralisch, wenn wir dafür sorgen, dass wir sicher durch die Krise kommen. Es ist moralisch, wenn wir den höchsten Beschäftigungsstand seit der Wiedervereinigung haben. Nicht nur ambitioniertere CO₂-Ziele, sondern auch der Kampf um Industriearbeit kann in unserem Land die gleiche Moralität beanspruchen, wie die Grünen auf ihrem Parteitag im Umgang mit ihren Themen. Das sind CDU-Themen.

(Beifall)

Wir werden diese Debatte führen müssen; denn Herr Trittin hat schon begonnen, einen Kampf gegen die energieintensiven Betriebe zu starten. Ich kann ihnen das aus Nordrhein-Westfalen berichten. Wir haben ThyssenKrupp. Wir haben die Trimet Aluminium AG, die ein Prozent des Stroms in Deutschland verbraucht. Es ist deshalb richtig, dass dieses Unternehmen von einer Reduzierung des Netzentgeltes profitiert; wenn es die gleichen Energiepreise zu zahlen hätte, dann würde es abwandern. Wir sollten Herrn Trittin eine lange Liste der energieintensiven Betriebe Wahlkreis für Wahlkreis vorlegen und sagen: Bist du dafür, dass dieser Betrieb verschwindet? Ja oder Nein? Wir stehen an der Seite der Arbeitnehmer, die in diesen Betrieben arbeiten. Das sollte unser Thema im nächsten Jahr sein.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundeskanzlerin hat es heute gesagt: Man wird leider nicht für die Verdienste aus der Vergangenheit gewählt – dann hätten wir bei dieser Bundestagswahl 50 bis 60 Prozent erreicht; denn unsere Verdienste sind riesig – vielmehr müssen wir eine Idee entwickeln, wie es mit unserem Land weitergehen soll. Ich bitte sie, kurz nachzudenken, was de-

mografischer Wandel heißt. In meinen Jahrgängen, den geburtenstarken Jahrgängen der 45- bis 54-Jährigen, leben 13 Millionen Menschen in Deutschland, Männer und Frauen, arbeitend und nicht arbeitend. Wir haben sieben Millionen Kinder zwischen fünf und 14 Jahren. Es fehlen also sechs Millionen Menschen. Es ist ein Thema für die CDU zu sagen: Wir müssen wieder eine Aufsteigerrepublik werden, wie die junge Bundesrepublik, als es den Kindern besser ging als den eigenen Eltern. Es ist unser Verständnis, dass jedes dieser sieben Millionen Kinder einen Schulabschluss hat und später sich und seine Familie ernähren kann. Wir haben es uns lange geleistet, zehn Prozent junge Menschen ohne Hauptschulabschluss direkt in die Hartz-IV-Systeme wandern zu lassen. Unsere Aufgabe ist jetzt: Bildung für alle, Aufstiegschancen für alle. Das ist ein CDU-Thema. Das geht über ein Wahlkampfthema hinaus, das gilt perspektivisch für die nächsten fünf bis zehn Jahre.

(Beifall)

Mit der Idee, jedem, unabhängig von den Eltern, einen Aufstieg zu ermöglichen, können wir auch in den Städten gewinnen. Wir brauchen in den Städten nicht grün zu werden, um in den Städten zu gewinnen. Wir haben doch ein gutes Programm. Wir haben ein Programm, das in den Städten exzellente Arbeit leistet. Wir waren es doch, die mit Ursula von der Leyen den Rechtsanspruch für Kinder unter drei eingeführt haben. Wir machen eine bessere Integrationspolitik in Stuttgart, Frankfurt, Hamburg und Köln, dort, wo wir regiert haben. Wir müssen nur wieder darüber sprechen. Das ist unsere Aufgabe in der nächsten Zeit.

Liebe Kollegen, lassen Sie mich zum Abschluss auf einen dritten Punkt eingehen. Julia Klöckner hat aus Rheinland-Pfalz berichtet. Wir in Nordrhein-Westfalen freuen uns auf den anstehenden Bundestagswahlkampf. Der Kanzlerkandidat der SPD kommt aus unserem Land. Unser Glück ist: Die Menschen kennen ihn. Sie haben ihn schon einmal erlebt, nicht nur in Bochum, sondern überall im Land, wo er präsent war. Er hat 2005 eine Million Arbeitslose hinterlassen. Unter ihm gab es fünf Millionen Stunden Unterrichtsausfall und eine explodierende Staatsverschuldung. Als ich Minister für Familie wurde, waren wir Schlusslicht bei der U₃-Betreuung. Deshalb ist Peer Steinbrück abgewählt worden. Wir versprechen allen anderen Landesverbänden: Wir werden einen Wahlkampf gegen diesen Schlusslicht-Ministerpräsidenten führen. Er ist Greuther Fürth der Kinderbetreuung gewesen. Er ist in allem Schlusslicht gewesen. Er ist für Deutschland nicht geeignet. Ich bitte um Ihre Unterstützung, damit wir für unseren Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen Rückenwind haben. – Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Armin Laschet, vielen Dank für die Vorstellungsrrede. Nun spricht zu uns Dr. Ursula von der Leyen.

(Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen, liebe Freunde! Zunächst möchte ich mich bei meinem Landesverband Niedersachsen bedanken, dass er mich vorgeschlagen hat, um für das Amt zu kandidieren. Auf diesen Landesverband kann man wahrlich stolz sein. Er stellt den Ministerpräsidenten eines Landes, wo sich die Arbeits- und Sozialministerin wohl fühlt: 300 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze pro Tag entstehen in diesem Land. Wir haben die höchste Erwerbstätigenquote seit 20 Jahren. Unser Land ist am zweitbesten aus der Krise herausgekommen. David McAllister, wir sind stolz auf dich. Noch 47 Tage, wir gewinnen, meine Damen und Herren, das ist unser Ziel.

(Beifall)

In 47 Tagen ist nicht nur niedersächsische Landtagswahl, sondern in zehn Monaten ist auch Bundestagswahl. Deutschland ist heute ein Land, in dem – gemessen an seiner Bevölkerung – die meisten Weltmarktführer beheimatet sind. Wir sind Nummer eins in Europa bei den Patentanmeldungen. Wir haben nach Frankreich die meisten Sternerestaurants. Wir haben nach Japan die höchste Lebenserwartung. Wir haben 80 Nobelpreisträger. Wir haben die beste Sozialpartnerschaft. Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Meine Damen und Herren, das hat einen Grund: weil hier die richtigen Werte und Überzeugungen auf die richtige Politik treffen. Das ist die Politik, die Angela Merkel seit sieben Jahren in unserem Land anführt.

(Beifall)

Ich will Ihnen sagen, warum es sich lohnt, diese Politik gemeinsam fortzuführen. Es sind unsere Überzeugungen, die den Unterschied machen. Wir stehen für die richtige Balance zwischen Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit, aber immer mit sozialer Verantwortung. Wir haben in Deutschland noch nie so viele Beschäftigung gehabt. In Bezug auf die Erwerbstätigkeit Älterer sind wir inzwischen die Zweitbesten in Europa.

Das sind Fakten in einem Land, in dem die Union die Politik prägt. Mir ist wichtig, heute deutlich zu machen, dass ich mich um das Amt bewerbe, weil ich möchte, dass wir immer diese Balance zwischen wirtschaftlicher Vernunft auf der einen Seite und sozialer Verantwortung auf der anderen Seite – das ist die Urmasse unserer Sozialen Marktwirtschaft – tapfer verteidigen können.

Mehr Flexibilität, damit Unternehmen atmen können – ja! Wir haben den Niedriglohnsektor ausgeweitet, meine Damen und Herren. Das ist gut, weil viele Menschen dadurch Arbeit haben. Das ist allemal besser als die 5 Millionen Arbeitslosen, die wir unter Rot-Grün hatten.

(Vereinzelt Beifall)

Trotzdem verschließen wir die Augen nicht davor, dass dies gegebenenfalls Probleme mit sich bringt. Es ist unbestritten, dass Menschen jeden Morgen aufstehen, zur Arbeit gehen, Vollzeit

arbeiten und am Ende des Monats dennoch weniger haben als Hartz IV. Es gibt Parteien, die dann mit den Achseln zucken und diesen Menschen sagen: Dann holt euch als Aufstocker Hartz IV auf dem Amt. – Das ist nicht die Haltung unserer CDU. Sie haben auf dem letzten Bundesparteitag gemeinsam mit überwältigender Mehrheit beschlossen, dass es eine marktwirtschaftliche Lohnuntergrenze in unserem Land geben muss; denn wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuverlässig schützen, dass sie faire Löhne haben. Aber wir wollen auch die Unternehmerinnen und Unternehmer schützen, die faire Löhne zahlen und anständige Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und nicht mit der Dumpingkonkurrenz konkurrieren wollen. Die CDU hat die soziale Marktwirtschaft tatsächlich im Blick.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sagen Nein zu blinder Staatsgläubigkeit von links. Das sind diejenigen, die auf den Parteitagen mal eben Lohnuntergrenzen beschließen. Das sind die Grünen, die auf ihrem Parteitag beschlossen haben, Hartz IV drastisch zu erhöhen. Meine Damen und Herren, dann müssen die Grünen auch erklären, dass das 18 Milliarden Euro mehr kostet und dass das 1,5 Millionen Menschen mehr in Hartz IV zieht, wenn sie den Regelsatz so hochsetzen. Die Grünen müssen das nicht nur den Menschen, die sie dadurch zu Bedürftigen machen, erklären, sondern auch denjenigen, die jeden Morgen aufstehen, zur Arbeit gehen und ein ähnlich hohes Einkommen aus eigener Kraft verdienen. Auch diesen Menschen müssen wir Rechenschaft ablegen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir glauben daran, dass der Aufstieg für jeden Menschen möglich sein muss. Wir glauben daran, dass in jedem Menschen Talente verborgen sind, selbst wenn sie sich unter einer dicken Schicht von Unzulänglichkeiten befinden. Ich möchte Ihnen ein Beispiel für unsere Politik nennen. In der Zeit von Rot-Grün ist die Arbeitslosigkeit stetig gestiegen, genauso wie die Zahl der Alleinerziehenden mit Kindern im Hartz-IV-Bezug. Als ich das Arbeitsressort übernommen habe, habe ich die Haltung vorgefunden: Es hat keinen Zweck, sich um Alleinerziehende mit Kindern zu kümmern; denn sie haben ja Kinder. – Ich bin genau anderer Meinung. Wir haben gesagt: Lasst uns um Kinderbetreuung kümmern! Lasst uns Netzwerke für die Alleinerziehenden finden! Lasst uns familienfreundliche Arbeit finden! Heute ist nicht nur die Zahl der Langzeitarbeitslosen gesunken. Heute ist auch proportional stärker die Zahl der Alleinerziehenden im Hartz-IV-Bezug gesunken. Nicht obwohl sie Kinder haben, sondern gerade weil sie Kinder haben, haben wir für Arbeit gesorgt, damit diese Kinder sehen, dass die Eltern aufstehen, ihr eigenes Geld verdienen und dass die Mütter unabhängig sind, dass das Geld nicht von Vater Staat kommt, sondern mit eigener Hände Arbeit verdient wird. Das ist CDU-Politik, die an den Menschen glaubt, die an die Aufstiegsmöglichkeiten glaubt und die dafür einen entsprechenden Rahmen schafft.

(Beifall)

Ich glaube, das muss auch unser Prinzip sein, nicht nur wenn es um ein langes Arbeitsleben geht, sondern auch dann, wenn es um den Ruhestand geht. Leistung muss sich wieder lohnen. Dieser Satz muss auch für diejenigen gelten, die wenig verdienen, die aber tagaus, tagein ihre Pflicht getan haben. Diese müssen am Ende eine faire Chance haben, eine eigene Rente zu bekommen. Ich bin der Meinung: Wenn Menschen ein Leben lang alles richtig gemacht haben, wenn sie unabhängig vom Staat ihr Einkommen verdient haben, dann kann es am Ende nicht heißen: Sorry, es hat leider nicht für die eigene Rente gereicht. Ihr müsst zum Sozialamt gehen. – Dort stehen sie dann in der gleichen Reihe mit den Menschen, die ein Leben lang Balalaika vor der Friedenskirche gespielt haben. Das geht nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Die Union steht auch für diese Menschen. Wir wollen eine Lebensleistungsrente für diese Menschen. Wir wollen eine Lebensleistungsrente übrigens auch für die vielen Frauen, die gearbeitet haben, die Kinder erzogen haben, die Ältere gepflegt haben, die nicht Teilzeit gearbeitet haben, weil sie sich nicht nachmittags die Gurkenscheiben auf die Augen legen oder Golf spielen wollten, sondern einen Fulltime-Job zu erledigen hatten.

(Beifall)

Für diese Frauen muss es eine eigene Rente geben. Es kann nicht heißen: Eure Beiträge haben wir gerne genommen; die Erziehung eurer Kinder nehmen wir gerne für die nächste Generation in Kauf, die die Rente erarbeitet. Aber ihr geht nun auf das Sozialamt. – Das ist nicht die Antwort der CDU. Die CDU sagt: Lebensleistung muss sich lohnen. Genau diese Politik wollen wir vertreten. Dafür stehe ich ein. Dafür werbe ich um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe Ursula von der Leyen, vielen Dank für deine Vorstellungsidee. – Nun spricht zu uns Thomas Strobl vom Landesverband Baden-Württemberg.

(Beifall)

Dr. Thomas Strobl: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die Amtszeit dieses Bundesvorstands fällt in entscheidende Jahre. Es sind zwei entscheidende Jahre für unser Land. Bei der Bundestagswahl 2013 geht es um die Frage, ob wir die Erfolgsgeschichte, die dieses Land zusammen mit Angela Merkel in der Krise geschrieben hat, fortsetzen, vielleicht sogar ausbauen können. Deutschland ist gut durch diese Krise gekommen. Wir sind ein starkes, ein zukunftsfähiges Land. Deswegen ist es die erste Aufgabe des neu gewählten Bundesvorstands, alles dafür zu tun, dass wir in das Jahr 2013 gut starten und dass in 47 Tagen, am 20. Januar, in Niedersachsen David McAllister erneut zum Ministerpräsidenten gewählt wird, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Um den Erfolgskurs der CDU fortzusetzen, haben wir eine klare Strategie. Ich möchte einen Punkt herausheben. Dieses Element sind die finanzielle Zuverlässigkeit und die haushaltspolitische Solidität. Seit ich für das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands am Kapitel Staatsfinanzen mitgearbeitet habe, lässt mich das Thema nicht mehr los. In Europa hat man in den vergangenen zwei Jahren gelernt, dass Schulden ins Elend führen. In Deutschland glauben die Grünen und die SPD immer noch, dass es auch gute Schulden gibt. In Europa wird gemäß dem Fiskalvertrag die deutsche Schuldenbremse in den Verfassungen der europäischen Länder verankert. In Deutschland verschleudern die Sozialdemokraten und die Grünen entgegen den bestehenden Regelungen in den Verfassungen und in den Landeshaushaltsordnungen das Geld noch immer mit beiden Händen. Das ist nicht nur verantwortungslos.

(Vereinzelt Beifall)

Denn damit gefährden Grüne und Sozialdemokraten die Glaubwürdigkeit Deutschlands und unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel in Europa. Das werden wir nicht zulassen. Wir werden 2013 die Widersprüche unserer politischen Konkurrenten klar benennen. Die Sozialdemokraten kritisieren bei jeder Gelegenheit die Finanzmärkte. Peer Steinbrück geißelt in all seinen Reden – und er hat viele gehalten – die Finanzmärkte. Doch mit ihrer Politik auf Pump treiben die Sozialdemokraten unser Gemeinwesen geradezu in die Hände und in die Abhängigkeit der Finanzmärkte. An nichts anderem haben die Finanzmärkte eine größere Freude als an der Schuldenpolitik von Sozialdemokraten und Grünen, liebe Freundinnen und Freunde. Das ist die Widersprüchlichkeit, die wir bei den Sozialdemokraten im nächsten Jahr deutlich machen müssen.

(Beifall)

Und die Grünen? Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ich bin in einem Bundesland zuhause, in Baden-Württemberg, dessen Ministerpräsident jeden Tag das Wort „Nachhaltigkeit“ im Munde führt. In jeder seiner Reden kommt mindestens zwölfmal das Wort „Nachhaltigkeit“ vor. Doch die Wirklichkeit zeigt: In den unionsgeführten Ländern, etwa in Bayern, in Sachsen oder in Thüringen, werden keine neuen Schulden gemacht und Schulden abgebaut. In Baden-Württemberg aber macht ein grüner Ministerpräsident im aktuellen Haushalt trotz 3,3 Milliarden Euro Mehreinnahmen 3,33 Milliarden Euro neue Schulden. Das zeigt, dass einzig Nachhaltige an grüner Finanzpolitik sind dauerhafte neue und höhere Schulden. Diese Widersprüchlichkeit bei den Grünen müssen wir 2013 deutlich machen.

(Beifall)

In Baden-Württemberg, wo meine Heimat ist, haben wir bei der letzten Landtagswahl 39 Prozent der Stimmen erhalten. Leider hat es nicht für die Regierung gereicht. Ich sage Ihnen: Mitglied einer Partei ist man nicht nur, wenn man regiert oder weil diese Partei regiert. Wir sind Mitglieder dieser Partei, weil wir gemeinsame Überzeugungen, einen gemeinsamen Kompass haben. Wenn die Zeiten einmal schwieriger sind, dann gilt dieser Kompass auch. Er gilt nicht nur

bei blauem Himmel und Sonnenschein. In schwierigeren Zeiten rücken wir etwas zusammen, haken uns unter, helfen uns gemeinsam und kämpfen gemeinsam. Dann werden wir auch gemeinsam siegen: im Januar in Niedersachsen und in zehn Monaten in der Bundesrepublik Deutschland. Mit dem Superergebnis für Angela Merkel war es heute ein toller Anfang. Wir Baden-Württemberger wollen alles dafür tun, dass wir am Ende des nächsten Jahres siegreich aus dem Kampf hervorgehen. Wir wollen Angela Merkel aus Baden-Württemberg ein ganz dickes Stimmenpaket nach Berlin senden. Daran wollen wir arbeiten und dafür bitte ich Sie herzlich um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsident: Lieber Thomas Strobl, auch hier herzlichen Dank für die Vorstellungsrede.

Bevor ich den Wahlgang eröffne, darf ich zunächst weitere Gäste begrüßen. Wir freuen uns, auf diesem Bundesparteitag die Führung der deutschen Gewerkschaften begrüßen zu können. Ich nenne namentlich: Michael Vassiliadis von der IG BCE, Franz Josef Möllenberg von NGG, Alexander Kirchner von der EVG, Jürgen Kerner von der IG Metall, Frank Bsirske von Verdi, Robert Feiger von der IG Bau und Guy Ryder, der neue Generalsekretär der International Labour Organisation. Seien Sie uns herzlich willkommen bei der Volkspartei CDU.

(Beifall)

Bevor ich den Wahlgang eröffne, darf ich wiederum auf Folgendes hinweisen: Die Wahlen erfolgen mit dem großen orangefarbenen Stimmzettel, auf welchem die Kandidaten namentlich aufgeführt sind. Diesen erhalten Sie von Ihrem zuständigen Landesgeschäftsführer. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind. In unserem Falle also fünf. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er drei, vier oder fünf Kreuze enthält. Wie bereits erwähnt, ist in § 15 unseres Statuts ein Frauenquorum vorgesehen. Demzufolge müssen ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Dies sind bei fünf gewählten stellvertretenden Vorsitzenden mindestens zwei Frauen. Haben alle Delegierten den großen orangefarbenen Stimmzettel erhalten? Falls das nicht der Fall ist, bitte ich um ein Handzeichen. – So, alle Delegierten sind versorgt worden. Nochmaliger Hinweis für die Mitglieder der Antragskommission: Bitte begeben Sie sich nach Ihrer Stimmabgabe umgehend in den ausgeschilderten Raum der Antragskommission.

Ich eröffne den Wahlgang.

Liebe Parteifreunde, haben alle Delegierten Gelegenheit gehabt, ihren Stimmzettel abzugeben? Wenn nicht, bitte ich um ein Handzeichen. – Dann schließe ich den Wahlgang für die stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Auszählung der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden wird natürlich einige Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb schlägt das Tagungspräsidium vor, bereits während der Auszählung die Wahl des Bundesschatzmeisters durchzuführen. Gibt es zu diesem Vorschlag Gegenstimmen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Hiermit übergebe ich das Tagungspräsidium an meine Kollegin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16.3:

Wahl des Bundesschatzmeisters

Ich darf das Wort an unsere Vorsitzende, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, weiterreichen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Für die Wahl zum Bundesschatzmeister schlage ich Ihnen Dr. Helmut Linssen vor. Er arbeitet seit nunmehr zwei Jahren verantwortungsvoll mit großem Engagement für die Finanzen unserer Partei. Ich möchte ihm dafür nicht nur danken, sondern ihm auch sagen, dass ich gerne weiter mit ihm zusammenarbeiten möchte. Selbiges hat auch der gesamte Bundesvorstand gesagt. Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung bei seiner Wiederwahl. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Vorsitzende, für diesen Vorschlag. Liebe Freundinnen und Freunde, vorgeschlagen ist Dr. Helmut Linssen. Vor Eintritt in den Wahlgang bitte ich Sie um Aufmerksamkeit für folgende Hinweise:

Die Wahl des Bundesschatzmeisters wird mit dem hellgrünen Stimmzettel Nr. 2 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen. Gültig sind Stimmzettel, auf denen „Ja“ oder der Name, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die andere Bemerkungen tragen, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang.

Liebe Freunde, sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist augenscheinlich der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang. Da wir noch auf das Ergebnis zur Wahl der Stellvertreter warten, darf ich den Parteitag bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses kurz unterbrechen.

(Unterbrechung von 16.06 bis 16.15 Uhr)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir das Ergebnis der Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden bekannt geben dürfen.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, zur Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden wurden 946 Stimmen abgegeben. Ungültige: keine. Enthaltungen: keine. Damit gültige Stimmen: 946. Die erforderliche Mehrheit beträgt 474 Stimmen. Es wurden folgende Stimmen abgegeben: für Volker Bouffier 789 Stimmen – das sind 83,4 Prozent –,

(Beifall)

für Julia Klöckner 879 Stimmen – das sind 92,9 Prozent –,

(Beifall)

für Armin Laschet 637 Stimmen – das sind 67,3 Prozent –,

(Beifall)

für Dr. Ursula von der Leyen 653 Stimmen – das sind 69 Prozent –

(Beifall)

und für Thomas Strobl 644 Stimmen – das sind 68 Prozent –.

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt fünf stellvertretende Vorsitzende, darunter zwei Frauen, gewählt. Damit ist das Frauenquorum erreicht. Der Wahlgang ist somit gültig.

Ich darf die Kandidaten fragen, ob sie die Wahl annehmen. Ich rufe Volker Bouffier auf. – Volker Bouffier nimmt an, herzlichen Glückwunsch. Julia Klöckner? – Ich sehe, sie winkt, sie nimmt die Wahl an, herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Armin Laschet? – Auch Armin Laschet nimmt die Wahl an. Vonseiten des Tagungspräsidiums herzlichen Glückwunsch. Dr. Ursula von der Leyen? – Sie nimmt die Wahl an, auch ihr einen herzlichen Glückwunsch. Thomas Strobl? – Er nimmt die Wahl an, auch ihm einen herzlichen Glückwunsch. Ich darf die Stellvertreter bitten, hier vorn Platz zu nehmen.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, wir kommen jetzt zum Punkt 16.4: Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums. Für die Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums sind folgende Kandidaten entsprechend der vorliegenden Kandidatenliste vorgeschlagen: 1. Emine Demirbükten-Wegner, 2. Eckart von Klaeden, 3. Annegret Kramp-Karrenbauer, 4. Karl-Josef Laumann, 5. Philipp Mißfelder, 6. Dr. Wolfgang Schäuble und 7. Stanislaw Tillich.

Bevor wir zur Vorstellung der Kandidaten kommen, möchte ich darauf hinweisen, dass die Landesgeschäftsführer im Büro der Stimmzählkommission die großen Stimmzettel, und zwar

blaue, für diesen Wahlgang abholen. Ich gehe davon aus, dass Vorstellungen gewünscht sind und darf deshalb die Kandidaten bitten, sich in alphabetischer Reihenfolge kurz vorzustellen.

Bevor wir mit der Vorstellung beginnen, möchte ich Ihnen das Ergebnis der Wahl des Bundeschatzmeisters bekanntgeben. Dr. Helmut Linssen war vorgeschlagen worden. Es wurden 654 Stimmen abgegeben, keine war ungültig. Es gab sechs Enthaltungen und somit 648 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 325 Stimmen. Auf Dr. Helmut Linssen entfielen 634 Ja-Stimmen – das sind 97,84 Prozent – und 14 Nein-Stimmen.

(Beifall)

Ich darf Herrn Dr. Helmut Linssen fragen: Nehmen Sie die Wahl an? – Ja, er nimmt an. Dann gratuliere ich sehr herzlich zu dieser hervorragenden Wahl.

Ich komme zur Vorstellung der weiteren Mitglieder des Präsidiums zurück und darf als Erste Frau Emine Demirbükten-Wegner bitten.

Emine Demirbükten-Wegner: Ich bin Emine Demirbükten-Wegner, komme aus Berlin, bin verheiratet und habe zwei Kinder. An meinem 40. Geburtstag, also vor genau elf Jahren, habe ich beschlossen, nicht mehr über mein Alter zu sprechen. Dabei will es auch heute belassen.

Ich habe an der Technischen Universität Berlin Germanistik und Kommunikationswissenschaften studiert, war lange Jahre Integrationsbeauftragte in Berlin und bin seit 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Ich bin diejenige, die als erste türkischstämmige CDU-Kandidatin in Deutschland für die CDU ein Direktmandat erobern konnte.

(Beifall)

2011 habe ich in einer SPD-Domäne mit deutlichem Abstand meinen Parlamentssitz verteidigt und bin seit Ende des letzten Jahres Staatssekretärin für Gesundheit in Berlin.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Delegierten des Bundesparteitages, haben mich im Jahr 2004 zum ersten Mal in den Bundesvorstand gewählt. Ich denke, dass ich in den vergangenen acht Jahren nicht nur dort eine ordentliche Arbeit geleistet habe. Ich betrachte es als eine hohe Ehre, heute nun für das Präsidium des Bundesvorstandes kandidieren zu dürfen. Ihnen verspreche ich, dass ich mich in den nächsten zwei Jahren als Berlinerin mit den preußischen Tugenden „Fleiß und Einsatz“, „Disziplin und Toleranz“ und „Standfestigkeit und Loyalität“ im Präsidium einbringen würde. Ich würde mich daher sehr freuen, wenn Sie mir Ihre Unterstützung, Ihr Wohlwollen, Ihre Stimme geben würden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt stellt sich Eckart von Kladden vor. Es bereitet sich vor Annegret Kramp-Karrenbauer.

(Beifall)

Eckart von Klaeden: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Eckart von Klaeden. Ich bin Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Bezirksvorsitzender der CDU Hildesheim in Süd-Niedersachsen. Süd-Niedersachsen ist eine Region, die vom demografischen Wandel ganz besonders gezeichnet ist. Uns allen ist bekannt, dass der demografische Wandel wesentlich mehr bedeutet als die sicherlich wichtigen Fragen der Sicherung unserer sozialen Sicherungssysteme und des Altersaufbaus, dass es um Fragen der Infrastruktur und vieles mehr geht. Ich glaube aber auch, dass der demografische Wandel für uns als CDU eine Möglichkeit ist, uns als Volkspartei neu zu bewähren; denn die Konsequenzen werden wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf allen politischen Ebenen zu behandeln haben. Diesem Thema möchte ich mich ganz besonders widmen. Ich bitte Sie herzlich um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich bitte jetzt Annegret Kramp-Karrenbauer und dann Karl-Josef Laumann nach vorne.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Fast auf den Tag genau vor elf Monaten haben wir als Christdemokratinnen und Christdemokraten im Saarland euch alle in helle Aufregung versetzt; denn wir haben damals eine Koalition, die sich als nicht mehr tragfähig für unser Land erwiesen hat, aufgekündigt. Wir haben gesagt: Wir besinnen uns auf unsere eigenen Werte. Wir besinnen uns darauf, dass die Menschen von uns verlangen, eine stabile Regierung zu bilden. Wir werden kämpfen. – Ich weiß, dass damals viele skeptisch waren. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wir haben es im Saarland bewiesen: Wir haben gekämpft, wir haben uns auf unsere Tugenden besonnen, und wir haben am Ende des Tages gewonnen und das mit deutlichem Abstand vor den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Wir haben nicht nur darum gekämpft, eine Wahl zu gewinnen. Wir haben darum gekämpft, dass wir unser Bundesland, das Saarland, in eine gute Zukunft führen, dass wir die Grundlage auch für die nächsten Generationen legen, dass sie in einem eigenständigen Land mit eigenständigem Spielraum leben und arbeiten können. Das heißt, wir haben auch im Wahlkampf und vor dem Wahltag klipp und klar gesagt: Jawohl, wir werden sparen. Wir werden Personal abbauen. Wir werden dadurch aber die Schuldenbremse einhalten und damit die ökonomische Grundlage unseres Landes sichern. – Liebe Freundinnen und Freunde, die Saarländerinnen und Saarländer haben uns das Vertrauen ausgesprochen. Das zeigt: Dann, wenn die CDU zu ihren eigenen Werten steht, zu ihrer eigenen Stärke, und für ihre eigene Stärke kämpft, dann erringen wir auch das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler.

Das, liebe Freundinnen und Freunde, will ich gemeinsam mit Euch weiter versuchen, damit wir, was Konrad Adenauer gesagt hat, nämlich: „Wahlkampf macht Spaß, vor allen Dingen, wenn man gewinnt“, sagen können in wenigen Wochen hier in Niedersachsen mit David McAllister, in Bayern bei der Landtagswahl, bei der Bundestagswahl und dann bei der genauso entscheidenden Landtagswahl in Hessen.

Wir haben viel vor uns. Wir müssen die Weichen richtig stellen für unsere Bundesländer und für Deutschland. Das will ich gemeinsam mit Euch versuchen. Darum bitte ich um Euer Vertrauen.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Annegret Kramp-Karrenbauer. – Es spricht jetzt zu uns mit seiner Vorstellung Karl-Josef Laumann.

(Beifall)

Karl-Josef Laumann: Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Karl-Josef Laumann. Ich bin mittlerweile 55 Jahre alt. Wir haben drei fast erwachsene Kinder. Ich gehöre dem Parteipräsidium schon seit einigen Jahren an. Ich möchte Ihnen gerne sagen, warum ich heute gerne von Ihnen wiedergewählt werden möchte.

Ich glaube, dass es für unsere politische Arbeit gut ist, dass der Vorsitzende der CDA, der natürlich in unserer CDU die Aufgabe hat, Politik aus der christlichen Soziallehre heraus zu gestalten, in der starken Führung unserer Partei eine Rolle spielt. Ich denke, dass es auch wichtig ist, dass im Präsidium der CDU Deutschlands auch jemand sitzt und Stimme hat, der vor Augen hat, wie es den fleißigen Menschen in unserem Land geht, die jeden Tag ihre Pflicht tun, aber vielleicht gar nicht so viel gestalten können und vielleicht auch einen bescheidenen Lohn haben. Ich finde, es hat unserer Partei nicht geschadet, dass ich im letzten Jahr mit meinen Freunden eine Riesenkampagne dafür durchgeführt habe, dass die CDU endlich ein normales Verhältnis zu einer allgemeinen Lohnuntergrenze bekommt. Es schadet unserer Partei überhaupt nicht, dass wir hier jetzt auch für die kleinen Leute stehen.

(Beifall)

Ich denke, dass wir auch in dieser Frage Dampf aus dem Kessel lassen müssen. Dass die FDP die einzige Partei in Deutschland ist, die dafür verantwortlich ist, dass traurige Löhne von 4 oder 5 Euro immer noch die Realität sind – damit dürfen wir uns nie abfinden. Und man muss es der CDU anmerken, dass es nicht zu unserem Allerheiligsten gehört, dass Menschen acht Stunden am Tag arbeiten und davon nicht leben können.

(Beifall)

Wir müssen einen zweiten Punkt im Blick haben. Natürlich haben wir einen riesigen demografischen Wandel zu gestalten. Deswegen haben wir richtige Entscheidungen, was die Alterssicherung in Deutschland angeht, vorgenommen: Rente mit 67? Ja. Absenken des Rentenniveaus? Ja, aber es kann nicht sein, dass ein Mensch 40 Jahre arbeitet, während seines Arbeitslebens ohne Sozialhilfe auskommt, wir ihm aber, wenn er 67 ist, sagen: Du wirst genauso behandelt wie jemand, der in diesem Land nie gearbeitet hat. Das kann keine Auffassung der Christlich Demokratischen Union sein.

(Beifall)

Deswegen müssen wir auch in dieser Frage knallhart sein. Leistung muss sich auch für diese Menschen lohnen. Für diese Menschen heißt Leistung auch Rente für Lebensleistung. Sie müssen besser dastehen als diejenigen, die nicht geleistet haben.

Dann gibt es noch einen dritten Punkt, für den ich gerne weiterarbeiten will. Die christliche Soziallehre stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Nach unserer Vorstellung haben der Staat und die Wirtschaft eine dienende Funktion gegenüber den Menschen. Ich glaube, dass diese Gesellschaft sich nur dann gut weiterentwickelt, wenn wir in dieser Gesellschaft auch viele ganz normal funktionierende Familien aus Vater und Mutter mit Kindern haben, die zusammenhalten und gemeinsam durch die Zeit gehen.

(Beifall)

Wenn wir diese Familien wollen, dann muss aber auch die Arbeitswelt so gestaltet sein, dass man in der Familie leben kann. Deswegen sollte man es nicht übertreiben mit den befristeten Beschäftigungen; denn ein sicherer Arbeitsplatz ist ein wichtiger Grundpfeiler, wenn es darum geht, eine Familie zu gründen. Ich möchte in den nächsten Jahren weiter dafür werben, dass dies Programmatik der Union bleibt.

(Beifall)

Deswegen meine einfache Bitte: Wenn Sie wollen, dass so ein Typ wie ich weiter dabei ist, müssen Sie mich wählen. – Schönen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ich danke Karl-Josef Laumann für seine Vorstellung. – Jetzt stellt sich Philipp Mißfelder vor.

Philipp Mißfelder: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Philipp Mißfelder. Ich bin 33 Jahre alt, verheiratet und wir haben eine Tochter. Ich komme aus dem Kreisverband Recklinghausen und bin der gemeinsame Vorschlag der Senioren-Union Deutschlands und der Jungen Union Deutschlands. Allein das zeigt, wie groß der Zusammenhalt

zwischen den Generationen innerhalb unserer Partei ist. Otto Wulff und ich haben in den vergangenen Wahlkämpfen für sehr viele Kandidaten vor Ort Werbung gemacht. Ich freue mich jetzt schon auf den Wahlkampf hier in Niedersachsen und auf den Wahlkampf für den Bundestag im kommenden Jahr. Dann werden wir wieder gemeinsam kraftvoll versuchen, möglichst viele Kandidaten vor Ort zu unterstützen.

Ich bin Vorsitzender der Jungen Union. Die Junge Union hat 120 000 Mitglieder und ist nach wie vor doppelt so groß wie alle anderen politischen Jugendorganisationen in Deutschland zusammen.

(Beifall)

Ich sage Ihnen aus fester Überzeugung die Unterstützung der Jungen Union zu. Ich bin gespannt, mit welchem Ergebnis die Sozialdemokraten ihre Kandidaten ausstatten. Ich weiß, dass die Jusos nicht annähernd so hinter ihrer eigenen Partei und dem Kandidaten stehen, wie die Junge Union hinter Angela Merkel und dem steht, was wir in programmatischer Hinsicht gemeinsam vertreten wollen.

In der Bundestagsfraktion trage ich Verantwortung als außenpolitischer Sprecher. In diesem Zusammenhang möchte ich ein Anliegen ansprechen, das unserem Fraktionsvorsitzenden, Volker Kauder, und mir besonders wichtig ist: Die Christen in der Welt sind die mit Abstand am meisten verfolgte Religionsgemeinschaft. Gerade Volker Kauder ist es zu verdanken, dass dieses Thema im Deutschen Bundestag auf die Tagesordnung gekommen ist.

(Beifall)

Wir sind leider die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag, die dieses Thema dauerhaft ernsthaft begleitet. Daran möchte ich mitwirken und ich möchte ihn als außenpolitischer Sprecher unterstützen, diese schwierige Aufgabe wahrzunehmen, damit die Christen in der Welt eine Stimme in der deutschen Politik haben. Herzlichen Dank für das Vertrauen. Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Stimme.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidentin: Ich danke Philipp Mißfelder. – Das Wort hat unsere Parteivorsitzende, Angela Merkel, um ein Wort zu Wolfgang Schäuble zu sagen, der im Moment nicht persönlich anwesend sein kann.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Wolfgang Schäuble muss ich, glaube ich, nicht besonders intensiv vorstellen. Ich möchte Ihnen nur sagen: Er ist noch nicht da. Er wird noch kommen. Er war gestern bei der „Euro-Gruppe“ und heute zum Thema Bankenaufsicht im sogenannten Ecofin-Rat der Finanzminister. Wir haben besprochen, dass er dort dringend gebraucht wird. Hier wird er natürlich auch gebraucht. Im Zweifelsfall haben

wir uns aber erst einmal für den Aufenthalt in Brüssel entschieden. Weil er dort so wichtig ist und weil er für uns in der Partei und für Europa schon so vieles auf die Reihe gebracht hat – das sage ich in seinem Namen; aber ich darf ja keine Wahlempfehlung abgeben –, stelle ich Ihnen anheim, ihn zu wählen. Ich glaube, das wäre kein Fehler.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Angela Merkel. – Jetzt stellt sich Stanislaw Tillich vor.

(Vereinzelt Beifall)

Stanislaw Tillich: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Bundesvorsitzende! Liebe Angela Merkel! Liebe Delegierte des 25. Bundesparteitags! Ich bin da, anders als Wolfgang Schäuble, der unterwegs ist.

Ich bin kein Niedersachse; ich bin Sachse.

(Vereinzelt Beifall)

Aber, liebe Freunde aus Niedersachsen, wir Sachsen drücken euch die Daumen. Wir helfen euch im Wahlkampf, wenn ihr das wollt, wenn ihr das wünscht; denn wir wollen, dass David McAllister Ministerpräsident des Landes Niedersachsen wird und damit unsere Reihen in der CDU stärkt. Dafür drücken wir euch die Daumen. Wir wünschen euch einen starken Wahlkampf.

Liebe Freunde, als 1989 Helmut Kohl an der Ruine der Dresdener Frauenkirche in einer großartigen Rede das Tor zur deutschen Einheit aufstieß und kurze Zeit später unser erster Ministerpräsident im Freistaat Sachsen, Kurt Biedenkopf, den Sachsen zurief: „Ihr könnt das! Habt Selbstvertrauen!“, haben die Sachsen diese Chance erkannt und letztendlich auch ergriffen. Wenn ich heute vor Ihnen stehe und mich um die Mitgliedschaft im Präsidium der CDU Deutschlands bewerbe, dann tue ich das voller Stolz auf die Menschen in meinem Land und auf die Erfolge, die wir in den letzten Jahren gemeinsam haben erreichen können.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben heute eine Wirtschaft, die brummt wie nie zuvor. Hatten wir 2005 noch eine Arbeitslosigkeit von 25 Prozent, so sind es heute 8 Prozent. Wir haben heute ein Bildungssystem, welches Vorbild ist für viele. Es ist spitze. Wir haben eine Forschungs- und Entwicklungslandschaft, die mit zu den besten in Deutschland gehört. Liebe Freunde, wir werden nächste Woche im Sächsischen Landtag einen ausgeglichenen Haushalt beschließen. Wir nehmen im achten und neunten Jahr in Folge keine neuen Schulden auf, sondern legen einen ausgeglichenen Haushalt vor.

(Vereinzelt Beifall)

Trotzdem gibt es noch viel zu tun, sowohl bei uns in Sachsen als auch in Niedersachsen und Deutschland. Die Menschen vertrauen uns in Sachsen seit 22 Jahren, wie sie hier in Niedersachsen der Regierung von David McAllister vertrauen. Deswegen müssen wir die Aufgaben, die vor uns stehen, anpacken: Wir brauchen wirtschaftlichen Erfolg. Wir brauchen Arbeitsplätze. Wir brauchen auch eine Energiewende, die dieses befördert und nicht behindert. Wir brauchen angesichts der demografischen Entwicklung Antworten auf Fragen der Sozialversicherung und der Rentenversicherung, die dazu beitragen, dass sich die Generationen nicht untereinander überfordern. Wir müssen gemeinsam eine Lösung auf den Weg bringen und diese Lösung auch gemeinsam tragen.

Liebe Freunde, wir brauchen in den Kommunen, den Ländern und auf Bundesebene solide öffentliche Haushalte, weil die Deutschen ihr Schicksal nicht nur heute, sondern auch morgen gestalten wollen. Dafür brauchen sie Handlungsfreiheit und Handlungsspielraum.

Sie sollten nicht durch Schulden in eine Zwangsjacke gepresst werden, sondern die Möglichkeit haben, die Zukunft Deutschlands auch morgen zu gestalten.

Die CDU, ob in Sachsen, in Thüringen, in Sachsen-Anhalt, in Niedersachsen oder in Hessen, hat in den letzten Jahren immer bewiesen, dass sie in der Lage ist, mit diesen Fragen nicht nur umzugehen, sondern auch Antworten darauf zu geben. Deswegen, liebe Freunde, bewerbe ich mich nochmals um Ihre Stimme dafür, meine Stimme im Präsidium der CDU Deutschlands mit zur Geltung bringen zu dürfen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ich danke auch Stanislaw Tillich für seine Vorstellung.

Wir haben jetzt alle Vorstellungen gehört und können in den Wahlgang eintreten. Die Wahl erfolgt auf den großen blauen Stimmzetteln, die wohl weithin schon ausgeteilt worden sind – wenn nicht, dann erhalten sie auch diese von Ihrem zuständigen Landesgeschäftsführer. Der Stimmzettel enthält alle Namen der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl der weiteren Präsidiumsmitglieder. Auch hier gilt § 43 Abs. 2 unseres Statutes. Sie müssen mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten ankreuzen, damit der Stimmzettel gültig ist; das sind vier Kandidaten. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind. Das kann man nicht verfehlen, weil maximal sieben Kandidaten zu wählen sind und auch sieben Namen auf dem Zettel stehen. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn vier, fünf, sechs oder sieben Kandidatinnen bzw. Kandidaten angekreuzt sind. Denken Sie auch an das Frauenquorum – auch das dürfte keine Hürde sein –: Es müssen mindestens zwei Frauen als Präsidiumsmitglieder gewählt werden.

Nach diesen Hinweisen darf ich jetzt den Wahlgang eröffnen. Ich bitte Sie nun, anzukreuzen. Danach bitte ich die Einsammler, die Stimmen einzusammeln.

Ich sehe noch blaue Zettel, die nicht eingesammelt sind. Bitte halten Sie sie hoch, damit die Einsammler sehen, wohin sie noch gehen müssen. Ich bitte, durch die Reihen zu gehen und die restlichen Zettel einzusammeln.

Hat jemand seinen Stimmzettel noch nicht abgeben können? – Das ist nicht der Fall. Alle Stimmzettel sind eingesammelt. Dann kann ich den Wahlgang schließen und bitte die Stimmzählkommission, auszuzählen.

Liebe Parteifreunde, ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 16,5 auf:

Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes

Für die Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes liegen uns die Bewerbungen vor; es sind insgesamt 29. Die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten befinden sich in den Tagungsunterlagen. Ich bitte, die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 16 zur Hand zu nehmen.

Wir möchten nun allen Kandidatinnen und Kandidaten Gelegenheit geben, sich den Delegierten kurz vorzustellen. Aufgrund der Vielzahl der Kandidaten bitte ich, die Redezeit auf jeweils zwei Minuten zu begrenzen. Ich denke, damit sind Sie alle im Saal einverstanden.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist hiermit unterstrichen. Ich bitte die zwei jeweils folgenden Kandidaten, sich in der Nähe des Rednerpultes aufzuhalten, damit es keine unnötigen Verzögerungen gibt.

Wir beginnen jetzt mit den Kandidatenvorstellungen. Sie finden die Liste der Kandidaten, wie gesagt, in den Tagungsunterlagen. Wir beginnen im Alphabet mit A. Das heißt, Peter Altmaier wird sich als Erster vorstellen. Es bereiten sich vor: Christian Baldauf und Elmar Brok.

Peter Altmaier hat das Wort für seine Vorstellung. – Bitte.

(Beifall)

Peter Altmaier: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Peter Altmaier, ich bin 54 Jahre alt. Ich möchte Sie gerne aus drei Gründen um Ihre Unterstützung bitten.

Der erste Grund ist: Ich bin mit Leib und Seele Saarländer und möchte Sie herzlich bitten, mitzuhelfen, dass dieses schöne und große Bundesland angemessen im Bundesvorstand vertreten ist. Ich weiß, wir hatten in der Vergangenheit auch Oskar Lafontaine. Aber wir hatten und haben auch Peter Müller, Annegret Kramp-Karrenbauer und Peter Altmaier. Geben Sie uns eine Chance!

Der zweite Grund ist: Ich habe die Möglichkeit und die Chance, an einem großartigen Projekt mitzuwirken: an der Energiewende. Dieses Projekt ist für unser Land von großer Bedeutung. Es ist eine Art Operation am offenen Herzen, aber es ist auch eine riesige Chance. Ich möchte gerne mit

Ihnen und mit den Menschen offen und ehrlich über alle Probleme reden; aber ich möchte auch, dass wir Lösungen anbieten und diese Energiewende zu einem positiven Projekt machen.

Ich habe sehr genau in den Zimmern und Schränken meines Ministeriums nachgeschaut: All die, die die großen Reden schwingen, meine Vorgänger von Rot und Grün, Sigmar Gabriel und Jürgen Trittin, haben kein Konzept dafür hinterlassen, wie man mit der Energiewende umgeht. Eine Energiewende macht man nicht mit links.

Für so eine Energiewende braucht es Sachverstand und heißes Herz. Deshalb bitte ich Sie um Ihr Mandat, dass ich mich für diese Energiewende mit aller Kraft einsetzen darf.

Der dritte und letzte Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ich bin seit 36 Jahren CDU-Mitglied. Ich ärgere mich immer, wenn ich sehe, dass manche in der Opposition die Umweltpolitik als ihr persönliches Monopol betrachten und glauben, sie könnten uns erzählen, was umweltpolitisch richtig oder falsch ist. Die CDU hat bis heute eine große Tradition in der Umweltpolitik, angefangen bei Klaus Töpfer und Angela Merkel. Ich möchte mit meinem ganzen Gewicht dafür arbeiten, dass die CDU in den nächsten Wochen und Monaten die Partei ist, der die Menschen zutrauen, am besten mit diesem Thema umzugehen. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es stellt sich jetzt vor Christian Baldauf, dann kommt Elmar Brok. Außerdem bereitet sich Lorenz Caffier vor.

Christian Baldauf: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Christian Baldauf, 45 Jahre alt. Ich darf mich nach einem Saarländer vorstellen, als einziger Pfälzer heute auf der Liste. Ich trage jetzt seit sechs Jahren zusammen mit Julia Klöckner dafür Sorge, dass wir uns in Rheinland-Pfalz nach vorne entwickeln. Seit sechs Jahren sind wir auch gemeinsam im Vorstand und wollen diese Arbeit gerne zu Ende führen, um in Rheinland-Pfalz wieder die Regierung zu stellen. Es ist ja für den Moment zumindest gelungen, Kurt Beck zum Aufgeben zu zwingen. Ich hoffe, dass es uns weiterhin gelingt, Rheinland-Pfalz wieder dahin zu bringen, wo es hingehört.

Ich selbst stehe für eine nachhaltige Finanzpolitik. David McAllister hat es vorhin schön angesprochen: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die nachfolgenden Generationen, auch meine Kinder, nicht von der Verschuldung erschlagen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich halte es im Moment auch für ein Unding, dass wir bei der kalten Progression deshalb nicht vorankommen, weil Rot-Grün uns bei diesem Thema schlichtweg im Regen stehen lässt.

Ich möchte weiterhin die von mir skizzierte Politik gerne mit verantworten. Ich freue mich, wenn Sie mich wählen. Ich würde gerne nicht nur meinen Freund David McAllister unterstützen, sondern auch Angela Merkel und Julia Klöckner. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es stellt sich jetzt Elmar Brok vor. Dann kommen Lorenz Caffier und Dieter Dombrowski.

Elmar Brok: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Elmar Brok, verheiratet, drei Kinder, vier Enkelkinder, alles Mädchen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass das Motto „Starkes Deutschland“ richtig ist. Es ist richtig wegen dieser Regierung, dieser Bundeskanzlerin und den Menschen in unserem Lande. Aber dieses starke Deutschland kann nur stark sein, wenn es in einem starken Europa ist. Nur über Europa können wir in dieser Welt unsere Rolle noch wahrnehmen. Deswegen ist es wichtig, dass wir den Umbau Europas vornehmen, der durch die Bundeskanzlerin mit Liebe und Strenge organisiert wird, nämlich indem eine Kombination von finanzieller Solidität, von Solidarität und Wettbewerbsfähigkeit hergestellt wird, um auf dieser Grundlage in der Welt eine Rolle zu spielen. Eine ökonomische Basis zu haben, ist eben wichtig, um gemeinsam eine politische Rolle spielen zu können. Dies geht nur mit einem Gemeinschaftseuropa, dem Gemeinschaftseuropa Adenauers und Helmut Kohls.

Ich glaube, dass wir auf dem richtigen Weg sind, weil, wie auch die Bundeskanzlerin heute Morgen in ihrer Rede gesagt hat, wir 7 Prozent der Erdbevölkerung nur gemeinsam eine Chance haben, gegen die neuen Mächte dieser Welt zu bestehen. Dabei geht es nicht nur um die ökonomischen Fragen. Dabei geht es nicht nur darum, dass wir die Währungsfragen lösen. Als Verhandler des Europäischen Parlaments für die Wirtschafts- und Währungsunion weiß ich, was es bedeutet, dieses hinzubekommen. Vielmehr meine ich, dass es hierbei auch um eine außen- und sicherheitspolitische Frage geht, um eine Frage des Überlebens von Europa geht. Wir wollen, dass dieses Europa, das auf der Grundlage des christlichen Menschenbilds beruht, in seiner Kultur und seinen Eigenarten auch in Zukunft in der Welt eine Rolle spielt und seine Identität bewahrt. Dies müssen wir gemeinsam als Europäer leisten, wenn wir für unser Land eine Zukunftschance haben wollen. Um daran weiter mitzuwirken, erlaube ich mir, Sie um Ihre Stimme zu bitten. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es stellt sich vor Lorenz Caffier. Es bereiten sich vor Dieter Dombrowski und Axel Fischer.

Lorenz Caffier: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Lorenz Caffier. Ich bin 57 Jahre alt. Ich bin verheiratet, habe vier erwachsene Kinder und drei Enkelkinder; das vierte Enkelkind wird in den nächsten vier Wochen erwartet. Auch da ist also Zuwachs im Ammarsch.

Ich bin seit zwei Jahren Mitglied im Bundesvorstand und möchte auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass einer der Markkerne, den die CDU immer unter Beweis stellt, nämlich das Thema Innere Sicherheit, auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielt. Die Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürger, der Umgang mit Asylbewerbern, aber auch solche Fragen wie der Schutz unserer Verfassung sind wichtige Bestandteile und Markenzeichen, die die CDU immer wieder ausgezeichnet haben. Damit diese Themen auch in Zukunft im Bundesvorstand weiterhin im Interesse der Bürgerinnen und Bürger angemessen vertreten werden, bewerbe ich mich erneut um einen Sitz. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es stellt sich jetzt Dieter Dombrowski vor. Dann folgen Axel Fischer und Dr. Michael Fuchs. – Bitte, Dieter Dombrowski.

Dieter Dombrowski: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Dieter Dombrowski. Ich bin 61 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, katholisch. Ich komme aus dem Landesverband Brandenburg und bin – das darf ich dazusagen – der einzige Vorschlag des Landesverbandes Brandenburg für den Bundesvorstand. Der Landesverband Brandenburg ist derzeit im Bundesvorstand nicht vertreten. Aber das soll nicht der alleinige Grund sein, weshalb ich Sie bitte, mich zu wählen, meine Damen und Herren.

Die Umweltpolitik ist eigentlich das Fachgebiet, in dem ich zu Hause bin. Ich habe das Vergnügen, seit einigen Jahren Vorsitzender der Sprecherrunde für Umweltfragen der 16 Landtagsfraktionen von CDU und CSU zu sein.

Ich bitte aber vor allen Dingen vor meinem politbiografischen Hintergrund um Ihre Unterstützung. In Brandenburg haben wir die letzte linke Landesregierung in Deutschland. Wir wollen 2014 diese Regierung ablösen. Die SPD im Lande hat mit der Nachfolgepartei der SED eine Koalition geschlossen und – das ist für mich und viele Menschen in Brandenburg besonders bedrückend – den entsprechenden Koalitionsvertrag zusammen mit zwei ehemaligen Stasispitzen der Linkspartei unterschrieben. Vor dem Hintergrund, dass viele Menschen durch die SED-Regierung, dieses Regime in der DDR, geschädigt wurden, ist dies ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die unter der SED gelitten haben.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie: Helfen Sie, leisten auch Sie einen Beitrag, indem Sie mir helfen, in den Bundesvorstand gewählt zu werden. Dann wird es 2014 auch ein bisschen leichter, die jetzige Regierung abzulösen, die weder einen Flughafen bauen kann, die trotz höchster Steuereinnahmen im Lande nicht sparen kann. Meine Damen und Herren, helfen Sie mit in Brandenburg. Ich bitte um Ihr Vertrauen und bedanke mich.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es stellt sich vor Axel Fischer. Dann folgen Dr. Michael Fuchs und Dr. Regina Görner. – Bitte, Axel Fischer.

Axel E. Fischer: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Delegierte! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will, dass unsere CDU auch nach der Bundestagswahl mit Angela Merkel die Kanzlerin stellt. Dafür will ich kämpfen, im CDU-Bundesvorstand und auch vor Ort. Ich bin davon überzeugt, das wird uns gelingen, wenn die Menschen spüren, dass in uns ein Feuer brennt, dass wir gemeinsam leidenschaftlich für unsere Positionen eintreten.

Dazu zählt, dass Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zusammengehören.

Wer, wie ein Großteil unserer politischen Mitbewerber, Wirtschafts- und Sozialpolitik gegeneinander ausspielen will, hat das Recht verwirkt, im Namen der Sozialen Marktwirtschaft zu sprechen.

Liebe Delegierte, ich möchte, dass wir Ja sagen zu einem starken, industriellen Kern in Deutschland. Wir müssen uns für den Erhalt eines starken Mittelstands kämpfen, der Arbeitsplätze schafft. Ich will – dafür habe ich mich als Vorsitzender der Internet-Enquete immer eingesetzt, dass diese Industrie, die Internetwirtschaft, mithilft, Deutschland voranzubringen. Ich weiß, dass wir die Arbeitnehmer mehr in den Blick nehmen müssen. Die Menschen, die mit ihrer Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen, die mit Steuern und Abgaben unsere Gesellschaft, unser Gemeinwesen tragen. Nur wenn die Wirtschaft brummt, geht es uns allen gut, vom Arbeitnehmer bis zum Rentner.

Eine solide Haushaltspolitik ist – das wissen wir spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise – Grundvoraussetzung für gutes politisches Handeln. Deshalb geht mein Appell von dieser Stelle aus an die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg: Hört auf, ständig neue Schulden zu machen! Nehmt euch ein Beispiel an der Bundesregierung! So macht man solide Haushaltspolitik.

Mein Gruß gilt hier und heute der CDU in Niedersachsen und David McAllister. Ihr seid es, die im Januar mit einem guten Wahlkampf und einem guten Wahlsieg den Grundstein für eine gute Bundestagswahl im Herbst legen werden. Viel Erfolg und Glück von uns allen!

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, ich bin Vater von einem Sohn und fünf Töchtern. Einen schönen Gruß von meiner Frau. Sie ist der Meinung, dass jede Stimme für mich eigentlich auf die Frauenquote angerechnet werden müsste. Meine Damen und Herren, sagen Sie jetzt Ja zu Fischer, geben Sie eine Ihrer 26 Stimmen an Axel Fischer. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es stellt sich jetzt vor Dr. Michael Fuchs.

Dr. Michael Fuchs: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Ich bin Michael Fuchs aus Koblenz, Rheinländer von ganzem Herzen. Ich bin 63 Jahre alt, habe zwei Töchter und zwei Enkel-söhne – Elmar, es gibt Hoffnung für deine Enkeltöchter –, und ich bin seit über zehn Jahren Mitglied des Deutschen Bundestags. Ich habe seit 2009 die hohe Ehre, stellvertretender Fraktionsvorsitzender zu sein und für die Wirtschaftspolitik zuständig zu sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte, dass Deutschland das Industrieland bleibt, das es durch die gute Politik der CDU geworden ist, aber auch durch fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und durch gute Unternehmer. Als Schröder noch Bundeskanzler war, gab es über 5 Millionen Arbeitslosen. Diese Zahl hat sich halbiert. Das liegt daran, weil wir ein Industrieland sind. Ohne das Industrieland Deutschland wären wir nicht da, wo wir jetzt sind. Dafür möchte ich mich weiterhin einsetzen, dafür möchte ich kämpfen.

Meine Vorstellung ist nicht, dass die City of London nach Frankfurt verlegt wird und dass dort wie in England 27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzeugt werden. Nein, Deutschland muss Industrieland bleiben. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen. Das hat die CDU immer getan. Ich bitte um Ihr Vertrauen. Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Das Wort zur Vorstellung hat Dr. Regina Görner. Bitte.

Dr. Regina Görner: Guten Tag, meine Damen und Herren, Regina Görner, 62, aus Saarlouis. Ich habe Geschichte und Sozialwissenschaft studiert. Ich bin ausgebildete Lehrerin und habe in den letzten Jahren in den verschiedensten Funktionen in Politik und Gewerkschaft Erfahrungen sammeln dürfen.

Ich habe mich 1968 für die Union entschieden, weil ich das Konzept der Volkspartei toll fand, einer Partei, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet weiß und die die Interessen der Menschen, auch einzelner Menschengruppen, ernst nimmt und nicht einfach unterbügelt. Dieser Anspruch ist unser Alleinstellungsmerkmal, mit dem wir gelassen in den Wahlkampf ziehen können.

(Vereinzelt Beifall)

Aus denselben Gründen habe ich mich entschlossen, Mitglied einer Einheitsgewerkschaft zu werden. In dieser Einheitsgewerkschaft arbeite ich mittlerweile seit mehr als 20 Jahren als glückliche Gewerkschaftssekretärin.

Meine Themen, die mich im Augenblick besonders umtreiben, sind die Kernelemente einer sozialen Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient, für die Zukunft weiterzuentwickeln: Tarifau-

tonomie, Mitbestimmung, eine starke industrielle Basis, eine ordentliche Ordnungsfunktion des Staates. Wir sollten beispielsweise das wunderbare Berufsbildungssystem, das wir in Deutschland haben, in Zukunft nicht nur für uns selbst bewahren, sondern dafür sorgen, dass sich seine Grundstrukturen auch in Europa und vielen anderen Ländern weiter verbreiten können.

Ich habe mich sehr gefreut, dass die Idee einer internationalen sozialen Marktwirtschaft, von der ich seit langem glaube, dass wir dafür mit aller Macht eintreten müssen, sich inzwischen so gut in der Welt durchgesetzt hat. Ich bin froh, dass ich heute von Angela Merkel gehört habe, welchen großen Wert sie darauf legt, dass wir endlich die Finanzmarkthaie an die Kette legen. Das ist überfällig. Wenn der gute Müller-Armack oder der gute Erhard das erlebt hätten, ich weiß ganz sicher, auf wessen Seite sie gestanden hätten. Sie wären die Ersten gewesen, die für eine Finanztransaktionsteuer gekämpft hätten. Ich bin froh, dass wir das jetzt auch tun. – Vielen Dank. Ich freue mich, weiterhin im Vorstand arbeiten zu dürfen, wenn Sie mich wählen. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidentin: Es hat jetzt das Wort zur Vorstellung Serap Güler.

Serap Güler: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Serap Güler, ich bin 32 Jahre alt, verheiratet, komme aus Nordrhein-Westfalen und bin von Haus aus Kommunikationswissenschaftlerin. Ich bin seit Mai dieses Jahres Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages. Meine politischen Schwerpunkte sind neben der Familien- und Frauenpolitik die Bildungs- und Integrationspolitik. Ich bin zugleich die integrationspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion. Diese Aufgabe habe ich vor allem auch deshalb, weil ich mit meiner Person für eine gelungene Integration stehe, und zwar nicht nur, weil ich als Noch-Düsseldorferin in Köln kandidiert und mich dort mittlerweile sehr gut integriert habe, sondern auch, weil ich als Kind einer türkischen Gastarbeiterfamilie aus dem Ruhrgebiet für den sozialen Aufstieg stehe. Das tue ich, weil ich stets an den sozialen Aufstieg in Deutschland geglaubt habe.

(Vereinzelt Beifall)

Das tue ich, weil ich stets daran geglaubt habe, was über der Bühne steht: „Starkes Deutschland. Chancen für alle“.

Ich möchte weiterhin daran glauben, und ich möchte auch andere von diesem Glauben überzeugen und bitte Sie deshalb, liebe Delegierte, mich heute zu unterstützen, mir Ihre Stimme und Ihr Vertrauen zu geben. Das können Sie ohne Zweifel tun; denn ich bin „Made in Germany“. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es stellt sich jetzt vor Dr. Reiner Haseloff.

Dr. Reiner Haseloff: Liebe Freundinnen und Freunde, mein Name ist Reiner Haseloff. Ich bin verheiratet, habe zwei verheiratete Söhne, zwei Enkelkinder in Baden-Württemberg, zwei Enkelkinder in Sachsen-Anhalt, also: Deutsche Einheit pur. Als ich vor zwei Jahren vor Ihnen stand, war ich noch Wirtschaftsminister und für die CDU Spitzenkandidat im Land Sachsen-Anhalt. Ich habe mich damals bemüht, den Staffelnstab von Wolfgang Böhmer zu übernehmen. Heute stehe ich als Ministerpräsident hier und möchte Ihnen allen sehr herzlich danken. Alle 17 Landesverbände haben damals mitgekämpft, dass wir Kontinuität im Lande haben und dass ein weiterer Ministerpräsidentenposten weiterhin von der CDU besetzt bleibt. Das muss auch so bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Im Jahre 2011 war das alles ziemlich schwierig. Ich war damals der Einzige, der durchkam. Wir sind jetzt aber im Jahre 2012 und bereiten das Jahr 2013 vor.

Ich glaube, dass 2013 eine Glückszahl für uns sein wird; denn wir werden unsere Wahlen gewinnen. David McAllister beginnt und Horst Seehofer wird fortsetzen. Dann geht es um das Ganze, wenn es um die Bundesrepublik Deutschland geht. Halten wir zusammen und machen wir gemeinsam Wahlkampf! Es gilt die alte Regel: Die Bundestagswahl wird nicht im Osten entschieden, aber sie wird im Osten verloren. – Sie können sich darauf verlassen, dass wir als ostdeutsche Ministerpräsidenten dafür sorgen werden, dass der Osten nicht verloren geht. Ich möchte deswegen im Bundesvorstand mitkämpfen, dass wir gerade in den nächsten Monaten Geschlossenheit zeigen, im Bundesrat Kante zeigen, noch vielem zum Durchbruch verhelfen und Angela Merkel zur Bundeskanzlerin machen. Wenn wir als Partei so geschlossen wie heute auftreten, dann ist mir um unsere Zukunft nicht bange. – Herzlichen Dank. Gottes Segen uns allen, einen schönen Advent und frohe Weihnachten!

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ich komme, wie angekündigt, zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16.4, zur Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums, zurück und gebe Ihnen das Ergebnis bekannt. Es wurden 892 Stimmen abgegeben. Es gab keine ungültige Stimme und auch keine Enthaltung. Es gibt also 892 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 447. Sie wurde in jedem Fall erreicht. Abgegeben wurden für Emine Demirbüken-Wegner 558 Stimmen. Das sind 62,56 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Es wurden abgegeben für Eckart von Klaeden 526 Stimmen. Das sind 58,97 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Es wurden abgegeben für Annegret Kramp-Karrenbauer 748 Stimmen. Das sind 83,86 Prozent.

(Beifall)

Es wurden abgegeben für Karl-Josef Laumann 711 Stimmen. Das sind 79,71 Prozent.

(Beifall)

Es wurden abgegeben für Philipp Mißfelder 495 Stimmen. Das sind 55,49 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Es wurden abgegeben für Dr. Wolfgang Schäuble 820 Stimmen. Das sind 91,93 Prozent.

(Beifall)

Es wurden abgegeben für Stanislaw Tillich 703 Stimmen. Das sind 78,81 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Ich frage jetzt alle Gewählten, ob sie die Wahl annehmen. Frau Emine Demirbüken-Wegner? – Das scheint der Fall zu sein. Sie widerspricht nicht. Also nimmt sie die Wahl an. Eckart von Kläden? – Er nimmt die Wahl an. Annegret Kramp-Karrenbauer? – Auch sie nimmt die Wahl an. Karl-Josef Laumann? – Auch er nimmt die Wahl an. Philipp Mißfelder? – Auch er nimmt die Wahl an. Wolfgang Schäuble ist nicht anwesend. Aber er nimmt selbstverständlich die Wahl an. Stanislaw Tillich? – Auch er nimmt die Wahl an. Dann gratulieren wir allen weiteren Mitgliedern des Präsidiums sehr herzlich und wünschen gute, gemeinsame Arbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Nach Bekanntgabe dieser Ergebnisse können wir zur Vorstellung der Kandidaten für den Bundesvorstand zurückkommen. Es stellt sich nun Frau Gudrun Heute-Bluhm vor. Bitte, Frau Gudrun Heute-Bluhm.

Gudrun Heute-Bluhm: Frau Tagungspräsidentin! Frau Bundesvorsitzende! Meine sehr geehrten Parteifreundinnen und Parteifreunde! Nie hätte ich es mir träumen lassen, um Ihre Stimme zu werben. Bis vor wenigen Wochen war ich auch nicht als Kandidatin für den Bundesvorstand vorgesehen. Dann allerdings fragte mich unser Bezirksvorsitzender, ob ich bereit sei, zu kandidieren. Ich habe mich gefragt, was ich in das Amt eines Mitglieds des Bundesvorstandes unserer Partei einbringen kann. Ich bin 17 Jahre Oberbürgermeisterin in Lörrach. Das ist für mich die Basis der Arbeit, die die Brücke von der kommunalen Ebene bis zur Bundesebene schlägt. Es sind unzählige Themen, die uns in der Partei und in unserem Land über diesen langen Weg verbinden. Dieses Land lebt von der Subsidiarität und der Selbstständigkeit unserer Kommunen, in denen ganz viele von Ihnen tätig sind. Ich kann und möchte meine Erfahrungen als Kommunalpolitikerin in die Arbeit des Bundesvorstandes einbringen. Ich möchte dafür um Ihr Vertrauen bitten.

Was bedeutet das nach 17 Jahren als Oberbürgermeisterin in Lörrach? Lörrach liegt an der Grenze zur Schweiz. Wir können dieses Nachbarland zu Fuß erreichen. Ich habe somit also Erfahrung mit einer EU-Außengrenze. Zudem bin ich überzeugt davon, dass Europa für uns alle wichtig ist. Wie wichtig es ist, merkt man vielleicht umso mehr, wenn man in einer Stadt lebt, die in besonderem Maße von Europa profitiert. Das sage ich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Einbringen kann ich auch bildungspolitische und insbesondere schulpolitische Erfahrungen. Meine Stadt hat viel von der starken Hand und der klaren Sprache von Annette Schavan als Bildungsministerin zunächst im Land und dann im Bund profitiert. Ich selber habe viel von ihr gelernt.

Entscheidend ist aber die Energiepolitik, die zu meinem Thema geworden ist und zu der ich mich einbringen möchte. Ich selber war sehr froh, dass unsere Bundeskanzlerin in einer sehr schwierigen Zeit den Mut hatte zu sagen: Die CDU steht für die Energiewende. Wir wollen uns dieses Themas annehmen, das die Menschen in unserem Land als existenziell definiert haben. – Ich bin deshalb davon überzeugt, dass es ein wichtiges Thema ist, weil ich es in Lörrach seit 15 Jahren zu meinem Thema gemacht habe. Lörrach ist die zweite Stadt in Baden-Württemberg, die den European Energie Award in Gold für eine langjährige – ich sage bewusst nicht: nachhaltige – Energiepolitik errungen hat. Diese Politik hat die Menschen, das Machbare, die Wirtschaft im Auge und will Schritt für Schritt dahin kommen, dass wir mit unserer Umwelt sorgsam umgehen. Das ist ein wichtiges Thema. Das ist unser aller Thema geworden. Ich bin als leidenschaftliche Kommunalpolitikerin zutiefst davon überzeugt, dass auch im Bundesvorstand der Spagat zwischen Bundesumweltpolitik und der kleinen Energiepolitik auf der kommunalen Ebene erfolgen muss; denn nur wenn wir alle zusammenstehen, können wir dies zum Gelingen bringen. Ich darf Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, dankbar sein, dass Sie deutlich gemacht haben: Nur wir in der CDU können dieses Thema zum Erfolg führen; denn nur wir haben alle Seiten und die Menschen im Blick und verfolgen nicht eine Ideologie. Das ist mein persönliches Anliegen, das Anliegen meiner Stadt. Ich meine, dass ich meiner Stadt diesen Spagat zutrauen kann.

Lörrach liegt weit weg von allen Entscheidungszentren dieses Landes. Es ist immer ein Zeitproblem für mich. Ich kann es bewältigen, weil mich meine Familie unterstützt. Der Deal meines Mannes und mir vor 35 Jahren lautete: Ich folge ihm nach Baden-Württemberg, wo er geboren ist, und dafür unterstützt er mich in meinen beruflichen Ambitionen. Unser Sohn ist mittlerweile verheiratet und lebt in Nordrhein-Westfalen. Wie Sie bemerken, komme ich aus der Mitte unseres Landes. Ich bin in Wanne-Eickel – heute heißt es Herne – geboren. Damit bringe ich auch ein Stück der Mitte Deutschlands ein.

Ich würde mich über Ihre Unterstützung sehr freuen. Wählen Sie auch eine engagierte Kommunalpolitikerin in den Bundesvorstand, um deutlich zu machen: Wir leben in unseren Städten, wir kämpfen in unseren Städten und wir gewinnen unsere Städte mit den wichtigen Themen unseres Landes. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ich bitte jetzt Hubert Hüppe zum Rednerpult.

Hubert Hüppe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Hubert Hüppe. Ich bin 56 Jahre alt, verheiratet, und Vater von drei Kindern. Ich gehöre seit zwei Jahren dem Bundesvorstand an und stehe für zwei Themen. Das eine ist klar: Als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen und Vorstandsmitglied der Lebenshilfe für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung bin ich dafür da, dass immer daran gedacht wird, dass es Menschen mit Behinderung gibt, die wir in unsere Gesellschaft einbeziehen sollen. Deswegen habe ich bei dem angesprochenen Papier darauf gedrängt, dass Menschen mit Behinderung nicht vergessen werden. Wenn wir über Fachkräftemangel sprechen, dann müssen wir auch darüber nachdenken, wie Frauen und Migranten am Arbeitsleben besser beteiligt werden können. Ich denke aber auch, dass Menschen mit Behinderung in unserer Wirtschaft Arbeit leisten können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe zusätzlich in Nordrhein-Westfalen ein Netzwerk von Menschen mit Behinderungen in der CDU gegründet. Das läuft sehr gut. Ich bin jetzt dabei, in Baden-Württemberg ein ähnliches Netzwerk zu gründen, weil ich es gut finde, dass sich Menschen mit Behinderungen in der CDU selbst organisieren und selbst vertreten. An dieser Stelle muss ich der Bundespartei ein Lob sagen, dass wir heute Gebärdendolmetscher haben. Auch das ist ein Zeichen für Menschen mit Behinderungen außerhalb der CDU.

(Beifall)

Das zweite Thema – ich wurde gefragt, ob ich es sagen will, weil ich vielleicht die eine oder andere Stimme verlieren könnte – ist das Lebensrecht für Menschen. Ich bin für das Lebensrecht von Menschen, ob sie ungeboren, geboren, alt, behindert oder nicht behindert sind.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage das an dieser Stelle, weil ich immer noch glaube, dass dieser Standpunkt zu einer CDU gehört. Deswegen bitte ich um Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es stellt sich jetzt Dr. Franz Josef Jung vor, danach Dr. Peter Liese und dann Thomas de Maizière.

Dr. Franz Josef Jung: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freunde! Franz Josef Jung, 63 Jahre alt, seit 40 Jahren glücklich verheiratet, drei Kinder, zwei Enkelkinder, von Beruf Rechtsanwalt und Notar, zurzeit Mitglied des Deutschen Bundestages, im Innenausschuss, in der letzten Legislaturperiode Bundesminister der Verteidigung.

Liebe Freunde, die äußere und die innere Sicherheit sind mit die wichtigsten Kompetenzfelder für die Union, womit man auch und gerade Wahlen gewinnen kann. Ich möchte mich dafür einsetzen, diese Kompetenzfelder auch in Zukunft im Bundesvorstand wirkungsvoll einzubringen. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. – Besten Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es stellt sich jetzt Dr. Peter Liese vor, dann Dr. Thomas de Maizière und Dr. Michael Meister.

Dr. Peter Liese: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Name ist Peter Liese. Ich bin verheiratet. Meine Frau und ich haben zwei Kinder. Von Beruf bin ich Arzt. Ich kenne mich besonders gut mit Kinderkrankheiten aus, weil ich in einer Kinderklinik gearbeitet habe. Jetzt fragen Sie sich: Was will der im Bundesvorstand? Nein, nicht Kinderkrankheiten behandeln. Ein Bundestagsabgeordneter hat mir gesagt, dann müsste ich eher in das Wahlkampfteam von Herrn Steinbrück gehen. Nein, ich habe mich beruflich mit dem Wohlergehen von Kindern beschäftigt. Ich glaube, das Wohlergehen und die Zukunft unserer Kinder müssen für die CDU zentrale Anliegen sein. Dafür möchte ich im Bundesvorstand eintreten.

(Beifall)

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament und Sprecher unserer Fraktion für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Drei Dinge sind mir noch wichtig: erstens eine Umweltpolitik, die auch die Interessen der Wirtschaft im Blick hat. Zweitens möchte ich das C in unserem Parteinamen weiter stärken. Mir ist drittens besonders wichtig, dass wir in der Gen- und Biotechnologie ethische Grenzen respektieren. Meine Doktorarbeit habe ich über einen Bereich der Gentechnik geschrieben. Gerade deshalb stehe ich dafür ein, dass nicht alles, was technisch möglich ist, auch gemacht werden soll.

(Beifall)

Zum Schluss ein Satz zu Europa. Wir als CDU sollten stolz sein auf die Arbeit unserer Kanzlerin und Parteivorsitzenden Angela Merkel und auf die Arbeit unseres Finanzministers Wolfgang Schäuble. Wir sollten ihren Kurs unterstützen. Auch dazu möchte ich einen kleinen Beitrag leisten. Ich bitte um Ihre Stimme.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Liese. – Der Nächste ist Dr. Thomas de Maizière.

(Beifall)

Dr. Thomas de Maizière: Herr Präsident! Liebe Angela Merkel! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich bin Thomas de Maizière, 58 Jahre alt. Meine Frau und ich haben drei Kinder. Ich bin dankbar und stolz, Bundesminister der Verteidigung zu sein.

(Beifall)

Ich habe am letzten Freitag bei einer Parteiveranstaltung eine Urkunde für 40 Jahre Mitgliedschaft in der CDU Deutschlands bekommen. Das war 1972. Ich war 18 Jahre alt, hatte mein Abitur gemacht, wurde Soldat in Koblenz, Willy Brandt war Bundeskanzler und Deutschland war geteilt. Heute ist ziemlich viel anders. Ich bin in Sachsen zuhause, Abgeordneter des Landkreises Meißen. Aber einiges ist geblieben: Ich brenne, wie vor 40 Jahren, für die CDU. Wir sind ein verlässlicher Partner in der Welt, und wir sind die große Volkspartei in Deutschland.

(Beifall)

Das können wir selbstbewusst und stolz von uns sagen. Aber, liebe Freunde, wir sind nicht um unserer selbst willen da. Gerade im Wahlkampf gilt: Die Menschen müssen spüren, dass es nicht vorrangig um uns geht, sondern um die Menschen und um unser Land. Die Bundeswehr hat eine neue Kernbotschaft. Die lautet: Wir dienen Deutschland. Die geben wir nicht her, auch nicht der CDU. Aber von der Haltung, die dahintersteckt, können wir uns eine Menge abschneiden. Wir sollten das nicht so verbissen, nicht so verkniffen tun – auch nicht im Wahljahr – sondern seriös, sachkundig, bescheiden, gelassen, heiter und zuversichtlich. Ich möchte im Bundesvorstand einen Beitrag dazu leisten, dass wir das schaffen. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas de Maizière. Nächster ist Michael Meister, dann Mike Mohring und danach Elisabeth Motschmann.

Dr. Michael Meister: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Michael Meister, 51 Jahre alt, verheiratet, habe zwei kleine Kinder. Deshalb ist es mir ein besonderes Anliegen, dass wir eine generationengerechte Haushaltspolitik machen, damit künftige Generationen noch eine Chance haben, selbstbestimmt Politik gestalten zu können. Ich vertrete im Deutschen Bundestag die Hessische Bergstraße, bin stellvertretender Fraktionsvorsitzender und vertrete eine wachstumsorientierte Steuerpolitik. Wachstumsorientierte Steuerpolitik heißt insbesondere, dass wir keine Substanzsteuer einführen und Investitionen in diesem Land auch in Zukunft ermöglichen. Wir haben heute schon sehr viel zum Thema stabiler Euro gehört. Wir müssen dafür sorgen, dass der Euro stabil bleibt, dass wir die Krisen lösen. Wir müssen uns aber bewusst machen, dass wir in den kommenden zwei Jahren das künftige Gesicht Europas bestimmen werden, ob es von Freiheit und Verantwortung geprägt ist oder von Unfreiheit und Prinzipienlosigkeit. Ich möchte deshalb im Bundesvorstand dafür eintreten, dass wir Europa mit den Prinzipien Freiheit und Verantwortung gestalten. Ich würde mich über Ihre Unterstützung freuen. – Danke schön.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Jetzt Mike Mohring, danach Elisabeth Motschmann und Aygül Özkan.

Mike Mohring: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Mike Mohring. Ich komme aus Thüringen und bin 40 Jahre alt, Jurist und seit 2008 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag und seit einigen Jahren Vorsitzender der Konferenz der haushalts- und finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU. Ich kandidiere erneut für den Bundesvorstand, weil ich mithelfen möchte, dass die CDU als die große profilierte Volkspartei wahrgenommen wird. Wir sind die einzige Partei, die für Freiheit steht und zugleich die Menschen vor Bevormundung schützt, vor allem vor der Gattung jener Politiker, die aus Geboten und Verboten den Menschen in seiner eigenen Freiheit einschränken. Wir sind die Partei, die dafür steht, dass wir nachhaltige Finanzpolitik machen. In Thüringen haben wir es geschafft, wieder Haushalte ohne neue Schulden aufzustellen. Als Christdemokraten sagen wir: Man kann nur das Geld ausgeben, was man selbst einnimmt und nicht schon heute die Steuermehreinnahmen der Zukunft durch Neuverschuldung verfrühstücken.

Wir haben es geschafft, obwohl wir mit Sozialdemokraten gemeinsam regieren. Wir müssen uns das zu Herzen nehmen, was Konrad Adenauer schon früher gesagt hat, nämlich: Man kann eher einen Hund an der Wursttheke vorbeiführen als einen Sozialdemokraten am Geld fremder Leute. – Das sieht man immer wieder und das bestätigt: Nur die CDU steht für solide Finanzpolitik.

Ich glaube, wir sollten gemeinsam streiten für das, was wir schon 2007 im Grundsatzprogramm verankert haben, nämlich das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting weiterzuentwickeln; denn wir wollen die Kinder in den Mittelpunkt rücken.

(Teilweise Beifall)

Wenn wir die Kinder in den Mittelpunkt rücken wollen, dann müssen wir noch etwas anderes tun – dazu will ich meinen Beitrag leisten – nämlich: Wir müssen die Kultusministerien zurückerobern. Wenn wir wollen, dass gute Schule gemacht wird, dann müssen wir die richtige Schule für jeden und nicht eine Schule für alle machen.

(Teilweise Beifall)

Dafür kämpfe ich und bitte Sie um Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Mike Mohring. – Jetzt hat Elisabeth Motschmann das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Elisabeth Motschmann: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Elisabeth Motschmann. Ich bin die einzige Kandidatin aus dem kleinsten Bundesland, aus Bremen. Ich bin 60 Jahre alt, verheiratet mit einem Pfarrer. Damit ist meine Konfession geklärt. Wir haben drei Kinder.

Apropos 60: Ich weiß, dass die Senioren-Union sich freut, wenn aktive Politiker Mitglied in der Senioren-Union werden. Deshalb bin ich vor wenigen Wochen – an meinem 60. Geburtstag habe ich den Aufnahmeantrag ausgefüllt – dort eingetreten. Sie dürfen mir glauben: Man wird dadurch nicht älter.

(Vereinzelt Beifall)

Meine politische Heimat ist die Frauen-Union und der Evangelische Arbeitskreis. Bei beiden Organisationen bin ich in Bremen Landesvorsitzende. Nach meinem Studium der Theologie und der Romanistik stand mein Leben unter der großen Überschrift, die auch in allen Wahlprogrammen der CDU steht: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie dürfen mir glauben: Es ist sehr viel schwerer das tagtäglich zu praktizieren, als darüber nur zu reden.

Die Frauen-Union hat sich immer dafür eingesetzt. Deshalb bin ich auch mit Leidenschaft Landesvorsitzende der Frauen-Union. Meine politischen Schwerpunkte sind die sogenannten weichen Standortfaktoren, die hier noch nicht so stark vorkamen, nämlich Wissenschaft, Bildung und Kultur, Familienpolitik, Frauenpolitik und kirchenpolitische Themen.

All das steht für mich immer unter dem Vorzeichen „Politik aus christlicher Verantwortung“. Ich setze mich leidenschaftlich, gerne und fröhlich dafür ein, dass das „C“ im Namen unserer Partei nicht verblasst, sondern dass es glänzt und ausstrahlt. Dafür stehe ich, dafür engagiere ich mich, und dafür kandidiere ich. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Jetzt spricht Aygül Özkan, danach Younes Ouaqasse und dann Frau Professor Schipanski.

Aygül Özkan: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Aygül Özkan. Ich lebe seit 41 Jahren in Deutschland, nämlich seit meiner Geburt. Ich bin verheiratet. Mein Mann und ich haben einen wunderbaren Sohn, der zehn Jahre alt ist.

Ich darf in der hervorragenden Landesregierung Niedersachsens unter unserem Ministerpräsidenten David McAllister meinen Beitrag als Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration dazu leisten, Politik mitzugestalten. Ich möchte den jungen Menschen in Deutschland, vor allen Dingen den jungen Menschen mit Migrationshintergrund, zeigen: Wer sich hier in die Gesellschaft einbringt, der hat alle Zukunftschancen. Ich möchte ihnen zeigen,

dass es sich lohnt, sich in Deutschland in die Gesellschaft einzubringen. Dafür werbe ich. Ich möchte gerne im Bundesvorstand mitarbeiten und meine Erfahrung einbringen. Ich danke für Ihr Vertrauen.

(Vereinzelt Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Younes Ouaqasse.

Younes Ouaqasse: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Delegierte! Mein Name ist Younes Ouaqasse. Ich bin 24 Jahre alt, stamme aus Mannheim und lebe jetzt in Jena. Dort studiere ich Betriebswirtschaftslehre und engagiere mich in der CDU Thüringen und als Landesvorsitzender des RCDS. Zuvor war ich zwei Jahre lang Bundesvorsitzender der Schüler Union Deutschlands. Ich bin den Mitgliedern der Jungen Union Deutschlands dankbar, dass sie mich als ihren Kandidaten für den CDU-Bundesvorstand nominiert haben. Daher möchte ich im CDU-Bundesvorstand Stimme der jungen Generation sein. Lassen Sie mich bitte drei Punkte nennen, warum ich kandidiere.

Erstens. Ich stehe für eine CDU, die eine klare und wertgebundene Politik macht. Mich fasziniert, dass die Union die Kraft in Deutschland ist, die religiöse Grundüberzeugungen und politisches Handeln miteinander verbindet. Daher ist die CDU für mich, in die ich als 16-Jähriger eingetreten bin, die Partei der Zukunft.

(Beifall)

Zweitens. Ich sage ganz klar: Ich kämpfe engagiert gegen alle Extremisten in unserem Land. Weder Linke noch Rechte dürfen in unserem Land eine Chance haben. Weder Steinewerfer noch braune Horden dürfen in Deutschland irgendeine Chance bekommen.

(Beifall)

Drittens. Ich stehe für eine moderne Bildungspolitik, bei der es um Leistung statt um Kuschelpädagogik geht. Liebe Delegierte, wenn die SPD in manchen Ländern die Noten in den Schulen abschaffen will, dann sage ich: Ich bin gegen ein Schulsystem, in dem die Kinder erst ihren Namen tanzen können, bevor sie ihn überhaupt schreiben können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich selbst durfte erfahren, dass Aufstieg durch Bildung in Deutschland möglich ist. Ich wurde als Sohn marokkanischer Eltern in Mannheim geboren, wuchs bis zum achten Lebensjahr in Marokko auf und kehrte dann nach Deutschland zurück. Ich besuchte zunächst die Hauptschule, strengte mich an, holte die mittlere Reife nach, machte schließlich mein Fachabitur, und heute darf ich studieren. Für mich ist klar: Deutschland ist ein Land, in dem sich Leistung lohnt und die Union die Partei der Chancen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Delegierte, ich heiße Younes Ouaqasse. Mein Name ist etwas schwer zu schreiben und sicherlich auch schwer zu tanzen. Aber es würde mich sehr freuen, wenn Sie das nicht davon abhalten würde, ihn anzukreuzen. Heute bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Younes Ouaqasse. Jetzt spricht Professor Schipanski und danach Ingrid Sehrbrock.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Ich bin Dagmar Schipanski, Jahrgang 1943, und seit 46 Jahren verheiratet. Ich habe drei erwachsene Kinder und bin Professorin für Festkörperelektronik. Seit zwölf Jahren bin ich im CDU-Präsidium und im CDU-Bundesvorstand aktiv.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, in aller Munde ist die demografische Entwicklung. Konzeptionen werden vorgelegt und Ideen entwickelt. Wir hören von neuen Szenarien. Ich gehöre zu dem Teil der Bevölkerung, nämlich zu den Senioren, für den viele Vorschläge zur Lebensgestaltung in den letzten Jahren vorgelegt und erarbeitet wurden. Ich möchte mich selbst aktiv einbringen, um die demografische Entwicklung zu beschreiben und dafür neue Vorschläge zu erarbeiten. Ich möchte, dass die Älteren mit ihrer Stimme wahrgenommen werden, dass man nicht nur auf unseren Rat hört, sondern ihn auch beherzigt. Deshalb möchte ich im Bundesvorstand die Stimme der Senioren aktiv vertreten. Ich befürchte, dass man uns zu sehr versorgen will. Nein, wir können selbst für uns sorgen.

Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde, als Mitglied der Frauen-Union möchte ich mich dafür einsetzen, dass der auf dem Parteitag noch zu behandelnde Antrag zur Schließung der Gerechtigkeitslücke bei Renten für Frauen, die Kinder vor 1992 geboren haben, vom Bundesvorstand betreut und vorangetrieben wird. Es darf nicht nur beim Willen für Verbesserung bleiben, sondern wir müssen den Antrag auch umsetzen, wenn es uns der Haushalt erlaubt.

(Teilweise Beifall)

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich gehöre nicht zu denen, die wunderbare Versprechungen für Sozialleistungen machen, wie es die Grünen auf ihrem letzten Parteitag getan haben. Mir kommt es darauf an, dass wir eine angemessene Sozialpolitik betreiben. Eine angemessene Sozialpolitik ist eine angemessene Rente für die betroffenen Frauen.

(Vereinzelt Beifall)

Als Bildungspolitikerin kennen Sie mich. Ich habe mich in den letzten Jahren intensiv dafür eingesetzt, dass wir nicht so viel über Schulstrukturen diskutieren und uns diese Diskussion nicht von den Sozialdemokraten und Grünen aufdrücken lassen. Nein, wir müssen über die Inhalte in unserem Bildungssystem reden. Wenn wir über die Inhalte reden, müssen wir in die Länder blicken, die im Moment eine gute Bildungspolitik machen. Das sind nun einmal größtenteils die neuen Länder.

Deshalb setze ich mich, die ich mich seit 20 Jahren dafür engagiere, dass sich Ost und West angleichen, dafür ein, dass sie sich auch in diesem Fall angleichen und die gute Bildungspolitik der neuen Länder auch in den alten Ländern aufgenommen wird; denn dafür ist Bildungsföderalismus da. Nur so kann er aktiv ausgestaltet werden.

Wenn ich von diesem Transfer von Ost nach West rede, dann möchte ich damit auch sagen, dass ich als Mensch aus den neuen Bundesländern mich dafür einsetze, dass wir eine gute gemeinsame Zukunft haben. Ich möchte, dass wir bei dieser gemeinsamen Zukunftsgestaltung nicht unsere geteilte Geschichte vergessen.

Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde, ich möchte mich im CDU-Bundesvorstand dafür einsetzen, dass in der Zukunft die Opfer der DDR die Deutungshoheit haben und nicht die Täter.

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Jetzt Ingrid Sehrbrock, dann Jens Spahn und danach Arnold Vaatz.

Ingrid Sehrbrock: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Ingrid Sehrbrock. Ich bin 64 Jahre alt und gebürtige Hessin. Ich bin Mitglied der hessischen CDU, und das seit 37 Jahren. Ich bin stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes und stellvertretende Vorsitzende der CDA. Das Erste bin ich seit 2006, stellvertretende Vorsitzende der CDA bin ich schon seit 1987.

Worum geht es mir? Kurz gesagt geht es mir darum, dass arbeitende Menschen nicht unter die Räder kommen, dass sie ihre Möglichkeiten in der Arbeitswelt entfalten können. Deshalb setze ich mich schon seit vielen Jahren dafür ein – das möchte ich auch weiter tun –, dass Menschen eine gute Ausbildung haben. Hier gibt es noch ein bisschen zu tun. Wir haben zwar in dieser Republik eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Wenn man nach Europa schaut, stellt man fest, sie ist wirklich vorbildlich. Aber dennoch haben wir einige unterwegs verloren, nämlich die jungen Menschen, die keine Ausbildung haben. Das sind 1,5 Millionen junge Menschen unter 29 Jahre und wenn man diejenigen unter 35 dazurechnet, sind es 2,3 Millionen Menschen. Um diese Menschen muss man sich, gerade wenn es darum geht, die Fachkräfte für die Zukunft zu sichern, kümmern. Ich habe ein großes Interesse daran, und daran möchte ich im Bundesvorstand mitarbeiten.

Für mich gehört aber dazu, dass Menschen einen anständigen Lohn erhalten. Wir haben auf dem letzten Parteitag im vergangenen Jahr mit großer Mehrheit eine Lohnuntergrenze beschlossen. Wir haben sie noch nicht realisiert; denn die FDP spielt nicht mit. Aber da müssen wir dran bleiben. Dazu gehören für mich auch Tariflöhne. Es ist offenbar geworden, dass es besser ist, statt eines gesetzlichen Mindestlohns Tariflöhne zu zahlen und diese zu verhandeln. Es gibt in einer Reihe von Branchen jedoch die Situation, dass die Arbeitgeber nicht in ihren Verbänden organi-

siert sind und auch nicht genügend Gewerkschaftsmitglieder vorhanden sind. Deshalb können dort gar keine Löhne verhandelt werden. Daher ist eine Lohnuntergrenze wichtig. Ich will kräftig daran mitarbeiten, dass wir sie, wenn nicht in dieser, so in der nächsten Legislaturperiode realisieren.

Außerdem gehört für mich dazu, dass Menschen nicht durch ständige Belastungen in der Arbeit aus dem Gleis geraten. Wir verzeichnen immer mehr psychische Erkrankungen durch immer stärkere Belastungen von Menschen. Ich denke, die Betriebe müssen alles dafür tun, dass Menschen nicht nur unter starken Belastungen arbeiten müssen, sondern in der Lage sind, das, was sie können, auch tatsächlich zu entfalten. Deshalb müssen die Arbeitsbedingungen stimmen. Wir brauchen gute Arbeit, wir brauchen wahrscheinlich wieder so etwas wie die Humanisierung der Arbeitswelt, wie wir sie schon einmal in den 70er-Jahren diskutiert haben.

Dazu braucht man aber die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Partei. Ich habe mich immer darum bemüht, Brücken zu bauen, Brücken zwischen der Partei und den Gewerkschaften. Ich finde, das ist ganz gut gelungen. Es ist doch nicht überall optimal, aber wir haben belastbare Brücken. Kürzlich gab es ein sehr gutes Gespräch zwischen den Spitzen der deutschen Gewerkschaften und der CDU. Ich finde, es war ein Gespräch, das von Wertschätzung und Respekt geprägt war. Genau das ist nötig, wenn man gemeinsam Politik machen will. Wir haben es in einigen Bereichen schon erreicht, aber wir können noch besser werden.

Ich freue mich, dass die Sozialpartnerschaft wieder in den Blick geraten ist. Sie ist etwas Besonderes, was wir in Deutschland zu bieten haben. Wenn Sie ins Ausland gehen, werden Sie gefragt, wie wir das eigentlich machen. Ich finde, wir können wirklich auf das, was sich in diesem Bereich an Kultur entwickelt hat, stolz sein. Genauso stolz können wir auf das duale Ausbildungssystem sein. Aus der ganzen Welt wird bei uns nachgefragt, wie das System funktioniert. Das ist ein Konzept in Deutschland, an dem die Sozialpartner kräftig beteiligt sind. Daran würde ich gerne weiter arbeiten, das würde ich gern im Bundesvorstand weiter vorantreiben. Im Übrigen hat der Leitantrag schon eine ganze Reihe dieser Ideen aufgenommen. An der Umsetzung dieser Ideen würde ich sehr gern mitwirken.

Außerdem engagiere ich mich als Vereinsvorsitzende gegen Kinderarbeit in indischen Steinbrüchen. Wenn Sie meinen, dass jemand wie ich in diesem Bundesvorstand weiter mitarbeiten sollte, dann geben Sie mir Ihre Stimme. – Vielen Dank.

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Jens Spahn ist der Nächste, dann Arnold Vaatz und Johann Wadephul.

Jens Spahn: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich bin Jens Spahn. Ich bin 32 Jahre jung. Um es mit Serap Güler zu sagen: Made in Münsterland. Dort habe ich in der katholischen Jugendverbandsarbeit politisch begonnen. Ich darf meine münsterländi-

sche Heimat seit zehn Jahren als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag vertreten. Dort bin ich seit drei Jahren gesundheitspolitischer Sprecher unserer Bundestagsfraktion. Das ist eine spannende Aufgabe, und zwar allein schon deswegen, weil wir gleichzeitig unseren sozialpolitischen Auftrag zur Daseinsvorsorge, zur flächendeckenden Versorgung erfüllen und die Potenziale der Gesundheitswirtschaft mit 4,8 Millionen Beschäftigten und zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts nutzen wollen. Ein Thema, von dem ich aus vielen Gesprächen weiß, dass auch viele von Ihnen es als wichtig erachten, halte ich für besonders wichtig. Das ist die flächendeckende Versorgung mit Ärzten, Medizin, Krankenhäusern und Apotheken in Deutschland. Das gilt für den ländlichen Raum, wo es in manchen Regionen immer schwieriger wird, einen Arzt zu finden, das gilt aber auch in vielen Ballungsräumen. Ich sage immer: In Neukölln gibt es die meisten Kinder, aber in Charlottenburg die meisten Kinderärzte. An dieser falschen Verteilung wollen wir etwas ändern. Dieses und andere Themen möchte ich gerne in den Bundesvorstand einbringen und bitte deshalb um Ihre Stimme.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens Spahn. – Jetzt kommt Arnold Vaatz und danach Johann Wadephul.

Arnold Vaatz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Arnold Vaatz. Ich bin 57 Jahre alt und habe das Glück, die wunderschöne Stadt Dresden im Deutschen Bundestag zu vertreten.

(Vereinzelt Beifall)

Dresden war furchtbar zerstört und ist jetzt wieder aufgebaut ein Schmuckstück, eine Perle sowie ein Beweis für das Gelingen der deutschen Einheit. In der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bin ich für die Aufgabengebiete Verkehr, Aufbau Ost und Menschenrechte zuständig.

Im Bereich des Verkehrs halte ich es für dringend erforderlich, dass wir dafür sorgen, dass die CDU weiterhin die Partei der Infrastruktur in diesem Land bleibt. Denn wir können es uns als Industriestaat Deutschland auf die Dauer nicht leisten, dass wir bei fast allen Großprojekten enorme Verteuerungen und Verzögerungen hinnehmen müssen und oftmals am Ende vor den sogenannten Wutbürgern einknicken. Das bringt unser Land nicht vorwärts. Wir müssen fähig werden, Entscheidungen zu fällen und sie dann auch umzusetzen.

(Beifall)

Die CDU ist wie alle Parteien durch das deutsche Grundgesetz aufgefordert, an der öffentlichen Meinungsbildung mitzuwirken. Das heißt gerade nicht, dass man sich von der öffentlichen Meinung treiben lässt. Das heißt gerade nicht, dass man jedem öffentlichen Konformitätsdruck nachgibt.

Ich gehöre zu denjenigen, die genau diesem widerstehen, wenn er unseren Grundwerten und unseren Grundprinzipien widerspricht, meine Damen und Herren. Dafür braucht man Zivilcourage. Ich habe das in der DDR gelernt. Deshalb gehöre ich zu denen, die oftmals in schwierigen Situationen auch kritische Worte in unserer Parteiführung gefunden haben für Dinge, die man aus bestimmten Gründen für falsch hielt. Meine Damen und Herren, ich trete für diejenigen ein, die, obwohl sie für alternative Energien sind, nicht für diesen Weg sind, weil sie ihn möglicherweise für falsch halten, nämlich für den Weg des EEG. Ich bin der Meinung, dass man denen nicht unterstellen kann, dass sie gegen Ökologie und gegen Umweltschutz sind, weil sie einen Weg nicht für richtig halten, der möglicherweise tatsächlich gefährlich ist und korrigiert werden muss, wie es die Bundeskanzlerin heute gesagt hat.

Ich bin auch für Europa. Ich halte es für falsch, dass diejenigen, die Zweifel daran haben, ob unser Weg der Euro-Stabilisierung dauerhaft, nachhaltig der richtige ist, als Euro-Gegner bzw. als Europagegner bezeichnet werden. Ich halte Europa für das wichtigste Gut. Dass wir in Europa nach der Zeit der Konfrontation von nationalen Egoismen zu einer Phase der Kooperation von nationalen Gemeinsamkeiten gefunden haben, halte ich für ein hohes Gut. Das dürfen wir auf keinen Fall durch falsche Entscheidungen gefährden. Dafür stehe ich, und dafür bitte ich Sie um Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Das war Arnold Vaatz. – Jetzt kommt Johann Wadepful, danach folgt Sabine Weiss.

Angelika Volquartz: Herr Präsident! Liebe Angela Merkel! Liebe Delegierte! Ich glaube, Sie sehen, dass ich nicht Johann Wadepful bin. Ich spreche aber für Johann Wadepful, der leider erkrankt ist und heute nicht hier sein kann, aber bald wieder an Deck ist.

Johann Wadepful hat mit seinen 49 Jahren ein unglaubliches Gespür für Menschen und für Stimmungen. Vor Ort wie in Berlin vertritt er als MdB unter anderem die wichtigen Felder Arbeit und Soziales. Er ist Mitglied im EU-Ausschuss und in der Ostseeparlamentarierkonferenz. Johann Wadepful ist verheiratet und hat drei Töchter. Vor seinem erfolgreichen Jurastudium hat er als Zeitsoldat seinen Dienst in der Bundeswehr geleistet.

Liebe Delegierte, es gäbe noch viel zu sagen zu Johann Wadepful. Aber ich fasse mich kurz und sage genauso kraftvoll, wie er selbst ist: Bitte geben Sie Johann Wadepful Ihre Stimme. – Danke schön.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Kollegin Volquartz. Das war also nicht Johann Wadepful. – Jetzt kommt aber Sabine Weiss. Bitte.

Sabine Weiss: Schönen Dank. – Meine Damen! Meine Herren! Ich bin Sabine Weiss. Ich bin 54 Jahre alt und komme aus dem wunderschönen Niederrheinkreis Wesel in Nordrhein-Westfalen. Bis 1999 war ich als freiberufliche Rechtsanwältin tätig und bin dann 1999 und 2004 zur hauptamtlichen Bürgermeisterin der Stadt Dinslaken gewählt worden. Seit 2009 bin ich Mitglied des Bundestages.

Nächstes Jahr ist ein wichtiges Jahr für uns alle. Ich freue mich schon sehr auf den vor uns liegenden Wahlkampf. Bisher bin ich dreimal für die CDU angetreten und durfte dreimal den SPD-Kandidaten schlagen, und das macht richtig Spaß.

(Beifall)

Ich bitte Sie, mir Ihr Vertrauen auszusprechen. Ich möchte meine Erfahrungen, insbesondere meine Erfahrungen in der Kommunalpolitik, sehr gerne in die Arbeit des Bundesvorstandes einbringen und bitte daher um Ihre Stimme. – Schönen Dank.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Annette Widmann-Mauz. Danach folgen Frau Wüllner und Herr Wulff.

Annette Widmann-Mauz: Sehr geehrter Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Liebe Parteifreundinnen! Ich komme aus Baden-Württemberg; das hört man. Ich bin verheiratet; das sieht man am Bindestrich in meinem Namen. Ich bin 46 Jahre alt, stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertrete als direkt gewählte Abgeordnete den spannenden Wahlkreis Tübingen, die Region zwischen Neckar und Alb, die geprägt ist von Tradition, aber auch von Innovation und Exzellenz. Das hat auch mich und mein Tun in der Partei sehr geprägt.

In der Partei – wer mich kennt, weiß das – bin ich den Anliegen der Frauen seit Langem verpflichtet als Landesvorsitzende der Frauen-Union, als stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen-Union, und im Parlament in unserer Bundestagsfraktion von Anfang an den Themen Gesundheitspolitik und Pflege, zunächst als gesundheitspolitische Sprecherin und Vorsitzende unserer Arbeitsgruppe. Seit der letzten Bundestagswahl habe ich die Freude, als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, sozusagen als die CDU-Frau im gelben Haus, meinen Dienst zu tun.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich möchte in diesem Bundesvorstand für eine werthaltige Politik eintreten, eine Politik, die sich nicht an Einzelinteressen orientiert, sondern das altmodische Prinzip des Gemeinwohls in den Mittelpunkt rückt. Ich möchte eine werthaltige Politik unterstützen, die auch wertschätzt; denn die Lebenswirklichkeit anzuerkennen und die Sorgen und Ängste der Menschen in unserem Land dann auch zu berücksichtigen, das liegt mir am Herzen. Ich will für

eine werthaltige Politik eintreten, die auch hält, was sie beschließt und was sie sich vorgenommen hat. Dabei liegt mir besonders am Herzen, wie wir den demografischen Wandel gerade im Gesundheitswesen gestalten. Wenn jede zweite Frau und jeder dritte Mann das Risiko hat, an Demenz zu erkranken, und wenn wir wissen, dass Zweidrittel der Studierenden an unseren medizinischen Hochschulen Frauen sind, dann wissen wir, dass es nicht damit getan ist, Arbeitskräfte aus Osteuropa oder Südostasien in unser Land zu holen, sondern dass wir uns um die wirklichen Probleme kümmern müssen. Das heißt: eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bessere Anerkennung und Wertschätzung der Pflege. Das heißt auch: bessere Entlohnung für diesen Dienst am Menschen. Das hat auch etwas mit der Arbeitsorganisation in diesem Spektrum zu tun.

Dafür möchte ich eintreten mit Leidenschaft, wie Sie es von mir gewohnt sind. Sie spüren: Ich habe Lust, an der Zukunft mitzuarbeiten. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir dazu Ihre Stimme für den Bundesvorstand gäben.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Die Nächste ist Monica Wüllner. Dann kommt Professor Otto Wulff.

Monica Wüllner: Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich fasse mich kurz: Monica Wüllner aus Stuttgart, 43 Jahre alt, Juristin. Wir haben einen Sohn, der übrigens halber Niedersachse ist und mit seinen vierinhalb Jahren in einem doch recht spannenden Alter.

Seit 23 Jahren bin ich in vielen Ämtern in der Partei aktiv, zuerst in der Jungen Union, dann in CDU und CDA: zum Beispiel seit 1999 als Regionalrätin, seit vielen Jahren im CDU- und CDA-Landesvorstand und seit ein paar Monaten auch als CDA-Kreisvorsitzende in Stuttgart. Ich wurde vom CDA-Bundesvorstand nominiert und darf mich an dieser Stelle sehr herzlich für diese Nominierung bedanken.

Ich bin außerdem seit über acht Jahren Vorsitzende der Baden-Württembergischen Sportjugend, dem mit über 1,5 Millionen Mitgliedern größten Kinder- und Jugendverband in Baden-Württemberg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als hauptamtliche Mitarbeiterin der Christlichen Gewerkschaft Metall kämpfe ich an vorderster Front auf der Arbeitnehmerseite für eine Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbildes. Die CDU war schon immer eine Partei, die von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewählt wurde.

Durch meinen Beruf komme ich häufig in Betriebe. Ich kenne die Sorgen und Nöte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich gehe häufig auf Betriebsversammlungen und weiß, was dort gesprochen wird, auch über uns. Dabei wird eines klar: Politik muss transparent, nachvollziehbar und

verständlich sein. Wir müssen nicht nur den Kopf der Menschen erreichen, wir müssen vor allen Dingen die Herzen der Menschen erreichen. Dazu bedarf es klarer Positionen, und dazu bedarf es Menschen in der Politik, die mitten im Leben stehen und mitten aus der Bevölkerung kommen.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, da ein guter Schluss bekanntlich alles zielt, darf ich gleich an Professor Wulff weitergeben. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir Ihr Vertrauen und Ihre Stimme schenken. – Vielen Dank.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, auch für die Worterteilung an den nächsten und letzten Redner, Professor Otto Wulff.

Prof. Dr. Otto Wulff: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Otto Wulff, bin verheiratet, habe erwachsene Söhne und bin hochofereuter Großvater von zwei ausgesprochen hübschen Enkelinnen.

Meine lieben Freundinnen und Freunde! Warum ich hier stehe: zunächst einmal, um meiner Partei zu dienen und dazu beizutragen, dass wir nach den Wahlkämpfen, auf die ich mich freue, die Wahl gewinnen – und wir werden sie gewinnen.

(Beifall)

Ich stehe auch hier, um das Selbstbewusstsein unserer Partei ein wenig zu stärken. Warum heißt es nicht wieder „40 plus X“ als Ausgangsbasis? Dazu müssen wir uns durchringen. Hier müssen wir die Messlatte anlegen. Hier müssen wir kämpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, ich sage Ihnen auch: Ich vertrete die Älteren mit Freude, mit Engagement und mit großer Begeisterung, weil wir die Berufs- und Lebenserfahrung der Älteren brauchen. Die brauchen wir gewiss. Die Älteren werden in einem bestimmten Rahmen auch die nächste Wahl entscheiden. Meine Aufgabe wird es sein, diese Älteren für die große, stolze Union zu gewinnen. Wir sind die erfolgreichste europäische Volkspartei der Nachkriegsgeschichte. Das sollten wir häufiger sagen und verkünden. Wir sollten unseren Leuten Mut machen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage nicht, dass wir in der Senioren-Union allein die Partikularinteressen der Älteren vertreten. Das wäre gegen das „C“ gerichtet. Wir müssen genauso gut die Interessen der Jüngeren anerkennen. Deswegen sage ich: Das Zusammengehörigkeitsgefühl von Jung und Alt ist die beste Versicherung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Daran wollen wir uns halten.

(Beifall)

Ich freue mich auf ein gutes Dutzend Veranstaltungen, die ich in Niedersachsen abhalten werde. Meine Freundinnen und Freunde, ich empfehle jedem, die Nähe zum Wähler zu suchen, auch den Kampf und die Auseinandersetzung in den Großstädten. Das macht Spaß, wenn es um Argumente geht. Wir können bestehen, wenn wir wollen – und wir werden bestehen auch im Bundestagswahlkampf.

Meine Freundinnen und Freunde, wählen Sie mich! So ich es einigermaßen gesund durchhalte und die Lebensfreude behalte, werden Sie mich wieder in Ihren Wahlkreisen erleben. Ich werde kommen und mit Ihnen gemeinsam für den Gewinn der Wahl und für Angela Merkel kämpfen.

(Beifall)

Ich freue mich darüber, dass ich hier nur junge Gesichter vor mir sehe. Das bereitet mir als Älterem Freude, weil es um die Zukunft der Partei geht. Ich möchte Ihnen aber auch etwas über das Alter sagen: Sie dürfen Hoffnung haben und sich auf das Alter freuen. Das Alter hat eine unwahrscheinliche Attraktivität, wenn man sich um neue Ideen und Gedanken bemüht und die Lust verspürt, sie umzusetzen. Ich möchte mich bei Ihnen bewerben: Schenken Sie mir diese Freude und helfen Sie mir, diese Gedanken umzusetzen.

Gestatten Sie mir, einem älteren Herrn, zum Schluss Folgendes zu sagen: Als ich gestern Abend durch Hannover ging, erinnerte ich mich an das Jahr 1946. Das ist 66 Jahre her. Damals ging ich durch diese Stadt. Alles lag in Trümmern, die Menschen waren ausgehungert, über 80 Prozent aller Wohnungen zerstört, und die Produktivität in Deutschland war vernichtet. Damals hat diese Partei angefangen. Sie hat angepackt. Mein Vater war Gründungsmitglied der Union. Nachdem er die Folterkeller, auch von Standartenführer Müller im Gestapo-Gefängnis in Hagen ertragen musste, hat er die Union mitgegründet, als neue große Idee. Und jetzt stehe ich hier! Ich werde in wenigen Wochen seit 60 Jahren Mitglied dieser großartigen, stolzen, großen Volkspartei sein, der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Ich sage Ihnen offen: Für diese Partei zu streiten, hat mir ein Leben lang Freude bereitet. So Gott mir das gestattet, werde ich weiter gerne für diese Partei streiten. Deshalb sage ich aus voller Überzeugung – gestatten Sie mir das; das hat nichts mit Pathos zu tun, sondern mit der Einstellung eines Älteren, der die Not des Vaterlandes erlebt und gesehen hat: Ich bin stolz, so lange Mitglied dieser erfolgreichen großen CDU zu sein, und ich bin stolz auf mein geliebtes deutsches Vaterland. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Otto Wulff. Besser hätte man diese Vorstellungsrunde gar nicht beenden können.

Wir kommen jetzt zur Wahl der Beisitzer. Die Wahl erfolgt mit dem großen grünen Stimmzettel, der in alphabetischer Reihenfolge die Namen aller Kandidaten enthält. Sie erhalten ihn von Ihrem zuständigen Landesgeschäftsführer.

Nach § 43 Abs. 3 des Statuts müssen mindestens Dreiviertel der zu wählenden Kandidaten, also 20, angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also 26. Noch einmal: mindestens 20, höchstens 26. Stimmzettel, auf denen andere Namen als die aufgedruckten hinzugefügt werden, sind ungültig. Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Das sind bei 26 weiteren Mitgliedern des Bundesvorstandes mindestens 9 Frauen.

Jetzt eröffne ich den Wahlgang und bitte die Stimmzähler, die Stimmzettel einzusammeln.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Dann schließe ich den Wahlgang und bitte, auszuzählen.

Wir machen weiter in der Tagesordnung. Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand
der Europäischen Volkspartei (EVP)

Auch hier möchten wir den bisherigen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für ihre wichtige Arbeit danken.

Der Parteitag muss die Vertreter der CDU im EVP-Vorstand, in der sogenannten Political Assembly, für den Zeitraum von Januar 2013 bis Dezember 2014 wählen. Die CDU entsendet neben den Mitgliedern kraft Amtes 14 ordentliche und 14 stellvertretende Mitglieder. Der Bundesvorstand schlägt dem 25. Parteitag hierfür die Ihnen in einer Liste vorliegenden Kandidaten vor. Ich schlage vor, dass wir die Abstimmung per Akklamation durchführen. Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich: Wer ist für den Vorschlag des Bundesvorstands? Ich bitte um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die 14 ordentlichen und die Stellvertreter gewählt. Ich gratuliere den Gewählten.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 18 auf:

Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse
der Europäischen Volkspartei (EVP)

Hier muss der Parteitag Delegierte für den Zeitraum von Anfang 2013 bis Ende 2014 wählen. Die CDU Deutschlands entsendet 79 Delegierte. Von diesen gehören dem Kongress bereits 37 Mitglieder kraft Amtes an und müssen hier nicht gewählt werden. Damit kommen noch 42 Delegierte und eine gleich hohe Zahl an Stellvertretern hinzu. Ich schlage vor, auch darüber per Akklamation abzustimmen. Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall.

Wer ist für den Vorschlag des Bundesvorstands? Ich bitte um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir auch die je 42 Delegierten und Stellvertreter so gewählt.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 19 auf:

Wahl des Bundesparteigerichts der CDU

Zunächst möchte ich den bisherigen Mitgliedern des Bundesparteigerichts herzlich für ihre ehrenamtliche Arbeit danken.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Einen Moment. – Haben wir einen Arzt im Saal? Den bräuchten wir jetzt zügig. Da kommt ein Arzt? – Danke schön.

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Wir klären gerade noch, ob alles im Griff ist. – Der Arzt ist da.

Ich darf darauf zurückkommen, den bisherigen Mitgliedern des Bundesparteigerichts herzlich für ihre ehrenamtliche Arbeit zu danken. Unser besonderer Dank gilt dem bisherigen Vorsitzenden des Bundesparteigerichts, Herrn Dr. Bonde. Er gehörte dem Bundesparteigericht seit 1992 an, seit dem Jahr 2008 als dessen Vorsitzender. Herr Dr. Bonde hat sich aus persönlichen Gründen entschieden, nicht erneut zu kandidieren. Im Namen der Christlich Demokratischen Union und des ganzen Parteitags danken wir Herrn Dr. Bonde für sein 20-jähriges unermüdliches Engagement für das Bundesparteigericht der CDU. Ihnen, lieber Herr Dr. Bonde, von hier aus Hannover herzliche Grüße und alle guten Wünsche!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Kandidatenvorschläge für den Vorsitz, die ordentlichen Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des neu zu wählenden Bundesparteigerichts liegen Ihnen in den Unterlagen vor. Ich schlage dem Parteitag vor, auch diese Wahl per Akklamation durchzuführen. Sind Sie mit dem Verfahren einverstanden? – Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann frage ich: Wer ist für den Vorschlag des Bundesvorstands? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das Bundesparteigericht einstimmig gewählt. Wir gratulieren den gewählten Mitgliedern und wünschen eine erfolgreiche Arbeit.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir kommen jetzt zum Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, unseres Freundes Herbert Reul. Wir gratulieren ihm zu seiner Wahl zum Vorsitzenden und freuen uns auf seinen Bericht.

Herbert Reul: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Jetzt kommt noch eine Rede. Ich bin also der neue Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe. Bisher hat diese Aufgabe Werner Langen wahrgenommen, dem ich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich – ich glaube, in Ihrer aller Namen – für die großartige Arbeit, die er geleistet hat, danke.

(Beifall)

Ich soll jetzt meinen ersten kurzen Bericht geben. Wir haben Ihnen ja Unterlagen ausgelegt, aus denen hervorgeht, was im Einzelnen gemacht worden ist. Ich will einmal mit einer persönlichen Geschichte anfangen. Als ich 2004 in das Europäische Parlament kam, hat sich im Grunde kein Mensch für das interessiert, was ich da mache. Das hat sich geändert. Wenn ich jetzt sonntagmorgens Brötchen in meiner Heimatstadt holen gehe – sonntags bin ich dafür zuständig – dann kommen alle auf mich zu und fragen: Herbert, habt ihr das mit dem Euro im Griff? Ist alles in Ordnung? Ist mein Geld sicher? – Irgendwie hat sich da die Lage doch gravierend verändert. Die Neugierde, die Nachdenklichkeit oder das Interesse an dem, was da in Europa passiert, ist riesig geworden, nicht in dem Sinne, dass die Leute jetzt alle Fahnen schwenken und sagen: „Das Europaprojekt ist das Größte auf der ganzen Welt“, aber sie sind etwas unruhig, nachdenklich. Sie wollen wissen, was da los ist, und sie passen auf.

Ich habe den Eindruck, die allermeisten Menschen in Deutschland haben trotz all dieser Unsicherheiten ein riesiges Vertrauen in Angela Merkel und die CDU/CSU, darin, dass das irgendwie richtig läuft, was unsere Bundeskanzlerin da macht. Das hat etwas damit zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland uns von der CDU und CSU im Prinzip mehr zutrauen, wenn es um Finanzfragen, wenn es um Europafragen geht. Da haben wir die Kompetenz und nicht die Linken. Das ist ja auch richtig so.

Übrigens, seitdem wir in der deutschen CDU und CSU wieder engagiert Europapolitik machen, uns für mehr Stabilität der Finanzen in diesem Bereich einsetzen, legen wir auch in der Wählergunst wieder zu. Sie erinnern sich: 2011 waren wir noch bei 30 Prozent. Viele haben gedacht, da kommen wir nicht mehr heraus. Jetzt kommen wir an die 40 Prozent. Es gab eine Zeit, da haben wir gedacht, wir würden mit grünen Themen punkten können – war wohl nichts. Vielleicht sollte man in diesen Tagen den einen oder anderen noch einmal daran erinnern: Punkten in der Wählergunst kann man vorrangig mit den eigenen Themen, mit den eigenen Kompetenzen. Da ist man stark. Da trauen die Wählerinnen und Wähler uns etwas zu.

Ein kleiner Hinweis sei mir vielleicht noch zu den kritischen Debatten über Hilfen, die wir verschuldeten Euro-Staaten gewähren, gestattet: Diese kritischen Nachfragen, die wir auch oft in unserer Partei in diesen Tagen und Wochen hören, hätte ich mir auch gewünscht, als es um die Energiewende ging. Da hat keiner nachgefragt, welche Kosten das nach sich ziehen würde. Warum eigentlich immer nur bei den europäischen Fragen? Damals gab es schon ein Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen, in dem festgestellt wurde, dass uns in Deutschland Belastungen in Höhe von 1 455 Milliarden Euro, also mehr als 1 Billion Euro, bevorstehen. Das sind Kostengrößen wie bei der Wiedervereinigung. Wo waren eigentlich damals die kritischen Nachfragen?

Mit der Europapolitik kann man punkten, mit der Europapolitik unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel erst recht. Wir leisten auch einen riesigen Beitrag für die Zukunft der jungen Genera-

tion in Deutschland. Als Adenauer damals die Europäischen Verträge unterschrieb, war jeder fünfte Mensch auf der Welt ein Europäer. Jetzt ist es jeder zehnte, und 2060 wird es voraussichtlich jeder zwanzigste sein. Wir in Europa werden weniger und älter; die anderen auf der Welt werden mehr und jünger, und dumm sind die auch nicht, die anderen. Es glaubt in Luxemburg kein Mensch, dass der luxemburgische Staat allein ohne Europa diesen Wettbewerb um eine gute Zukunft in der Welt gewinnen kann. In Deutschland sieht das anders aus. Da gibt es doch manche, die meinen, wir könnten das auch alleine packen. Das ist Unsinn. Schauen wir uns nur die genannten Zahlen an – die Bundeskanzlerin hat ja auch darauf hingewiesen –: Auch wir in Deutschland werden diesen Wettbewerb in der Welt um Zukunft nicht alleine gewinnen. Wir gewinnen ihn nur mit Europa, oder wir verlieren ihn. Genau das ist der Grund, warum es sich lohnt, das europäische Projekt voranzutreiben und zukunftsfest zu machen.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, das ist nicht ganz einfach, wie wir wissen, übrigens auch nicht bei uns in der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und auch nicht im Europäischen Parlament. Da lohnt sich vielleicht der eine oder andere Blick einmal auf die Fragen, die wir da auszuhandeln oder auszukämpfen haben. In diesen Tagen gibt es da ein paar dicke Probleme; davon will ich ausschnittsweise berichten.

Es geht zum Beispiel um die Frage: Wie lösen wir die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union? Da gibt es im Europäischen Parlament nicht automatisch eine Mehrheit für die Politik, die Angela Merkel macht. Es ist nicht gesichert, dass eine Stabilitätsunion und keine Transfereunion gewünscht wird. Das sehen manche Volksvertreter im Europäischen Parlament anders. Das Konzept von Helfen auf der einen Seite und Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für Sparen, für Strukturreformen auf der anderen Seite wird im Europäischen Parlament zunehmend durch den Ruf nach Euro-Bonds und Schuldentilgungsfonds verdrängt.

Das sollte vielleicht der eine oder andere einmal wissen: Die lautesten Vertreter dieser Idee von Vergemeinschaftung der Schulden sind die Sozialisten und Teile der Liberalen. Das ist die Wahrheit. Mit denen haben wir uns Tag für Tag auseinanderzusetzen. Darüber wird in der deutschen Öffentlichkeit nicht berichtet, verkürzt gesagt: Das interessiert offensichtlich keine Sau. In deutschen Zeitungen, im deutschen Fernsehen oder im deutschen Radio zumindest lese oder höre oder sehe ich relativ selten davon, dass deutsche Sozialdemokraten, dass der hochverehrte Herr Präsident Schulz, dass die Kollegen von Herrn Steinbrück im Europäischen Parlament dafür eintreten und dafür stimmen, die Schulden aller Länder durch die Steuerzahler Deutschlands absichern zu lassen. Ich lese aber und höre ständig, dass es, wenn es um Europa geht, in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein paar gibt, die anders abstimmen. Das muss ich ständig zur Kenntnis nehmen.

Oder nehmen Sie das Thema Bankenaufsicht. Wir in der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament wollen eine gut funktionierende Bankenaufsicht; diese wird dringend benötigt. Aber

wir wollen keine zentralistische Aufsicht über alle kleinen Sparkassen, Volksbanken, Raiffeisenbanken. Wir sind dafür, dass sich die europäische Aufsicht auf die systemrelevanten Banken konzentriert; aber es muss doch nicht jede Bank um die Ecke beaufsichtigt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Oder nehmen Sie die Frage, ob die Europäische Zentralbank oder die europäische Bankenaufsichtsbehörde die Zuständigkeit haben soll. Das muss doch gründlich geprüft werden. Das kann man doch nicht im Schnellschussverfahren machen, wie manche Kolleginnen und Kollegen das wollen.

Übrigens damals, als die Europäische Bankenaufsicht eingerichtet wurde, ist auch so schnell gehandelt worden. Auch da ist nicht auf das Votum vieler im Europäischen Parlament gehört worden, die gesagt haben: Wir wollen eine wirksame Aufsicht. – Da waren übrigens die Damen und Herren aus den Regierungen in den Mitgliedstaaten auch nicht immer nur hilfreich. Jetzt wissen wir, die Aufsicht ist nicht ausreichend. Jetzt wissen wir, wir müssen nachbessern. Wenn aber die Rechtsgrundlage für eine EZB-Lösung wacklig ist, dann kann man das nicht einmal eben so entscheiden.

Wir als CDU/CSU-Gruppe – wir sind ja nur ein Teil der EVP-Fraktion und nur ein Teil des ganzen Parlaments – versuchen, gegen riesige Widerstände eine vernünftige Lösung hinzubekommen, in unserem Sinne, so, wie ich es eben skizziert habe, zumindest aber, ein wenig Zeit zu gewinnen, damit man sich die Dinge genau anschauen kann. Wir können doch nicht riskieren, dass eine Bankenaufsicht im Schnellverfahren hingehauen wird und die Rechtsgrundlage nicht geklärt ist, nur weil einige Staaten ganz schnell die Rekapitalisierung ihrer strachelnden Banken aus dem ESM ermöglichen wollen.

Eine andere Frage. Wie können die Nicht-Euro-Staaten beteiligt werden? Das ist nicht geklärt, genauso wie die Frage, wie der geldpolitische Auftrag der EZB von möglichen Aufsichtsaufgaben getrennt wird, wie die Unabhängigkeit der EZB gesichert wird. Manchmal muss man sich zügig entscheiden, aber manchmal lohnt es sich, dass man eine Woche länger darüber nachdenkt und sich das genau anguckt. Diesen Kampf führen wir von morgens bis abends. Wir können noch ein paar Helfer brauchen, in der Kommunikation, in der Unterstützung, in dem Hinweis darauf, was Sozialdemokraten alles nicht mitmachen. Das geht bis hin zur Einlagensicherung. Wir wollen nicht, dass bei dem Bankenunions-Konzept der deutsche Sparer mit seinen Einlagen für andere Staaten haftet. Das wollen wir nicht,

(Vereinzelt Beifall)

aber dafür muss man erst einmal eine Mehrheit bekommen. Auch der Rat muss mitspielen. Wir sind ja nicht alleine.

Bei strittigen Fragen sind wir manchmal in der Minderheit, manchmal sind wir in der Mehrheit. Nur bei den Fragen, die ich hier genannt habe, sind die deutschen Sozialdemokraten nie auf unserer Seite. Herr Steinbrück macht eine Welle als Oberfinanzminister. In der deutschen Öffentlichkeit müssen wir darüber sprechen, wie unglaublich das ist: Im deutschen Parlament, dem Bundestag, dicke Welle machen, nette Reden halten, und wenn es darauf ankommt, stimmen deutsche Sozialdemokraten im Europäischen Parlament gegen deutsche Interessen. Das ist doch die Wahrheit.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will auf ein anderes Thema zu sprechen kommen. Wie Sie sehen, ist es nicht ganz unwichtig, welche Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten sind, auch wenn es weit weg ist. Es ist nicht unwichtig, ob es viele CDU/CSU-Abgeordnete sind oder wenige. Auch die Frage, ob Handlungsfähigkeit gegeben ist, ist nicht ganz unwichtig, ob wir große Fraktionen haben oder viele kleine Splittergruppen. Deswegen ist es ein Unding, was das Bundesverfassungsgericht entschieden hat. Die Abschaffung der 5-Prozent-Klausel ist ein Unding, ein riesiger Fehler.

(Vereinzelt Beifall)

Eine Europawahl ohne jede Sperrklausel gefährdet die Handlungsfähigkeit und den deutschen Einfluss im Europäischen Parlament. Das möchte ich heute zu Protokoll geben. Darauf können wir zurückkommen, bei allen Oberjuristen, die das alles immer besser wissen.

Wir werden in der deutschen Politik noch viel Freude haben, wenn es keine Sperrklausel gibt. Wir haben dann zig deutsche Abgeordnete im Europäischen Parlament, die mit ein paar wenigen Stimmen rumturnen. Acht oder zehn Einzelkämpfer, Rechtsradikale, die dann alle in deutschen Talkshows auftreten. Ich wette mit Ihnen: Die sind alle in deutschen Talkshows; wir kommen da nicht rein, aber diese verrückten Einzelkämpfer werden alle dort auftauchen. Dann werden sie in der deutschen Politik Unruhe stiften. Ich lade uns alle ein – ich bitte dringend darum –, wirklich jeden Versuch zu unternehmen, dass wir im Europawahlgesetz wieder eine Sperrklausel einbauen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist möglich, das liegt nicht an Karlsruhe, das liegt an unseren Kolleginnen und Kollegen, an der Mehrheit im Deutschen Bundestag.

Ich will nur sagen: Wir haben unseren Job erfüllt. Wir haben in der vorigen Woche im Europäischen Parlament per Mehrheitsentscheidung einen Entschluss herbeigeführt, nicht im Umlaufverfahren; damit das geklärt ist. In dem Beschluss werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, eine Sperrklausel für die nächsten Europawahlen einzuführen. Das ist eine neue Lage. Auch das Bundesverfassungsgericht kann nicht darüber hinweggehen, wenn eine solche Entscheidung getroffen worden ist.

Dritter Punkt. Nächste Woche erhält Europa den Friedensnobelpreis. Das ist gut. Ich wünsche mir, dass wir von der CDU auch ein bisschen stolzer darauf sind, dass es so gekommen ist; denn von Anfang an bis heute waren wir von der Union am Gelingen des europäischen Projektes ordentlich beteiligt. Wir sind nicht die Einzigen, aber wir waren ordentlich mit vielen guten und wichtigen Politikern beteiligt. Da kann man doch ab und zu stolz darauf sein und das auch sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Man muss natürlich auch dafür sorgen, dass das nicht einfach ein tolles Projekt am Abendhimmel des Abendlandes ist, sondern dass effektiv umgesetzt wird, was auf europäischer Ebene passiert. Ich will ein weiteres Beispiel nennen, damit Sie merken, wo sich der Streit über richtige Europapolitik lohnt, dass es um Elementares geht.

Es geht zum Beispiel nicht nur um die Frage, wie gespart wird, sondern auch darum, wie Wachstum in Europa entsteht. Was tun wir denn eigentlich, um Industrie in Europa zu halten und weiterzuentwickeln und Innovation und Forschung zu fördern? Den ganzen Tag darüber zu klagen, dass Griechenland kein Wirtschaftswachstum hat, reicht nicht aus. Was tun wir? Unterstützen wir präzise die Kommissare, die sich für Wettbewerb, für Binnenmarkt, für Industrie und Forschung einsetzen? Oder verhindern wir sowohl im Europäischen Parlament als auch im Rat mit all unseren Möglichkeiten Beschlüsse, die die europäische Industrie gefährden? Wissen Sie: Wenn es konkret wird, dann ist das nämlich gar nicht so einfach. Theoretisch ist das ganz simpel. Wir haben auch nicht immer eine Mehrheit, aber es lohnt sich.

Wir wissen, dass wir in Deutschland eine starke und leistungsfähige Industrie haben. Unsere Industriequote liegt weit über dem EU-Durchschnitt. In anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist die Deindustrialisierung viel weiter fortgeschritten, vielleicht sogar so weit, dass sie sich eine industriefeindliche Politik leisten können, zumindest stört es sie nicht mehr.

Lassen Sie mich den Schwank doch noch erzählen. Die Kollegen aus Großbritannien kommen in diesen Tagen zu uns, klopfen uns auf die Schulter und sagen: Gut, dass Ihr Deutschen noch Industrie habt. Wir haben einmal gedacht, mit Finanzdienstleistungen könne man die Welt gestalten. Das machen wir auch nicht wieder. – Die haben es begriffen, aber es muss doch nicht immer erst so weit kommen. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir durch politische Beschlüsse unseren industriellen Mittelstand und damit das Fundament unseres Wohlstands aufs Spiel setzen. Ich will ein paar konkrete Beispiele nennen. Es gibt auf europäischer Ebene einen viel diskutierten Vorschlag, neben den Klima- und Energiezielen – davon haben wir Hunderte – eine Industriequote zu festzulegen. Warum eigentlich nicht? Warum nicht eine Quote, die festlegt, wie viel Industrie wir in Europa wollen? Wir haben doch mittlerweile für alles Quoten. Das macht doch Sinn. Es hängen Arbeitsplätze dran. Für die Menschen, die in Europa wählen, hängt davon eine ganze Menge ab.

Wir sollten uns fragen, ob es derzeit überhaupt richtig ist, den Emissionshandel zu verschärfen. Brauchen wir! Nächste Frage. Was ist mit der detaillierten Regelung zur Energieeffizienz, wie wir sie nicht haben verhindern können? War es denn hilfreich, auch noch den Luftverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen? Fragen Sie einmal die Luftfahrtindustrie, wohin sich das Ganze entwickelt. Brauchen wir noch schärfere Vorgaben für den Klimaschutz in Europa, während der Rest der Welt immer weniger macht?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Wir haben eine Menge von Zielen nebeneinander gesetzt: CO₂-Reduzierung, erneuerbare Energien, Energieeffizienz. All das haben wir gleichberechtigt nebeneinander gesetzt. Jetzt wundern wir uns, dass sich die nebeneinander gesetzten Ziele entweder aufheben oder gegenseitig stören. Das ist doch logisch! Wenn ich den Ausbau von erneuerbaren Energien vorantreibe, dann habe ich immer weniger Emissionen. Jetzt klagen wir darüber, dass die Zertifikate zu billig werden. Was ist das denn für ein Widerspruch? Da müssten wir doch klatschen, da müssten wir sagen: Super, die Nummer klappt! Stattdessen wird nachgedacht, die Emissionszertifikate zu verteuern, damit die Industrie, die wir angeblich fördern wollen, mit noch einer Schwierigkeit zurecht kommen muss. Ich begreife das nicht. Das muss die CDU allerdings in der ganzen Familie austragen, das ist nicht allein unser Job in Brüssel. Wir müssen uns zusammensetzen und überlegen: „Wie können wir den Kurs konsequent verfolgen, konstant halten und in Richtung bringen, die Überschrift dieser Tagung ist. Dieser Bundesparteitag will in den Mittelpunkt stellen, dass wir ein starkes Deutschland und ein starkes, wirtschaftsstarkes Europa haben. Ich würde mir wünschen: wir würden das nicht nur allgemein fordern. Vielmehr sollten wir uns sowohl in Bezug auf die deutsche Gesetzgebung als auch in Bezug auf die europäische Gesetzgebung die Details genau betrachten, und Stellen, die nicht klug sind, durch entsprechende Regelungen verhindern. Das kann man beeinflussen, das kann man im Europäischen Parlament und im Rat mitentscheiden, aber alleine kann das kein Mensch. Dafür braucht es eine gute Zusammenarbeit.

Zum Schluss: Ich freue mich, in den paar Monaten, in denen ich diese Aufgabe wahrnehmen darf, über die wirklich tolle Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, mit der CDU/CSU-Bundstagsfraktion und uns, der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Das verbessert sich immer mehr. Ich bedanke mich stellvertretend im Namen aller meiner Kolleginnen und Kollegen bei Angela Merkel und Volker Kauder. Ich wünsche uns, dass wir an diesem Projekt weiter gemeinsam arbeiten. Es lohnt sich, für das Projekt zu arbeiten, aber man darf dem einen oder anderen Streit nicht aus dem Weg gehen, wenn die Sache es erfordert. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Diese späte Zeit war fast eine Zumutung. Merci.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Herbert Reul, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Wir sind stolz, dass unsere

EVP-Fraktion die stärkste politische Kraft im Europäischen Parlament ist und dass in der Fraktion die stärkste politische Kraft von der CDU/CSU gestellt wird. Dank auch nochmal an Werner Langen, der das Amt zuvor exzellent und in guter Zusammenarbeit mit uns und anderen parlamentarischen Ebenen geführt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Das Ergebnis der Bundesvorstandswahlen liegt noch nicht vor.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 22:

Sonstige Anträge

Ich darf Sie bitten, wenn das zu so später Stunde überhaupt noch möglich ist, auf vollen Konzentrationsmodus zu schalten, damit ich Ihnen erläutern kann, wie und worüber wir beraten.

Sie brauchen für die Beratungen zum Ersten die in Broschürenform vorgelegte Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission und zum Zweiten die extra verteilte Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission. Wir werden es so machen, dass wir zuerst die Wortmeldungen, die zu den Anträgen vorliegen – so zum Beispiel gleich zum ersten Antrag abarbeiten, die Antragsteller sprechen lassen, alle Wortmeldungen zulassen. Am Schluss kommt das Votum der Antragskommission, im Regelfall vom Vorsitzenden der Antragskommission, von unserem Generalsekretär Hermann Gröhe.

Wir behandeln als Allererstes den Antrag C 1. Den finden Sie in der gedruckten Broschüre auf Seite 265. Gleichzeitig wird der Antrag C 84 aufgerufen. Den finden Sie auf Seite 8 der Sammlung der Initiativanträge. In beiden Anträgen geht es um die steuerliche Förderung von Ehe und Familie auf der einen Seite und von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften auf der anderen Seite. Antrag C 1 möchte hier einen deutlichen Unterschied zugunsten von Ehe und Familie machen, während sich Antrag C 84 für eine steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften mit der Ehe einsetzt. Beiden Anträgen ist gemein, dass sie die Kinderförderung verbessern wollen. Auf Seite 265 findet sich der Vorschlag der Antragskommission zu dieser Thematik. Dieser wird am Schluss vorgestellt.

Es liegt bereits eine Flut von Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, dass wir zum Beginn jeweils einen Repräsentanten von C 1 – Kreisverband Fulda – und von C 84 sprechen lassen und dass wir dann die Wortmeldungen in der vorliegenden Reihenfolge abarbeiten. Ich bitte herzlichst darum, die Saalmikrofone zu nutzen, damit wir zeitlich gut durchkommen. Am Schluss der Wortmeldeliste wird der Generalsekretär den Vorschlag der Antragskommission begründen. Dann werden wir in die Abstimmung eintreten. Sind Sie mit diesem Verfahren zur Behandlung der Anträge einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein.

Als ersten beiden Rednern erteile ich Dr. Walter Arnold aus Fulda für den Antrag C 1 und danach Jan Marco Luczak aus Berlin für den Antrag C 84 das Wort. Wir beginnen mit Herrn Dr. Arnold.

Dr. Walter Arnold: Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich möchte unseren Antrag C 1 kurz begründen. Dieser Antrag ist vom Kreisverband Fulda auf diesem Bundestagsparteitag eingebracht worden und ist als Reaktion auf einen Vorstoß von 13 Bundestagsabgeordneten vom August dieses Jahres zu verstehen, die die steuerliche Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im Ehegattensplitting vorgeschlagen haben. Danach sollen gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften die gleiche Förderung und Privilegierung wie Ehe und Familie erfahren.

Wir treten weiterhin für die besondere Förderung und die steuerliche Privilegierung von Ehe und Familie und vor allen Dingen von Familien mit Kindern ein. Ich bin im Namen meines Kreisverbandes der Antragskommission dankbar für eine weitergehende Formulierung im Antrag C 1, weil dadurch besonders deutlich wird, worum es uns geht. Es geht uns überhaupt nicht um die Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Vielmehr rechtfertigt nach unserer Auffassung das in Art. 6 des Grundgesetzes festgelegte Prinzip, wonach Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen, durchaus ein Abstandsgebot, wenn es um Ehe und Familie mit Kindern auf der einen sowie anderen Lebenspartnerschaften geht. Es soll bestehen bleiben. Familien und vor allen Dingen Familien mit Kindern gehören zu den Grundwerten und den Überzeugungen der CDU. Daran müssen wir festhalten.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte hier noch einmal deutlich betonen, dass die Ehe und Familien mit Kindern das Fundament unserer Gesellschaft bilden. Den Kindern gehört die Zukunft in unserer Gesellschaft. In den vergangenen Jahrzehnten hat es uns als Volkspartei, als Christlich Demokratische Union, immer gut angestanden, dass wir für den besonderen Schutz und die besondere Privilegierung von Ehe und Familie eingetreten sind. Deswegen bitte ich Sie herzlich, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Als Nächster hat das Wort Jan Marco Luczak für den Antrag C 83.

(Teilweise Beifall)

Jan Marco Luczak: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich freue mich erst einmal, dass wir hier eine so offene und unverkrampfte Debatte über dieses Thema führen können. Ich glaube, allein das ist schon einmal ein wichtiges Signal. Das wäre vielleicht vor 20 Jahren in dieser Form noch nicht möglich gewesen.

Ich möchte mit ein paar Sätzen aus einer E-Mail beginnen, die mich vor wenigen Tagen erreicht hat und die ganz gut darlegen, worum es uns in unserem Antrag geht. Da heißt es: Emotional gesehen ist es für mich fast unerträglich, dass es immer noch in Deutschland eine so frappierende

Ungleichbehandlung gibt. Mein Mann Jan und ich sind seit zwölf Jahren zusammen. Letztes Jahr haben wir den Bund fürs Leben geschlossen. Er hatte vor vier Jahren ein Burn-out in seinem Beruf als Krankenpfleger. Er hat sich zum Glück sehr schnell erholt und studiert nun selbst Psychologie. Von der ersten Minute an habe ich ihn selbstverständlich in jeglicher Form unterstützt, auch finanziell. Er war so in der Lage, nie Sozialleistungen beziehen zu müssen. Wir stehen als Paar füreinander ein und entlasten so auch den Staat, so wie es Heteropaare auch tun und dafür im Gegenzug vom Staat eine steuerliche Entlastung erhalten.

Genau darum, liebe Freundinnen und Freunde, geht es in unserem Antrag. Wir sagen, dass aus gleichen Pflichten auch gleiche Rechte folgen müssen. Das ist ein grundlegendes Gebot der Gerechtigkeit. Das sollte für uns eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle eines noch ganz deutlich hervorheben: Wir sind sehr dafür, Ehe und Familie zu schützen. Wir sind sehr dafür, Familie und Kinder zu fördern und zu unterstützen. Ich finde, hier können wir durchaus noch mehr tun. Das bringen wir auch in unserem Antrag zum Ausdruck. Wichtig ist mir, deutlich zu machen, dass es einen vermeintlichen Angriff auf Ehe und Familie, wie ihn der eine oder andere Kritiker in unserem Vorstoß sieht, nicht gibt; denn nur weil wir Lebenspartnerschaften gleichstellen, verliert die Ehe nichts. Ich nehme keinem Ehepaar etwas weg. Kein Ehepaar wird schlechtergestellt. Es wird im Übrigen auch kein einziges Kind weniger geboren, nur weil wir im Steuerrecht etwas ändern. Weil es diesen Gegensatz nicht gibt, sollten wir uns auch nicht in die Ecke drängen lassen: hier die Konservativen, da die Modernen. Entscheidend für uns sollte sein, dass auch in eingetragenen Lebenspartnerschaften Werte gelebt werden, die wir als Partei hochhalten; denn auch dort haben zwei Menschen zueinander gefunden, die sich lieben und dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen wollen. Dort sind zwei Menschen, die sich gegenseitig unterstützen und sich in guten wie in schlechten Zeiten beistehen wollen. Ich finde, das sind zutiefst konservative Werte, meine Damen und Herren.

Das ist nicht zuletzt genau das, was wir bei der Ehe unterstützen. Wenn der Gesetzgeber an dieser Situation Vorteile mit der Steuer verknüpft, dann sage ich, dass diese Steuervorteile nicht vom Geschlecht abhängig sein dürfen.

(Beifall)

Es wird bei der Diskussion immer gesagt, wir würden mit diesem Thema unsere Stammwähler verlieren. Es gibt Umfragen, die zeigen, dass 80 Prozent der Menschen in unserem Land für eine steuerliche Gleichstellung sind. Es ist auch wichtig, an dieser Stelle zu sagen, dass von diesen Menschen 71 Prozent die Union wählen. Deswegen, glaube ich, ist die Aussage, wir würden konservative Menschen verprellen, nicht zutreffend. Im Gegenteil, diese Debatte, die weit in bürgerliche Kreise reicht, führt dazu, dass im Bildungsbürgertum und bei Menschen, die in großen

Städten leben, kein Verständnis für unsere Politik vorhanden ist. Wir brauchen die Menschen des Bürgertums und aus großen Städten, wenn wir im ganzen Land erfolgreich sein wollen. Dazu müssen wir uns hier bewegen.

(Beifall)

Ich führe ein letztes Argument an, das, glaube ich, ein großes Gewicht hat. Die CDU war immer schon die Partei, die für Recht und Ordnung eingetreten ist. Wir waren und wir sind die Rechtsstaatspartei. Dazu gehört vor allen Dingen die Achtung unserer Verfassung. Dazu gehört auch die Achtung vor den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts. Wenn man sich an dieser Stelle die Rechtsprechung anschaut, dann wird man in seltener Klarheit feststellen, was Karlsruhe im kommenden Jahr entscheiden wird. Karlsruhe hat hier nicht nur mit einem Zaunpfahl gewunken, sondern mit einem ganzen Zaun. Ich bin sicher, wir werden im kommenden Jahr eine Entscheidung bekommen, die uns verpflichtet wird, eingetragene Lebenspartnerschaften gleichzustellen. Das ist nicht nur meine Einschätzung. Wir haben in der Presse gelesen, Thomas de Maizière und andere teilen diese Einschätzung, dass wir vor einer solchen Entscheidung stehen. Ich frage Sie: Wollen wir sehenden Auges in eine juristische Niederlage hineinlaufen? Wollen wir wirklich in die Situation kommen, dass wir auf dem Parteitag etwas entscheiden, was uns in wenigen Monaten vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig um die Ohren gehauen wird? Ich glaube, das wollen wir nicht.

(Beifall)

Für uns ist es wichtig, dass wir als CDU die gesellschaftlichen Realitäten anerkennen und darauf politisch reagieren. Deswegen, liebe Freundinnen und liebe Freunde, lasst uns nicht hinter einem Urteil verstecken. Wir haben einen Auftrag zur politischen Gestaltung. Diesen sollten wir selbstlos wahr- und annehmen; denn Politik soll von uns gemacht werden und nicht von Gerichten. Deswegen sage ich: Lasst uns heute hier für die steuerliche Gleichstellung eintreten und das beschließen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Die beiden nächsten Redner sind Dr. Hermann Kues, unser Parlamentarischer Staatssekretär im Familienministerium, und Stefan Kaufmann aus Stuttgart. Das Tagungspräsidium bittet – wir haben bei diesem uns bewegenden und interessanten Thema sehr viele Wortmeldungen; die beiden Einführungen dauerten etwas länger, das war klar – dass jeder Redner in drei Minuten die wesentlichen Argumente nennt. Dann können wir ganz viele Meinungen hören. Jetzt erhält Hermann Kues das Wort. Danach Stefan Kaufmann.

Dr. Hermann Kues: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für das Votum der Antragskommission sprechen. Ich glaube, es ist eine kluge Vorgehensweise, dass wir uns ein-

deutig zu Ehe und Familie bekennen, wie es mein Vorredner getan hat, und sagen, dies ist das Fundament der Gesellschaft; denn davon hängt letztlich die weitere Existenz unserer Gesellschaft ab. Wir sagen aber auch, dass wir andere Formen von Partnerschaften respektieren, wenn Menschen ihren Lebensentwurf verwirklichen. Wir erkennen dies ausdrücklich an. Dort werden Werte gelebt, die für unsere Gesellschaft wichtig sind, die grundlegend sind. Deswegen werben wir auch für Toleranz und sind gegen Diskriminierung. Ich sage aber auch ganz deutlich: Wir dürfen meiner festen Überzeugung nach nicht alles in einen Topf werfen. Wir müssen unterscheiden. Deswegen legen wir großen Wert darauf, dass die steuerliche Begünstigung von Ehe und Familie beibehalten wird. Wir sind sogar dafür, dass dieses im Sinne eines realen Familiensplittings ausgebaut wird, sodass das Aufziehen von Kindern steuerlich besser anerkannt wird, als es bislang der Fall ist.

(Beifall)

Wir haben in den letzten Jahren viel auf den Weg gebracht. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass wir immer mehr dazu kommen, dass Menschen ermutigt werden, sich zu Ehe und Familie zu bekennen. Es ist auch wichtig, dabei zu bleiben, dass es Unterschiede gibt, wie man dieses handhabt und praktiziert. Ich bin für Toleranz und gegen Diskriminierung. Ich bin aber auch dagegen, dass alles in einen Topf geworfen wird. Wir sollten uns genau überlegen, wie wir unseren Kurs konkretisieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hermann Kues. Jetzt hat Stefan Kaufmann das Wort und danach Thomas Bareiß.

Dr. Stefan Kaufmann: Auch ich möchte mich zunächst dafür bedanken, dass diese Diskussion heute stattfindet. Die CDU ist eine Volkspartei und muss unterschiedliche Positionen und unterschiedliche Lebensentwürfe aushalten. Ein solcher Lebensentwurf ist die eingetragene Lebenspartnerschaft. Sie ist auf Dauer angelegt. Die Partner übernehmen gegenseitig Verantwortung und – das haben wir gehört – es werden Werte gelebt. Warum sollen diese eingetragenen Lebenspartnerschaften beim Ehegattensplitting benachteiligt werden? Der besondere Schutz der Ehe in Art. 6 Grundgesetz hindert den Gesetzgeber – das haben wir gehört – nicht daran, für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften gleiche Rechte und gleiche Pflichten vorzusehen. Der Ehe wird auch nichts weggenommen. Es wird keine Ehe weniger geschlossen, und es wird kein Kind weniger geboren werden. Es geht bei unserem Antrag vielmehr um die Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes bei der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Um nichts anderes geht es beim Ehegattensplitting. Die Gleichstellung ist – wir haben die Argumente gehört – daher verfassungsrechtlich zwingend, und sie ist gesellschaftspolitisch auch geboten. Sie ist zudem im Koalitionsvertrag vorgesehen, und – das möchte ich erwähnen – sie wird von den Finanzbehörden, mit Ausnahme von Bayern und Sachsen, bereits praktiziert. Warten wir also nicht, bis wir

vom Verfassungsgericht zu diesem weiteren Schritt gezwungen werden, sondern nehmen wir, wie es Jan-Marco Luczak gesagt hat, unseren politischen Gestaltungsauftrag in diesem Punkt ernst und wahr. Das wäre im Übrigen auch ein Signal an die Städte. Es ist richtig, wir brauchen keine völlig neue Politik für die Städte. Wir sind in vielen Bereichen auf einem guten, einem überzeugenden Modernisierungskurs. Aber wir brauchen eine Adaption unserer Werte und Überzeugungen auf urbanen Milieus und Fragestellungen. Unsere heutige Diskussion hat daher auch symbolische Bedeutung. Ich bitte Sie daher um Ihre Zustimmung zu unserem Initiativantrag, also die Ablehnung der Fassung der Antragskommission. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Es spricht jetzt Thomas Bareiß, danach Jens Spahn und danach Steffen Flath. Thomas Bareiß, bitte.

Thomas Bareiß: Wertes Tagungspräsidium! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Die CDU steht wie keine andere Partei für Ehe und Familie. Deshalb möchte ich mit Nachdruck für den Kompromissvorschlag der Antragskommission und für ein klares Bekenntnis zu Ehe und Familie werden.

(Beifall)

Damit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass es für uns keine Gleichstellung der Lebenspartnerschaft geben kann. Wir sollten hier klar differenzieren und trotzdem klarstellen, dass wir andere Lebenspartnerschaften nicht von vornherein ausgrenzen wollen. Ich möchte darüber hinaus den Antrag der Antragskommission vorschlagen, weil ich glaube, dass wir eine steuerliche Weiterentwicklung der Familie brauchen und einen Grundfreibetrag von 8 000 Euro pro Kind weiterhin als unser politisches Ziel vorantreiben sollten.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, etliche Vorredner haben gesagt, dass wir im nächsten Jahr zwingend ein Urteil aus Karlsruhe bekommen, das dazu führen wird, dass wir die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft bekommen. Das glaube ich nicht. Wir sollten abwarten, was uns Karlsruhe sagt. Deshalb sollten wir erst dann entscheiden, welche Schlüsse wir daraus ziehen sollten.

(Beifall)

Wenn wir heute den Antrag C 84 so beschließen würden, müssten wir uns nicht nur damit auseinandersetzen, dass wir die Ehe verwässern, sondern wir müssten uns auch mit der Frage auseinandersetzen, ob wir beispielsweise das Adoptionsrecht für die gleichgeschlechtliche Leben-

spartnerschaft wollen. Ich glaube, das kann nicht das Thema der CDU sein. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung für das Votum der Antragskommission, den Kompromissvorschlag anzunehmen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Thomas Bareiß. – Jetzt kommt der Kollege Jens Spahn, danach Steffen Flath und dann Elisabeth Winkelmeier-Becker.

Jens Spahn: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Liebe Freundinnen und Freunde! Zwei Menschen erklären rechtlich verbindlich und auf Dauer angelegt, in guten wie in schlechten Zeiten, was im Übrigen schon heute in den Unterhalts- und Fürsorgepflichten enthalten ist, füreinander einzustehen. Kurzum: Zwei Menschen binden sich aus freier Entscheidung zueinander. Das ist im Geiste von Subsidiarität und Personalität, wie ihn unsere CDU ausmacht.

Wenn das so ist, dann verdient das unsere Anerkennung und unsere Wertschätzung, aber eben auch die Gleichbehandlung in steuerrechtlichen Fragen, egal ob es sich um homosexuelle oder heterosexuelle Partnerschaften handelt. Denn es sind die Werte, auf die es ankommt, liebe Freundinnen und Freunde. Deswegen sollten wir diese Gleichbehandlung auch regeln.

(Teilweise Beifall)

Der britische Premierminister David Cameron, ein Konservativer, hat den schönen Satz gesagt: Ich bin für die Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften, nicht obwohl ich konservativ bin, sondern weil ich konservativ bin. – Ich verstehe nicht, warum wir da so defensiv diskutieren. Wir sind die Wertepartei. Wir sind diejenigen, die sagen, dass wir das Streben der Menschen, sich zu binden und verbindlich füreinander einzustehen, also das Streben der Menschen nach Verbindlichkeit, im 21. Jahrhundert in eine Gesellschaft übersetzen, die vielfältiger ist, als es vielleicht früher der Fall gewesen ist, die aber immer noch – das zeigt jede Shell-Jugendstudie – die Werte leben will, die uns wichtig sind. Deswegen sollten wir die Debatte offensiv als Wertedebatte führen.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte zwei abschließende Bemerkungen machen.

Erste Bemerkung. Ich habe gerade das Argument gehört, durch unseren Antrag würde die „Ehe verwässert“. Das verstehe ich nicht. Im Gegenteil: Ich finde, dass die Ehe eher gestärkt wird durch den Umstand, dass auch andere Menschen nach gleicher Verbindlichkeit streben. Wo werden denn Ehe und Familie verwässert? Wir sind uns doch einig – das zeigt im Übrigen auch unser Antrag –, dass wir eine steuerrechtlich bessere Berücksichtigung von Familien mit Kindern haben wollen. Wir sind uns doch einig darin, dass wir Familien unterstützen müssen. Ich finde es, ehrlich gesagt, nicht ganz fair in der Argumentation, die Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften gegen die Förderung von Familien auszuspielen. Das eine kann man tun und das andere gleichzeitig auch.

(Teilweise Beifall)

Zweite Bemerkung. Auch dieser Punkt ärgert mich, wenn ich das sagen darf, an der Formulierung der Antragskommission. Da steht: „die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen“. Entschuldigung, ich verwirkliche mich nicht. Ich lebe auch nicht einen Lebensentwurf. Ich bin einfach, wie ich bin. Allein deswegen bitte ich Sie, das Votum der Antragskommission abzulehnen.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Wir haben eine gute Nachricht: Das Wahlergebnis für den Bundesvorstand liegt vor. Der erste Wahlgang war gültig. Ich gebe Ihnen schnell das Ergebnis bekannt: Abgegeben wurden 887 Stimmen, davon waren zehn ungültig und keine Enthaltungen. Es gab also 877 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 439 Stimmen.

Als Mitglieder des Bundesvorstandes wurden gewählt: unser Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière mit 848 Stimmen und 96,69 Prozent,

(Beifall)

unser Umweltminister Peter Altmaier mit 842 Stimmen und 96,01 Prozent,

(Beifall)

auf Platz drei Dr. Franz Josef Jung mit 761 Stimmen und 86,77 Prozent,

(Beifall)

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff mit 715 Stimmen und 81,53 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

der Vorsitzende der Senioren-Union Prof. Dr. Otto Wulff mit 715 Stimmen und 81,53 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz mit 709 Stimmen und 80,84 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag für Finanzen Dr. Michael Meister mit 698 Stimmen und 79,59 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament Elmar Brok mit 682 Stimmen und 77,77 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

die niedersächsische Ministerin Aygül Özkan mit 673 Stimmen und 76,74 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

die Bundestagsabgeordnete Sabine Weiss mit 666 Stimmen und 75,94 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Arnold Vaatz mit 665 Stimmen und 75,83 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski mit 659 Stimmen und 75,14 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

die nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Serap Güler mit 653 Stimmen und 74,46 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring mit 653 Stimmen und 74,46 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

Younes Ouqasse mit 649 Stimmen und 74 Prozent,

(Beifall)

Christian Baldauf mit 648 Stimmen und 73,89 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

der Europaparlamentarier Peter Liese mit 619 Stimmen und 70,58 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

Jens Spahn mit 611 Stimmen und 69,67 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

Monica Wüllner mit 600 Stimmen und 68,42 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Hubert Hüppe mit 595 Stimmen und 67,84 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Thema Wirtschaft
Dr. Michael Fuchs mit 587 Stimmen und 66,93 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

der Bundestagskollege Dr. Johann Wadepful mit 582 Stimmen und 66,36 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Regina Görner mit 568 Stimmen und 64,77 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

Elisabeth Motschmann mit 546 Stimmen und 62,26 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

Gudrun Heute-Bluhm mit 538 Stimmen und 61,35 Prozent,

(Vereinzelt Beifall)

und last, but not least auf Platz 26 Lorenz Caffier mit 520 Stimmen und 59,29 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Drei Kandidaten sind leider nicht gewählt worden, obwohl sie auch noch eine hohe Stimmzahl bekommen haben: Dieter Dombrowski mit 497 Stimmen und 56,67 Prozent, Ingrid Sehrbrock mit 494 Stimmen und 56,33 Prozent sowie Axel Fischer mit 490 Stimmen und 55,87 Prozent.

Das Tagungspräsidium gratuliert allen gewählten Kandidatinnen und Kandidaten und fragt, ob einer der Gewählten die Wahl nicht annimmt. – Das ist erkennbar nicht der Fall. Herzlichen Glückwunsch an die Gewählten!

Wir treten wieder in die weitere Beratung ein. Der nächste Redner ist Steffen Flath und danach Elisabeth Winkelmeier-Becker.

Steffen Flath: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Verehrte Damen und Herren Delegierte! Ich bin für den Antrag des Kreisverbandes Fulda. Ich werbe für die Empfehlung der Antragskommission. Wir sind gewählte Delegierte auf einem Bundesparteitag der CDU und haben heute eine Entscheidung zu treffen. Gleiches gilt für Abgeordnete als Gesetzgeber. Danach können Gerichte darüber urteilen, ob wir richtig entschieden haben. Aber wir sollten nicht schon heute darauf spielen, sondern wir sollten uns einfach das Recht nehmen, hier frei politisch zu entscheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will zunächst auf meinen Vorredner eingehen. Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften: ja. Man kann konservative Werte in diesen Partnerschaften leben. Das passiert auch in unserem Land. Das sollten wir achten und schätzen. Insofern stimmen wir überein.

Gleichstellen mit der Ehe sollten wir sie als CDU gerade nicht.

(Teilweise Beifall)

Meine Begründung: Ich bin 1983 in die CDU eingetreten. Ich bin eingetreten, weil ich Christ bin. Ich bekenne das öffentlich. Gott hat uns Menschen als Frau und Mann geschaffen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube daran, dass er sich dabei etwas gedacht hat.

(Vereinzelt Beifall)

Die Ehe ist deshalb für mich etwas Besonderes, und zwar völlig unabhängig davon, ob meine Ehe gut oder weniger gut gelingt. In meiner Kirche, der römisch-katholischen Kirche, nennt man das ein Sakrament. Daraus abgeleitet – davon gehe ich aus – ist der besondere Schutz der Ehe, darauf aufbauend Familie, im Grundgesetz. Bei einem Blick in unser Grundsatzprogramm, bei einem Blick in unsere Erklärung als Christlich Demokratische Union findet man immer wieder diesen Grundsatz.

Manche bezeichnen das heute als Nebensache, für mich ist es durchaus eine Grundsatzfrage. Aber seien wir uns bewusst und bleiben wir dabei, dass Ehe und Familie eben nicht nur für unser persönliches Leben, sondern für unsere Gesellschaft und darüber hinaus für den Fortbestand unserer Menschheit etwas ganz Besonderes ist. Deshalb bitte ich um Unterstützung des Antrages so, wie ihn die Antragskommission formuliert hat. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Steffen Flath. – Jetzt kommt Elisabeth Winkelmeier-Becker, danach Karl Schiewerling.

Elisabeth Winkelmeier-Becker: Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine lieben Parteifreunde und Parteifreundinnen! Es geht in der heutigen Debatte sehr stark darum, wie wir zum Schutz von Ehe und Familie stehen. Deshalb möchte ich eine Vormerkung an den Anfang meines Beitrag stellen und von mir selber berichten. Ich bin lange verheiratet und habe zusammen mit meinem Mann drei Kinder. Von Beruf bin ich Familienrichterin gewesen, bevor ich Abgeordnete wurde. Deshalb weiß ich, wovon ich rede, wenn es darum geht, dass der Schutz von Ehe und Familie existenziell wichtig und wertvoll für unsere Gesellschaft ist. Ich weiß, was es bedeutet und welches Leid es ausmacht, wenn Familien auseinanderbrechen. Deshalb ist es mir ein Herzensanliegen, Familien darin zu unterstützen, zusammenzubleiben. Das lasse ich mir auch nicht absprechen.

Ich möchte eine weitere Vormerkung machen. Es geht heute nicht darum, zu behaupten, eingetragene Lebenspartnerschaften seien das Gleiche wie eine Ehe. Es geht nicht darum, das eine mit dem anderen zu hundert Prozent gleichzusetzen. Wir reden hier auch nicht über Adoption. Es geht vielmehr darum, für eingetragene Lebenspartnerschaften einen gerechten und stimmigen Ansatz bei der Steuer gelten zu lassen.

Wir müssen uns die heutige Situation anschauen. Da gibt es gesetzliche Pflichten der Partner. Derjenige, der mehr verdient, ist verpflichtet, den anderen, der bedürftig ist, mit zu unterhalten. Wenn sich die beiden trennen, gibt es einen Zugewinnausgleich, gibt es einen Versorgungsausgleich. Hier wird genau wie in der Ehe vorgegangen.

Wenn der Staat aber einen Steuerbescheid schickt, dann behandelt er denjenigen mit dem hohen Einkommen wie einen Single, wie jemanden, der das Geld für sich hat und nicht damit auch für einen sorgen muss. Das ist in sich schlichtweg ungerecht, es ist nicht stimmig, es ist inkonsequent.

(Teilweise Beifall)

Es ist verletzend ungerecht für diejenigen, die es betrifft. Jetzt haben wir hier den Einwand gehört: Wird dadurch nicht der Schutz von Ehe und Familie relativiert? Ich frage Sie: Was hilft Familien? Was schützt sie in ihrem Zusammenleben und in ihrem Bestand? Das ist all das, was ihnen hilft, den Stress des Alltags durchzustehen, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt, was finanziell hilft, wenn einer nicht berufstätig ist, sondern zu Hause bleibt, um familiäre Aufgaben wahrzunehmen. Es ist all das, was gemeinsame Zeit für ein gutes Familienleben möglich macht.

Wenn Sie Familien fragen, was ihnen hilft, dann werden Sie von keiner Familie hören: Mir hilft, dass man in einer Lebenspartnerschaft zu viel Steuern bezahlt. Diese Antwort halte ich für ausgeschlossen.

(Teilweise Beifall)

Deshalb müssen wir überlegen: Können wir den besonderen Wert von Ehe und Familie eigentlich nicht aus sich heraus anders begründen? Es war gerade davon die Rede, dass die Ehe ein Sakrament ist, etwas ganz Besonderes. Ja, aber brauchen wir dann ausgerechnet den Unterschied im Steuerrecht, um den besonderen Wert von Ehe und Familie zu unterstreichen?

(Teilweise Beifall)

Was bleibt, wenn das der Hauptunterschied ist, der diesen Schutz ausmacht? Was bleibt, wenn wir tatsächlich nach einer Karlsruher Entscheidung diesen Unterschied aufheben müssen? Wir sind aufgerufen, anders zu begründen, woraus der Wert von Ehe und Familie resultiert. Wir müssen den besonderen Wert aus sich heraus begründen.

(Teilweise Beifall)

Deshalb ist es nicht richtig, hier einen künstlichen Gegensatz zwischen dem Schutz von Familien und der Steuergerechtigkeit für Lebenspartnerschaften zu konstruieren.

(Teilweise Beifall)

Deshalb lautet mein Appell an Sie: Entscheiden Sie nicht aus einem Bauchgefühl heraus! Entscheiden Sie mit Herz und Verstand gegen den Antrag der Antragskommission!

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächster Karl Schiewerling, danach Bettina Wiesmann.

Karl Schiewerling: Meine Damen und Herren! Ich möchte gern den Antrag der Antragskommission unterstützen. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Es geht nicht um die technische Lösung einer technischen Frage. Es geht nicht um die Lösung eines steuertechnischen Problems. Es geht deswegen um den Schutz von Ehe und Familie, weil es um die Frage geht, warum eigentlich Ehe und Familie einen besonderen Schutz in der Verfassung genießen und warum aus dieser Verfassung abgeleitet das Ehegattensplitting geschaffen wurde.

Die Ehe steht deswegen unter dem besonderen Schutz der Verfassung nach Art. 6 des Grundgesetzes, weil dort Kinder geboren und erzogen werden. Das ist der eigentliche Grund.

(Teilweise Beifall)

Insbesondere die Ehe bildet den Rechtsrahmen für die Familie, übrigens mit den verlässlichsten Rechtsrahmen, den die Familie haben kann.

(Vereinzelt Beifall)

Weil dort Kinder geboren und erzogen werden und weil die Verantwortung dafür Vater und Mutter tragen, hat der Gesetzgeber irgendwann einmal im Steuerrecht gesagt, sollen die beiden auch entscheiden, wie sie das regeln wollen, weil beide in einer – jetzt kommt der steuerpolitische Fachausdruck – Zugewinnngemeinschaft leben und deswegen selbst entscheiden müssen, wie sie das regeln. Klar ist, dass sie das nur erfolgreich tun können, wenn sie zusammenbleiben und zusammenhalten. Deswegen wurde das Rechtsinstitut der Ehe in besonderer Weise durch das Steuerrecht geschützt im Ehegattensplitting. Denn die Eltern müssen entscheiden, wie sie sich um die Erziehung der Kinder kümmern.

Ich erwähne das an dieser Stelle deswegen so ausführlich, weil es nicht um die Frage geht, ob man gleichgeschlechtliche Paare der Ehe gleichstellt, sondern weil es darauf ankommt, den Blick darauf zu wenden, welche Bedeutung Ehe und Familie für den Kern unserer Gesellschaft haben.

(Teilweise Beifall)

Deswegen, glaube ich, ist es zwingend geboten, hier nicht über eine technische Lösung zu sprechen, über die Frage, wie wir das steuerrechtlich geregelt bekommen, sondern uns über den Kern der Grundwerte, der Kernzelle unserer Gesellschaft zu verständigen.

Ich sage Ihnen: Die Diskussion, die jetzt eröffnet wird, wird ihren Weg nehmen über die Frage des Ehegattensplittings und des Familiensplittings – wir haben es im Augenblick nicht in der Hand, welche Regierung das Thema Familie wann und wie definiert – und dann sind wir auch ganz schnell beim Adoptionsrecht, egal wie sich die Paare zusammensetzen, und bei all diesen Grundfragen, die Kern unseres christlichen und unseren christdemokratischen Verständnisses sind.

Es geht in dieser Debatte nicht darum, die Lebensgemeinschaft von gleichgeschlechtlichen Paaren zu diskriminieren. Ich teile mit Jens Spahn und allen anderen ausdrücklich die Auffassung, dass auch hier Menschen in Verantwortung zueinander stehen und Menschen sehr verantwortungsbewusst miteinander in Treue und Verlässlichkeit ihr Leben gestalten wollen. Das ist für mich völlig unstrittig. Aber die Grundfrage bleibt, nämlich die Frage: Was hält unsere Gesellschaft im Kern zusammen? Und das ist das Zusammenleben von Mann und Frau mit ihren Kindern. Sie müssen wir schützen. Deswegen spreche ich mich für den Antrag der Antragskommission aus.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke, Karl Schiewerling. – Das Wort hat jetzt Bettina Wiesmann; ihr folgt Thomas Dörflinger.

Bettina Wiesmann: Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte! Auch ich spreche mich für diesen Initiativantrag aus, will aber nicht all das wiederholen, was Richtiges dazu gesagt worden ist.

Ich will eine Sorge nennen, die mich besonders motiviert, und nehme dazu Anleihe bei unserer Familienministerin Kristina Schröder. Ich möchte nicht, dass im Zuge dieser Debatte das Ehegattensplitting für Kinderlose unter die Räder kommt. Denn viele Argumente – manche Anklänge haben wir gerade gehört; manches wird in der letzten Zeit auch draußen diskutiert – zielen darauf ab, das Splitting als vor allem familienfördernde Maßnahme zu sehen und gegebenenfalls perspektivisch wesentlich oder mehr als bisher an das Vorhandensein von Kindern zu knüpfen. Auch mein Vorredner hat, wenn auch aus anderer Sicht, in dieser Richtung argumentiert.

Mir ist wichtig zu betonen – das steht auch in der Begründung des Initiativantrags, in dem das Bundesverfassungsgericht zitiert wird – dass das Ehegattensplitting eben gerade nicht an das Vorhandensein von Kindern anknüpft und auch nicht primär eine familienfördernde Maßnahme ist. Es ist vielmehr ein Nachteilsausgleich für den nicht seltenen Fall, dass unterschiedliche Einkommenssituationen von Braut und Bräutigam im Falle einer Eheschließung durch unser progressives Steuersystem zu einer finanziellen Schlechterstellung führen. Der Nachteilsausgleich durch das Ehegattensplitting macht also die Ehe als Erwerbs- und Verbrauchsgemeinschaft – genau das sagt das Bundesverfassungsgericht – erst konkurrenzfähig. Er eliminiert einen gewichtigen Grund, sich nicht ehelich zu verbinden oder in der Ehe nicht gemeinsame Kasse zu ma-

chen. Es fortzunehmen oder zugunsten kinderbezogener Komponenten zu relativieren, würde die Institution der Ehe ihres ökonomischen Fundaments berauben, ihre Attraktivität schwächen. Ich möchte, dass diese ökonomische Qualität der Ehe erhalten bleibt; denn wir brauchen sie als primären Rahmen zwischenmenschlicher Solidarität, auch als beste Voraussetzung für gelingendes Aufwachsen von Kindern, aber bei weitem nicht nur dafür. Das Leben wird immer länger, Familien werden kleiner. Wachsende Fürsorgeaufgaben verteilen sich auf weniger tragfähige Schultern, und die Gemeinschaft – hier der Staat – kann den Ersatz für die persönliche Zuwendung, die Kompensation für Vereinzelung nicht leisten.

Diese Überzeugung, liebe Delegierte, gilt für mich auch – und damit komme ich zum Kern – im Hinblick auf eingetragene Partnerschaften. Die mit der eingetragenen Partnerschaft dokumentierte Einstandspflicht verdient dieselben steuerlichen Rechte wie die Ehe und dieselbe Ermütigung durch Nachteilsausgleich im Falle unterschiedlicher Einkommen der Partner. Unsere immer bindungsärmere Gesellschaft braucht Menschen, die sich verbindlich zueinander bekennen und langfristig füreinander eintreten.

Ich werbe also für Zustimmung zu dem Initiativantrag aus diesem Paket heraus. Er fordert nämlich dreierlei Dinge: Beibehaltung des vollen Ehegattensplittings, unabhängig davon, ob Kinder da sind oder nicht, Anerkennung der eingetragenen Partnerschaften in ihrem segensreichen Kern, dem langfristigen füreinander-Eintreten von Menschen in guten und schlechten Zeiten durch steuerliche Gleichstellung, und Prüfung von Modellen für zusätzliche Förderung von Familien, mit allen Schwierigkeiten, die uns, was die Finanzierbarkeit angeht, bewusst sind.

Den Kolleginnen und Kollegen aus Fulda und von anderswo, die sich für Ehe, Familie und generell für langfristige Bindungen einsetzen, fühle ich mich darin nicht fern. Ich meine aber, dass der Weg des Initiativantrags ein besserer Weg zur Erreichung dieses Ziels ist. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Als Nächster hat Thomas Dörflinger aus Baden-Württemberg das Wort; dann folgt Maria Zibell aus Nordrhein-Westfalen.

Thomas Dörflinger: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Was gleich ist, muss auch gleich behandelt werden. Daraus folgt im Umkehrschluss: Wenn etwas nicht gleich ist, muss es auch nicht zwangsläufig gleich behandelt werden, sondern darf – vielleicht sogar muss – ungleich behandelt werden.

Ich bin mit Lisa Winkelmeier-Becker durchaus einig in der Bewertung, dass eine Ehe und eine eingetragene Lebenspartnerschaft nicht das Gleiche sind, und zwar nicht deswegen, weil nicht in einen wie im anderen Fall Verantwortung füreinander gelebt wird, weil konservative Werte in beiden Beziehungen gelebt werden, sondern deswegen – da knüpfe ich an den Kollegen Karl Schiewerling an – weil die eine Beziehung die Vorstufe einer Familie mit Kindern ist und die an-

dere dies aus nachvollziehbaren Gründen nicht sein kann. Ich glaube, meine Damen und Herren, dass die Formulierung im Grundgesetz „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ von den Eltern des Grundgesetzes nicht ganz zufällig gewählt worden ist, weil sich nicht nur sprachlich aus dieser Formulierung ergibt, dass das eine die Voraussetzung für das andere ist. Natürlich gibt es auch Ehen, die kinderlos bleiben. Aber vom Grundsatz her ist die Ehe die Vorstufe einer Familie mit Kindern, und deswegen darf es den Gesetzgeber auch nicht kümmern, ob die Ehe, aus welchen Gründen auch immer, kinderlos bleibt oder nicht.

Ich halte auch wenig davon, meine Damen und Herren, ungeachtet der Urteile, die das Bundesverfassungsgericht in dieser oder in anderen Fragen bereits gesprochen hat, darüber zu spekulieren, wie in der Zukunft ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts in dieser oder in anderen Fragen möglicherweise ausfällt. Man mag das für wahrscheinlich halten. Sicher, dass das Urteil in der einen oder anderen Weise ausfällt, sind wir nicht. Deswegen, glaube ich, gebietet es auch der Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht, in dieser und in anderen Fragen zunächst einmal den Urteilsspruch abzuwarten und dann zu überlegen, was möglicherweise an politischen Konsequenzen daraus erwächst.

Ich will einen letzten Punkt nennen, meine Damen und Herren. Wenn gesagt wird, dass in beiden Fällen, in ehelichen Partnerschaften wie in eingetragenen Lebenspartnerschaften, Verantwortung füreinander übernommen wird und Werte gelebt werden, dann ist das richtig. Ich will aber zu bedenken geben, dass es auch andere Formen der Partnerschaften gibt, die weder Ehe noch eingetragene Lebenspartnerschaft sind, für die dieses Qualitätsurteil auch gilt.

(Teilweise Beifall)

Dies ist etwa dann der Fall, wenn, aus welchen Gründen auch immer, ich mich im Alter mit einem guten Freund oder einer guten Freundin, der oder die mit mir wirklich in großer Wertschätzung verbunden ist, zusammentue und wir füreinander sorgen und füreinander einstehen.

Dort werden dann auch Werte gelebt. Dort wird dann auch Verantwortung übernommen. Aber wir sind uns doch wohl einig, dass dies keinen Fall darstellen würde, der mit dem Ehegattensplitting, Art. 6 Grundgesetz in Zusammenhang stünde, damit vergleichbar wäre. Deswegen werbe ich mit Nachdruck für eine, wie ich finde, kluge und ausgewogene Formulierung, die die Antragskommission zu dem Antrag des Kreisverbandes Fulda vorgelegt hat. Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Maria Zibell spricht jetzt. Danach Dr. Klaus Schüle.

Maria Zibell: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich bin aus dem Rheinland, und bei uns kann jeder nach seiner Fassung glücklich werden und soll das auch tun. Die Frage ist: Brauchen

wir dazu das Ehegattensplitting? Ich sage: Nein, wir brauchen das Ehegattensplitting nicht, um eine Anerkennung zu haben. Ich bin dafür, dass wir einfach ganz klar sagen: Das Ehegattensplitting ist dafür da, Kinder zu fördern und dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. Also sollten wir überlegen, das Ehegattensplitting komplett abzuschaffen und stattdessen ein Familiensplitting, gekoppelt an Kinder, ins Leben zu rufen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Parteitagsglieder, wenn ich Ihnen eine kurze Information geben darf: Wir haben noch eine ganze Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Die Liste wird jetzt natürlich noch gründlich abgearbeitet. Wir haben ganz viel Pro und Kontra gehört. Am Schluss hören wir noch einmal die Antragskommission. Wir haben noch circa acht Wortmeldungen vorliegen. Wären Sie damit einverstanden, dass wir die Wortmeldeliste jetzt schließen?

(Teilweise Beifall)

Können wir das so machen? Wer folgt dem Vorschlag des Tagungspräsidenten, dass wir die Wortmeldeliste jetzt schließen? – Wer ist dagegen? – Bei Gegenstimmen einiger Engagierter ist das so beschlossen. Ich bedanke mich und bitte Herrn Dr. Schüle um seinen Beitrag.

Dr. Klaus Schüle: Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich spreche mich für den Antrag C 84 aus, für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher eingetragener Lebenspartnerschaften. Ich glaube, dass die Zeit für uns reif ist, das jetzt so zu entscheiden, nicht, weil wir moderner werden wollen, nicht, weil wir zwei Oberbürgermeisterwahlen verloren haben und schauen müssen, wie wir auch in diesem Milieu ankommen, sondern weil das vom Grundansatz her gerecht ist und unseren Grundwerten entspricht.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass wir in unserer Partei eine Debatte darüber führen: Was ist unser Profil? Was ist konservatives Profil? Verlieren wir unser Profil, wenn wir hier einen Schritt weitergehen? – Ich glaube, wir sollten weder links noch rechts schauen, sondern nach unserer Überzeugung entscheiden, danach, was wir für richtig halten. Ich glaube, dass verschiedene Formen der Partnerschaft verantwortungsvoll geführt werden können.

Thomas de Maizière hat auf dem letzten Bundesparteitag, als das Thema „Profil der CDU“ noch stärker im Mittelpunkt stand, zwei Punkte angeführt. Er hat zum Thema Kernkraft gesagt: Für das konservative Profil der CDU ist nicht entscheidend, ob man für Kernkraftwerke ist oder dagegen, sondern entscheidend ist, dass man für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung ist. Zum Thema Bundeswehr sagte er: Es geht nicht darum, ob wir für eine Profiarmerie oder eine Wehrpflichtarmee sind, sondern es geht darum, dass wir für Sicherheit und den Dienst am Gemeinwohl sind.

Auch hier rate ich uns: Wir müssen unsere Programmatik fortschreiben und entscheiden, was unseren Grundwerten entspricht. Wenn wir dies tun, dann sollten wir nicht, wie die Antragskommission, auf der Hälfte des Weges stehen bleiben, sondern wir sollten ein klares Signal aussenden, dass auch diejenigen in unsere Mitte gehören, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben, die auf Dauer angelegt ist und in der füreinander Verantwortung übernommen wird. Unser gutes gesellschaftliches Miteinander hängt davon ab, aber noch viel stärker davon, dass wir es schaffen, dass in unserer Gesellschaft die Grundwerte gelebt werden: Nächstenliebe, füreinander einstehen und das Eintreten für das Allgemeinwohl. Das müssen wir gemeinsam hinbekommen. Ich glaube, dass wir hier einen Beitrag leisten können, um für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu sorgen. Wenn wir das tun, dann machen wir das offensiv und aus Überzeugung. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächste haben das Wort Christa Thoben und dann Matthias Zimmer.

Christa Thoben: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn die CDU mit einem Beschluss auf diesem Parteitag dem Verfassungsgericht wirklich nicht vorgreifen sollte, dann hätte der Kreisverband Fulda diesen Antrag nicht stellen dürfen.

(Teilweise Beifall)

Er ist aber gestellt worden. Also war die Debatte gewollt. Ich halte die Debatte übrigens für nötig. Ich bin keine Juristin. Ich bin aber katholisch, und ich werde es auch bleiben, egal was dieser Parteitag beschließt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich fühle mich aber verpflichtet, auf einiges aufmerksam zu machen: Warum haben wir uns für den Schutz von Ehe und Familie in der Verfassung zum damaligen Zeitpunkt entschieden? Zum damaligen Zeitpunkt gab es die Pille noch nicht. Da war es so, wie es traditionell gewollt war: Ehe führte zum Kinderkriegen und damit zur kompletten Familie. Aber damals, als wir das aufgeschrieben haben, da konnte die katholische Kirche noch einem Paar, das keine Kinder bekam, sagen: Ihr habt einen zweiten Versuch mit einem anderen Partner. Haben wir das vergessen? Das war der damalige Zustand. Außerdem war Homosexualität strafbar. Haben wir das vergessen? Ich möchte, dass wir über diese Zusammenhänge offener und ehrlicher reden.

(Teilweise Beifall)

Menschen suchen sich die Wege, die ihnen die Natur nahelegt, doch nicht freiwillig aus.

(Teilweise Beifall)

Aber sie müssen mit dem leben. Sind wir nicht ein bisschen verantwortlich? Haben wir damit nicht – so sage ich es einmal – vernünftig umzugehen? Es geht nicht darum, Ehe, Familie und Kinder jetzt für weniger wichtig zu halten oder abzuqualifizieren. Nein, aber es geht darum, den anderen, wie ich glaube, eine Chance zu eröffnen, die sie zutiefst verdient haben.

(Teilweise Beifall)

Deshalb halte ich den Initiativantrag für sachgerecht und werbe dafür.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Matthias Zimmer und dann Thomas Schmitt aus dem Saarland.

Matthias Zimmer: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich habe schon einige Parteitage miterlebt. Aufgrund der Art und Weise, wie wir hier ernsthaft miteinander ringen, wie wir vernünftig Argumente austauschen, sage ich: Dies ist eine Sternstunde unter den Parteitagen. Ich bin Fulda ausgesprochen dankbar für den Antrag, der uns diese Diskussion beschert hat.

Ich selbst gehöre zu den sogenannten „Wilden 13“, die im Sommer mit einer Initiative an die Öffentlichkeit getreten ist. Für mich war einer der Gründe, dies zu tun, nach längerem Nachdenken die Frage: Wie halten wir es denn eigentlich mit der Steuergerechtigkeit? Erinnern wir uns: In den 50er-Jahren haben wir die Steuerprogression eingeführt und erst nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 1958 das Ehegattensplitting ermöglicht.

Der Hintergrund war, dass man damals gesagt hat: Wir dürfen jemanden, der für eine Familie verantwortlich ist, der eine Familie ernährt, steuerlich nicht genauso behandeln wie einen Single. – Das ist eine richtige Überlegung. Wenn dies aber für Familien gilt, dann muss dies bei dieser steuerrechtlichen Frage in ähnlicher Weise für eingetragene Lebenspartnerschaften Geltung haben.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind heute nicht zu der Entscheidung aufgerufen – Jens Spahn möge das entschuldigen –, ob wir bestimmte Lebensentwürfe gut finden oder nicht, sondern wir diskutieren heute eine Frage, die sich um das Problem dreht, ob und inwiefern wir Leistungsfähigkeit zusätzlich besteuern wollen. Ich bin der Meinung, wir sollten dies aus Gerechtigkeitsgründen nicht tun. Wir sollten es nicht tun, weil wir Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln sollten. Steuerrechtlich gesehen sind eingetragene Lebenspartnerschaften und Ehen nämlich gleich. Deswegen unterstütze ich den Initiativantrag und werbe um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Thomas Schmitt aus dem Saarland, dann Friedhelm Koch aus Nordrhein-Westfalen.

Thomas Schmitt: Verehrtes Tagungspräsidium! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Auch ich möchte für den Initiativantrag sprechen. Hier ist gerade eben erklärt worden, wie das Ehegattensplitting entstanden ist. Das war aber von der Geschichte her nicht ganz korrekt. Das Ehegattensplitting ist deswegen entstanden, weil wir vorher eine verfassungswidrige Höherbesteuerung von Ehepaaren hatten. Es gab nämlich eine Zusammenveranlagung ohne Splitting. Und erst danach, nachdem das Verfassungsgericht eingeschritten ist, hat der Gesetzgeber das Splitting eingeführt. Der Gesetzgeber hat also zunächst Ehen und Familien höher besteuert als Alleinstehende; die Einführung des Splittings war die Konsequenz. Dem Gesetzgeber war schon damals bewusst – das ergibt sich aus der Gesetzesbegründung, in die man hineinschauen sollte –, dass das Splitting kinderlose Paare wie auch Paare mit Kindern betrifft. Um Paare mit Kindern besser zu behandeln, hat man damals die Kinderfreibeträge erhöht, um hier einen entsprechenden Abstand zu halten.

Ehegattensplitting ist nicht automatisch Familienförderung. Es gibt auch – gewollt oder ungewollt – kinderlose Paare, denen wir nicht das Ehegattensplitting kürzen. Nicht jede Ehe führt automatisch zur Familie. Wollen wir Paaren, die keine Kinder kriegen können oder erst im vorgerückten Alter heiraten, sagen: „Ihr könnt ja keine Familie haben; euch sprechen wir das Ehegattensplitting ab?“ – Das tun wir nicht. Ich sage Ihnen: Ein gleichgeschlechtliches Paar sucht sich das genauso wenig aus, es übernimmt aber auch Verantwortung füreinander, zumindest in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Es gibt Situationen – Krankheit, Arbeitslosigkeit –, in denen der Staat ihnen abverlangt, dass gegenseitig Verantwortung übernommen wird, auch finanzieller Art. In diesen Fällen halte ich eine steuerliche Gleichbehandlung einfach für gerechtfertigt. Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten: Lehnen Sie bitte den Vorschlag der Antragskommission ab und stimmen Sie für den Initiativantrag. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jetzt spricht Friedhelm Koch, danach Herr Dr. Urban Lanig.

Friedhelm Koch: Meine Damen und Herren! Wir sollten das Thema nicht überhöhen, sonst sind wir hinterher in einer Diskussion, wie modern oder konservativ die CDU ist. Wir stehen vor einer pragmatischen Frage. Sie lautet: Was ist von öffentlichem Interesse und was ist privat? Die Frage ist: Besteht hier ein öffentliches Interesse oder geht es um die Gestaltung des Privatlebens, die von öffentlichen Eingriffen und staatlicher Bemutterung freizuhalten ist?

Wenn die These richtig ist, dass wir ein demografisches Problem haben, besteht an der Institution Ehe, bei der es zumindest die Chance gibt, dass Kinder zur Welt kommen, ein öffentliches Interesse. Alle anderen Verbindungen, bei denen dies von vornherein ausgeschlossen ist, sind privat;

(Teilweise Beifall)

das ist ganz einfach. Deshalb empfehle ich die Annahme des Antrages in der Form, die die Antragskommission vorgeschlagen hat. – Danke fürs Zuhören.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jetzt kommt Elke Duhme, zum Schluss unser Generalsekretär.

Elke Duhme: Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ehe und Familie stehen unter einem besonderen Schutz, und das ist gut und richtig so. Aber was ist, wenn die Ehe scheitert? – Ich selber bin davon betroffen und war plötzlich in der Lage, zwei Kinder alleine großziehen zu müssen. Glauben Sie nicht, dass es immer so ist, dass sich beide Elternteile im Nachhinein um die Kinder kümmern! Nein, es ist oft so, dass man dann ganz allein dasteht, allein die Verantwortung trägt und die Entscheidungen, die Eltern sonst gemeinsam treffen, alleine treffen muss.

Jetzt verfolge ich die Diskussion darüber, ob man das Ehegattensplitting auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften ausweitet. Ich finde es gut, dass man heutzutage gleichgeschlechtliche Partnerschaften akzeptiert. Aber ich kann mich nicht damit anfreunden, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften im Rahmen des Steuerrechtes Ehe und Familie gleichgestellt werden, aber die Alleinerziehenden, die weiß Gott keine Lobby haben, wieder hinten herunterfallen und dadurch noch weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

(Teilweise Beifall)

Ich bitte deswegen, das Votum der Antragskommission zu unterstützen. – Vielen Dank.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nun erhält Dr. Urban Lanig das Wort.

Dr. Urban Lanig: Liebe Parteifreunde! Ich mache es ganz kurz. Wir haben eine offene, spannende und, wie ich fürchte, die Partei bis an den Rand des Bruches führende Diskussion geführt.

(Teilweise Widerspruch)

Für uns Parteidelegierte ist es nicht so kritisch. Aber für die Öffentlichkeit und die Bevölkerung, vor allem für viele Christen, die uns wählen und denen wir als CDU eine Heimat sind, ist es sehr kritisch, wenn wir heute dem Antrag der Antragskommission nicht zustimmen.

100 000 gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften stehen 16 Millionen Ehen gegenüber. Wenn wir unsere Werte nur noch an Minderheiten ausrichten – ich sage Ja zum Minderheitenschutz; das ist ganz klar –, stoßen wir nicht nur unsere Wähler, sondern auch der Mehrheit der Bevölkerung vor den Kopf. Wir sollten nicht abgehoben diskutieren, sondern unser Ohr auch ein bisschen bei den Wählern und unseren Bürgern haben. Wir stoßen sie sonst so vor den Kopf, dass sie sich von der CDU abwenden.

Die Kinder sind unsere Zukunft und die Ehe ist besonders schutzwürdig. Heute entscheiden wir, ob wir unsere christliche Kultur und unsere Werte aufgeben oder Ehrfurcht vor dem Sakrament der Ehe haben, unsere Schöpfung bewahren und somit unser Volk am Leben erhalten. Ich bitte Sie, dass Sie an Ihre Kinder und Enkelkinder und auch an die Geschiedenen und Alleinstehenden denken. Ich bitte, den Antrag der Antragskommission anzunehmen.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Nun spricht für die Antragskommission unser Generalsekretär Hermann Gröhe.

Hermann Gröhe, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zum Abschluss etwas zum Votum der Antragskommission. Die Antragskommission leiten folgende Gedanken: Wir wollen die Überzeugungen zusammenbringen, dass wir als Union zum besonderen Auftrag des Grundgesetzes stehen, Ehe und Familie besonders zu fördern und gleichzeitig jedwede Diskriminierung ablehnen: Diskriminierung ist mit einem christlichen Verständnis vom Menschen nicht vereinbar.

(Teilweise Beifall)

Ich bin davon überzeugt, das sage ich bewusst im Sinne dessen, was Matthias Zimmer gesagt hat, dass diese Diskussion heute hier gezeigt hat: Bei diesem Thema ist für diskriminierende Töne kein Platz. Wir haben solche Töne von keinem der Beteiligten heute gehört und das zeichnet uns alle miteinander aus, wo auch immer wir in dieser Frage stehen mögen.

(Beifall)

Deswegen wird der verehrte Vorredner Verständnis dafür haben – er hat ja meine Position als Vorsitzender der Antragskommission unterstützt, dass ich gleichzeitig sage: Ich habe diese Diskussion zu keinem Zeitpunkt so erlebt, dass hier ein Bruch in irgendeiner Weise festzustellen ist.

(Beifall)

Vielmehr habe ich sie so erlebt, dass wir hier ein großes gemeinsames Fundament haben.

Jetzt geht es um eine Frage, um die wir hier sachlich gerungen haben: Ist das Ehegattensplitting in seiner Ausschließlichkeit Ausdruck des Verfassungsgebots der besonderen Förderung von Ehe und Familie oder Diskriminierung? Da leitet den Text der Antragskommission die Überzeugung, dass das Ehegattensplitting sachgerechter Ausdruck dieser Vorgabe unserer Verfassungsordnung ist, und zwar aus zweierlei Gründen: Zum einen wird die Ehe dadurch natürlich als Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft anerkannt; aber dadurch kommt eben auch in besonderer Weise zum Ausdruck, dass unsere Rechtsordnung Ehe in einem unmittelbaren Zusammenhang von Kindererziehung und Familie sieht. Übrigens führt auch heute die weit überwiegende Mehr-

heit der Ehen zu Familien mit Kindern. Deshalb soll eben die Entscheidung für Kinder in der Sicherheit geschehen, dass der auch nur zeitweise, teilweise oder vollständige Verzicht auf Erwerbsarbeit zugunsten der Kindererziehung nicht zu dramatischen wirtschaftlichen Nachteilen führen soll. Insofern ist es eine die Ehe und Familie unterstützende Entscheidung für das Ehegattensplitting gerade in seiner realen Wirkung für Familien.

Deswegen bitte ich Sie in diesem Sinne um Ihre Unterstützung für den Vorschlag der Antragskommission und damit um Ablehnung des Initiativantrags.

Lassen Sie mich aber den dritten Gedanken unserer Empfehlung auch ausdrücklich benennen. Es ist ja zum Teil nicht hier im Saal, aber bei anderer Gelegenheit – betont worden: Müssen wir nicht endlich die Kinder im Steuerrecht berücksichtigen?

(Teilweise Beifall)

Ich nehme die Mahnung ernst. Aber denen, die hier applaudieren, und allemal denen, die uns im Bundestag dafür kritisieren, sei gesagt, dass wir zu Beginn der Legislaturperiode unserem Ziel, durch eine deutliche Anhebung des Kinderfreibetrages dem Realsplitting in der Familie näher zu kommen, ein gutes Stück näher gekommen sind,

(Vereinzelt Beifall)

und Rote und Grüne diese Anhebung des Kinderfreibetrages massiv bekämpft haben. Jetzt fordern die uns auf, wir müssten mehr für Kinder im Steuerrecht tun. Die hätten vor drei Jahren dieser Erhöhung zustimmen können! Wir sagen in unserem Antrag jedenfalls sehr deutlich, wir wollen diesen Schritt weitergehen, damit es zu einem realen Splitting kommt, aber bei gleichzeitiger Beibehaltung des Ehegattensplittings.

In diesem Sinne: drei Gedanken aus der Empfehlung der Antragskommission. Ich bitte Sie, unserer Empfehlung zu folgen.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Hermann Gröhe, der hier für die Antragskommission gesprochen hat.

Ich will Sie jetzt unterrichten, wie die Geschäftslage ist. Wir müssen als Erstes feststellen, wie wir abstimmen wollen, weil der Antrag gestellt wurde, geheim abzustimmen.

(Teilweise Widerspruch)

– Moment! – Unsere Statuten sehen vor, dass Abstimmungen durch Handzeichen oder Kartenzeichen erfolgen, es sei denn, ein Viertel der Delegierten wünschte geheime Abstimmung. Ich schlage vor, das stellen wir jetzt einfach fest.

Ich bitte diejenigen unter uns, die geheime Abstimmung verlangen, das durch ihr Kartenzeichen anzuzeigen. – Das ist erkennbar nicht ein Viertel. Dann werden wir offen abstimmen.

(Teilweise Beifall)

Wir stimmen über den Vorschlag der Antragskommission zu den Anträgen C 1 und C 84 ab, und zwar gemäß dem Votum, wie es Hermann Gröhe, der Generalsekretär, vorgetragen hat. Wer diesem Votum zustimmen will, muss das durch sein Kartenzeichen zum Ausdruck bringen. Wer dagegen ist, muss halt dagegen stimmen. – Wer möchte dem Votum der Antragskommission in der Form, wie es Hermann Gröhe vorgeschlagen hat, zustimmen? – Wer stimmt dagegen? –

(Teilweise Beifall)

Wer möchte sich enthalten? – Bei wenigen Enthaltungen war es nach der Meinung des Präsidiums eine eindeutige Mehrheit für das Votum der Antragskommission, eine beachtliche Minderheit war dagegen. Damit ist das Votum der Antragskommission angenommen. Herzlichen Dank!

(Teilweise Beifall)

Ich denke, wir können festhalten, dass wir eine sehr gute, sehr ernsthafte Diskussion geführt haben, die der CDU als einer Partei, die sich mit solchen Fragen gründlich auseinandersetzt, sehr gut zu Gesichte steht.

(Beifall)

Jetzt ist die Geschäftsordnungslage so, dass wir bis zum Antrag C 41 – das ist die Rententhematik – im Moment keine Wortmeldungen vorliegen haben. Wenn das so ist, könnten wir über alle Anträge von Seite 265 bis Seite 279, also bis zum Antrag C 40, gemeinsam abstimmen und uns dann der Rententhematik zuwenden. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie, Ihre Stimmkarte hochzuhalten. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei vereinzelt Gegenstimmen und einer Enthaltung so angenommen.

Dann kommen wir jetzt zur Rententhematik. Schlagen Sie dazu bitte einmal Seite 279 in der dicken Antragsbroschüre auf. Da steht „Antrag Nr. C 41 – KV Bremerhaven – Zuschussrente gegen Altersarmut“. Dazu gehören die Anträge C 50, C 52, A 364 und aus der Drucksache, die heute verteilt wurde, der Antrag C 79; das ist der Antrag des Bundesvorstands, der alle Anträge zusammenführt und zu einer Lösung führt. Darüber beraten wir jetzt. Wir haben auch hier bereits eine Flut von Wortmeldungen. Einführen in die Lösung, die insbesondere der Bundesvorstand vorschlägt, tut unsere Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen. – Bitte.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern in den Antrag der Antragskommission einführen. Das ist der Antrag, der auch im Bundesvorstand diskutiert worden ist. Erlauben Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Erstens. Wir haben jahrzehntelang gut gelebt mit unserem Generationenvertrag, nämlich der umlagefinanzierten Rente. Das bedeutet, dass die mittlere Generation einzahlt und im selben Monat die Rente an die Älteren ausgezahlt wird. Alle wissen, was hinter dem demografischen Wandel steckt: Wir, die Generation der Babyboomer, sind vergleichsweise zahlreich auf die Welt gekommen; wir haben vergleichsweise wenig Kinder bekommen. Das heißt, es wird immer schwieriger, die Rente alleine durch die Umlage zu sichern. Deshalb haben wir vor zehn Jahren gemeinsam eine Rentenreform gemacht, die vier Elemente enthält: Erstens ist gesagt worden, das Rentenniveau wird absinken, nicht tiefer als 43 Prozent, aber bis dahin kann es sinken. Zweitens. Wir wollen die jungen Menschen nicht überlasten, das heißt, die Beiträge dürfen nicht höher steigen als bis auf 22 Prozent. Aber bis dahin können sie steigen. Drittens. Wir werden alle zusammen zusätzlich privat vorsorgen müssen, durch Riestern oder die betriebliche Altersvorsorge. Und viertens. Wir müssen länger arbeiten. Das finde ich völlig fair. Wenn die Lebenserwartung in den letzten 50 Jahren um zehn Jahre gestiegen ist, dann ist es nur in Ordnung, zwei Jahre länger zu arbeiten.

(Teilweise Beifall)

Erlauben Sie mir eine zweite Vorbemerkung: Heute geht es uns und auch der Rentnergeneration gut. Nur 2,5 Prozent der Rentnerinnen und Rentner sind in Grundsicherung, das heißt 97,5 Prozent haben ein auskömmliches Einkommen, beziehen ihre Rente von der Rentenversicherung. Ich glaube, es ist auch unsere Verantwortung, die Verantwortung der jetzt aktiven Generation, dafür zu sorgen, dass es auch denjenigen, die nach uns folgen, gutgehen wird.

Deshalb bringen wir unseren Antrag heute ein; denn es zeichnet sich – zehn Jahre nach der letzten Reform – eine eklatante Gerechtigkeitslücke ab. Das betrifft die Geringverdiener in unserem Land. Wenn jemand heute 10 Euro in der Stunde verdient – und das ist in Ordnung, es gibt viele Menschen, die das oder weniger verdienen – dann kann er oder sie, wenn das Rentenniveau auf 43 Prozent sinkt, 50 Jahre in die Rentenversicherung einzahlen und würde trotzdem nur das Niveau der Grundsicherung erhalten. Das heißt im Umkehrschluss, meine Damen und Herren: Wie wollen wir eigentlich Geringverdiener davon überzeugen, dass es sich lohnt, sozialversicherungspflichtig zu arbeiten, dass es sich lohnt, in die Rentenkasse einzuzahlen, jeden Monat 10 Prozent ihres Einkommens zu geben, dass es sich lohnt, privat vorzusorgen, wenn sie am Ende des Tages wissen, dass sie nach jahrzehntelangem Einzahlen doch in der Grundsicherung landen, dass sie doch zum Sozialamt müssen und dort mit Menschen anstehen, die keinen einzigen Cent eingezahlt haben, die nie vorgesorgt haben. Wenn das der Fall ist, dann bricht sich Gerechtigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin der Überzeugung, dass wir hier gegensteuern müssen. Unser Vorschlag zur Lebensleistungsrente sieht vor: Wenn Menschen 40 Jahre lang Beiträge in die Rentenversicherung einge-

zahlt haben – und das ist ein Wort – wenn sie gearbeitet haben – und unter Arbeit verstehe ich auch, wenn sie Kinder erzogen haben, wenn sie ältere Menschen gepflegt haben, auch da haben sie Rentenpunkte erworben – dann müssen wir letzten Endes, wenn das Einkommen zu klein war und die daher die Rente zu niedrig ist, diese Rente aufwerten, damit diese Menschen eine reelle Chance haben, oberhalb der Grundsicherung zu landen und ihre Rente aus der Rentenversicherung erhalten und nicht zum Sozialamt müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind zweitens der Meinung, dass sich private Vorsorge lohnen muss. Wir sagen: Der Betrag, für den Menschen privat vorgesorgt haben – was sie sich vom Munde abgespart haben, es handelt sich um kleine Einkommen, das ist eine zusätzliche Anstrengung – wird in der Lebensleistungsrente als Freibetrag angerechnet.

Meine Damen und Herren, wir von der Antragskommission wollen mit unserem Votum erreichen, dass wir über die Frage debattieren: Wie gehen wir eigentlich mit denjenigen um, die Kinder erzogen haben, die diese Kinder ins Leben begleitet haben und dadurch überhaupt den Fortbestand der Rentenversicherung möglich machen? Denn ohne Kinder gibt es keine Rente, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir tun an dieser Stelle zweifach etwas für diejenigen, die Kinder erziehen. Erstens. Das Konzept der Lebensleistungsrente sieht vor, dass die Beiträge von Menschen, die Kinder erzogen oder Eltern gepflegt haben, höher aufgewertet werden als andere Beiträge, damit sie eine Chance haben, ihre eigene Rente zu erwerben. Wir wollen uns zweitens auch der Frage widmen: Wie sieht es eigentlich mit dem Ungleichgewicht zwischen den Ansprüchen von Müttern aus, die Kinder vor 1992 geboren haben, und Müttern, die Kinder nach 1992 geboren haben? Ich selber habe zwei Kinder, die vor 1992 geboren wurden und ich habe fünf Kinder, die nach 1992 geboren wurden. Alle meine Kinder habe ich lieb, alle meine Kinder begleite ich so gut ich kann ins Leben hinaus und trotzdem: In der Rente zählen sie unterschiedlich.

Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, dass wir die Frage offen angehen, ob wir dieses Ungleichgewicht nicht teilweise heilen können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte aber auch sagen: Ich weiß ganz genau, dass es in der nächsten Generation nur eine einzige Gruppe gibt, die unsere Rente verdienen muss, und das sind unsere Kinder. Da ist sonst niemand anders. Das heißt, wir müssen mit Maß und Mitte schauen, was wir unseren Kindern in der nächsten Generation abverlangen oder auch nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, glaube ich, dass das eine sehr gute Entscheidung ist. Ich bitte um Ihre Zustimmung: Wir wollen weg vom Prüfauftrag, aber wir wollen hier den Auftrag geben, die Kindererziehungszeiten für diejenigen, die Kinder vor 1992 geboren haben, schrittweise zu erhöhen und damit mit Maß und Mitte das Ungleichgewicht langsam, aber sicher beheben. Andererseits nehmen wir Rücksicht darauf, was wir heute an Versprechen für die nächste Generation geben, die diese dann erfüllen muss.

Das ist der Antrag der Antragskommission. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung. Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ursula von der Leyen, die den Antrag des Bundesvorstands vorgestellt hat, den die Antragskommission zur Annahme empfiehlt. Als nächste Rednerin, Maria Böhmer.

Prof. Dr. Maria Böhmer (Antragskommission): Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Im Antrag des Bundesvorstandes „Sichere Rente – starker Generationenvertrag“ steht ein Satz. Ich will ihn zitieren; denn es ist ein entscheidender Satz: „Lebensleistung muss sich im Alter lohnen.“

Lebensleistung ist für uns in der CDU schon immer nicht nur Erwerbstätigkeit, sondern auch die Tätigkeit in der Familie gewesen, das Erziehen von Kindern und Pflege.

(Vereinzelt Beifall)

Daran muss sich jede Rentenreform ausrichten.

Als ich heute Morgen die Rede unserer Vorsitzenden hörte und dieses klare Bekenntnis, dass sich die Erziehungsleistung gerade der älteren Mütter niederschlagen soll und als von unserer Vorsitzenden Angela Merkel der deutliche Vorschlag gemacht worden ist, dass die Anrechnung der Kindererziehungszeiten für ältere Mütter verbessert werden soll, da habe ich gedacht: Das ist meine CDU, das ist die richtige Weichenstellung und diesen Weg können wir gemeinsam gehen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will daran erinnern, dass Sie nicht nur heute, sondern bereits auf zwei Bundesparteitagen zuvor, 2003 und im letzten Jahr, das Thema „Verbesserung der Kindererziehungszeiten in der Rente“ diskutiert haben. Wir haben uns jedes Mal mit großen Voten dafür ausgesprochen, dass Mütter, die ihre Kinder erziehen, die dafür sorgen, dass sie tüchtige Menschen werden, einen Ausgleich erhalten sollen; denn letztendlich sind es die Kinder, die Töchter und Söhne, die heute dafür sorgen, dass unser Rentensystem funktioniert, dass wir wissen, wir können gemeinsam mit ihnen in die Zukunft gehen, bei allem, was die demografische Entwicklung für uns bedeutet. Diese Mütter haben auf vieles verzichtet, gerade wenn ich an die denke, die vor 1992 Kinder be-

kommen haben. Damals gab es noch keinen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Von Krippe und Hort war im Westen unseres Landes wenig zu sehen, im Osten war die Situation eine andere.

Wir haben erst heute Teilzeitangebote in ausreichendem Maß. Von Elterngeld und Elternzeit konnten viele nur träumen. Die Mütter waren bereit, ihre Kinder zu erziehen, und sie haben auf vieles verzichtet. Der Preis ist, dass sie heute eine niedrigere Rente bekommen. Die Durchschnittsrente von Frauen ist heute 60 Prozent niedriger als die Rente von Männern. Diese Gerechtigkeitlücke wollen und müssen wir schließen.

(Vereinzelt Beifall)

Vor diesem Hintergrund haben wir als Frauen Union beim letzten Bundesparteitag das Thema „Verbesserung der Kindererziehungszeiten in der Rente“ wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Seit 2003 gab es zwar Verbesserungen für diejenigen, die nach 1992 Kinder geboren haben, aber nicht für die Frauen, die vorher Kinder geboren haben. Es wurde uns immer wieder entgegengehalten: Wir haben volles Verständnis für euer Anliegen, es ist richtig, auch wir wollen die Leistung anerkennen, aber es kostet zu viel Geld. Es sind 13 Milliarden, das wissen wir auch. Wir Frauen können rechnen, wir können haushalten.

Wir haben uns gut überlegt, wo wir uns in diesem Jahr positionieren. Wir haben viele Gespräche geführt. Dieses Thema spielt nicht nur auf diesem Bundesparteitag eine Rolle. Vielmehr war es auf vielen Regionalkonferenzen ein Thema. Acht CDU-Landesverbände haben in diesem Jahr Beschlüsse dazu gefasst: Sachsen, Berlin, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, das Saarland, Rheinland-Pfalz und zuletzt Schleswig-Holstein. Dieses Thema hat einen enormen Resonanzboden in unserer Partei. Ich sage ganz deutlich: Wir als Frauen Union haben einen Vorschlag unterbreitet, dessen Umsetzungskosten weit unter 13 Milliarden bzw. sieben Milliarden Euro lagen. Wir hatten große Hoffnungen, weil wir in vielen Gesprächen gemerkt haben, dass dieses Thema unsere Parteivorsitzende und viele andere in unserer Partei bewegt. Wir hatten gedacht, dass wir im Koalitionsausschuss einen Weg bahnen könnten. Wir merkten aber im Vorfeld, dass es im Koalitionsausschuss schwierig würde. Wir haben dann noch einen Vorschlag gemacht. Ich bin unserer Bundeskanzlerin sehr dankbar, dass sie gesagt hat, es solle ein Prüfauftrag im Koalitionsausschuss beschlossen werden, der die Verbesserung der Anerkennung der Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Kinderzahl zum Ziel hat.

Heute sind wir aber auf dem Bundesparteitag der CDU. Heute stellen wir die Weichen für die Zukunft der Rentenreform. Jetzt ist wieder Zeit ins Land gegangen. Deshalb haben wir als Frauen Union gesagt: Wir wollen, dass noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz zur Verbesserung der Anerkennung der Kindererziehungszeiten zugunsten der Mütter auf den Weg gebracht wird, die vor 1992 Kinder geboren haben.

(Teilweise Beifall)

Nach den Beratungen gestern im Bundesvorstand und der Rede unserer Vorsitzenden kann ich sagen: Nachdem dieses Anliegen nun im Antrag des Bundesvorstands aufgegriffen wird und zwar unter der Maßgabe, dass noch in dieser Legislaturperiode ein Einstieg geschaffen wird und dass schrittweise eine Lösung erarbeitet wird, können wir als Frauen Union diesen Antrag des Bundesvorstands mittragen. Ich werbe heute bei allen dafür, ein klares Zeichen zu setzen, dass Bestandteil der kommenden Rentenreform die Verbesserung der Anerkennung der Kindererziehungszeiten zugunsten derjenigen Mütter ist, die vor 1992 Kinder geboren haben. Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsident: Danke, Maria Böhmer. – Ich habe jetzt eine geschäftsleitende Bitte an den Parteitag. Es liegen noch 17 mit Sicherheit interessante Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, dass wir jetzt die Wortmeldeliste schließen, wenn Sie einverstanden sind und dass wir die Redebeiträge auf jeweils drei Minuten beschränken. Wer dem Vorschlag des Präsidiums zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Vereinzelt. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Dann verfahren wir so. Die Redebeiträge werden auf drei Minuten begrenzt, und es werden keine neuen Wortmeldungen mehr zugelassen.

Als Nächste spricht Hedi Thelen.

Hedi Thelen: Sehr verehrtes Tagungspräsidium! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich muss es kurz mache, ich will es auch kurz machen. Es geht mir um zwei wichtige Merkmale dieser Partei. Es geht mir um Verlässlichkeit und um Glaubwürdigkeit. Dazu will ich Sie bitten, kurz auf unsere Parteigeschichte zurückzuschauen. Ich bin seit 1975 Mitglied dieser Partei. Zuvor war ich schon in der Jungen Union. Anfang der 80er-Jahre musste ich mir überlegen, ob ich noch zu dieser Partei gehören will, weil in unseren Grundsatzbeschlüssen Frauen nur als Familienfrauen vorkamen. Ich hatte keine Familie und war berufstätig. Ich wusste auch nicht, ob sich für mich die Gelegenheit einer Familiengründung ergibt. Wir haben als CDU das hier propagierte Leitbild hochgehalten, es geschätzt, es verteidigt und immer wieder gesagt: Für uns ist es wichtig, wenn in einer Familie einer – in den meisten Fällen sind es Frauen – die wichtige Aufgabe der Kindererziehung übernimmt, diese lebt und für diese Aufgabe Zeit investiert. Es war für die betreffenden Frauen über viele Jahre selbstverständlich, zu Hause zu bleiben und für die Kinder zu sorgen.

Was das Thema erwerbstätige Frauen angeht, hat sich diese Partei schon lange bewegt. Hier bin ich Frau Süßmuth, dem Parteitag 1985 und vielen Veränderungen in unserer Programmatik dankbar. Aber das Versprechen, das wir den Frauen gemacht haben, die unser Familienbild, das wir für viele Jahre als das einzig richtige gehalten haben, gelebt haben, haben wir noch nicht erfüllt. Ich bitte Sie eindringlich, das, was im Beschluss steht und was ich als Aufforderung an die Bundestagsfraktion verstehe, als Auftrag ernst zu nehmen. Lassen Sie diese Familienfrauen nicht allein, mit entsprechenden Folgen im Alter!

Frau von der Leyen hat gesagt, der heutigen Rentnergeneration gehe es relativ gut, zumindest besser als den nachfolgenden. Aber es gibt Altersarmut und Altersarmut ist weiblich. Fragen Sie einmal Witwen, wie sie heute zurechtkommen, wenn sie keine eigene Rente beziehen, obwohl sie drei, vier oder sogar fünf Kinder erzogen haben! Ich glaube, es steht der Glaubwürdigkeit und der Verlässlichkeit dieser Partei gut zu Gesicht, wenn wir den vielen Erwartungen endlich Taten folgen lassen.

(Teilweise Beifall)

Ich bin bereit, dem Antrag des Bundesvorstandes zuzustimmen, allerdings mit der ganz klaren Erwartung, dass die ersten Schritte alsbald gegangen werden. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsident: Danke. Jetzt spricht Maria-Theresia van Schewick. Bitte sprechen Sie nur drei Minuten. Man kann auch kürzer reden. Wenn jemand der Meinung ist, dass schon viel Kluges gesagt wäre, kann er auch zurückziehen. Alles ist möglich.

(Vereinzelt Beifall)

Auch das findet Zustimmung des Parteitags.

Maria-Theresia van Schewick: Das ist das vierte Mal, dass wir auf einem Parteitag darüber entscheiden. Wer wie ich 43 Jahre in dieser Partei ist und nie daran gedacht hat, sie zu verlassen, der weiß das. Ich kann nur sagen: Wir können nicht noch einen Wahlkampf führen, bei denen wir den Frauen sagen: Es ist versprochen, dass das kommt. Jetzt muss es gemacht werden.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen es jetzt machen, damit wir sagen können: Das haben wir geschafft. Jetzt muss es angefangen werden, damit wir im nächsten Jahr bei der Bundestagswahl sagen können: Schaut her, was wir für die Frauen tun! Sollte ein Mann die Kinder erziehen, kann er auch daran partizipieren.

(Teilweise Beifall)

Peter, ich glaube, ich habe keine drei Minuten gesprochen.

Peter Hintze, Tagungspräsident: Absolut vorbildlich. Ich bitte die Folgeredner, sich daran zu orientieren.

Nun hat Oswald Metzger das Wort.

Oswald Metzger: Lieber Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wie üblich muss man in einer Volkspartei, die verantwortungsvolle Politik macht, auch an die Kostenseite denken. Ich

habe heute früh die Gelegenheit ergriffen, schon darauf hinzuweisen. Ich möchte auf einen Umstand aufmerksam machen, der den meisten von uns nicht bekannt sein dürfte. Wir haben im letzten Jahr 184 Milliarden Euro aus Rentenversicherungsbeiträgen in Deutschland eingenommen und 224 Milliarden Euro ausgegeben, damit jeden Monat die Renten der rund 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner gezahlt werden können. Aus dem Bundeshaushalt werden 81 Milliarden Euro für die Rentenversicherung zur Verfügung gestellt. Um der heutigen Regelung der Kindererziehungszeiten nachzukommen, stand im Bundeshaushalt eine Überweisungssumme von 11,6 Milliarden Euro im letzten Jahr zur Verfügung. Ich sage Ihnen Folgendes: Diese 11,6 Milliarden Euro sind eine kindererziehungszeitenbedingte Unterstützung für die Rentenversicherung. Aber die Ausgaben der Rentenversicherung für Mütter, die schon Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung geltend machen können, sind deutlich niedriger. Das heißt, wir alimentieren heute mit einem zweistelligen Milliardenbetrag die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung, obwohl die Ausgaben zu diesem Zweck noch gar nicht getätigt werden müssen.

Im Umkehrschluss bedeutet das: Wenn wir diese Entscheidung so treffen, müssen Sie sich bewusst sein, dass der Satz im Antrag der Antragskommission, den Frau Ministerin von der Leyen erläutert hat, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung bedeutet, dass die Ausgaben der Rentenversicherung ab dem Zeitpunkt steigen, ab dem sich die Kindererziehungszeiten tatsächlich rentensteigernd auswirken, und zwar zulasten der Beitragszahler und des Bundeshaushaltes. Als Volkspartei sollte man sich darüber klar sein, dass die Zeche solcher Entscheidungen die arbeitende Bevölkerung in naher Zukunft bezahlen wird. Das heißt: Des einen Freud – Erhöhung der Kindererziehungszeiten in der Berechnung der Rente – ist des anderen Leid, nämlich derer, die in Bälde höhere Rentenversicherungsbeiträge zahlen werden und/oder höhere Steuern zahlen werden.

Letzte Bemerkung. Vor einem Jahr war ich auch beim Parteitag in Leipzig. Damals habe ich bei der Debatte um das Betreuungsgeld erlebt, wie die Frauen-Union innerparteilich ihr Ja zum Betreuungsgeld, was inzwischen beschlossen ist, von der Verbesserung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten abhängig gemacht hat. Als Finanzpolitiker sage ich, das ist ein Kuhhandel, der im Prinzip an zwei Punkten des Bundeshaushaltes zu weiteren Ausgaben führt. Irgendjemand muss das bezahlen. Diese Meinung müssen Sie sich aus meiner Sicht auch als Delegierte der Union anhören, die heute sicher mit einer großen Mehrheit diese empfundene Gerechtigkeitslücke schließen wollen. Diese Zeche muss bezahlt werden. Die bezahlt nicht der Finanzminister, sondern bezahlen Steuer- und Beitragszahler. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Oswald Metzger: Mahnungen sind jederzeit zulässig. Jetzt kommt Rolf Berend, dann Maria Flachsbarth und dann Anja Wagner-Scheid.

Rolf Berend: Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich aussprechen für den Antrag der Frauen-Union, der Senioren-Union und für den Antrag der vielen Landesverbände; denn dieser Antrag war konkret gestellt und schließt endlich eine Gerechtigkeitslücke.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, auf diesem Parteitag liegt eine große Hoffnung. Wenn wir in unsere Kreisverbände zurückkommen, dann werden wir von unseren Frauen und Müttern gefragt: Was habt ihr beschlossen? Wenn wir dann mit allgemeinen Floskeln ankommen, mit weichgespülten Anträgen, dann schütteln sie nur den Kopf, dann gereicht uns das in hohem Maße zum Schaden. Was sollen wir beschließen?

(Beifall)

Ich darf es Ihnen vorlesen. Im Antrag C 79, diesem – ich sage einmal – weichgespülten Antrag, steht: Wir wollen die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, verbessern.

Liebe Freunde, wer in der Politik tätig ist, weiß, was das Wort „verbessern“ bedeutet. Das ist nichts anderes als eine Beruhigungsspielle, als eine Verschiebung dieses Antrages auf die lange Bank.

(Beifall)

Es heißt weiter: Dabei können wir im Hinblick auf die Notwendigkeit der weiteren Haushaltskonsolidierung nur schrittweise vorgehen.

„Schrittweise“ – einverstanden. Das wäre ein guter Kompromiss, aber ich muss dann auch sagen, wie dies zustande kommen soll und vor allen Dingen, wann es zustande kommen soll. Man erwartet doch konkrete Beschlüsse. Meine Damen und Herren, wir sind die Delegierten, nicht die Antragskommission. Wir können über diese Anträge entscheiden.

(Beifall)

Machen wir von unserem Recht Gebrauch!

Ein letztes Wort an Frau von der Leyen. Sie sagte, die nachfolgende Generation muss das bezahlen. Die Kinder müssen das bezahlen. Ja, es sind aber die Kinder, die vor 1992 geboren sind. Die müssen das letztendlich bezahlen. Die werden immer noch benachteiligt. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Maria Flachsbarth.

Dr. Maria Flachsbarth: Lieber Oswald Metzger! Liebe Freunde! Es ist keine gefühlte Ungerechtigkeit bezüglich der Anwartschaft in der Rente für Kinder, die ab 1993 und vor 1992 geboren sind, sondern es ist eine tatsächliche Ungerechtigkeit.

(Beifall)

Die Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren hatten, waren in einer ganz anderen Situation als Mütter, die heute ihre Kinder zur Welt bringen. Die Frage der Kinderbetreuung war eine ganz andere. Es gab nicht genug Kindergartenplätze. Vor allen Dingen gab es keine Krippenplätze. Der Wiedereinstieg dieser Frauen war durch die problematische Situation auf dem Arbeitsmarkt nochmals ganz besonders erschwert. An Wiedereinstieg, an Karriere, an Aufstieg war doch häufig gar nicht zu denken. Es sind bis heute vor allen Dingen die Frauen, die die Arbeit in der Familie leisten, die für die Gesellschaft unentgeltlich und unverzichtbar ist. Die Gesellschaft nimmt es wie selbstverständlich hin, dass die Frauen diese Arbeit leisten. Es zahlt sich für sie nicht aus. Wenn man sich die Rentenanwartschaften von Frauen ansieht, die nur bis zu 60 Prozent der Rentenanwartschaft der Männer beträgt, dann ist das eine Frage der Gerechtigkeit, das wir hier nachsteuern müssen. Liebe Freunde – das will ich auch sagen, es ist eine Thematik, die weit über diesen Saal hinaus in der Gesellschaft diskutiert wird. Im Sommer haben große katholische Frauenverbände – der KDFB gemeinsam mit der Katholischen Frauengemeinschaft – innerhalb von sieben Wochen über 200 000 Unterschriften gesammelt – übrigens von Männern und Frauen, die sich dringend für den Ausgleich dieser Gerechtigkeitslücke eingesetzt haben.

Heute Morgen hat unsere Bundeskanzlerin angemahnt, dass wir für den Zusammenhalt der Gesellschaft, für den Zusammenhalt zwischen den Generationen zuständig seien. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber der Generation, die diese Gesellschaft zusammenhält, auch hier etwas zu tun. Nachdem wir auf dem dritten Bundesparteitag vermutlich Zustimmung dafür finden werden, dass eine Gerechtigkeitslücke geschlossen werden muss, sollten wir nun Schritte unternehmen, zu sagen: Ja, wir beachten das Prinzip der Haushaltskonsolidierung, aber lasst uns endlich anfangen. Lasst uns endlich erste Schritte gehen. So habe ich den Antrag des Bundesvorstandes verstanden. So habe ich die Einlassungen unserer Sozialministerin verstanden. Daher bitte ich Sie herzlich um Zustimmung für den Antrag des Bundesvorstandes. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Maria Flachsbarth. – Jetzt haben das Wort Anja Wagner-Scheid, danach Florian Braun und Herr Uhlenbrock aus NRW.

Anja Wagner-Scheid: Liebe Delegierte! Unsere Bundeskanzlerin hat heute Morgen gesagt, dass zum Thema Kindererziehungszeiten von uns ein deutliches Zeichen gesetzt werden soll und dass wir eine Lösung finden müssen. Frau von der Leyen hat davon gesprochen, dass ein Ungleichgewicht herrscht, das geegnet werden soll. Die Frauen-Union ist sehr froh, dass unsere

Bundesregierung, unsere Bundeskanzlerin, dieses Thema als so wichtig erachten, dass es hier so intensiv diskutiert wird. Als Frauen-Union sehen wir das als gutes Zeichen. Die Gespräche und die Diskussionen in den letzten Wochen und Monaten haben mir gezeigt, dass ein Großteil der Bevölkerung sehr viel Sympathie für dieses Thema empfindet. Als jüngere Frau, die sich sehr leicht zurücklehnen könnte, weil meine Söhne nach 1992 geboren sind, argumentiere ich, wir kämpfen für unsere Mütter, unsere Eltern und Geschwister, die nur einen Punkt anerkannt bekommen.

(Beifall)

Bei den jüngeren Frauen herrscht viel Solidarität. Sie unterstützen diesen Antrag. Deshalb bitte ich Sie, dass wir heute Fakten schaffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Florian Braun, danach Herr Uhlenbrock, danach Christa Klaß. Florian Braun bitte. – Ich darf darauf hinweisen, es ist auch möglich, an den Saalmikrofonen zu sprechen.

Florian Braun: Liebe Parteifreunde! Auch ich möchte mich auf den letzten Spiegelstrich des Antrags konzentrieren. Obwohl ich nicht direkt betroffen bin, bin ich trotzdem ein Teil der Diskussion. Ich bin 1989 geboren und war dann in der glücklichen Situation, dass sich meine Mutter voll und ganz meiner Erziehung widmete. Ob dies erfolgreich war, sollen andere entscheiden. Ich jedenfalls hatte eine glückliche Kindheit und weiß es bis heute zu schätzen. Nun stellen sich mir und meiner Mutter die Frage: Wieso soll sie, wenn sie später in Rente geht, die anstrengende Erziehungszeit meiner Schwester, die 1993 geboren wurde, anerkannt bekommen, aber die anstrengende Erziehungszeit, die sie mit mir hatte, nicht? Der bisherige Stichtag 1992 scheint sehr willkürlich gesetzt worden sein. Dem sollten wir entgegenreten und ein Zeichen für die arbeitsintensive und zeitintensive Erziehungsarbeit setzen, die unsere Mütter in uns gesteckt haben.

Das sollten wir anerkennen und wertschätzen. Ich schätze die Arbeit meiner Mutter sehr, und ich hoffe, das tun auch Sie. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Das Präsidium dankt für Prägnanz und Kürze. Nun Herr Uhlenbrock, bitte, und danach Christa Klaß und Carla Neisse-Hummelshein.

Reinhold Uhlenbrock: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin aus der Senioren-Union. Das ist unverkennbar; das können Sie sehen. Die Senioren-Union hat den Auftrag, die Interessen der älteren Menschen zu vertreten. Ich vertrete hier insbesondere die Interessen der Frauen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben. Dazu ist schon fast alles gesagt worden. Ich will das auch nicht wiederholen.

Ich bin im Übrigen der gleichen Auffassung wie der Herr Berend, der gesagt hat: Ich gehe hier nicht heraus, ohne dass konkret gesagt wird, wie die Angleichung bei der Anerkennung der Erziehungszeiten erfolgen soll.

(Teilweise Beifall)

Davon sind in erster Linie die Frauen betroffen. Die Antragskommission hat im letzten Absatz vermerkt: Die Voraussetzung für die sogenannte Zuschussrente, natürlich steuerfinanziert, ist, dass 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt werden muss und dass privat vorgesorgt wird. – Was passiert aber mit den Menschen, die nur 39 Jahre vollgekrigelt haben? Fallen sie aus dieser Regelung heraus und müssen sie weiter zum Sozialamt? Wie stellen Sie sich das vor?

Was die private Vorsorge angeht: Ich habe in der Familienfürsorge in Berlin-Neukölln gearbeitet. Ich sage Ihnen: Die Gruppe, die wir hier ansprechen, ist nicht in der Lage gewesen, privat vorzusorgen. Aus diesem Grunde darf ich Sie ganz herzlich und ausdrücklich bitten, dass Sie den Antrag noch einmal überdenken, damit niemand durch das Gitter fällt und damit die Frauen – hier geht es insbesondere um Frauen – durch eine vernünftige und angemessene Rente Berücksichtigung finden.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Christa Klaß, und danach Carla Neisse-Hummelshein und Notburga Kunert. Bitte die vorbildliche Haltung der Vorredner berücksichtigen und kurz sprechen!

Christa Klaß: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Die Familienpolitik war und ist immer ein steiniger Weg. Dessen sind wir uns ganz bewusst. Ganz automatisch wird hier zuallererst das Damoklesschwert der Finanzierung herausgezogen. Die Frauen sind es aber leid, hier immer in die Warteschleife gestellt zu werden.

(Teilweise Beifall)

Wir fordern ganz klar Rentengerechtigkeit für die Mütter. Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sind genauso viel Wert wie Kinder, die nach 1992 geboren wurden. Sie sind genauso viel Wert für die Gesellschaft und verdienen die gleiche Menschlichkeit.

Für Mütter war es in früheren Jahren ungleich schwerer, Kinder zu erziehen, als es heute Gott sei Dank und dank der CDU der Fall ist. Besonders für Frauen auf dem Lande war es nahezu unmöglich, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Meine Damen und Herren, führen wir die gute Tradition der CDU in der Familienpolitik weiter fort! Es war die CDU, die 1986 die Kindererziehungszeiten auf den Weg gebracht und eingeführt hat. Mit dem Verweis auf die Haushaltslage hat die CDU 1992 nur für die folgenden Geburten die bessere Anrechnung von drei Punkten eingeführt. Die CDU muss jetzt diese Ungerechtigkeit ausgleichen. Ich spreche für den Antrag, weil ich will, dass die Mütter, wie es Kanzlerin Merkel heute Morgen betont hat, besser gestellt werden. Ich lese in dem Antrag: zeitnah, in dieser Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, das Glas ist halb voll und nicht halb leer. Ich bin Optimistin. Pessimist ist der einzige Mist, auf dem nichts wächst. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt kommt Carla Neisse-Hummelshein, danach Notburga Kunert und Martina Stabel-Franz.

Carla Neisse-Hummelshein: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass sich bei diesem Thema etwas tun muss, zeigt die Debatte auf mehreren Bundesparteitag. Wir können da nicht nur prüfen, machen und tun, sondern wir müssen jetzt loslegen. Die CDU, die Frauen-Union sowie viele Männer und Frauen in ganz Deutschland haben sehr viel Leidenschaft bei diesem Thema entwickelt. Es brennt den Menschen unter den Nägeln, dass diese Gerechtigkeitslücke geschlossen wird.

Dass wir uns jetzt schrittweise dem Ziel nähern, ist zwar nur schwer zu verdauen; das gebe ich zu. Aber es zeigt auch Verantwortung und Augenmaß, welche man als verantwortungsvolle Politiker beweisen muss. Deshalb ist das schrittweise Vorgehen ganz gut. Aber man muss jetzt losgehen, und die Schritte müssen groß genug sein, damit wir das Ziel „Bessere Anerkennung der Kindererziehungszeiten für Mütter, die vor 1992 geboren haben“ erreichen und diese Gerechtigkeitslücke schließen können. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt spricht Notburga Kunert, danach Martina Stabel-Franz und Kai Wegner.

Notburga Kunert: Sehr verehrte Frau Dr. Merkel! Sehr verehrte Delegierte! Ich stehe hier stellvertretend für viele Tausend Mütter, die vor 1992 ihre Kinder geboren haben. Ich stehe auch für die Mütter, die eine Lebensleistung erbracht haben. Ich stehe außerdem für die Mütter, die in vielen Diskussionen der letzten Wochen und Monate ihre Unterschrift gegeben haben und uns gesagt haben: Endlich zeigt die CDU wieder Profil, endlich steht sie wieder für Familienpolitik. – Diese Ungerechtigkeit muss endlich beseitigt werden; denn die Mütter, die Kinder erziehen, sind die gleichen Mütter, egal ob sie sie 1992 oder später bekommen haben.

Wenn von Finanzen die Rede ist, ist das sicher zu verstehen. Ich habe vier Kinder, die das mitfinanzieren werden. Nichtsdestotrotz geht es darum: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Es wird sehr viel Geld für viele Dinge ausgegeben. Aber wenn es um gerechte Teilhabe geht – heute Morgen wurde im Gottesdienst und in den Reden, egal zu welchen Themen, davon gesprochen –, müssen die Mütter berücksichtigt werden. Ich sage hier ganz deutlich: Es ist etwas anderes, ob eine Frau zum Sozialamt gehen muss, um Grundsicherung im Alter zu beantragen, oder ob sie eine kleine, eigenständige Rente als Wertschätzung für ihre Lebensleistung bekommt. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt Martina Stabel-Franz, dann Kai Wegner und Ralf Brauksiepe.

Martina Stabel-Franz: Die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, hat heute Morgen ausgeführt, dass die Menschen von uns erwarten, dass wir vor Ort kämpfen. Sie erwarten aber auch, dass wir für Menschen mit kleinem Einkommen, mit Erwerbsminderung oder für diejenigen, die eine Pflege oder Kindererziehung ausüben, Wertschätzung zeigen. Deshalb ist es wichtig, noch in dieser Legislaturperiode eine erste Verbesserung – denn mehr bedeutet dieser Antrag nicht – zu erreichen.

Daher werbe ich für diesen Antrag und wünsche viel Erfolg bei den Verhandlungen mit der FDP, damit daraus kurzfristig noch etwas wird. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank auch für die vorbildhafte Prägnanz in Gedanken und Sprachführung. Nun Kai Wegner, dann Ralf Brauksiepe und Michael Kretschmer.

Kai Wegner: Lieber Herr Tagungsleiter! Liebe Frau Bundeskanzlerin! Liebe Freundinnen und Freunde! Ja, es ist unverständlich und ungerecht, dass Kinder bei den Kindererziehungszeiten in der Rente unterschiedlich bewertet werden. Ja, liebe Freundinnen und Freunde, diese Ungerechtigkeit führt auch zu Ungerechtigkeiten in der späteren Rente. Sie schafft große Lücken in den Erwerbsbiografien mit all den Folgen, über die unsere Gesellschaft immer wieder diskutiert. Mit dieser Ungerechtigkeit müssen wir Schluss machen.

Ich bin all denen dankbar, insbesondere auch der Frauen Union, die an dem Thema immer drangeblieben sind. Wir haben viele Beschlüsse auf Bundesparteitagen und in den unterschiedlichen Landesverbänden gefasst.

Die Frauen Union ist an dem Thema drangeblieben. Ich glaube, das ist gut so. Ich bin dem Bundesvorstand außerordentlich dankbar für diesen Kompromissvorschlag. Dieser Kompromissvorschlag ist klar, er ist unmissverständlich, und er ist ein erster Schritt. Es ist gut, dass wir heute keinen Prüfauftrag beschließen, sondern dass wir eine klare Willensbekundung äußern, dass wir mit dieser Ungerechtigkeit aufhören wollen. Es ist auch gut, dass klar formuliert worden ist, dass noch in dieser Legislaturperiode etwas in dieser Thematik geschehen soll.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, es ist wichtig, und das sollten wir in diesem Zusammenhang auch sagen: Diese Frauen, die starke Babyboomer-Generation, die vor 1992 ihre Kinder bekommen haben, haben durch die Erziehung ihrer Kinder einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohl unseres Landes geleistet. Sie haben einen wichtigen Beitrag zum Generationenvertrag in unserem Land geleistet. Jetzt, liebe Freundinnen und Freunde, geht es darum, etwas zurückzugeben; denn diese Frauen haben einen unendlichen Dienst für unser Land geleistet. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt spricht der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium, Ralf Brauksiepe, danach unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Michael Kretschmer und zum Schluss für die Antragskommission die Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Ralf Brauksiepe: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir können stolz darauf sein, dass wir diese Debatte führen. Wir können auch stolz darauf sein, wie wir sie führen. Das gilt gerade im Vergleich zu unserer politischen Konkurrenz. Als Rot-Grün regierte, gingen die Rentendebatten darum, wie man die Kürzungen am besten verteilt. Wir reden darüber, wie wir erhebliche soziale Verbesserungen für die Menschen justieren, wann wir welche Verbesserungen durchsetzen. Das ist der Unterschied. Bei den anderen wurde gekürzt. Wenn wir für die Rentenpolitik zuständig sind, gibt es Verbesserungen für die Menschen. Ich finde, wir können stolz darauf sein, dass das so ist.

Das gilt auch für das Herzensthema der Anrechnung von Erziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden. Wir müssen uns hier nicht schlechter machen als wir sind. Hier ist nichts weichgespült. Es gibt die ganz konkrete Ankündigung im Votum der Antragskommission. Wir wollen jetzt schrittweise ganz konkrete Verbesserungen in diesem Bereich, der uns gemeinsam so wichtig ist, erzielen. Deswegen werbe ich für diesen Antrag.

Ich finde, wir können in Gänze stolz auf das, was wir hier vorlegen, sein. Wir machen endlich Ernst damit, auch diejenigen, die über Jahrzehnte Vollzeit zu niedrigen Löhnen gearbeitet haben, die über Jahrzehnte morgens aufgestanden und zur Arbeit gegangen sind und mit ihren Steuern und Sozialabgaben unseren Sozialstaat finanziert haben, besserzustellen und sie nicht in die Situation zu bringen, in der sie im Rentenalter auf Grundsicherung angewiesen sind.

Es wurde auch die private Vorsorge angesprochen. Auch an der Stelle sollten wir uns nicht kleinreden. Mit der Senkung der Rentenversicherungsbeiträge, die wir zu Beginn des nächsten Jahres vornehmen, entlasten wir den Durchschnittsverdiener um fast 10 Euro im Monat. Mit 5 Euro im Monat kann man bei der steuerlich geförderten Altersvorsorge dabei sein. Von daher ist das ein rundum gutes Paket, das wir uns rentenpolitisch vornehmen. Wenn wir regieren, wird es bei der Rente besser, wird es sozial gerechter und gibt es Verbesserungen für die Menschen. Deswegen werbe ich für den Antrag der Antragskommission.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Nun Michael Kretschmer. Leider haben wir übersehen, dass sich auch noch Frau Pantel zu Wort gemeldet hat. Wenn Sie es zur Belohnung dafür, dass Sie noch zu Wort kommen, ganz kurz machen könnten, wäre das prima.

Michael Kretschmer: Meine Damen und Herren! Der Antrag besteht aus mehreren Einzelteilen. Das eine ist die Frage: Wie gehen wir mit den jetzt noch 2,5 Prozent um, deren Rente nicht reicht und die auf Grundsicherung angewiesen sind? Ich glaube, es ist richtig und wichtig, dass sich die CDU dieses Themas annimmt und anfängt, darüber zu sprechen, um eine Lösung für die Zeit zu

entwickeln, wenn es nicht mehr 2,5 Prozent, sondern mehr sind. In diesem Zusammenhang war es für uns als Politiker aus den neuen Bundesländern sehr wichtig, dass der kluge Vorschlag – 40 Jahre Beitrag zahlen und private Vorsorge – ein Stück weit auf die letzten 20 Jahre Rücksicht nimmt. Für die Zukunft sind diese beiden Kriterien aus meiner Sicht richtig und auch gut ausgesucht. Für die Vergangenheit haben wir – das wissen Sie alle – damit ein Problem, weil nach dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft sehr viele gebrochene Erwerbsbiografien entstanden. Deswegen ist es gut, dass jetzt auf diesen Punkt Rücksicht genommen werden soll.

Die zweite Frage ist: Wie gehen wir mit den Erziehungszeiten um? Da hat die sächsische Union – das ist bereits gesagt worden – klar gesagt: Wir wollen das für die Zukunft. Ich will sagen: Wir sind mit dem jetzigen Kompromissvorschlag einverstanden, weil er das Thema klar adressiert, aber nicht die falsche Erwartung weckt, dass das bereits heute oder morgen komplett umgesetzt werden kann. Das ist nicht möglich. Wir müssen den Menschen klar sagen, dass wir eine gewisse Zeit brauchen, um dort erfolgreich zu sein. Gerade bei diesem Thema sollten wir niemanden enttäuschen. Wir haben jetzt klar gesagt, dass wir das wollen und machen. Jetzt müssen wir vernünftige Schritte finden, mit denen wir zur Umsetzung kommen. Deswegen werde ich ganz klar für diesen Kompromissvorschlag.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Michael Kretschmer. – Nun Frau Pantel bitte, anschließend Frau Kramp-Karrenbauer.

Sylvia Pantel: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr geehrte Delegierte! Liebe Gäste! Wir haben gerade einen Eindruck davon verspürt, wie man etwas weichspülen kann.

(Teilweise Beifall)

Wir reden bereits seit 2003 über diese Thematik. Nennen Sie mir eine andere Thematik, über die so lange geredet wurde, ohne dass man zum Ziel gekommen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben als Frauen-Union Unterschriften gesammelt. Man hat uns vertraut. Sie haben gerade einige Zahlen gehört. Der Vorschlag, sich damit zu befassen, ist nichts, wenn ich sehe oder höre, dass wir über einen Viertelentgeltpunkt in der Anrechnungszeit nachdenken. Das hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Das hat nichts mit Glaubwürdigkeit zu tun. Ich glaube auch sehr fest daran, dass ich mich in meiner Stadt kaum noch sehen lassen kann, weil wir nicht als gerecht und glaubwürdig wahrgenommen werden können, wenn wir mit solch wichtigen Themen so umgehen.

(Vereinzelt Beifall)

Das, was wir jetzt versprechen, ist das erneute Versprechen eines Versprechens ohne Ergebnis.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte darum, dass es, wenn wir uns der Antragskommission anschließen, feste Fahrpläne geben wird. Ich hoffe nicht, Frau Bundeskanzlerin, dass wir hier mit einem viertel oder halben Entgeltpunkt versuchen, eine Gerechtigkeitslücke zu schließen; denn damit können wir keine Gerechtigkeitslücke schließen. Die Erziehungszeiten von Kindern müssen gleichbehandelt werden. Darüber sollte man noch einmal genauer nachdenken. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Pantel. – Nun spricht zum Schluss für die Antragskommission **Annegret Kramp-Karrenbauer**, Ministerpräsidentin in Saarbrücken.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Antragskommission: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich möchte ausdrücklich für die Annahme des Antrages des Bundesvorstandes werben. Ich tue das auch und gerade deshalb, weil heute Morgen deutlich geworden ist, dass sich hier in Hannover die CDU, die große Volkspartei der Mitte, trifft. Das bedeutet, dass wir Politik für Männer und für Frauen, für viele Gruppen machen. Das bedeutet aber auch, dass wir Politik für alle Generationen machen und das, was wir als Partei beschließen, in der Regierung umsetzen. Wir machen Politik für beide Generationen.

Es ist gut und richtig, auch im Jahr 2012, dass wir 2003 auf dem Parteitag in Leipzig die Kraft hatten, zu sagen: Es gibt hier in Deutschland eine Gerechtigkeitslücke. Diese Gerechtigkeitslücke besteht bei den Frauen, die Kinder vor 1992 geboren und erzogen haben. Wir haben nämlich einmal willkürlich eine Grenze gezogen, indem wir zwischen den Kindern, die vor 1992 und nach 1992 auf die Welt gekommen sind, unterscheiden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wir haben diese Gerechtigkeitslücke entdeckt. Wir haben uns dazu in Leipzig geäußert und beim letzten Parteitag deutlich gemacht, dass wir diese Lücke schließen wollen. Heute geht es darum, auch mit diesem Vorschlag des Bundesvorstandes, dass wir nicht bei diesem Versprechen bleiben, sondern auch konkrete Schritte gehen.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn ich sage: „Wir machen Politik für die Generationen“, dann bedeutet das für mich ganz persönlich, dass ich Politik mache auch im Interesse meiner Mutter, einer Frau, die 83 Jahre alt ist, die sechs Kinder geboren hat, die gerne einen Beruf gelernt hätte, der dies aber verwehrt war, weil es 1950 nicht möglich war, nach der Schule einen Beruf zu erlernen – für viele Frauen nicht, weil das klare Rollenbild das der Hausfrau und Mutter war. Sie ist eine Frau, der meine Geschwister und ich so vieles zu verdanken haben, die aber heute feststellen muss, dass sie bei der Bewertung der Rente anders behandelt wird als andere Frauen.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich mache aber auch Politik für die jüngere Generation, zum Beispiel die Generation meiner Tochter. Für sie muss ich politische Entscheidungen so treffen, etwa mit Blick auf die Frage, wie viel Geld wir für die Infrastruktur einsetzen, dass sie in Zukunft die Möglichkeit hat, besser als die Generation meiner Mutter, besser als die Generation meiner älteren Schwestern und sogar noch besser als ich selbst, Familie und Beruf in diesem Land unter einen Hut zu bringen, dass sie sich nicht entscheiden muss: Will ich einen Beruf ergreifen oder will ich eine Familie haben? Für sie soll selbstverständlich sein, was für so viele andere Menschen, insbesondere für so viele Männer in diesem Land, selbstverständlich ist.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, dafür müssen wir entsprechend investieren. Wir müssen aber auch mit Blick auf die Belastungen der zukünftigen Generationen unsere Haushaltslage im Griff behalten und denen, die nach uns kommen, Spielräume lassen, für ihre Kinder Politik gestalten zu können.

Der Antrag des Bundesvorstandes ist ein Antrag, der beiden Generationen gerecht wird, der eine Brücke schlägt, der die Gerechtigkeitslücke schließt, dies aber in Verantwortung für die Belastungen der künftigen Generationen tut. Entscheidend ist, dass heute ein klares Signal ausgeht, dass wir nicht länger bei der Maximalforderung der Leipziger Parteitage verbleiben, sondern dass wir jetzt an die Umsetzung gehen. Diese Umsetzung müssen wir als Partei in den nächsten Wochen und Monaten begleiten. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Das ist es, was die Frauen in diesem Land von uns erwarten. Ich bin mir ganz sicher, dass wir uns dieser Aufgabe stellen werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, liebe Annegret Kramp-Karrenbauer. – Wir haben den Auftrag, die Anträge C 79, C 41, C 42, C 50, C 51, C 52, C 67 Ziffer 1, C 70 sowie A 364 gemeinsam zu behandeln. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, wie es Annegret Kramp-Karrenbauer vorgetragen hat, den Beschluss des Bundesvorstandes, Antrag C 79 in Zusammenfassung der gesamten Thematik, anzunehmen. Ich stimme jetzt darüber ab: Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen? – Gegenprobe! – Enthaltungen? Bei circa 75 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen ist der Antrag der Antragskommission und damit der Antrag C 79 des Bundesvorstandes angenommen.

Ich danke Ihnen herzlich für diese Beschlussfassung und gebe unserem Tagungspräsidenten, Ministerpräsident David McAllister, für das Schlusswort des ersten Plenumstages das Wort.

David McAllister, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Nach Abschluss der Beratungen des ersten Tages möchte ich Sie herzlich zum Niedersachsen-Abend in Halle 2 der Deutschen Messe einladen. Es erwarten Sie kulinarische

Spezialitäten aus Niedersachsen und stimmungsvolle Musik. Sie haben die Möglichkeit, einen Bus zum Niedersachsen-Abend in Halle 2 zu nutzen. Dieser startet am Haupteingang der Halle 13.

Abschließend ein wichtiger Hinweis: Vergessen Sie nicht Ihre persönlichen Wertsachen und Ihre persönlichen Unterlagen! Parteitagspapiere können auf den Tischen liegen bleiben. Alles, was entsorgt werden soll, legen Sie bitte auf den Boden. Das erleichtert den Reinigungskräften ihre Arbeit.

Vielen Dank. Wir sehen uns morgen früh pünktlich um 9 Uhr zum zweiten Plenumstag.

Die Plenarsitzung ist beendet.

(Schluss: 20,55 Uhr)

Mittwoch, 5. Dezember 2012

Zweite Plenarsitzung

(Beginn: 9.05 Uhr)

David McAllister, Tagungspräsidium: Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne den zweiten Plenartag unseres 25. Parteitages und wünsche uns weiterhin einen so konstruktiven Verlauf. Diejenigen, die heute Morgen pünktlich anwesend sind, sind absolut vorbildliche Parteitagsdelegierte.

(Beifall)

Ihr seid großartig!

Zwei Teilnehmer unseres Parteitages haben heute Geburtstag. Wir gratulieren Frau Edeltraut Töpfer aus Berlin und Frau Brigitte Hayn aus Rheinland-Pfalz. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 21 auf:

Änderung zum Statut, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU

Beratung und Beschlussfassung

Peter Hintze führt den Parteitag in bewährter Art und Weise fort.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Wir kommen zu den statuarischen Anträgen, die wir gestern nicht mehr behandelt haben. Sie finden sie in Ihrem Antragsbuch auf den Seiten 259 und 260.

Ich rufe den Antrag B 1 des Kreisverbandes Oldenburg-Stadt zur Ergänzung der Beitragsregeln auf. Sie finden ihn auf Seite 259 unserer Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag gemeinsam mit dem Antrag B 5 des Landesverbandes Baden-Württemberg zu behandeln. Den Antrag B 5 finden Sie auf Seite 260 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge an den Generalsekretär Deutschlands sowie an die Bundesfinanzkommission zu überweisen, sodass sie sich damit beschäftigen können und erwägen können, ob ein integriertes System möglich ist. Hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Dann können wir darüber entscheiden. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ist das so angenommen. Damit sind die Anträge B 1 und B 5 angenommen.

Ich rufe den Antrag B 6 des Bezirksverbands Mittelrhein zur Einführung eines Mitgliederentscheids auf. Sie finden den Antrag auf der Seite 260. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 6 gemeinsam mit dem Antrag B 7 des Kreisverbandes Köln zu behandeln. Die Antragskom-

mission empfiehlt, die Anträge an den Generalsekretär der CDU Deutschlands sowie an den Bundesvorstand zu überweisen. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Es liegen keine vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Ich bitte um das Stimmzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Drei Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 21 – Satzungsänderungen – erledigt.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 22 auf:

Sonstige Anträge

Beratung und Beschlussfassung

Gestern haben wir insgesamt die Anträge bis C 41 beschlossen. Die erste Wortmeldung liegt zum Antrag C 54 vor. Ich frage, ob die dazwischenliegenden Anträge die Zustimmung des Parteitags finden und bitte Sie, für die Voten der Antragskommission jeweils um Ihr Kartenzeichen, damit wir sie förmlich beschließen können. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist bei zwei Gegenstimmen beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C 54 des Kreisverbandes Höxter. Hier geht es um den § 218. Christoph Rust hat um das Wort gebeten. Ich bitte ihn, zu sprechen. Ich bitte Hermann Kues, anschließend die Begründung der Antragskommission vorzutragen. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag abzulehnen. – Herr Rust, bitte.

Christoph Rust: Wertes Tagungspräsidium! Liebe Parteifreunde! Der Antrag des Kreisverbandes Höxter betrifft ein zentrales Anliegen der Partei, nämlich den Schutz des ungeborenen Menschen, der ganz offensichtlich nicht mehr gewährleistet ist.

Ich habe deshalb mit Befremden zur Kenntnis genommen, dass die Antragskommission ohne weitere Begründung empfohlen hat, den Antrag des Kreisverbandes Höxter abzulehnen, der „die Bundesregierung und die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien“ auffordert, „dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28.5.1993 unverzüglich nachzukommen“ und die notwendigen Schritte zu unternehmen, um „die ihnen vom Bundesverfassungsgericht auferlegten Pflichten zu erfüllen.“

Der Kreisverband Höxter fordert vom Gesetzgeber nur eine Selbstverständlichkeit ein, nämlich verfassungskonformes Verhalten. Seit dem 1. Oktober 1995 gilt in Deutschland die sogenannte Beratungsregelung. Das heißt, dass ein Schwangerschaftsabbruch nicht den Tatbestand des § 218 StGB erfüllt, wenn er nach einer Beratung innerhalb der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft von einem Arzt vorgenommen wird und dem Arzt die Beratung nachgewiesen wird. Das hat in der Praxis dazu geführt, dass der Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft praktisch privatisiert wurde. Das Bewusstsein, dass ein Schwangerschaftsabbruch in dieser Frist dennoch rechtswidrig ist und von der Rechtsordnung nicht gebilligt wird, ist weitgehend verloren gegangen.

Die Beratungsregelung ist auf das zuvor genannte Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zurückzuführen, das aber eine Beratungsregelung nur unter der Voraussetzung für verfassungskonform erklärt hat, dass mit ihr das Lebensrecht des ungeborenen Kindes besser gewährleistet wird als durch eine strafrechtliche Sanktion. Das Gericht hat klargestellt und mehrfach betont, dass eine nach der Beratungsregelung vorgenommene Abtreibung rechtswidrig ist und es Aufgabe des Gesetzgebers ist, dafür zu sorgen, dass dieser Umstand im allgemeinen Bewusstsein der Bevölkerung erhalten bleibt. Dem Gesetzgeber ist deshalb vom höchsten deutschen Gericht aufgegeben worden, innerhalb gewisser Abstände zu überprüfen, ob die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche durch die Einführung und Anwendung der Beratungsregelung tatsächlich zurückgeht und der Schutz ungeborener Kinder auf diese Weise besser gewährleistet wird als durch eine Strafandrohung. Sollte sich erweisen, dass die verfassungsrechtlich nicht zu beanstandende Einschätzung des Gesetzgebers nicht zutreffend ist, ist der Gesetzgeber nach dem Urteil verpflichtet, einen dem Untermaßverbot genügenden Schutz des ungeborenen Lebens durch eine Gesetzeskorrektur herzustellen.

Bislang hat der Gesetzgeber nichts unternommen, um dieser Verpflichtung nachzukommen, obwohl der Handlungsbedarf evident ist: 1996, im ersten vollständigen Jahr nach Inkrafttreten der jetzigen Regelung, stieg die Zahl der Abtreibungen von ca. 98 000 auf über 130 000. In den Folgejahren bewegte sich die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche weiter auf diesem hohen Niveau. Der Rückgang der absoluten Zahlen in den Jahren 2004 bis 2011 ist nur eine Auswirkung des demografischen Wandels; die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter ist gesunken. Frauen, die nicht geboren wurden, können keine Kinder kriegen. Unabhängig von diesem Rückgang, ist die Zahl der Abtreibungen im zweiten Quartal 2012 im Vergleich zum zweiten Quartal 2011 erneut um 1,2 Prozent, von 26 600 auf 26 900, gestiegen, wie das Statistische Bundesamt in seiner Pressemeldung vom 14. September 2012 mitgeteilt hat.

Es ist deshalb völlig unverständlich, dass die Antragskommission ein Kernanliegen der CDU, den Schutz des ungeborenen Menschen, negiert und die Ablehnung des Antrags empfohlen hat. Das wird weder der Wichtigkeit des Themas noch dem Selbstverständnis der CDU gerecht.

(Teilweise Beifall)

Schließlich hat sich die CDU seit dem Parteitag 1988 in Wiesbaden, also seit nunmehr fast 25 Jahren, zuletzt im Parteiprogramm von 2007 immer wieder zur Würde des ungeborenen Menschen bekannt. Das bedeutet aber auch, diese Würde zu verteidigen. Dazu kann die Annahme unseres Antrags ein wichtiger Beitrag sein. Ich appelliere an alle Parteitagsdelegierten, den Worten unserer Vorsitzenden von gestern zu folgen, man möge zu seinen Werten stehen. Dass wir zu unserem Wert stehen, den Schutz des ungeborenen Lebens gewährleisten zu wollen, können Sie mit der Annahme unseres Antrags unter Beweis stellen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Hubert Hüppe, bitte. Danach spricht für die Antragskommission Hermann Kues.

Hubert Hüppe: Lieber Peter Hintze! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch für den Antrag des Kreisverbands Höxter sprechen. Zumindest kann ich nicht verstehen, dass man diesen Antrag mit einem Satz ablehnt. Man sollte sich die vier im Antrag genannten Punkte anschauen. Dort steht zum Beispiel – das steht übrigens auch eindeutig im Urteil des Bundesverfassungsgerichts –, dass sichergestellt werden soll, dass die Beratungsstellen im Sinne des ungeborenen Kindes beraten. Das kann man nicht einfach ablehnen. Im dritten Punkt steht, dass konkrete Maßnahmen des Gesetzgebers gewünscht werden, die den „rechtlichen Schutzanspruch des ungeborenen Lebens im allgemeinen Bewusstsein erhalten“. Ich kann nicht verstehen, warum eine christdemokratische Partei das einfach ablehnt.

(Teilweise Beifall)

Im Antrag steht auch die Forderung nach „konkreten Maßnahmen des Gesetzgebers, die zuverlässig erreichen, dass sich das soziale Umfeld werdender Mütter verbessert.“ Ich kann nicht verstehen, warum eine christdemokratische Partei das ablehnt.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freunde, man kann ja darüber sprechen. Ich denke, der erste Punkt war entscheidend für die Empfehlung der Antragskommission.

Im Zusammenhang mit dem rechtlichen Schutz darf ich auf einen Punkt hinweisen: Die Statistik offenbart eine deutliche Zunahme von Abtreibungen in der Phase, in der Kinder außerhalb des Mutterleibes überleben könnten, eine Zunahme der sogenannten Spätabtreibungen. Wenn es so ist – und so ist die Praxis –, dass in ein und derselben Klinik ein Kind noch im siebten oder achten Monat abgetrieben werden darf, weil es zum Beispiel eine Behinderung hat, in derselben Klinik aber in einem anderen Raum ein Kind, das früher, im sechsten Monat, geboren worden ist, mit allen Möglichkeiten der Technik am Leben erhalten wird, meine Damen und Herren, dann frage ich mich, wo eigentlich der Unterschied läge, wenn dieses Kind außerhalb des Mutterleibes getötet würde, und ob der Unterschied wirklich nur im Aufenthaltsort bestünde. Zumindest an der Stelle darf man doch nachfragen, ob nicht auch rechtlich etwas unternommen werden sollte.

Deswegen, liebe Parteifreunde, halte ich eine völlige Ablehnung des Antrages für nicht gerechtfertigt. Insofern möchte ich die Antragskommission bitten, ihr Votum zu überdenken oder dem Antrag des Kreisverbandes Höxter zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht jetzt der Parlamentarische Staatssekretär im Familienministerium, unser Freund Hermann Kues.

Dr. Hermann Kues, Antragskommission: Lieber Peter Hintze! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass uns die Frage, wie man ungeborenes Leben wirksam schützen kann, immer wieder neu umtreiben muss – das ist völlig richtig –; sie darf uns nicht ruhen lassen. Ich sage ausdrücklich: Wir haben es als Gesetzgeber letztendlich nie hinbekommen, hier eine hundertprozentige, absolut abschließende Lösung zu finden. Wir haben uns in Diskussionen in der Fraktion, aber auch im Bundestag mehrfach mit dieser Frage gequält, weil wir genau wissen, dass das Ziel völlig unstrittig ist: Es ist ein originäres christlich-demokratisches Anliegen, sich für ungeborenes Leben einzusetzen. Ich wage auch die Behauptung, dass wir in Deutschland mit der Schwangerschaftskonfliktberatung das höchste Schutzniveau in Europa entwickelt haben. Aber es heißt „Konfliktberatung“, weil es um massive Konflikte geht.

Deswegen sind wir der Auffassung, dass es falsch ist, zu glauben, allein durch eine Änderung des Strafrechtes könne man ungeborenes Leben besser schützen. Das glauben wir eben nicht.

(Teilweise Beifall)

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir alles tun müssen, das Netzwerk enger zu knüpfen, damit Beratung noch intensiver erfolgt. Das, was jetzt in Verbindung mit dem Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht worden ist, beinhaltet ja Ansätze in dem Sinne, dass es frühe Hilfen geben muss, sodass diejenigen, die sich in dieser Konfliktsituation befinden, nicht alleingelassen werden, dass man sehr früh an den Menschen dran ist, die dieser Situation ausgesetzt sind, um sie zu beraten und ihnen zu helfen, um dann zu guten Lösungen zu kommen. Das ist der Grund, weshalb wir gesagt haben: Es hilft nicht, wenn wir jetzt beschließen, wir wollen uns dem Thema auch unter strafrechtlichen Gesichtspunkten neu zuwenden. Vielmehr müssen wir alles tun, um die Beratungssituation, die wir haben, weiter zu verbessern und weiter zu intensivieren in die Richtung, wie wir es in dem Zusammenhang mit dem Thema „Frühe Hilfen“ jetzt aus einer anderen Begründung heraus auf den Weg gebracht haben. Das heißt nämlich im Endeffekt, dass wir viel näher dran sind.

Das ist für uns der Grund gewesen, dass wir gesagt haben: Das macht in dieser Weise keinen Sinn. Ich glaube aber, das dürfte auch die Meinung von Hubert Hüppe sein – so habe ich ihn jedenfalls verstanden –, dass wir in den bestehenden Gremien wie zum Beispiel der Stiftung „Mutter und Kind“, in der ständig diese Fragen erörtert werden und auch geschaut wird, wie man praktisch damit umgeht, dieses Thema weiter intensivieren müssen. Wir haben auch die für diesen Bereich zur Verfügung gestellten Mittel in den vergangenen Jahren verstärkt.

Ich glaube deswegen, wir sind auf einem guten Wege; aber die Frage – da stimme ich auch Hubert Hüppe und den Antragstellern zu – darf uns nicht ruhen lassen. Wir meinen nur, dass es nicht sinnvoll ist, jetzt wieder in erster Linie mit dem Strafrecht zu argumentieren. Deswegen bitte ich Sie, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Wir stimmen jetzt darüber ab. Die Antragskommission hat durch Hermann Kues begründet, warum wir dem Antrag, der eine Änderung des § 218 fordert, nicht folgen wollen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, wie es Hermann Kues vorgetragen hat, bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer beträchtlichen Zahl von Gegenstimmen und zwei Enthaltungen ist das so angenommen.

Ich rufe Antrag C 55 der Senioren-Union auf. Hier geht es um Abschaffung des reduzierten Umsatzsteuersatzes und Verringerung des gesetzlichen Mehrwertsteuersatzes. Für die Senioren-Union spricht Herr Heinemann.

Manfred Heinemann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mahnende Stimmen haben mir gesagt, dieser Antrag würde von einem Großteil der Delegierten mit ganzem Herzen mitgetragen, aber er käme zur Unzeit. Meine Damen und Herren, er kommt nicht zur Unzeit, er kommt zur rechten Zeit; denn Gutes kann man immer tun, und zum Ende dieser Legislaturperiode haben wir eine große Chance, diesen Antrag auf den Weg zu bringen. Darum danke ich im Namen der Senioren-Union der Antragskommission, dass dieser Antrag zur Empfehlung angenommen und an die Fraktion überwiesen werden soll.

Meine Damen und Herren, ich bin aber gegen die Überweisung an die Fraktion. Ich bitte deshalb die Damen und Herren Delegierte hier sehr herzlich, eine direkte Abstimmung an diesem Platze heute vorzunehmen. Warum?

Meine Damen und Herren, dieser Antrag ist nicht der erste seiner Art bzw. der erste, der das Ziel verfolgt, die Ausnahmetatbestände für reduzierte Steuersätze in der Anlage zum Umsatzsteuergesetz deutlich zurückzuführen bzw. diese Ausnahmetatbestände ganz abzuschaffen. Warum ist das unserer festen Überzeugung nach notwendig? Ich lese Ihnen nur einen einzigen Satz aus der Begründung für unseren Antrag vor, die Ihnen ja nicht vorliegt. Er lautet: Solange für Güter wie Trüffel oder Rennpferde 7 Prozent Steuern einbehalten werden und für Babywindeln 19 Prozent, für Frühkartoffeln 7 Prozent und für Süßkartoffeln 19 Prozent, Behinderte für einen Rollstuhl 7 Prozent bezahlen, jedoch für den Einbau eines Treppenliftes 19 Prozent, so lange kann von einem gerechten, klaren und transparenten Steuersystem nicht die Rede sein.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Antrag der Mittelstandsvereinigung auf dem Parteitag in Karlsruhe, der von dem von mir sehr geschätzten ostwestfälischen Abgeordneten Dr. Linnemann vorgetragen und überzeugend vertreten worden ist. Der Antrag wurde seinerzeit auch angenommen und zur Überweisung empfohlen. Ein schönes Ergebnis; darüber kann man sich freuen. Aber mit dieser Überweisung war dieser Antrag begraben. Dass genau dieses, meine Damen und Herren, mit unserem Antrag erneut passiert,

möchte ich heute vermeiden. Ich möchte kein Begräbnis dritter Klasse haben, sondern ich möchte, dass heute dieser Antrag, der von fast allen der 57 000 Mitglieder der Senioren-Union getragen wird, direkt zur Abstimmung gestellt wird. Deshalb, meine Damen und Herren, bitte ich Sie heute um Ihre Zustimmung für den Antrag C 55.

Bitte lassen Sie sich dabei, meine Damen und Herren Delegierte, nicht von den berühmten Bedenkenträgern – ist Elmar Brok schon hier? – leiten, die unzutreffenderweise sagen, durch Umsetzung dieses Antrages würden die sozial Schwachen besonders belastet. Einkommensschwache Haushalte würden bei einem etwas höheren Steueranteil nicht deutlich mehr belastet. Das hat übrigens auch der Bundesfinanzhof bestätigt. Wenn der 7-prozentige Steuersatz wegfällt und stattdessen zum Beispiel 16 Prozent Steuern erhoben werden, macht das bei einem normalen Rentner – lassen Sie mich dieses eine Beispiel nennen – eine zusätzliche Belastung von etwa 0,23 Prozent oder etwa 4,50 Euro im Monat aus. Es gibt andere Gesetze, insbesondere wenn ich an den Energiesektor denke, durch die erheblich stärkere Belastungen entstehen. Das wird ja im Grunde hingenommen. Hier haben wir nun die Chance, für eine erhebliche Verbesserung zu sorgen.

Als seinerzeit, Ende der 60er-Jahre, dieser um 50 Prozent reduzierte Steuersatz eingeführt wurde – damals gab es 5 Prozent und 10 Prozent Umsatzsteuer –, umfasste der Ausnahmekatalog ein paar Produkte aus dem Lebensmittelbereich und ein paar Druckerzeugnisse. Inzwischen umfasst dieser Katalog 54 Nummern mit mehr als 100 Ausnahmetatbeständen. Ich zeige Ihnen einmal die Liste: Seite 1, Seite 2, Seite 3, Seite 4, Seite 5 und Seite 6. Da steht ein ziemlicher Unfug drin: Unter der laufenden Nummer 53 finden sich zum Beispiel Kunstgegenstände. Warum unterliegt der Handel mit Kunstgegenständen einem reduzierten Steuersatz, meine Damen und Herren? Meinen Sie, dass eine Kunstsammlung nur gekauft wird, wenn sie der 7-prozentigen Umsatzsteuer unterliegt?

Die würde genauso mit 19 Prozent Mehrwertsteuer gekauft werden. Das gilt auch für Sammlerstücke.

Da steht ein unverständliches Zeug drin, was dringend der Bereinigung bedarf. Wenn ich allein an den letzten Artikel denke, in dem es um den steuerbegünstigten Handel mit Münzen geht. Hören Sie sich folgende Definition für Münzen und Medaillen aus Edelmetallen an – wer soll das verstehen und was heißt das allein für die Verwaltung, wenn die Bemessungsgrundlage für die Umsätze dieser Gegenstände mehr als 250 Prozent des unter Zugrundelegung des Feingewichts berechneten Metallwerts ohne Umsatzsteuer beträgt. – Alles klar, meine Damen und Herren? So etwas steht da drin. Das muss weg.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt viele andere wirklich nicht nachvollziehbare Tatbestände, die mit einer gerechten und nachvollziehbaren Steuerpolitik absolut nichts mehr zu tun haben. Die ursprünglich gute Absicht ist inzwischen – das kann man so feststellen – ohne Zweifel zu einer reinen Klientel- oder Branchenpolitik verkommen. Ich erinnere nur an die noch gar nicht so lange zurückliegende Re-

duzierung der Umsatzsteuer für Hoteliers, die Geschenke an die überwiegend bayerischen Lift- und Bergbahnbetreiber. Ich bin im Übrigen nicht der Meinung, ich glaube, es ist überprüfbar, ob es zu den beabsichtigten Preissenkungen überhaupt gekommen ist.

Diesen Unfug, den ich Ihnen nur ausschnittsweise vorgetragen habe, wollen wir mit unserem Antrag korrigieren. Dies wäre – leider ist der Bundesfinanzminister nicht da – ein echter, kleiner steuerpolitischer Befreiungsschlag in Richtung der von uns allen gewollten Steuererleichterungen und Steuervereinfachungen. Darum, meine Damen und Herren, bitte ich Sie ebenso höflich wie eindringlich um Zustimmung zu diesem Antrag und um direkte Abstimmung hier und heute.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das war Herr Heinemann von der Seniorenunion. Nun spricht für die Antragskommission der Kollege Presser.

Jürgen Presser, Antragskommission: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Mit radikaler Steuervereinfachung hat die CDU Deutschlands ihre Probleme. Ich erinnere an Leipzig, damals hatten wir das für die Einkommensteuer gefordert. Wir alle wissen, wie schwierig das war und wie weit wir damit gekommen sind. Mit der Umsatzsteuer verhält es sich nach Auffassung der Antragskommission ähnlich. Das Petitum des Antrags ist durchaus berechtigt. Wir wollen das auch alle.

Was in dieser Legislaturperiode als eine Reform bei der Umsatzsteuer umgesetzt wurde, kann keinen zufriedenstellen. Es gibt aber auch konkurrierende Beschlüsse des Parteitages. Zum Beispiel hat ein CDU-Parteitag beschlossen – das hat der Kollege vor mir angesprochen, dass wir einen weiteren Ausnahmetatbestand hinzufügen, nämlich den Mehrwertsteuersatz für Babyartikel weiter zu reduzieren. Insofern hätten wir konkurrierende Beschluslagen.

Trotzdem sehe ich persönlich das Petitum als wichtig an. Wir haben uns in der Antragskommission für eine Überweisung an die Bundestagsfraktion entschieden – nicht zuletzt auch deshalb, weil eine Überweisung für uns dieses Mal keine Beerdigung dritter Klasse ist. Vielmehr soll das eine wohlwollende Bearbeitung derer, an die es überwiesen wird, beinhalten. Deshalb sage ich für die Antragskommission: Wir bitten Sie, der Überweisung an die Bundestagsfraktion zuzustimmen. Gleichzeitig richten wir einen Appell an die Bundestagsfraktion, dieses wichtige Anliegen sehr ernstzunehmen und noch in dieser Legislaturperiode zu beraten. Auch der eben erwähnte Abgeordnete Carsten Linemann im PKM wird sich dafür einsetzen, dass Verbesserungen auf den Weg gebracht werden.

Eine weitere Nachricht an die Bundestagsfraktion ist: Wenn es in einem Stück nicht gelingen sollte, wenn es nur scheinbar vorangeht, dann sollten wir dem Bundesfinanzminister nicht auch noch die Tür öffnen, diese Scheibchen zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden; vielmehr sollte der gesamte Steuersatz stückweise abgesenkt werden. Mit diesem Auftrag an die Bundestagsfraktion kann dieser Parteitag leben. Ich bitte Sie für die Antragskommission um die Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Danke schön.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Wir haben also die Alternativen: Antrag der Senioren-Union, den reduzierten Umsatzsteuersatz abzuschaffen, oder den Vorschlag der Antragskommission, das an die Bundestagsfraktion zur Beratung zu überweisen. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer beträchtlichen Zahl von Gegenstimmen und drei Enthaltungen ist man dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Zu weiteren Anträgen im Antragsbuch gibt es keine Wortmeldungen. Ich bitte trotzdem um formale Abstimmung. Wer den Voten der Antragskommission folgt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

In Bezug auf die Initiativanträge schlage ich Folgendes vor: Wo die Antragskommission Zustimmung vorschlägt – wo es also keine Kontroversen in der Sache gibt, das wäre etwa bei den Anträgen C 80, C 81 und C 82; hier stimmt das Votum der Antragskommission mit dem der Antragsteller überein-, beschließen wir das auch so. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall.

Es bleibt übrig der Antrag C 83, bei dem es um die organisierte Sterbehilfe geht. Dazu möchte kurz der Kollege Thomas Rachel, Staatssekretär im Bildungsministerium und Vorsitzender unseres Evangelischen Arbeitskreises, für die Antragskommission den modifizierten Beschlusssentwurf begründen. Sie finden das auf Seite 7 der Vorlage zu den Initiativanträgen. – Bitte, Thomas Rachel.

Thomas Rachel, Antragskommission: Herr Präsident! Liebe Freunde und Freundinnen! Für uns als CDU Deutschlands ist ganz klar und unumstößlich: Die Würde des Menschen ist vom Anfang bis zum Ende des Lebens zu schützen und zu bewahren. Am Ende des Lebens kommt es darauf an, Sterbende entsprechend unserem christlichen Menschenbild zu begleiten, und zwar durch menschliche Nähe, durch Zuwendung und Ansprache, mit der besten medizinischen und palliativmedizinischen Versorgung und mit der Stärkung unserer Hospize in Deutschland, die eine sehr wichtige Aufgabe für die Menschen wahrnehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Doch auch in unserer Gesellschaft nimmt der Ruf nach Sterbehilfe und der Beihilfe zum Suizid bedenklich zu. Es gibt immer mehr Sterbehilfeorganisationen, die dies ausnutzen und die Geschäfte machen mit dem Leid, den Ängsten und den Nöten der Betroffenen. Deshalb ist es ein ganz entscheidender Schritt, dass die CDU/CSU-geführte Bundesregierung zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein klares, ein unmissverständliches Verbot jeglicher gewerblicher Sterbehilfe auf den Weg gebracht hat.

(Vereinzelt Beifall)

Als Union schieben wir damit all denjenigen einen Riegel vor, die auf dem Rücken Sterbender und Schwerstleidender menschenverachtende Geschäfte betreiben wollen.

(Teilweise Beifall)

Zusammen mit den Kirchen betonen wir als CDU Deutschlands deshalb, dass es darum geht, Menschen in Grenzsituationen ihres Lebens zum Leben zu ermutigen und zu unterstützen und, wenn möglich, auch von Selbsttötung abzuhalten. Deshalb macht es Sinn, in Zukunft darüber nachzudenken, das Verbot der kommerziellen Sterbehilfe auf den Bereich auszudehnen, in dem eine organisierte Form der Sterbehilfe stattfinden soll, in dem also eine Wiederholung beabsichtigt ist. Darüber müssen wir sprechen.

(Teilweise Beifall)

Es ist ganz klar: Wir müssen über diesen Weg offen diskutieren, und zwar auf differenzierte sowie ethisch und juristisch saubere Art und Weise.

Wir als Christdemokraten wissen aber auch, dass es extreme Not- und Ausnahmesituationen gibt. Ich verweise auf die Erklärung des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland zur aktuellen Debatte über die Beihilfe zur Selbsttötung. Zwar wird die Beihilfe grundsätzlich abgelehnt. Es wird aber anerkannt: In Grenzerfahrungen des menschlichen Lebens, in Situationen schwersten Leidens können Betroffene und Angehörige in tiefe Gewissenskonflikte und Grenzfälle geraten. Aus evangelischer Sicht ist zu respektieren, wenn einzelne Menschen in solch existenziellen Lebenslagen Beihilfe zum Suizid leisten und persönlich verantworten.

Es geht in diesen Fällen also nicht um die erwerbsmäßige, die organisierte Sterbehilfe, sondern um ganz wenige extreme Fälle, in denen die Palliativmedizin nicht mehr das erreichen kann, was sie erreichen will, und Ehepartner sich untereinander für einen bestimmten Weg entscheiden oder zusammen mit dem Arzt diesen Weg gehen. Da, glaube ich, steht uns kein moralisches Urteil zu. Deshalb plädiere ich im Namen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU für den Weg, den uns die Antragskommission hier vorschlägt. Gott ist ein Freund des Lebens. Als Christdemokraten setzen wir uns für eine Kultur des Lebens und nicht für eine des Todes ein. Deshalb stehen wir für die Stärkung der Palliativmedizin und des Hospizwesens. Um es mit den Worten des Altbundespräsidenten Horst Köhler zu sagen: „Nicht durch die Hand eines anderen sollen die Menschen sterben, sondern an der Hand eines anderen.“ Das ist unser christdemokratisches Anliegen. Wir möchten die Menschen begleiten und ihnen helfen, auch in den letzten Stunden ihres Lebens. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke. – Nun spricht Julia Klöckner für die Antragskommission.

Julia Klöckner, Antragskommission: Guten Morgen, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Im Namen des antragstellenden Landesverbandes Rheinland-Pfalz möchte ich Sie bitten, der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen. Wir haben den Initiativantrag eingereicht, weil wir der Meinung sind, dass der aktuell vorliegende Gesetzentwurf nicht weit genug geht; denn wenn wir uns auf rein erwerbsmäßige Organisationen bei der aktiven Sterbehilfe konzentrieren, schließen wir andere Vereine oder Vereinigungen aus, die lediglich Mitgliedsbeiträge kassieren und Honorarkräfte und Ärzte, die innerhalb des Vereins tätig sind, entsprechend entlohnen. Wir möchten nicht, dass bestimmte Felder unbedacht bleiben. Wir haben mitbekommen, dass Sterbehilfeorganisationen vorhaben, sich als Vereine umzudefinieren. Wir möchten deshalb die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auffordern, in den Verhandlungen mit der FDP Weitergehendes zu erreichen. Eines ist klar: Leben braucht Liebe, auch Sterben braucht Liebe. Letztlich sollten wir als Christdemokraten Wert darauf legen, dass die Antwort auf Schmerz und Einsamkeit nicht die aktive Sterbehilfe ist, sondern Palliativmedizin und Hospizarbeit. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn Sie dem Antrag, den die Antragskommission etwas erweitert hat, zustimmen würden. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank unserer stellvertretenden Bundesvorsitzenden Julia Klöckner und Thomas Rachel.

Sie haben ein übereinstimmendes Votum der Antragsteller und der Antragskommission gehört. Wer der Fassung der Antragskommission zustimmen möchte, wie von allen gewünscht, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Drei Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zum Antrag C 85. Hier geht es – darüber wurde in der Partei tausendmal diskutiert – um eine Erhöhung der Pendlerpauschale. Die Antragskommission sagt: Das können wir uns im Moment leider nicht erlauben, auch wenn wir Verständnis für das Anliegen haben. – Es liegen viele Wortmeldungen vor. Ich schlage trotzdem vor, dass wir jetzt abstimmen. Sind die Antragsteller damit einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein. Die Antragskommission empfiehlt mit blutendem Herzen, den Antrag C 85 auf Seite 8 abzulehnen, weil wir das im Moment nicht stemmen können. Wir wollen nur Sachen beschließen, die wir auch stemmen können. Wer für die Erhöhung ist, muss gegen das Votum der Antragskommission stimmen. Wer wie die Antragskommission der Meinung ist, dass wir uns das im Moment nicht erlauben können, der muss für das Votum der Antragskommission stimmen. Sind Sie einverstanden? – Dann machen wir das so. Wer stimmt für das Votum der Antragskommission zu C 85? Gegenstimmen? – Eine beträchtliche Zahl ist für die Erhöhung der Pendlerpauschale, so auch der Landesverband Schleswig-Holstein. Enthaltungen? – Vier Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen, wie das die Antragskommission vorgeschlagen hat.

Bei Antrag C 86 empfiehlt die Antragskommission Annahme. Ich schlage vor, dass wir es annehmen, wenn die Antragskommission Annahme empfiehlt.

Wir kommen nun zu Antrag C 87, Überweisung an die Fraktion sowie die Landtage und Bürger-schaften. Dazu wird nicht das Wort gewünscht. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenstimmen? – Vier Gegenstimmen. Enthaltungen? – Eine. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zu Antrag C 89, einer komplexen Materie. Da soll das Versicherungsauf-sichtsgesetz, das gerade auf den Weg gebracht wurde, gewissermaßen zurückgekurbelt werden. Darüber haben wir bereits lange gesprochen. Wir wollen das der Bundestagsfraktion noch ein-mal vorlegen. – Wie ich sehe, gibt es eine Wortmeldung. Bitte schön, Herr Schreiber. Seien Sie so lieb und fassen Sie sich prägnant.

Michael Schreiber: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Ich bemühe mich, mich prägnant zu fassen. Aber meine Wortmeldung war schon angekündigt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie ganz herzlich, ausnahmsweise einmal gegen das Vo-tum der Antragskommission zu stimmen und damit für den Antrag in der Sache. Worum geht es? Der Bundestag hat am 8. November eine Gesetzesänderung beschlossen, die dazu führen wird, dass die Auszahlungsleistungen aus Lebensversicherungen und privaten Rentenversicherungen um bis zu 10 Prozent sinken können, weil die Beteiligung der Versicherten an den Bewertungsreserven geändert wird. Das Ganze wird damit begründet, dass die Versicherungen in Zukunft Probleme auf-grund der Niedrigzinsphase haben könnten, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Aktuell ist es jedoch so, dass die Versicherungen weiterhin Rekordgewinne ausweisen, beispielsweise die Allianz 9 Milliarden Euro für 2012, Generali 4 Milliarden Euro. Es passt nicht in die Zeit, wenn die Ver-sicherungen Rekordgewinne schreiben, hier ein Gesetz zugunsten der Versicherungen zu machen, das die Auszahlungsleistungen an die Versicherten, die mit Beiträgen erkaufte sind, senkt.

(Teilweise Beifall)

Es ist mittlerweile so, dass dieses Gesetz, das von der Versicherungswirtschaft initiiert war und von unserer Bundesregierung leider eingebracht wurde, selbst in unseren Reihen auf Kritik stößt. Die Bundestagsfraktion ist wohl dabei, ihre Position zu überdenken. Wir konnten gestern den „Stuttgarter Nachrichten“ entnehmen, dass das Gesetz gekippt werden soll. Man denkt nur noch über den Weg nach.

Ich bitte Sie: Geben wir der Bundestagsfraktion ein klares Votum des Parteitags an die Hand, damit sie guten Gewissens ihre Position überdenken kann. Wenn von diesem Parteitag ein sol-ches Signal ausgeht, dann können wir viel Porzellan, das im Vorfeld bei verängstigten Ver-sicherten zerschlagen wurde, wieder kitten, weil wir zeigen, dass wir einsichtig sind und bereit sind, Positionen, wenn sie falsch sind, zu korrigieren. Eine falsche Position zu korrigieren, ist kein Zeichen der Schwäche, sondern ein Zeichen der Stärke.

(Teilweise Beifall)

Ich sage Ihnen auch: Sollte diese Gesetzesänderung so kommen, möchte ich im nächsten Jahr keinen Bundestagswahlkampf stemmen und mit Best-Agern, deren Versicherung ihnen 10 Prozent weniger ausgezahlt hat, diskutieren, warum die CDU für diese Gesetzesänderung verantwortlich ist. Ausgerechnet wir haben in der Vergangenheit immer wieder gepredigt: Leute, verlasst euch nicht nur auf die gesetzliche Rente, sondern sorgt privat vor! Ausgerechnet wir wollen diese Ansprüche mutwillig beschränken. Deshalb bitte ich Sie, gegen das Votum der Antragskommission zu stimmen. Ich halte das Votum der Antragskommission für mutlos, die Ihnen eine Beerdigung zweiter Klasse empfiehlt, nämlich eine Verweisung an die Bundestagsfraktion. Sind wir mutig! Der Parteitag kann diese Frage selbst entscheiden. Haben wir den Mut, uns unseres eigenen Verstandes zu bedienen. Stimmen Sie gegen die Antragskommission und für den Antrag! – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Herr Presser für die Antragskommission.

Jürgen Presser, Antragskommission: Der Redner hat nichts Falsches gesagt. Der Initiativantrag war ein Schnellschuss. Wir haben gestern darüber geredet. Es muss noch einmal darüber nachgedacht werden. Es geht um höchstens ein oder zwei Unternehmen, die vielleicht in einigen Jahren die Garantiezinsen nicht mehr bedienen können. Die Versicherungswirtschaft hat die Aufgangsgesellschaft Protektor gegründet, die das regelt. Das hat schon vor circa 20 Jahren funktioniert, als der Deutsche Ring Probleme hatte. Die Versicherten wurden dann mit den Garantiezinsen bedient. Die Versicherungswirtschaft wäre stark genug, ein oder zwei Unternehmen aufzufangen.

Warum plädieren wir trotzdem nicht für die Annahme des Antrags? Wir haben gesagt, die Bundestagsfraktion sollte nachsitzen, das heißt, wir legen es ihr noch einmal vor. Ich habe es eben schon gesagt und zitiere noch einmal wörtlich den Generalsekretär Gröhe aus der Antragskommission: Die Überweisung ist eine kleine Zustimmung. Das heißt, wir fordern die Bundestagsfraktion mit der Überweisung auf: Guckt euch das noch einmal genau an, prüft die Fakten und entscheidet dann neu!

Unter diesen Aspekten können wir mit der Überweisung leben.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Wir haben das Votum der Antragskommission gehört. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, der Bundestagsfraktion dies noch einmal ans Herz zu legen, bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen?

(Beifall)

Können wir die Abstimmung bitte noch einmal wiederholen?

(Heiterkeit)

Darf ich für die Kolleginnen und Kollegen, die sich jetzt erheitern, sagen: Wenn Sie in einer Ecke sitzen, die sehr stark Ihren Gefühlen folgt, dann gilt das für beide Seiten. Deshalb machen wir es jetzt ganz in Ruhe. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, bitte ich um ein Kartenzeichen. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist nach einstimmiger Meinung des Präsidiums die Mehrheit. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall)

Ich übergebe das Wort an den Tagungspräsidenten David McAllister.

David McAllister, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir kommen gleich zum Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Vorher darf ich noch einem Geburtstagskind im Saal gratulieren, Herrn Klaus Kuß aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Herzlichen Glückwunsch!

In Niedersachsen regiert die CDU seit fast zehn Jahren in einer vertrauensvollen Koalition mit der FDP. Wir haben heute die gesamte Führungsspitze der niedersächsischen FDP zu Gast. Ich begrüße Dr. Stefan Birkner, den Landesvorsitzenden der FDP, Jörg Bode, den Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, und Christian Dürr, den Fraktionsvorsitzenden. Herzlich Willkommen, liberales Trio!

(Beifall)

Jetzt übergebe ich das Wort an Volker Kauder, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Volker Kauder: Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Wir haben gestern Vormittag in der Rede unserer Vorsitzenden gehört: Deutschland steht gut da. Deutschland steht am besten in ganz Europa da. Es gibt kaum ein Land in der Welt, in dem es den Menschen besser geht als in unserem Land. Ein signifikantes Zeichen dafür ist die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Wir sind das Land mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit. In unserem Land haben junge Menschen alle Chancen auf eine gute Ausbildung, auf einen Arbeitsplatz. Aus ganz Europa drängen junge Menschen nach Deutschland, um Arbeit und Zukunft zu haben. Auf diese Zahl, dass wir eine so geringe Arbeitslosigkeit wie seit Jahrzehnten nicht mehr haben, dürfen wir besonders stolz sein.

(Beifall)

Dass wir so gut dastehen, ist eine große Gemeinschaftsleistung, eine Leistung der fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch der risikofreudigen, vor allem mittelständischen Unternehmen in unserem Land. Es ist natürlich auch das Ergebnis einer entsprechenden Politik.

Jetzt, liebe Freundinnen und Freunde, haben wir formuliert, dass Christlich Demokratische Union und CSU dann, wenn es geht, auch die Menschen, den sogenannten kleinen Mann, an diesem Erfolg teilhaben lassen wollen. Ich finde es gut, dass in den letzten Tarifrunden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen höheren Lohn bekommen haben. Dies ist ein Zeichen dafür, dass sich der Einsatz von ihnen gelohnt hat. Jetzt stellen viele von ihnen fest und werden es Weihnachten wieder feststellen, dass von der Lohnerhöhung, die sie bekommen haben, vor allem in den unteren und mittleren Bereichen, weniger in der Tasche ankommt, als sie erwartet haben. Dies hängt mit der sogenannten kalten Progression zusammen, dass bei Lohnerhöhungen eine höhere Progressionsstufe schneller erreicht wird. Das ist systemimmanent, aber vom Gesetzgeber nicht gewollt. Deswegen haben wir ein Gesetz beschlossen, dass ab 1. Januar 2013 die sogenannte kalte Progression verringert werden soll, damit die Menschen bei Lohnerhöhungen mehr netto vom brutto in den Taschen haben.

Morgen beginnt in einer kleineren Halle der SPD-Parteitag, bei dem der Kanzlerkandidat nominiert werden soll. Dazu sage ich: Diese SPD, angeführt von Frau Kraft, aber auch von Herrn Steinbrück, verweigert im Bundesrat den Menschen dieses mehr netto vom brutto. Liebe Freundinnen und Freunde, es geht überhaupt nicht um eine Blockade von Schwarz-Gelb, der christlich-liberalen Koalition. Wir fühlen uns gar nicht blockiert, sondern es geht schlicht und ergreifend darum, dass die SPD den kleinen Leuten das nicht zukommen lassen will, was ihnen zu steht. Das ist keine Arbeitnehmerpartei mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Die SPD sagt: Wir könnten darüber reden, wenn wir etwas am Spitzensteuersatz machen. Dazu sage ich: Wir sind als Politiker und Parteien aufgerufen, Politik für die Menschen zu machen. Wenn ich aber ein Teilziel nicht erreichen kann, nämlich andere stärker zu belasten und den Kleinen nicht den Vorteil zu geben, dann ist das blanker Zynismus, den die SPD bietet.

(Vereinzelt Beifall)

Die Politik gegen die Menschen setzt sich fort.

Wir haben ein Gesetz zur energetischen Gebäudesanierung auf den Weg gebracht. Das dient der Umwelt und ist mit Blick auf die Energiewende notwendig. Aber es wäre vor allem auch ein gigantisches Konjunkturprogramm für das deutsche Handwerk. Das deutsche Handwerk wartet dringend darauf, dass dieses Gesetz umgesetzt wird. Aber es wird von der SPD wieder nicht gemacht. Die SPD blockiert also bei zwei wichtigen Themen. Sie macht Politik gegen den kleinen Mann bei der Steuergesetzgebung, und sie macht Politik gegen das deutsche Handwerk bei der energetischen Gebäudesanierung. Eine solche Partei darf im nächsten Jahr keine Regierungsverantwortung in diesem Land übernehmen.

(Beifall)

Wir haben dort, wo wir es können, die Entlastung der Menschen vorgenommen. Wir entlasten die Menschen bei den Beiträgen zu den Sozialversicherungen in einer Größenordnung von mehr als 7 Milliarden Euro. Eine solche Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge hat es seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Wir halten also Wort, dass wir das, was wir gemeinsam erwirtschaften, auch an die Menschen zurückgeben und nicht in unseren Kassen behalten.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben auch Wort gehalten, als wir gesagt haben: Wir werden unsere Kommunen nicht im Stich lassen. – Viele von Ihnen tragen Verantwortung in Gemeinderäten und Kreisräten und wissen, wie schwierig die Situation mancher Kommunen ist. Deswegen haben wir gesagt: Wir werden das, was die rot-grüne Bundesregierung damals kalt lächelnd auf die Kommunen abgewälzt hat, nämlich die Kosten der Grundsicherung für Ältere, von den Kommunen zurücknehmen und wieder auf den Bund übertragen. Das ist eine Entlastung von über fünf Milliarden Euro, die wir für die Kommunen erreicht haben.

(Beifall)

An dieser Stelle müssen wir aber aufpassen, liebe Freundinnen und Freunde. Ich höre jetzt allenthalben in grün und rot regierten Bundesländern: Wenn die Kommunen um fünf Milliarden Euro entlastet werden, dann können wir Länder etwas aus der kommunalen Finanzmasse herausnehmen, sodass auch wir Länder etwas davon haben. – Da kann ich nur sagen: Das werden wir nicht widerspruchslos hinnehmen. Wir wollten die Kommunen entlasten und nicht die Länder. Deswegen werden wir es nicht hinnehmen, wenn dieser Weg jetzt gegangen wird.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, an konkreten Beispielen können wir also zeigen, dass wir unsere Zusagen wahrgemacht haben, Menschen und Kommunen zu entlasten.

In der nächsten Legislaturperiode steht ein weiteres großes Thema an. Es geht um die Eingliederungshilfe, wodurch die Kommunen enorm belastet werden. Wir haben zugesagt, dass wir in der nächsten Legislaturperiode prüfen, in welchem Umfang wir den Kommunen da helfen können. Da geht es immerhin um ein Volumen von rund 13 Milliarden Euro. Wir wollen also wirklich wahrmachen, dass alle am gemeinsamen Erfolg beteiligt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in diesen Tagen den Bundeshaushalt beschlossen. Wir haben jetzt entschieden, dass wir die Schuldenbremse, die wir ins Grundgesetz eingeführt haben und die erst ab dem Jahr 2016 gilt, bereits im Jahr 2013 einhalten können. Wir werden also mehr tun können, um die Verschuldung nicht weiter nach oben zu treiben, als zunächst vorgesehen war.

Wir erwarten jetzt natürlich auch, dass die Bundesländer, die die Schuldenbremse im Jahr 2020 einhalten müssen, sich ebenfalls darum bemühen, dies früher zu tun. Da kann ich nur sagen: Ich

sehe die Entwicklung mit einiger Sorge. Da ist einmal die Situation in meinem Heimatland Baden-Württemberg. Trotz Steuermehreinnahmen macht die grün-rote Landesregierung drei Milliarden Euro neue Schulden. Dazu hat sie den bemerkenswerten Satz in die Öffentlichkeit gebracht: Wir müssen zunächst Schulden machen, damit wir nachher sparen können. – Dazu kann ich nur sagen: Eine größere Verirrung im Kopf habe ich noch nie gesehen als bei dieser grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben dann auch beschlossen, dass wir im Jahr 2014 einen strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt vorlegen werden. Das heißt, dass wir keine neuen Schulden mehr aufnehmen werden, es sei denn für Sondertatbestände wie Europa. Dies hat natürlich Konsequenzen. Es ist, wie wir immer formuliert haben, eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir die Verschuldung nicht weiter steigen lassen und dass wir sie langsam abbauen. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir nicht alles in dieser Generation ausgeben und nachfolgende Generationen nur noch Schulden hinterlassen bekommen. Das werden wir 2014 erreichen müssen, weil wir es angekündigt haben.

Liebe Freundinnen und Freunde, man kann mit Sparen und Zurückführen des Haushalts – das wird nicht als besonders prickelnd angesehen – kaum Wahlen gewinnen. Aber ich sage Ihnen: Wenn man angekündigt hat, man werde einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erreichen und keine neuen Schulden mehr aufnehmen, aber dieses Ziel schon wenige Monate, nachdem man es formuliert hat, nicht erreicht, dann kann man damit sehr wohl Wahlen verlieren. Deswegen muss dieses Ziel erreicht werden. Das sage ich auch vor dem Hintergrund manchen Beschlusses auf manchem Parteitag, der gefällt wird: Im Verhältnis zum Haushalt 2013 fehlen zum strukturell ausgeglichenen Haushalt 2014 noch 3,5 Milliarden Euro. Wir haben also keine Überschüsse, die wir irgendwo noch ausgeben können, damit wir auf Null kommen, sondern wir brauchen noch zusätzliche Einsparungen von 3,5 Milliarden Euro. Deswegen kann ich nur sagen: Alle neuen Ausgabenwünsche werden diesem Ziel untergeordnet. Wir würden ein wirklich schlechtes Bild auch in Europa abgeben, wenn wir von Anderen sparen verlangen und dieses Ziel selber nicht anstreben.

(Beifall)

Damit bin ich bei einem Thema, das uns in diesem Jahr in der Bundestagsfraktion und in der Regierung stark beschäftigt hat und das uns auch im nächsten Jahr noch weiter beschäftigen wird. Das ist das Thema Europa. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, Europa war für uns, für die Generation der jetzt über 60-jährigen, eine große Vision. Für uns war Europa eine große Friedensversicherung. Nach den schrecklichen Kriegen im letzten Jahrhundert haben wir gesagt: Wir wollen, dass von diesem Europa nie mehr Krieg ausgeht. Wir wollen ein Europa des Friedens. Wir wollen, dass nicht immer eine Generation das kaputt schlägt, was eine Generation zuvor aufgebaut hat.

Wir können sagen: Es waren vor allem Christdemokraten und christlich-soziale Politiker, die an diesem Europa des Friedens massiv gebaut haben. Wir dürfen als Union stolz darauf sein, dass dieses Ziel, ein Europa des Friedens zu bauen, erreicht worden ist. Das bedeutet, dass wir zu diesem Europa unverbrüchlich stehen werden.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, das heißt natürlich auch, dass wir alles tun müssen, um dieses Europa wieder auf Vordermann zu bringen. Da haben wir auch in der Bundestagsfraktion schwierige Diskussion darüber gehabt, ob der Weg, den wir gehen, richtig ist. Da gibt es Kolleginnen und Kollegen, die eine andere Meinung vertreten als die Mehrheit. Aber ich kann nur sagen: Wir haben uns dies gut überlegt und haben uns für diesen Weg entschieden: für einen Weg der Solidarität, aber auch für einen Weg der Solidität, für einen Weg, wie Angela Merkel sagt, der keine Leistung ohne Gegenleistung bedeutet, für einen Weg, der sicherstellt, dass sich das, was Ursache der Probleme war, auch ändert.

Jetzt muss ich Ihnen sagen: Da sind wir, auch wenn noch vieles zu tun ist, in einer guten Entwicklung. Das Thema „Wie geht es in Europa weiter?“ wird auch im nächsten Jahr eine große Rolle spielen. Da können wir zeigen – das ist ein Satz, den wir alle immer wieder sagen –, dass es nicht egal ist, wer irgendwo regiert.

(Beifall)

Ich sehe gerade, dass Horst Seehofer hereinkommt. Ich will meine Rede kurz unterbrechen, damit er den Auftrittsbeifall entgegennehmen kann. Herzlich willkommen, Horst Seehofer.

(Beifall)

Lieber Horst, herzlich willkommen. Ich habe gerade gesagt, dass ich heute bis 17 Uhr Zeit habe. Erst dann fliege ich zurück. Ihr müsst euch also alle darauf einstellen, dass ich noch eine ganze Weile darüber reden kann, was die Fraktion alles gut macht.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, selbstverständlich wird gleich Horst Seehofer reden, aber ich möchte noch ein paar wenige Hinweise geben. Es wird sich auch in dieser europapolitischen Frage erweisen, dass es nicht egal ist, wer in Berlin regiert. Schauen Sie sich doch mal die Positionen von SPD und Grünen an. Bei ihnen wird von einer Vergemeinschaftung der Schulden, von einer Schuldenunion, gesprochen. Da wird von Euro-Bonds gesprochen. Da wird von Solidarität ohne Gegenleistung gesprochen. Ich kann nur sagen: Wenn Rot und Grün jetzt schon an der Regierung gewesen wären, wäre Europa einen total falschen Weg gegangen, nicht den Weg der Konsolidierung, sondern den des Geldrauswerfens ohne Konditionen. Das ist der Unterschied zu uns.

(Beifall)

Damit hätte man überhaupt nichts erreicht; denn: Was muss und soll erreicht werden? Wir müssen erstens die Ursachen dieser Krise eindämmen. Das ist die hohe Verschuldung. Wir müssen zweitens alle dafür sorgen, dass Europa wettbewerbsfähig wird. Mehrere große Agenturen, die in die Zukunft schauen, sagen: Wenn Europa insgesamt nicht wettbewerbsfähiger wird, dann wird auch Deutschland zurückfallen. Wir allein können den Wettbewerb mit den Großen in Asien nicht bestehen. Wir brauchen Europa. Wir, die große Absatznation Deutschland, brauchen Europa auch als Markt. Wir brauchen aber ein Europa, das wettbewerbsfähig ist, und deswegen muss sich bei einigen Strukturen etwas ändern.

Aber, liebe Freunde, auch wir müssen dranbleiben, wir müssen wettbewerbsfähig bleiben. Ich kann nur sagen: Auch bei uns ist das eine oder andere noch zu tun. Wir haben einen Bundeshaushalt, der deutlich über 50 Prozent in Sozialausgaben investiert. Wir alle sehen, dass wir in einigen Bereichen erheblichen Bedarf an Investitionen in unsere Infrastruktur haben.

Liebe Freundinnen und Freunde, es muss uns Sorgen bereiten, wenn Experten sagen, dass wir beispielsweise dabei sind, im Straßenbau von unserer Substanz zu leben. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft. Wir brauchen Investitionen in den Straßenbau. Wir brauchen Investitionen in schnelles Internet. Das heißt, damit Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, dürfen wir nicht nur in die Sozialeinrichtungen investieren, sondern müssen auch in die Infrastruktur unseres Landes investieren, sonst werden wir Probleme bekommen.

(Beifall)

Das alles muss in einem Haushalt ausgeglichen werden. Ich sehe auch – daran wird deutlich, dass es einen Unterschied macht, wer in Berlin regiert –, dass es vor allem Grüne und Sozialdemokraten sind, die große Investitionen in Infrastrukturprojekte nicht unterstützen, sondern bekämpfen.

Vor zwei Jahren habe ich in Stuttgart eine Diskussion über den Bahnhof Stuttgart 21 erlebt. Dort habe ich für dieses Projekt geworben. Dann ist ein älterer Herr auf mich zugekommen und hat gesagt: Herr Kauder, ich habe Sie eigentlich immer ganz toll gefunden, aber jetzt ist endgültig Schluss. Ich wähle Sie und die CDU nicht mehr, wenn Sie für dieses Großprojekt eintreten. Ich brauche den Bahnhof gar nicht. Für mich tut's das, was wir jetzt haben. – Die Mentalität „für mich tut's das“ ist eine völlig falsche Mentalität. Ich habe dem Mann gesagt: Wenn damals, als wir nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem armen Agrarland Baden-Württemberg ein modernes Industrieland gemacht haben, Ihr Vater und Großvater denselben dummen Satz „mir tut's das“ gesagt hätten, dann täte es Ihnen nicht so gut, wie es Ihnen heute tut. – Das ist der Punkt. Wir dürfen bei notwendigen Infrastrukturprojekten nicht nachgeben.

(Beifall)

Flughäfen, Straßen, Internet – all das muss sein. Dabei kommt es darauf an, dass man eine Koalition und eine Regierung hat, die diese Projekte auch unterstützen.

Es ist also nicht egal, wer im nächsten Jahr regiert und wer im nächsten Jahr die Geschicke Deutschlands in Europa vertritt. Oder glaubt irgendjemand, dass derjenige, der in den nächsten Tagen ein paar Hallen weiter zum Kanzlerkandidaten nominiert wird, dass ein Mann wie Steinbrück unsere Interessen in Europa vertreten könnte? Liebe Freundinnen und Freunde, dazu muss man eigentlich gar nichts mehr sagen. Man kann nur fragen: Was wird da eigentlich gespielt?

Jetzt, kurz vor der Nominierung, werden neue Vorträge angenommen. Ich habe den Eindruck: Steinbrück hat schon lange erkannt, dass er keinen Stich gegen Angela Merkel und die CDU macht und nur seinen Marktwert für weitere Vorträge nach der Bundestagswahl erhöhen will.

(Beifall)

Ansonsten kann man ein solch instinktloses Verhalten gar nicht nachvollziehen.

Ich habe richtig schmunzeln müssen, es hätte auch eine Passage von mir sein können, aber man muss es wahrheitsgemäß sagen, es hat ein Kollege im Deutschen Bundestag gesagt. In Abwandlung eines alten Spruchs eines Trainers anlässlich eines Fußballspiels sagte er in Richtung SPD: Zunächst einmal hatte die SPD Pech, und dann kam noch Peer Steinbrück dazu. – Das sind nun wirklich die optimalen Voraussetzungen für den Wahlkampf der SPD.

(Beifall)

Wenn wir von Europa sprechen, dann müssen wir auch die Weiterentwicklung Europas betrachten. Angela Merkel hat mehrfach darauf hingewiesen, dass mehr Europa natürlich auch bedeutet, in der einen oder anderen Frage enger zusammenzurücken und vielleicht auch Kompetenzen nach Europa zu verlagern. Ich kann dazu nur sagen: Wir können darüber reden, wie Europa weiter zusammenrückt. Wir können auch darüber reden, ob neue Kompetenzen übertragen werden sollten. Aber dann muss natürlich auch die Frage gestellt werden, ob alle Kompetenzen, die Europa jetzt hat, auch dort bleiben sollen. Ich muss zum Beispiel sagen: Ich kann nicht verstehen, dass Europa auch in Zukunft angesichts der großen Aufgaben, die es hat, sich um jedes Vogelschutzgebiet in unserem Land kümmern muss.

(Vereinzelt Beifall)

Es muss also ein Teil weg und etwas anderes dazu kommen. Die entscheidende Frage ist jedoch: Was für ein Europa wollen wir? Deswegen verlange ich schon, dass wir, bevor wir über veränderte Strukturen sprechen, uns darüber klar sind, dass wir ein Europa demokratischer Legitimation wollen und nicht ein Europa von mehr Kommissionen, Behörden und Bürokraten.

Deswegen muss die Frage geklärt sein: Welche Rolle spielen Parlamente in Europa? Nicht ein weiteres Zusammenrücken von nationalen Regierungen, sondern ein Zusammenrücken auf der parlamentarischen Ebene ist für mich die Voraussetzung für ein starkes, für ein modernes Europa in den nächsten Jahren.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir erwarten von diesem Europa auch, dass es sich klar zu seinen Grundsätzen bekennt, vor allem bei der Frage, wie Europa erweitert werden soll. Da muss ich ein

Thema ganz konkret ansprechen, weil es in diesen Tagen immer wieder angesprochen worden ist. Wir haben ein Europa, das aus der christlich-jüdischen Tradition lebt, ein Europa der christlich – jüdischen Tradition, geprägt durch die Aufklärung. Dieses Europa, liebe Freundinnen und Freunde, wollen wir in Zukunft behalten. Zu diesem Europa gehören auch die Menschenrechte und das absolut wichtigste Menschenrecht überhaupt, nämlich das Recht auf Ausübung der eigenen Religion – Religionsfreiheit als zentrales Thema. Wir haben deshalb gesagt: Wir stehen dazu, dass die Verhandlungen mit der Türkei weitergeführt werden sollen – dazu stehen wir – aber wir wollen nicht, dass die Verhandlungen weitergeführt werden mit Themen der Wirtschaftspolitik, der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und alles andere und dann am Schluss gesagt wird: „Jetzt ist noch ein Thema übrig; das wird sich schon irgendwann klären“, und das ist das Thema der freien Ausübung der Religion. Wir von der Bundestagsfraktion verlangen, dass die Türkei, bevor zu weiteren Verhandlungen Kapitel eröffnet werden, dazu ein klares positives Wort sagt.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir verlangen gar nicht viel, wir mischen uns auch nicht in irgendwelche Religionsauseinandersetzungen ein, sondern wir verlangen nur: Ein Land, das ganz zu Europa gehören will, muss den Grundsatz der Religionsfreiheit akzeptieren. Das heißt: So wie wir im Wege der Religionsfreiheit natürlich akzeptieren, dass Muslime hier in Deutschland ihre Moscheen bauen, so erwarten wir, dass die Christen in der Türkei unbedrängt ihre Kirchen bauen dürfen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Dazu erwarten wir ein klares Wort.

Liebe Freundinnen und Freunde, natürlich wird in diesen Tagen um den Parteitag herum auch immer wieder die Frage nach der Koalition gestellt. Es ist ja auch irgendwo klar: Wir stehen gut da als Union; aber die absolute Mehrheit werden wir sicher nicht erreichen – obwohl wir es eigentlich verdient hätten.

(Beifall)

Das werden wir aber nicht erreichen. Dann werden die Menschen fragen: Mit wem wollt ihr das eigentlich machen? Ich glaube schon, dass man darauf eine Antwort geben muss. Zu den Sozialdemokraten habe ich schon einiges gesagt. Jetzt wird aber immer wieder die Diskussion geführt, ob Schwarz – Grün möglich wäre, und zwar ausschließlich, weil da eine Dame ein bisschen bürgerlich daherkommt. Liebe Freundinnen und Freunde, wenn man sich das Programm der Grünen anschaut, dann sieht man: Es ist eher weiter nach links gegangen als in die bürgerliche Mitte, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es hängt doch nicht an einer Person.

Ich kann nur sagen: Ich bin begeistert Mitglied dieser Christlich Demokratischen Union. Ich bin begeistert Vorsitzender der gemeinsamen Fraktion im Deutschen Bundestag aus CDU und CSU. Wir haben alle miteinander schwere und schöne Stunden in unserer Partei, in unserer politischen Heimat, erlebt. Wenn wir jetzt auf unsere Partei, auf Angela Merkel schauen, dann können wir doch mit einigem Stolz sagen: Wir stehen gut da. Wenn dann Grüne mit einer Überheblichkeit, die kaum noch zu toppen ist, sagen: „Wir wollen mit der CDU und der CSU gar nichts zu tun haben; wir wollen nur ihre Wähler“, dann kann ich nur sagen: Bitte schön, dann macht euer grünes, rotes, linkes Projekt. Eine große souveräne stolze Volkspartei wie CDU und CSU läuft diesen Grünen nicht nach, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deswegen sagen wir: Wir wollen diese Koalition fortsetzen. Ich bin dankbar dafür, dass der Parteivorsitzende der FDP gesagt hat: Wir müssen noch etwas drauflegen. Richtig, die sollen sich anstrengen. Dann kann es auch im nächsten Jahr klappen. Diese Koalition hat dieses Land auf einen guten Weg, auf einen guten Kurs gebracht. Die Ergebnisse stimmen. Die Performance könnte manchmal noch etwas besser sein. Wenn die Performance so wäre wie gestern auf diesem Parteitag, dann hätten wir keine Probleme. Es müssen sich alle berappeln und sagen: Jawohl, wir wollen dieses gemeinsame Ziel erreichen. Wir überlassen Deutschland und Europa nicht rot-grünen Spielchen, die dieses Land nicht voranbringen und Europa schon gar nicht.

(Beifall)

Deshalb sage ich: Wir werden im Interesse der Menschen dieses Landes und im Interesse unseres Europas dafür kämpfen, dass auch in den nächsten vier Jahren die große Europäerin, die dort deutsche Interessen vertritt, Angela Merkel, den Kurs bestimmt und nicht solche wankelmütigen Leute wie Steinbrück und ein paar Grüne. Das werden wir nicht zulassen, und dafür werden wir kämpfen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Gestern haben wir ein gutes Signal gesendet. Das muss in den nächsten Monaten so weitergehen. Wir in der Bundestagsfraktion werden dazu unseren Beitrag leisten. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Volker Kauder, herzlichen Dank für deinen engagierten Bericht aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wir haben Gäste, gerngesehene Gäste, von unserer bayrischen Schwesterpartei, der CSU. Horst Seehofer ist bereits begrüßt worden. Mit dabei ist heute Morgen auch die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt. Liebe Gerda Hasselfeldt, herzlich willkommen!

(Beifall)

Ebenso ist bei uns in Hannover der Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union, Alexander Dobrindt. Ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident Horst Seehofer

Wir sind ganz gespannt auf das Grußwort des Vorsitzenden der CSU. Das Wort hat Ministerpräsident Horst Seehofer.

(Beifall)

Horst Seehofer, Vorsitzender der CSU: Hochverehrte liebe Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wenn die Bayern mit dem Lauf des Lebens zufrieden sind, kleiden sie dies in einen ganz kurzen und einfachen Satz: Passt schon. Ich habe gestern euren Parteitag, den Ablauf, die Diskussion und die Wahlergebnisse, mit verfolgt, und ich denke, es passt kein besserer Satz als: Passt schon.

(Beifall)

Das beginnt mit der Wahl unserer Vorsitzenden und Bundeskanzlerin, Angela Merkel: 98 Prozent. Wir haben auf dem Flug hierher lange überlegt, wann es zuletzt einem CSU-Vorsitzenden vergönnt war, ein solches kopernisches Wahlergebnis zu erzielen. Uns ist kein Beispiel eingefallen.

(Beifall)

Ich kann mich gut daran erinnern: Ich habe Sie und euch beim Delegiertenabend vor einem Jahr besucht. Damals habe ich die Prognose abgegeben, dass sich die drei SPD-Kandidaten aussuchen können, wer von ihnen gegen Angela Merkel verlieren will. Genau so ist es gekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Liebe Angela, ich gratuliere dir zu diesem phänomenalen Wahlergebnis. Du repräsentierst die Christliche Union, demokratisch wie sozial, du führst uns in diesem Vaterland Bundesrepublik Deutschland, und du repräsentierst uns in vorbildlicher Weise auf der ganzen Welt. Wir sind stolz auf dich. Du bist unsere Nummer eins. Gestern hast du den verdienten Vertrauensbeweis bekommen.

(Beifall)

Nach dem Wort „Passt schon!“ gilt es in Bayern als unschick, noch eine Anfügung zu machen. Das ist unbayrisch. Zwei, drei Gedanken möchte ich aber doch noch vermitteln:

Wenn jetzt Bundestagswahlen wären – das ist der einzige Punkt, an dem ich auf Bayern Bezug nehmen muss, weil ich nach unserer Verfassung verpflichtet bin, die Lage meines Landes so darzustellen, wie sie ist – würde die CSU dabei gute 49 Prozent erreichen, liebe Angela.

(Beifall)

Das heißt: Ich möchte hier zusagen, dass wir in den nächsten Monaten in Bayern alles in die Waagschale werfen und um jede Stimme kämpfen werden, wissend, dass es nicht zuletzt von Bayern abhängt, dass wir auch in Berlin eine Vertragsverlängerung bekommen. Es gibt nur eine Gefahr für dieses Wahlergebnis. Diese Gefahr hat die „Süddeutsche Zeitung“ am Samstag gut beschrieben, und zwar mit dem schönen Satz: „Wenn Horst Seehofer in seinem Übermut keine Fehler macht, könnte die CSU der Union am Wahltag den entscheidenden Schub verleihen.“

(Beifall)

Die ganze Gefahr der nächsten Monate liegt also bei mir.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich füge hinzu, weil das sonst nicht jeder versteht, dass dies eine humorvolle Bemerkung war.

(Heiterkeit und Beifall)

Deshalb sind wir fest entschlossen, dass wir in den nächsten Monaten ein schnurrendes Kätzchen sind und kein brüllender Löwe. Das entspricht auch unserer Mentalität.

(Beifall)

Das war die Abteilung Unterwerfung.

(Heiterkeit)

Jetzt kommt die Abteilung, die politisch wirklich wichtig ist. Für unser gemeinsames Tun müssen wir Rechenschaft ablegen. Dabei geht es um eine einzige Frage: Wie geht es dem Land, in dem wir Verantwortung tragen? Ich halte schlicht und einfach zwei Sätze fest: Kein Land in Europa hat so festen Boden unter den Füßen, wie wir in Deutschland. Deshalb können wir als christliche Demokraten und als Christlich-Soziale sagen: Wir können das.

(Beifall)

Wir haben dieses Land in eine wunderbare Zeit geführt. Dies ist die wichtigste Rechenschaft, die wir abzulegen haben. Ich will uns ermuntern Sie haben das alles gehört; ich will es nicht wiederholen, nicht sofort auf alles zu reagieren, was diesen eindeutigen Befund relativieren oder sogar in Zweifel ziehen könnte.

Ich bin seit 32 Jahren an vorderster Front in der Politik dabei. Ich stelle fest, dass manche Begriffe immer wiederkommen. Diese Begriffe nutzen gerade jene – das ist sehr originell – die von uns besondere Kreativität verlangen. So ist jetzt wieder der Satz unterwegs: Ist die Union nicht in Wahrheit ein Kanzlerwahlverein? Liebe Freunde, ich würde dies nicht als Beleidigung empfinden. Ich sage euch: Lieber werden wir so bezeichnet, weil das ausdrückt, dass wir den Kanzler stellen. Mir ist ein Kanzlerwahlverein lieber als ein Kandidatenwahlverein, liebe Freunde.

(Beifall)

Der Begriff „Parteienverdrossenheit“ war übrigens das Unwort des Jahres 1992. Ich sage das nur, damit man diesen Recyclingzyklus richtig nachvollziehen kann. Manche Begriffe tauchen immer wieder auf.

Nun heißt es wieder da und dort, wir haben kein Programm. Wir als Union haben immer mit beiden Lungenflügeln geatmet: auf der einen Seite für die Marktwirtschaft, auf der anderen Seite für die soziale Balance. Keine Volkspartei in Deutschland vertritt die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, und zwar mit beiden Elementen, so nachdrücklich und erfolgreich wie wir. Liebe Freunde, was ihr gestern zur Rente in verantwortlicher Weise entschieden habt – ihr habt gesagt: „Jawohl, wir wollen den Müttern helfen, die vor 1992 Kinder großgezogen haben, aber gleichzeitig darauf achten, dass wir keine unerfüllbaren Wahlversprechen machen, und wir wollen auf die Finanzierung achten; deshalb ein Stufenplan“ – das ist nur mit der CDU möglich. Eine so verantwortungsvolle Entscheidung ist nur mit der CDU möglich.

(Beifall)

Dann hören wir immer wieder etwas über konservative Grundwerte und vieles andere mehr: Sind wir noch großstadtfähig? Liebe Freunde, Konservative waren immer Freunde des Bestehenden, aber Konservative – und das gilt ganz besonders für CDU und CSU – haben auch immer für eine bessere Zukunft gekämpft. Einer meiner Vorgänger, Franz Josef Strauß, hat den schönen Satz geprägt: Die Konservativen stehen an der Spitze des Fortschritts.

Als ich kürzlich in Portugal war, hat mir der portugiesische Staatspräsident gesagt, wie die Portugiesen uns sehen: auf der einen Seite sehr traditionsstark, sehr traditionsverbunden, und auf der anderen Seite das fortschrittlichste Volk auf dem europäischen Kontinent.

Ich möchte an einem Beispiel die Fragwürdigkeit dieser Diskussion – Konservative ohne Werte; entweder haben wir keinen Fortschritt, oder wir sind zu bewahrend, oder umgekehrt – belegen. Ich bin jetzt, wie gesagt, 32 Jahre in der Politik unterwegs. Ich greife ein Beispiel heraus, das immer als Beleg für unsere angebliche Wankelmütigkeit angeführt wird: 1980, als ich in den Deutschen Bundestag einzog, hat kein Mensch im Traum daran gedacht, dass wir eines Tages in Deutschland infolge der Überwindung des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Europas und unseres Vaterlandes in der Lage sein würden, den Grundwehrdienst abzuschaffen. Kein Mensch hätte im Traum daran

gedacht. Wir haben das geschafft. Die Sicherheitsanalyse, die Karl-Theodor zu Guttenberg hier einmal vorgetragen und uns vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, dass die neue Sicherheitslage auf dieser Welt einen solchen Grundrechtseingriff zulasten junger Leute nicht mehr rechtfertigt. Ich empfehle uns, dass wir jetzt über den Erfolg unserer Politik reden und nicht über die Aufgabe angeblich großer konservativer Grundsätze. Liebe Freunde, es ist unserer Verantwortung zu verdanken, dass wir den Kalten Krieg überwunden haben. Dass wir einen Grundwehrdienst jetzt nicht mehr brauchen, das ist ein positiver Erfolg unserer Partei und kein Schwenk, liebe Freunde.

(Beifall)

Weil wir so erfolgreich sind – das gilt für Berlin genauso wie für München, wenn Sie mir diesen bescheidenen Hinweis erlauben – sollten wir nicht die Koalition, in der wir uns derzeit befinden, infrage stellen.

Man kann schlecht vom Wähler eine Vertragsverlängerung erwarten, wenn man ständig über Koalitionsoptionen diskutiert und sich nicht zu dem bekennt, was zu diesem Erfolg in Deutschland geführt hat. Ich stimme dir zu, Angela: Dies – und ich war lange in anderen Regierungen, auch im Bund – ist die beste Bundesregierung seit der deutschen Wiedervereinigung.

(Beifall)

Deshalb bitte ich euch inständig, nicht Koalitionsoptionen zu diskutieren, sondern uns zu denen zu bekennen, mit denen wir gerade regieren. Das ist nicht jeden Tag einfach, in München auch nicht, aber, liebe Freunde, es ist letzten Endes erfolgreich, dank unserer Führung.

Niemand sollte darauf hereinfallen, dass die Grünen jetzt plötzlich eine Kraft der politischen Mitte sind. Erhöhung der Erbschaftsteuer, Wiedereinführung einer Vermögensabgabe, höhere Abgeltungsteuer, höhere Einkommensteuer für den Mittelstand, Einheitsschule – wo ist da die politische Mitte? Die Grünen sind weiter nach links gerückt, liebe Freunde.

(Teilweise Beifall)

Deshalb haben wir keinen Anlass für Koalitionsoptionen.

Ihr habt einen erfolgreichen Parteitag, auch wir hatten einen erfolgreichen Parteitag – zwei erfolgreiche Parteitage. Ein Wort zu dir, lieber David: Ich glaube, das ist großer Rückenwind für deine Arbeit und für die große Mission, die du ausgerufen hast. – Ich darf euch sagen: Ich habe im Laufe von fast 40 Jahren viele herausragende Politikerinnen und Politiker kennengelernt, und ich respektiere und bewundere David McAllister.

(Lebhafter Beifall)

Mir imponiert, mit welcher Ruhe, mit welcher Beharrlichkeit er seine Politik formuliert und durchsetzt. David McAllister ist jetzt für mich der wichtigste Ansprechpartner im Norden der

Republik. Er ist ein guter Ratgeber, auch für einen grau gewordenen Ministerpräsidenten – natürlich von der Haarfarbe her; ich möchte keinen Anlass für Kommentare geben. – Lieber David, ich werde selber noch nach Niedersachsen kommen. Das wird alles unfallfrei verlaufen. Du wirst einen hervorragenden Wahlerfolg in Niedersachsen einfahren. Den hast du auch verdient.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es passt schon. Es ist angerichtet für das große Finale 2013, in Niedersachsen, in Bayern und in der Bundesrepublik Deutschland. Ich bin der festen Überzeugung, dass unsere Chancen auf einen Sieg bei allen drei Wahlen riesengroß sind. Es liegt nur an uns selbst. Ich halte es mit dem FC Bayern München, der bei solchen Fragen gerne darauf verweist: Wir schauen nicht auf die anderen, wir schauen auf uns selbst. – Unsere Siegchancen sind riesengroß. Ich weiß, dass wir noch sehr hart arbeiten müssen, dass wir noch einmal alles geben müssen, liebe Freunde.

Die Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU war selten so gut, so natürlich kollegial und kameradschaftlich, wie sie es zurzeit ist, und zwar nicht nur in diesen Tagen, sondern seit vielen Monaten, liebe Freunde.

(Teilweise Beifall)

Das ist eine Erfolgsgarantie. Deshalb sagte ich zu Beginn: Es passt schon. Ich sage zum Ende: Passt schon! Meine Überzeugung ist: Wenn wir zusammenstehen und noch einmal hart arbeiten, können wir, die Union, das Jahr 2013 zu einem goldenen Jahr in unserer Parteiengeschichte machen. – Herzlichen Dank, Glück auf und Gottes Segen für die Union.

(Anhaltender Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Herr Ministerpräsident, lieber Horst Seehofer! Im Namen des Parteitages danke ich sehr herzlich für dieses gute Grußwort. Vielen Dank für das Lob von Seiten unserer bayerischen Schwesterpartei. Vielen Dank auch für die Unterstützung mit Blick auf die Niedersachsen-Wahl am 20. Januar. Ich freue mich, am 12. Januar einen ganzen Tag mit dir in Niedersachsen unterwegs zu sein, in Vechta, in Meppen und in Lingen. Es wird sehr unterhaltsam werden. Schön, dass du da warst. Wir freuen uns, dass wir einen so starken CSU-Vorsitzenden an unserer Seite haben.

(Beifall)

Jetzt übergebe ich die Parteitagsgregie wieder an Peter Hintze. Wir haben bei den Sachanträgen noch etwas abzuarbeiten. – Bitte sehr.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich gebe einen kurzen Überblick über die Antragslage: Wir haben bei den Initiativanträgen noch einen Antrag. Danach wird unser Gene-

ralsekretär Hermann Gröhe in den Leitantrag einführen. Zum Leitantrag gibt es, wie Sie wissen, eine Flut von Anträgen. Wir haben sechs Themenkomplexe, zu denen es Diskussionen politischer Natur geben wird. Ich werde sie aufrufen; dann werden wir sie behandeln. Vorher wird aber erst einmal der Generalsekretär sprechen.

Jetzt noch einmal zu den Initiativanträgen. Auf Seite 11 finden Sie den letzten noch nicht von uns behandelten Initiativantrag, den Antrag C 90. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Frau Friedlinde Gurr-Hirsch. Sie ist gebeten, zu uns zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Friedlinde Gurr-Hirsch: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer! Liebe Parteifreunde und Parteifreundinnen! Es kam gestern immer wieder zum Ausdruck – ich denke, das ist auch das Credo der CDU und der CSU –: Ehe und Familie sind die wichtigsten Grundpfeiler, auf denen die Gesellschaft steht. Allerdings sind die Zeiten vorbei, in denen Adenauer recht hatte, als er sagte: „Kinder bekommen die Leute immer.“

Die CDU als Familienpartei hat in der Geschichte die meisten familienstützenden Maßnahmen beschlossen und hat damit die Erwartungen, die die Wählerinnen und Wähler, die Bürgerinnen und Bürger in sie gesetzt haben, erfüllt. Allerdings zeigen die Zeiten, dass gerade von den Menschen im Alter zwischen 30 und 55 sehr viel erwartet wird: Sie sollen sich beruflich positionieren, einen unglaublichen Einsatz bringen, sollen in dieser Zeit aber auch – das ist auch biologisch bedingt – eine Familie gründen und – so sehen wir es im Süden – ein Nest bauen. In dieser Zeit ist das Familieneinkommen nicht auf dem Höhepunkt; da sind die Gehälter noch relativ bescheiden. Unsere Statistiken zur Gehalts- und Einkommensentwicklung zeigen, dass der Höhepunkt beim Einkommen oft jenseits von 40 erreicht wird; das Projekt Familie wird dann auch in finanzieller Verantwortung entwickelt. Insofern sind wir dafür, dass vor allen Dingen familienstützende Erleichterungen im Steuersystem wirksam werden.

Wir haben darüber diskutiert, ob wir uns dazu entscheiden, ein Familiensplitting zu fordern.

Aber die genauere Befassung mit diesem Thema hat gezeigt, dass es in einer Zeit, wo wir auch an die nachkommenden Generationen denken und vor allen Dingen auch an die Haushaltsverantwortung im Blick haben müssen, nicht darstellbar ist, ein Familiensplitting einzuführen. Das würde nämlich einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag kosten, der dem Bundeshaushalt fehlen würde.

Deswegen wollen wir von dieser Stelle aus, vom Parteitag, ein Signal an die Verantwortlichen senden, die das Wahlprogramm entwickeln, dass in diesem festgesetzt wird, dass eine familienpolitische Komponente in das Steuersystem aufgenommen wird, die das Ehegattensplitting nicht ersetzt, aber einen Weg zum Familiensplitting aufzeigt. – Ganz herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Gurr-Hirsch. – Nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden der Antragskommission, Hermann Gröhe, und vor dem Hintergrund der Ergebnisse unserer Beschlüsse zum Komplex C 1, wo wir auch in diese Richtung gegangen sind, schlagen wir vor, den Antrag anzunehmen.

(Beifall)

Ich bitte diejenigen, die diesem Vorschlag folgen, ihre Stimmkarten zu heben. – Gibt es Gegenstimmen? – Vermag ich nicht zu erkennen. Enthaltungen? – Auch nicht.

(Beifall)

Damit haben wir den gesamten Komplex „Sonstige Anträge“ behandelt und beschlossen.

Wir kommen jetzt zum TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 20:

Antrag des Bundesvorstandes „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!“

Ich gebe dem Generalsekretär Hermann Gröhe zur Einführung in unseren Leitantrag das Wort. Bitte, Hermann Gröhe.

(Vereinzelt Beifall)

Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU: Herr Tagungspräsident! Liebe Angela Merkel! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Mit dem Ihnen zur Beratung und zur Beschlussfassung vorliegenden Leitantrag setzen wir im Grunde die gestrige Debatte darüber fort, welche Weichenstellungen nötig sind, damit auch in Zukunft der Zweiklang gilt: starkes Deutschland – gute Chancen für alle. Auch am gestrigen Tag hat ja nicht nur die Bilanz, auf die wir stolz sind, eine Rolle gespielt, sondern vom Beginn an, von der Rede unserer Parteivorsitzenden an, hat auch die Frage die Debatte bestimmt, was wir heute tun müssen, damit es auch in Zukunft unserem Land und kommenden Generationen gut geht.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind groß. Wie können wir angesichts der europäischen Schuldenkrise Wohlstand in unserem Land sichern? Wie behaupten wir uns im härter werdenden internationalen Wettbewerb? Wie organisieren wir echte Chancengerechtigkeit? Schließlich und vor allem: Wie können angesichts des demografischen Wandels auch zukünftig Innovation und Wohlstand in diesem Land gestaltet werden? Das sind zentrale Fragen und Herausforderungen. Wir geben in unserem Antrag zukunfts feste Antworten darauf. Wir lassen uns dabei von den bewährten Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft im Geiste Ludwig Erhards leiten. Diese drei Prinzipien seien uns noch einmal in Erinnerung gerufen:

Erstens. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Die Soziale Marktwirtschaft ist – da zitiere ich einen ihrer Väter, Walter Eucken die „Wirtschaftsordnung ...“, in der die Menschen nicht nur Mittel zum Zweck, nicht nur Teilchen des Apparates sind.“

Zweitens. Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf Wettbewerb, auf einem funktionierenden Markt, in dem die Menschen ihre Kräfte, Kreativität, ihre Initiativen entfalten können.

Drittens. Soziale Marktwirtschaft braucht einen Ordnungsrahmen, damit der Markt in Ordnung gehalten wird; denn der Markt allein schafft keine Gerechtigkeit. Er braucht Leitplanken.

Diese Balance von wirtschaftlicher Vernunft und sozialem Ausgleich macht die Soziale Marktwirtschaft so erfolgreich. Horst Seehofer sprach eben von den beiden Lungenflügeln der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Verantwortung, die unser Land, die die Idee der Sozialen Marktwirtschaft so erfolgreich gemacht haben, und davon, dass CDU und CSU wie keine andere politische Kraft in diesem Land für dieses Ordnungsmodell, für dieses Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell stehen.

Wir setzen auf verantwortungsvolle Unternehmer, die persönliche Risiken eingehen, die wissen, dass damit Haftung verbunden ist, und die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Wir setzen auf tüchtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gemeinsam mit ihren Unternehmen Deutschland zu einer der stärksten Wirtschaftslokomotiven in der Welt gemacht haben und weiter machen werden. Wir setzen schließlich auf die gut funktionierende Sozialpartnerschaft, beginnend im Betrieb wie in der gesamten Gesellschaft, die unser Land erfolgreich macht.

Wir sagen: Wer einen Betrieb führt oder einen Betrieb gründen will, wer Arbeitsplätze schaffen will, der braucht gute Rahmenbedingungen. Dazu gehört vor allem eine leistungsfähige Infrastruktur. Deshalb wollen wir – das sagen wir auch in unserem Leitantrag – beispielsweise in der nächsten Legislaturperiode 25 Milliarden Euro in den Erhalt und Ausbau unserer Bundesfernstraßen investieren. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau der Breitbandversorgung gerade auch im ländlichen Raum ein.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen im Sinne dieser Rahmenbedingungen eine sichere, bezahlbare, umweltfreundliche Energieversorgung im Industrieland Deutschland. Eine Reihe der Anträge unserer Gliederungen beschäftigen sich genau mit dieser Frage der Umsetzung der Energiewende.

Wir brauchen eine Politik, die die Chancen der Digitalisierung erkennt und Deutschland so zum digitalen Wachstumsland Nummer eins macht, eine Politik, die den Betrieben keine Fesseln anlegt, sondern weitermacht im Abbau überflüssiger Bürokratie, eine Politik, die gute Fachkräfte, Spitzenkräfte aus aller Welt anzieht, unser Land attraktiv für die besten Köpfe aus aller Welt macht, und schließlich eine Politik, die um die herausragende Bedeutung von Bildung, nicht zuletzt unserer dualen Berufsausbildung weiß, die sich als beste Maßnahme im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit erwiesen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Das alles kann nur ein handlungsfähiger Staat leisten. Deshalb ist es so wichtig, dass wir weiter auf Haushaltskonsolidierung setzen und gemeinsam die europäische Staatsschuldenkrise überwinden.

Ich bin davon überzeugt, dass diejenigen, die etwas leisten, die Risiken übernehmen, um Arbeitsplätze zu schaffen, und nicht zuletzt unser tüchtiger Mittelstand Rückenwind brauchen. Deswegen sagen wir Plänen für eine rot-grüne Steuererhöhungsorgie entschiedenen Widerstand an, meine Damen, meine Herren!

(Beifall)

Wir setzen auf eine Politik, die das deutsche Jobwunder sichert und noch mehr Menschen in gute Arbeit bringt.

Wir wissen um die große Herausforderung unserer Zeit: die Gestaltung des demografischen Wandels. Unser Ziel ist klar: Wir wollen Deutschland zum Vorbild für eine Gesellschaft machen, die diesen Wandel als Chance ergreift. Wir wollen Deutschland zum Leitanbieter und Leitmarkt innovativer Produkte und Dienstleistungen machen, die gezielt für die Bedürfnisse der älteren Generation entwickelt werden, weil wir davon überzeugt sind, dass die Dinge, die für die älteren Menschen gut sind, auch für die Familien, für alle in diesem Land gut sind. Wir wollen schließlich eine Gesellschaft sein, die die Kreativität, die den Tatendrang der Älteren mit dem Tatendrang der Jüngeren zum Wohle der Gemeinschaft im Sinne eines guten Zusammenhalts der Generationen zusammenbringt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen, meine Herren, in diesem Leit Antrag haben viele ihre Erfahrungen eingebracht: Eine Kommission aus Fachpolitikern unserer Gliederungen, aber auch Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Gewerkschaften, der beiden Kirchen haben mitgearbeitet. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben. Ich danke den vielen Gliederungen, die mit über 700 Anträgen dazu beitragen – sehr viele werden wir als Antragskommission zur Annahme empfehlen –, dass unsere Beschlussfassung weiter an Gewicht gewinnt. Wir haben so breit wie nie zuvor über CDUplus unsere Mitglieder eingeladen, bereits bei der Erarbeitung des ersten Textentwurfes und dann bei der konkreten Vorlage für diesen Parteitag mitzuwirken. Über 1 200 Ideen sind auf diese Weise aus unserer Mitgliedschaft an uns herangetragen worden.

Wir haben Wichtiges aufgenommen, etwa das eindeutige Bekenntnis zu unserer bewährten Bankenlandschaft mit den Mittelstandsbanken, den Sparkassen, den Genossenschaftsbanken oder die Forderung nach einer weiteren Vereinfachung von Verwaltungsabläufen durch eine vermehrte Nutzung des Internets. Und schließlich: Die Rolle der Kommunen bei der Energiewende zu unterstreichen, ist Gegenstand einer Reihe von Anträgen, die wir empfehlen. All dies, die großartige Beteiligung von Ihnen, von den Gliederungen der Partei, von den Mitgliedern zeigt: Wir sind eine lebendig diskutierende Volkspartei.

Wir sind die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Das bleibt unsere Leitlinie, damit auch morgen gilt: Starkes Deutschland. Chancen für alle. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank unserem Generalsekretär. Hinter diesem Leitantrag steckt eine Menge Arbeit. Es sind sehr viele kluge Ideen eingeflossen. Es hat lebendige Diskussionen gegeben, die eine breite Öffentlichkeit verfolgt hat. Die Diskussionslage ist wie folgt. Zu vier politischen Themenkomplexen gibt es strittige Positionen. Beim Antrag A 318 geht es um die Frage, wie die Finanztransaktionsteuer ausgestaltet werden soll, beim Antrag A 431 geht es um Kommunalfinanzen und das Konnexitätsprinzip, der Antrag A 484 hat das Thema Einwanderungsgesetz und der Antrag A 622/623 hat das Thema Energiepolitik: Inwiefern muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz geändert werden: mehr Markt oder mehr direkte Eingriffe?

All das wollen wir beraten. Deshalb schlage ich Ihnen vor, dass wir das Schritt für Schritt vorgehen. Ist bis zum Antrag A 318 aus der Mitte des Parteitages von einem Antragsteller zu einem anderen Antrag das Wort gewünscht? – Sonst würde ich mit A 318 beginnen. Ich frage noch einmal in Ruhe vorweg: Möchte jemand zu einem der Anträge vor A 318 jetzt die Beratung auf dem Parteitag eröffnen? Dann möge er es jetzt bitte sagen. Das ist nicht der Fall. Dann beginnen wir mit dem Antrag A 318 an. Sie finden ihn auf Seite 90. Der Kollege Boddenberg hat um das Einbringungswort gebeten.

Michael Boddenberg, Antragskommission: Herr Präsident! Meine lieben Freundinnen und Freunde! Die hessische CDU möchte, dass wir heute die bisherige Form des Antrags zur Finanztransaktionsteuer verändern. Eigentlich möchten wir nur zwei Worte verändern. Es geht um den Vorschlag der Antragskommission auf Seite 88, nämlich dass anstelle von „möglichst vielen Ländern“ dort „möglichst allen EU-Ländern“ steht. Ich möchte das kurz begründen.

Wir haben schon auf dem vergangenen Parteitag über diese Frage gesprochen. Es ist wichtig, dass eine solche Finanztransaktionsteuer eben nicht nur in der Euro-Zone bzw. einem Teil der Euro-Zone eingeführt wird. Wir sollten an dem Ziel festhalten, dass die Steuer in der gesamten Europäischen Union eingeführt wird.

Ein Entwurf der EU-Kommission ist nach wie vor ein wesentlicher Punkt der Verhandlungen. Der Entwurf sieht unter anderem eine Besteuerung von Derivaten und Aktien – das betrifft also die Verbriefungen – in einer Größenordnung 0,01 Prozent vor. Das hört sich zunächst wenig an, aber es ist zu bedenken, dass jede einzelne Transaktion besteuert werden soll. Die EU-Kommission räumt in ihrer Begründung ein, dass es durchaus negative volkswirtschaftliche Effekte geben kann. Es ist die Rede davon, dass uns das 0,5 Prozent im besseren Fall und 1,7 Prozent im sogenannten Worst Case, also im sogenannten schlimmsten Fall, an Wachstum kosten kann. Das sind enorme Belastungen, die wir sehenden Auges auf uns nehmen, durchaus auch mit Blick

darauf, dass wir selbst, die CDU Deutschlands, aber auch viele andere Mitstreiter, der Meinung sind, dass die Finanzdienstleistungsindustrie an den Kosten zur Bewältigung der Krise beteiligt werden muss. Das will ich grundsätzlich nicht in Abrede stellen. Ich will allerdings noch einmal darauf hinweisen, dass es eben auch negative Aspekte gibt.

Besteuert werden sollen alle Transaktionen. Damit werden auch Produkte besteuert, die mit der Risikoabsicherung gerade auch mittelständischer Unternehmen verbunden ist. Das wiederum bedeutet, dass wir uns im Klaren sein müssen, dass viele Instrumente, die man in der Öffentlichkeit manchmal kritisch beleuchtet, durchaus ihre Berechtigung haben. Wir brauchen die Liquidität auf diesen Märkten.

Zurück zu unserem Antrag. Wir wollen und müssen eines erreichen, nämlich dass es keine oder möglichst wenig Umgehungstatbestände gibt, dass es keine oder möglichst wenige Verlagerungen dieser Geschäft gibt; denn wenn sie am Ende nicht bei uns, sondern bei unseren Nachbarn in der Europäischen Union stattfinden, dann ist damit niemandem geholfen, es kostet uns nur Arbeitsplätze und möglicherweise auch den unmittelbaren Zugriff der Aufsichtsbehörden auf diese Geschäfte. Wir bitten daher um Ihre Unterstützung, diese kleine eben genannte Änderung vorzunehmen. Das Ziel muss weiterhin bleiben: möglichst in allen Mitgliedstaaten der EU.

Ich will abschließend sagen, dass es noch einiger Beratung bedarf. Auch wenn im Zuge der Vertragsgestaltung des ESM Zusicherungen und mit den Sozialdemokraten Verabredungen auf Bundesebene gab, so gilt weiterhin: Sorgfalt und Qualität geht vor Schnelligkeit; denn sonst nutzt uns diese Entwicklung am Ende nichts, sondern schadet uns nur. Nochmals: Ich bitte um Unterstützung für eine kleine Änderung des Vorschlages der Antragskommission zu diesem Thema. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Der Generalsekretär Hermann Gröhe spricht für die Antragskommission.

Hermann Gröhe, Antragskommission: Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Lieber Michael Boddenberg, das war in gewisser Weise sehr geschickt, weil der A 318 eigentlich auf einen anderen Punkt abzielt, den wir auch aufgenommen haben. Sie haben uns einen kompletten Formulierungsvorschlag vorgelegt, der allerdings einen anderen Inhalt zum Gegenstand hat.

Wir haben in Leipzig intensiv über die Finanztransaktionsteuer gesprochen. Ich will ausdrücklich an den Wortlaut von A 318 anknüpfen. Wir nehmen die Sorgen unserer Freundinnen und Freunde aus Hessen ernst. Aber es geht uns nicht allein um den Finanzplatz Frankfurt, sondern um den Finanzplatz Deutschland, wo Frankfurt natürlich eine ganz besondere Rolle spielt. Wenn Sie sich auf Seite 88 unter Ziffer 28 den Vorschlag der Antragskommission anschauen, dann stellen Sie fest: Dort wird in sehr ausbalancierter Form ausgeführt, warum wir die Finanztransakti-

onsteuer wollen. Ich freue mich, dass Michael Boddenberg das unterstrichen hat: Ja, es geht darum, den Finanzsektor an den gewaltigen Lasten in Folge der Finanzkrise zu beteiligen. Angesichts der gewaltig gestiegenen Staatsverschuldung werden wir die Lasten noch längere Zeit abtragen müssen.

Wir haben aber auch ausdrücklich formuliert, dass wir Wettbewerbsverzerrung vermeiden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschland wahren müssen. Weiter wird ausgeführt, dass wir sie an möglichst vielen Orten der Welt haben wollen. Ich frage mich, ob unsere Formulierung nicht sogar weitergeht; denn in unseren Ausführungen haben wir nicht nur die Europäische Union gemeint. Natürlich wollen wir die Regelung über die Grenzen der Euro-Zone hinaus festlegen. Ich weiß, dass ihr in diesem Zusammenhang in erster Linie an London denkt, aber wir haben keine Beschränkung auf die EU vorgenommen. Wir sind der Meinung: Die Zielperspektive kann über G 20 hinaus auf Finanzplätze außerhalb der Europäischen Union angewendet werden. Schauen Sie sich die Ziffer 28 in der vorgeschlagenen Fassung der Antragskommission noch einmal an. Dann stellen Sie fest: Wir haben in guter Weise deutlich gemacht, dass das Ziel Beteiligung der Finanzmärkte heißt. Es ist eine klare Orientierung an den Interessen des Finanzmarktes Deutschland. Ich bitte Sie um Zustimmung zur Empfehlung der Antragskommission.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Der Generalsekretär hat die Antragslage genau geschildert. Es geht nicht nur um den Börsenplatz Frankfurt, sondern um den Börsenplatz Deutschland, man darf nicht nur auf die EU schauen, sondern muss auch weltweit die Initiative ergreifen. Dazu haben wir die Argumente von Herrn Boddenberg gehört. Wer der Antragskommission in der Fassung, wie sie der Generalsekretär Hermann Gröhe eben vorgetragen hat, zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Mit einer beträchtlichen Zahl von Gegenstimmen und hoher Konzentration beim Landesverband Hessen – verständlicherweise was das angeht, Franz-Josef Jung lacht fröhlich, die anderen auch – ist das dann so angenommen, wie es der Generalsekretär vorgeschlagen hat. Damit ist der Komplex Finanztransaktionsteuer bearbeitet.

Wir kommen jetzt zu dem Komplex Konnexität/Kommunalfinanzen. Das ist der Antrag A 431, Seiten 121 und 122. Dazu hat das Wort gewünscht Georg Schell aus dem Rhein-Sieg-Kreis, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Georg Schell: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich halte die Frage der Konnexität insbesondere für die Kommunen besonders wichtig. Deshalb sollte das gerade im Bundesleitrantrag berücksichtigt werden.

Ich komme aus einer kleinen Stadt in Nordrhein-Westfalen. Die Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen belaufen sich im Moment auf 22 Milliarden Euro. Jedes Jahr kommen 1 Milliarde bis 3

Milliarden Euro hinzu. Dies resultiert zu großen Teilen aus dem Bereich der sozialen Aufgaben, die uns übertragen werden. Herr Kauder hat heute gesagt, dass bei der Grundhilfe im Alter etwas getan wird. Das hört sich sehr gut an. Wir freuen uns auch sehr darüber. Aber dabei darf nicht vergessen werden, dass im Grundgesetz unter anderem steht, dass dann, wenn die Länder im Auftrag des Bundes handeln, der Bund die sich daraus ergebenden Kosten trägt. Inzwischen haben wir in Nordrhein-Westfalen eine Steigerung bei den Kassenkrediten von 800 Prozent seit dem Jahr 2000 zu verzeichnen. Das bedeutet eine immense Belastung. Wir können vielen unserer eigentlichen Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Daher ist es eminent wichtig, die Konnektivität im Bundesleit Antrag zu verankern. Dann kann das in den Landesleit Anträgen, sofern es welche gibt, übernommen werden.

Herr McAllister hat vorgestern auf der KPV-Veranstaltung mit Stolz gesagt: Die Konnektivität ist inzwischen in der Landesverfassung von Niedersachsen verankert. – Das ist sehr gut. Aber wir alle müssen uns auch darum kümmern, dass das umgesetzt wird; denn wenn wir die Straßen nicht mehr instand halten können, wenn wir bestimmte Leistungen für die Bürger vor Ort, in den Kommunen, nicht mehr erbringen können, dann werden die Bürger unzufrieden. Und an wem lassen sie ihre Unzufriedenheit aus? Als Allererstes an den Kommunalpolitikern! Wir sind doch als Kommunalpolitiker die Basis der gesamten CDU, zumindest von der Gesamtstruktur her.

Es ist bedauerlich, dass die guten Ansätze wie die der Kommunalfinanzkommission auf Bundesebene praktisch ergebnislos blieben. Wichtig ist, dass seitens der übergeordneten Ebenen strukturell ein größeres Augenmerk auf die Leistungsfähigkeit in den Kommunen gelegt wird. Insbesondere bei den sozialen Aufgaben dürfen Gesetze nicht mehr ohne eine belastbare Kostenabschätzung und entsprechende Kompensation im Hinblick auf die Kommunen verabschiedet werden. Zudem muss den Kommunen eine Möglichkeit gegeben werden, die Kredite, die sie in der Vergangenheit aufgrund von Fehlern aufgebaut haben, wieder abzubauen. Vergessen Sie nicht: Kassenkredite sind kurz laufende Kredite. Irgendwann wird das Zinsniveau steigen. Eine Steigerung um 1 Prozentpunkt bedeutet für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine Mehrbelastung in Höhe von 22 Millionen Euro pro Jahr. Ende letzten Jahres beliefen sich die Kassenkredite in der gesamten Bundesrepublik auf 45 Milliarden Euro. Eine Steigerung des Zinsniveaus um nur 1 Prozentpunkt bedeutet eine Mehrbelastung von 450 Millionen Euro jedes Jahr. Das können und dürfen wir so nicht akzeptieren. Nirgendwo ist das Gemeinwesen so nah am Bürger wie in der Kommune. Es ist daher besonders wichtig, dass die Kommunen kurzfristig finanziell wieder in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben gegenüber ihren Bürgern im Bereich des täglichen Lebens in ausreichendem Maße nachzukommen. Wird die aktuelle kommunale Finanzmisere, die sich durch die Kassenkredite wie ein Fieberthermometer darstellt, durch den Bund und insbesondere durch die Länder nicht gestoppt, dann wird der Patient Kommune immer fiebriger und dann arbeitsunfähig. Seien Sie versichert: In zehn oder 20 Jahren wird der Patient kollabieren.

Ich beantrage daher die Aufnahme der Konnexität in den Bundesleit Antrag. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie dies unterstützten. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Kollege Schell. – Es spricht jetzt für die Antragskommission Michael Kretschmer, unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Michael Kretschmer, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Beschreibung der Konnexität und der Notwendigkeit ihrer Verankerung in den Landesverfassungen ist nichts hinzuzufügen. Deswegen haben wir diesen Aspekt aufgenommen. Auf Seite 39 des Antragsbuchs sehen Sie als achten Punkt unserer Prinzipien für eine vernünftige Politik in Deutschland, dass wir Subsidiarität und Konnexität beschreiben. Das ist der Grund, warum wir diesen Antrag als erledigt erklärt haben. Wir haben dieses Prinzip verankert, und zwar genau aus den Gründen, die wir gerade gehört haben. Das alles ist richtig gewesen. Ich bitte Sie, dem Votum zu folgen. Damit haben wir ein vernünftiges Papier, das dem Anliegen Rechnung trägt.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich befürchte, der Antragsteller ist nicht ganz so entzückt.

Das Votum der Antragskommission bezieht sich darauf, dass es sich hier um einen Wirtschafts Antrag handelt, in dem es nicht um die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geht. Das wollen wir nicht zum eigentlichen Thema des Antrags machen. Deswegen finden Sie auf Seite 121 den Hinweis auf ein systematisches Problem. Wie Herr Kretschmer bereits gesagt hat, können wir von der Antragskommission dem Antrag inhaltlich folgen. Aber aus systematischen Gründen folgen wir dem Antrag nicht. Wer dem Vorschlag der Antragskommission, wie ihn Herr Kretschmer vorgetragen hat, seine Unterstützung geben möchte, den bitte ich um das Stimmzeichen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? Zwei Enthaltungen. Bei einer Vielzahl von Gegenstimmen ist dem Votum der Antragskommission gefolgt worden.

Wir kommen nun zum dritten Komplex, zur Einwanderungsproblematik. Das ist der Antrag A 484 auf Seite 138. Es handelt sich um einen Antrag des Kreisverbandes Vechta, der vorschlägt, ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen. – Für den Kreisverband Vechta hat sich Herr Norbert Bockstette zu Wort gemeldet.

Norbert Bockstette: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Der CDU-Kreisverband Vechta hat unter der Nr. A 484 einen Antrag gestellt, der über das, was im Kapitel „Willkommenskultur“ des Programmentwurfs ausgeführt wird, hinausgeht. Es geht um das Problem des Fachkräftemangels. Der zurzeit bestehende Fachkräftemangel in der Wirtschaft kann möglicherweise mit den im Programmentwurf aufgeführten Maßnahmen abgemildert oder sogar, wenn man ganz opti-

mistisch ist, ausgeglichen werden. Das gilt aber nicht mehr in Zukunft. Selbst wenn wir alle dem Arbeitsmarkt – aus welchen Gründen auch immer – nicht zur Verfügung stehenden Menschen aktivieren, wird der Fachkräftemangel bestehen bleiben. Die demografische Situation 2020 – das ist gar nicht mehr so weit weg, wie man meint – oder 2030 ist, wenn nichts Entscheidendes passiert, eine Katastrophe für unsere Volkswirtschaft und somit für unsere Gesellschaft insgesamt. Ich sage es einmal etwas plakativ: Ein Drittel der Bevölkerung kann kein Bruttosozialprodukt erwirtschaften, das in der Lage ist, der Gesamtbevölkerung einen menschenwürdigen Lebensstandard zu sichern. Deshalb fordern wir in unserem Änderungsantrag, der Parteitag möge beschließen, dass mittelfristig ein Einwanderungsgesetz – oder wie auch immer man dieses Gesetz nennen will – angestrebt wird, das bedarfsgerecht und an unseren gesellschaftlichen Interessen orientiert die Einwanderung von jungen integrationsfähigen und –willigen qualifizierten Fachkräften und ihren Familien unterstützt und steuert. Dieses Gesetz wird unter anderem dafür sorgen, die notwendige Rechtssicherheit zu erlangen, und zwar in einem umfassenderen Maße, als es heute aufgrund vieler Einzelregelungen der Fall ist.

Die Antragskommission mag das aus systematischen Gründen nicht behandeln. Man kann auch die Einstellung vertreten, dass die gegebenen Maßnahmen, die Zukunft und der liebe Gott es schon richten werden. Man kann auch der Meinung sein, dass ein solches Gesetz nicht mittelfristig, sondern erst langfristig notwendig ist. Man hätte auch sagen können, dass wir das an die Bundestagsfraktion überweisen. Aber man kann nicht sagen, dass man sich nicht aus systematischen Gründen mit diesem Thema befassen will, wobei ich nicht nachvollziehen kann, was damit gemeint ist.

Wir bitten um Befassung und um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Herr Bockstette. – Das sind durchaus plausible und interessante Argumente.

Für die Antragskommission spricht nun unser hessischer Generalsekretär Peter Beuth.

Peter Beuth, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, die systematischen Gründe ein wenig zu erläutern. Es geht nicht darum, dass wir das am Ende dem lieben Gott überlassen wollen, sondern darum, dass wir unser politisches Ziel beschreiben. Das machen wir mit der „Willkommenskultur“. Wir sind der Auffassung, dass wir an dieser Stelle unseren Antragstext nicht überfordern wollen. Das will ich kurz erläutern. Wenn Sie den ersten Satz lesen, dann erkläre ich Ihnen, was sich die Antragskommission darunter vorgestellt hat. Es geht darum, dass wir selbstverständlich hochqualifizierte Fachkräfte aus anderen Ländern in unseren Arbeitsmarkt gerne integrieren wollen. Dies ist nicht nur eine gesetzliche Frage. Wir haben das mit „Willkommenskultur“ überschrieben. Dort steht im ersten Satz:

Mit gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen allein, ist es nicht getan. Wir würden diese Aussage quasi konterkarieren, wenn wir am Ende den gesetzlichen Rahmen in der hier vorgeschlagenen Form und nicht, wie Sie in Ihrem Antrag vorgeschlagen haben: kurzfristig mittelfristig umsetzen.

Unser politisches Ziel ist die Integration von Fachkräften in unseren Arbeitsmarkt, an gesellschaftlichen Interessen orientiert. Das wollen wir mit unserem Antrag darstellen. Der Kreisverband Vechta würde mit den Sätzen, die Sie formuliert haben – so glauben wir, unseren Antrag überfrachten.

Beim Thema Einwanderungsgesetz geht es nicht nur um das Thema Arbeitsmigration. Beim Thema Einwanderungsgesetz müssen noch viele andere Fragen geklärt werden: Aufenthaltstitel, Einwanderung aus humanitären Gründen, Kindernachzug. Alle Fragen, die dort eine Rolle spielen, würden das Papier an dieser Stelle überfordern. Deswegen bitte ich Sie herzlich, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Das Thema Einwanderung ist ein außerordentlich wichtiges Thema und wird in der CDU ausführlich berücksichtigt. Wir sind der Auffassung, dass es in unserem wirtschaftspolitischen Papier an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden soll. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Peter Beuth, für diese differenzierte Darstellung des Sachverhaltes. Wir stimmen nun ab über den Antrag der Antragskommission zum Antrag A 484. Wer dem Antrag folgt, so wie es Herr Beuth vorgetragen hat, bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine ganze Reihe von Gegenstimmen, die über die Stimmen des Kreisverbandes Vechta hinausreichen. Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. Dann ist das Votum der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zum Antrag A 554 auf Seite 161. Der Kreisverband Bielefeld fordert dort den Aufbau eines Altschuldentilgungsfonds. Hiermit nähern wir uns dem Rubikon. Jetzt spricht dazu erst einmal der Vertreter aus Bielefeld, Herr Peter Meyer. – Er ist auf dem Weg.

Peter Meyer: Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Nach intensiven Diskussionen in unserem Kreisverband haben wir diesen Antrag zum Aufbau eines Altschuldentilgungsfonds gestellt, wie er vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen wird.

Herr Präsident, der Aufruf kam etwas plötzlich. Ich bitte, meine Atemlosigkeit zu entschuldigen.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Das Präsidium räumt eine Atempause ein. Atmen Sie tief durch und sprechen dann in Ruhe zu uns!

(Vereinzelt Beifall)

Peter Meyer: Ehrlich gesagt: Das Votum der Antragskommission haben wir, so wie es gekommen ist, erwartet. Aber spätestens seit Hermann, dem Cherusker, vor 2 000 Jahren geben wir Ostwestfalen nicht kampfflos auf. Die Antragskommission hat formuliert – ich zitiere: Dass jeder Staat für seine Schulden grundsätzlich selbst verantwortlich ist.

Deshalb sind wir gegen eine gemeinsame Haftung von Altschulden. Ich denke, wenn wir das wörtlich nehmen und wenn wir uns intensiv mit dem Papier des Sachverständigenrates auseinandersetzen, werden wir feststellen, dass hier kein Widerspruch besteht. Volker Kauder hat mir soeben mit seinem Bericht zur Arbeit der Fraktion zum Thema Europa die perfekte Vorlage gegeben. Er sagte: Europa muss die hohe Verschuldung in den Griff bekommen und Europa muss wettbewerbsfähig bleiben bzw. werden. Europa als Ganzes. Wir wissen: Zu hohe Zinsen beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit. Das Sondergutachten des Sachverständigenrates vom 5. Juli 2012 trägt die Überschrift „Nach dem EU-Gipfel – Zeit für langfristige Lösungen nutzen“. Dort werden drei Säulen des Schuldentilgungsfonds genannt: Das ist der Fiskalpakt, das ist die Insolvenzordnung für Staaten, und das ist der Schuldentilgungsfonds. Nicht jeder hat sich damit intensiv auseinandersetzen können. Wir müssen uns bei aller gebotenen Kürze den einen oder anderen Einblick in dieses Papier gönnen. Zu diesem Schuldentilgungsfonds gehören – das ist ganz wichtig und muss vorausgeschickt werden – nicht die Problemstaaten. Dieser Schuldentilgungsfonds, wie er vom Sachverständigenrat vorgeschlagen ist, umfasst die Nicht-Problemstaaten – darunter auch Deutschland – in dem Umfang, wie sie sich über das Maastricht-Kriterium hinaus verschuldet haben. Das bedeutet, dass wir, den Berechnungen folgend, bis 2018 einen Fonds aufbauen würden bis zu einer Höhe von – eine hohe Zahl 2,6 Billionen Euro, von denen 20 Prozent bei Deutschland liegen. 20 Prozent des Fonds sind deutsche Schulden. Um eine solch hohe Zahl plastisch darzustellen, möchte ich eine andere Zahl dagegenstellen. Die deutschen Forderungen im europäischen Ausland, sowohl die Forderungen der öffentlichen Hände als auch der privaten, zum 31. Dezember 2011 betragen 2,8 Billionen. Wenn ich solche Zahlen gegenüberstelle, relativiert es sich wieder.

Die gemeinsame Haftung für Altschulden wird abgelehnt. Jawohl, diese gemeinsame Haftung für Altschulden sieht auch der Altschuldentilgungsfonds, so, wie er vom Sachverständigenrat vorgesehen ist, nicht vor. Hier wird zwischen einem Innen- und Außenverhältnis unterschieden. Im Innenverhältnis des Tilgungsfonds bleibt jede Nation für ihre eigenen Schulden verantwortlich. Die Außenwirkung führt zu einer Zinsbesserstellung. Ich verweise auf das Ziel, das Volker Kauder genannt hat, Europa wettbewerbsfähig zu machen. Insofern ist ein solcher Fonds allemal besser als die momentane Aufkaufpolitik der Europäischen Zentralbank.

Zinswirkung: Ich zitiere den Sachverständigenrat: Den teilnehmenden Mitgliedstaaten entsteht durch die Auslagerung der Schulden ein Zinsvorteil, der zur Tilgung der Schulden genutzt werden kann, ohne die nationalen Haushalte zu belasten. Es wird eingeräumt, Deutschland und Holland werden eine leicht höhere Zinsbelastung in Kauf nehmen müssen.

Diese Zinsbelastung möchte ich einmal in Relation setzen zu unseren Auslandsforderungen, und ich möchte auch auf den Punkt eingehen, wodurch diese Auslandsforderungen über Jahre aufgebaut worden sind.

Wir alle haben uns irgendwann einmal mit dem Stabilitätsgesetz beschäftigt und von einem magischen Viereck der Volkswirtschaft gehört. Dazu gehört auch der Außenbeitrag. Natürlich ist unsere hochindustrialisierte, mit einer fantastischen Infrastruktur ausgestattete Volkswirtschaft im Herzen von Europa nicht nur ein Wachstumsmotor, sondern sie ist auch ein Magnet, der letztlich Geld hierhin zieht durch den Verkauf unserer guten Produkte. Aber wir müssen berücksichtigen, dass dadurch auf dem Gebiet des Außenbeitrags Schief lagen entstehen. Hier könnte möglicherweise ein neues Krisenszenario auf uns zukommen, wenn es nicht schon da ist.

Ich komme zum Schluss und möchte noch einen letzten Gedanken zu diesem komplexen Thema vorbringen. Solch ein europäisches Qualitätspapier, wenn ich es einmal so nennen darf, mit einem benannten Volumen von 2,6 Billionen Euro dient als Handelsobjekt an Finanzmärkten vielleicht auch der Emanzipation des Euro von der globalen Leitwährung, dem US-Dollar. Hierin sehen wir noch einen anderen positiven Aspekt.

Liebe Parteifreunde, ich bitte Sie, für den Bielefelder Antrag und gegen die Empfehlung der Antragskommission zu stimmen; denn genau betrachtet, stehen diese Dinge nicht im Widerspruch zueinander. Ich darf denjenigen von Ihnen, die kommunalpolitisch engagiert sind, mit auf den Weg geben – es gibt ja ein Bankensystem, das Ihnen besonders nahe steht – der Deutsche Sparkassen- und Giroverband sieht das übrigens genauso, wie wir aus Bielefeld es sehen. Ich freue mich auf Ihre Entscheidung. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank.

Die Antragskommission hat uns mitgeteilt, dass sie diesen Antrag klar zurückweist, weil der deutsche Grundsatz, dass jeder Staat die Verantwortung für seine eigenen Schulden hat und behalten muss, gerade in dieser Zeit besonders wichtig ist. Wenn wir uns auf den Weg der Vergemeinschaftung von Schulden in Europa machen würden, würden wir in sumpfiges Gebiet geraten. Keiner weiß, wie wir da wieder herauskommen würden. Selbst wenn man sagen würde, dass man den Zinsnachteil für Deutschland aus Solidarität hinnimmt, würde gelten: Auch Deutschland wird keine Solidarität mehr üben können, wenn dieses Grundprinzip gebrochen wird.

Wir sind in Europa solidarisch und gehen harmonisch und liebevoll miteinander um. Unsere Kanzlerin führt uns gut durch die Krise. Aber es sollte bei dem Grundsatz bleiben: keine Vergemeinschaftung der Schulden. Jeder Staat muss seine Verantwortung hier selbst tragen. Erst danach kann Solidarität einsetzen.

(Beifall)

Wer dem Votum der Antragskommission, diesen Antrag zurückzuweisen, zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? – Es gibt vereinzelte Stimmen gegen das Votum. Damit bedanke ich mich.

Auch der nächste Punkt hat es wieder in sich. Es gibt also noch spannende Punkte zum Ende des Parteitages. Jetzt geht es um die Energiepolitik. Das sind die Anträge A 622 bis A 628. Diese Anträge finden Sie ab Seite 180. Es gibt bereits mehrere Wortmeldungen: Herr Bischoff, Herr Vaatz, Herr Rathjen und Herr Pieper. Zum Schluss wird Herbert Reul für die Antragskommission sprechen. – Herr Bischoff, bitte.

Dieter Bischoff: Herr Präsident! Liebe Parteitagsfreunde! Wir wollen die Energiewende, wir wollen den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien – aber bitte mit Mitteln der Sozialen Marktwirtschaft. Planwirtschaft lehnt die CDU ab.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen möchte ich Sie auch bitten, alle planwirtschaftlichen Ansätze zu bekämpfen. Im Antrag A 623 haben wir gesagt: Eine Quote für die erneuerbaren Energien von 80 Prozent für 2050 vorzuschreiben, ist ein planwirtschaftlicher Ansatz.

(Vereinzelt Beifall)

Im Übrigen gilt: Wer will voraussehen, wie wir unseren Energiebedarf in 38 Jahren decken? Bis dahin haben sich die Rahmenbedingungen so geändert, dass das möglicherweise gar nicht mehr richtig ist. Denken Sie einmal 38 Jahre zurück. 1974 hatten wir die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland. Damals kannte man das Wort „Handy“ noch gar nicht. Wenn Sie damals jemandem erzählt hätten, dass wir in 38 Jahren in der Lage wären, mit jedem Menschen auf dieser Welt zu jedem Zeitpunkt schnurlos zu kommunizieren, hätte man Sie für verrückt erklärt. Also sollte dieser Halbsatz, in dem von einem Anteil von 80 Prozent der erneuerbaren Energien gesprochen wird, auf jeden Fall gestrichen werden. Bitte stimmen Sie dafür! Entscheiden Sie sich für die Soziale Marktwirtschaft und gegen die Planwirtschaft! Bitte stimmen Sie gegen das Votum der Antragskommission. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jetzt spricht unserer stellvertretender Fraktionsvorsitzender Arnold Vaatz.

Arnold Vaatz: Liebe Freunde! Ich habe auf diesem Parteitag schon mehrfach zum Thema Energie Stellung genommen. Ich muss es jetzt noch einmal tun; denn die gegenwärtige Fassung dieser Passage ist noch nicht zufriedenstellend.

Wir müssen von dem EEG verlangen, dass es wirklich marktwirtschaftlichen Prinzipien gehorcht. Das tut es im Augenblick nicht. Auch die gegenwärtige Fassung im Antrag weist noch

nicht genug in diese Richtung. Dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Die Politik darf der Wirtschaft, der Energiewirtschaft und der Forschung nicht vorschreiben, auf welche Technologien sie zu setzen haben. Dadurch wird die Variationsbreite der Forschung eingeschränkt. Die Politik darf von der Wirtschaft und von der Forschung nicht den Druck des Marktes nehmen. Damit schaltet sie den Zwang zu immer besseren Lösungen aus. Dies ist aber eine absolute Notwendigkeit, wenn wir überhaupt zu wirtschaftlich sinnvollen Konditionen bei der Energiebereitstellung kommen wollen. Dieser Punkt ist noch nachzuholen. Außerdem gehören in eine problembewusste Aussage der CDU zur Energiewende unbedingt noch zwei Aspekte.

Erster Aspekt. Wir brauchen selbstverständlich vertretbare Energiepreise. Wir können es uns als Wirtschaftsnation nicht leisten, dass unsere Energiepreise den durchschnittlichen Energiepreisen in der Europäischen Union davongaloppieren. Ich verweise da auf unseren Nachbarn Frankreich. Das schädigt auf Dauer unseren Industriestandort.

Zweiter Aspekt. Eine ganz wesentliche Bedingung, die über Erfolg oder Misserfolg der Energiewende in Deutschland entscheidet, ist die Frage: Wenn wir grundlastfähige Energieträger ausschalten wie zum Beispiel die Atomenergie, sind wir dann in der Lage, diese grundlastfähigen Energieträger durch neue zu ersetzen? Bis jetzt sind die alternativen Energien noch nicht grundlastfähig. Es gibt im Augenblick auch nicht wirklich die Aussicht, dass sie es werden. Aber diese Forderung nach einer stabilen Grundlastversorgung gehört unbedingt in die Programmaussagen der CDU zur Energiepolitik. Das bitte ich noch einmal zu überlegen. Wenn wir eine solche Formulierung hinbekommen, dann kann man vielleicht auch zustimmen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön, Arnold Vaatz. – Jetzt kommt Herr Rathjen.

Albert Rathjen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Energiewende bzw. Energieversorgung bewegt sicherlich auch viele CDU-Mitglieder. Meine beiden Vorredner haben das schon recht gut auf den Punkt gebracht. In der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung – es geht um den Antrag A 640 – steht der durchaus richtige Satz: Weder private Verbraucher noch Unternehmen dürfen durch die Energiewende überfordert werden. – In einem weiteren Satz heißt es, dass diese Mehrkosten fair verteilt werden und Arbeitsplätze nicht vernichtet werden.

Von einer fairen Verteilung kann eigentlich nicht die Rede sein, wenn energieintensive Unternehmen von der Ökostromumlage erheblich befreit werden können. Das kann aus unserer Sicht nicht richtig sein. Denn, wenn es so realisiert wird, dann zahlen, etwas vereinfacht ausgedrückt, fast ausschließlich die Verbraucher, die mittelständischen Unternehmen und weniger energieintensive Betriebe die Kosten der Energiewende.

Tatsache ist, dass Industrierabatte und Vergütungsgarantien für Stromanbieter dafür sorgen, dass die Ökostromumlage sich weiter erhöhen wird. Sie wird auch dadurch erhöht, dass

die Risiken beispielsweise der Offshorewindkraft, die durch Zwangsabschaltungen entstehen können, ebenfalls über die EEG-Umlage dem Verbraucher in die Schuhe geschoben werden.

Es entsteht ein wenig der Eindruck, dass neue Subventionen kreiert werden sollen, um Probleme zu lösen, die durch alte Subventionen ausgelöst bzw. entstanden sind. Alle haben schon die Bescheide von ihren Energieversorgern bekommen. Ich vermute einmal, dass die Strompreise erhöht werden. Natürlich ist die beschlossene Energiewende nicht ohne Kostensteigerungen zu haben. Das nehmen wir sicher alle grundsätzlich auch hin. Aber wie die Kosten verteilt werden und wie die Energiewende organisiert wird, das dürfen und sollten wir kritisch hinterfragen.

Wichtig ist – da schließe ich mich voll und ganz meinen beiden Vorrednern an, dass wir uns an die ordnungspolitischen Grundvorstellungen wieder erinnern und dass wir die Energiewende konstruktiv und fruchtbar mit marktwirtschaftlichen Instrumenten gestalten. Davon brauchen wir mehr zur Energiewende. Die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, die CDU, die für Forschung und Innovation, für Neuentwicklungen und für Fortschritt unter Berücksichtigung der Bewahrung des Guten steht, sollte sich wieder daran erinnern und der Energiewende stärker zum Durchbruch verhelfen.

Ich bitte deshalb in aller Bescheidenheit um Zustimmung für den Antrag A 640 entgegen der Empfehlung der Antragskommission. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke, Herr Rathjen. – Nun aus dem Europäischen Parlament der Kollege Pieper, danach Herr Liese.

Dr. Markus Pieper: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident. – Meine Damen und Herren! Für die Mittelstandsvereinigung möchte ich ein paar Sätze zur Energiewende sagen. Ich möchte mit einer konkreten Textempfehlung abschließen, die wir vielleicht benutzen können, um den Antrag ein wenig anzureichern.

Als Europaabgeordneter freue ich mich zunächst einmal, dass der europäische Binnenmarkt in unserem Papier Berücksichtigung gefunden hat. Damit wird es auf jeden Fall schneller, ökologischer und auch kostengünstiger laufen können. Dafür schon mal Dank an die Antragskommission. Aber wir haben im Änderungsantrag 622 marktwirtschaftliche Prinzipien gefordert. Wir haben im Änderungsantrag 623 gefordert, die 80-Prozent-Quote für erneuerbare Energien bis 2050 zu streichen. Ich möchte beide Forderungen unterstützen.

Marktwirtschaftliche Prinzipien: ja. Sie sind tatsächlich in den Text aufgenommen. Aber was kommt dann? Dann kommt die planerische Vorgabe, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2050 auf 80 Prozent festzulegen. Dann kommt die planerische Vorgabe einer 80-prozentigen CO₂-Reduzierung bis 2050. Dann kommt die planerische Vorgabe zur Energieeinsparung: 50 Prozent bis 2050. Das alles relativiert unsere Forderung nach Marktwirtschaft ein großes Stück.

Wer stellt sich eigentlich die Kostenfrage? Wer stellt die Frage nach der Energiesicherheit? Wer stellt sich die Frage der Wettbewerbsfähigkeit? Das sind für uns fundamentale Dinge, bei denen wir noch nachbessern müssen.

Rot-Grün hat uns mit dem Energieeinspeisegesetz einen Kostenrucksack hinterlassen. Sie haben die Vergütung auf die Fläche umgelegt. Sie haben sieben Jahre lang nichts getan, um die Dinge zu begrenzen. Wir werden das jetzt mühsam machen, mit der Photovoltaik haben wir bereits begonnen. Aber das reicht nicht, wir brauchen die Energiewende zu vertretbaren Preisen.

Abschließend möchte ich Ihnen einen Textvorschlag unterbreiten, verbunden mit der Bitte an die Antragskommission um Berücksichtigung. Ich bitte auch um die Berücksichtigung hier im Plenum. Auf der Seite 180 wird erwähnt, dass wir schon jetzt mit einem Anteil von 25 Prozent an den erneuerbaren Energien Vorreiter sind. Aus unserer Sicht sollte es anschließend wie folgt lauten: Ein weiterer Ausbau erfordert eine Neuausrichtung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ohne planwirtschaftlichen Dirigismus. – Der zweite Satz: Vertretbare Energiepreise und eine sichere Grundlastversorgung sind Grundbedingung der Energiewende.

Diese beiden Sätze schlagen wir als Mittelstandsvereinigung vor. Wir bitten Sie, diese MIT-Forderungen zu unterstützen; denn die Energiewende darf nicht in Energiearmut und Deindustrialisierung enden. Deswegen: Unterstützen Sie diesen Vorschlag für mehr Markt in der Energiewende! – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Als Nächster hat das Wort Peter Liese und danach Herbert Reul für die Antragskommission.

Peter Liese: Liebe Freundinnen und Freunde! Die Kritik am gegenwärtigen EEG ist berechtigt. Das merken wir alle zu Hause, in der Partei und wenn wir mit den Unternehmen und Bürgern reden. Hier müssen wir etwas machen. Die gegenwärtige Form der Förderung der erneuerbaren Energien verursacht zu viele Kosten. Ich bin aber sehr froh, dass sich die Diskussion weiterentwickelt hat und dass wir uns nicht mehr auf das Ziel als Problem konzentrieren. Der ursprüngliche Antrag der Mittelstandsvereinigung A 623 will das Ziel streichen, wenn auch erst für 2050. Das halte ich für einen falschen Ansatz. Wir haben Anträge von verschiedenen Gliederungen der Partei, zum Beispiel den Antrag A 648 aus dem Kreisverband Hochsauerland, an dem ich mitgewirkt habe, vorliegen, in denen es um den Weg geht. Der Weg muss verbessert werden. Wir müssen effizienter und marktwirtschaftlicher werden. Wir sollten das Ziel aber nicht infrage stellen. Auch das sage ich als Mitglied der Mittelstandsvereinigung. Ich habe das auch in der Vorbesprechung gesagt; denn auch der Mittelstand profitiert vom Ausbau erneuerbarer Energien. Er muss allerdings so ausgestaltet werden, dass die Kostenbelastung reduziert wird und es marktwirtschaftlicher vonstattengeht.

Ich freue mich, dass wir in der Diskussion weitergekommen sind, und unterstütze die Anregung, die Markus Pieper gerade gemacht hat. Wir wollen mehr Markt. Wir kritisieren, dass Rot-Grün nur den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen hat. Wir wollen den Einstieg in erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Wir müssen zeigen, dass wir es besser können als Rot-Grün. Wir sollten aber nicht die Ziele streichen, die unsere Bundesregierung selber gesetzt hat; denn dann würden wir unglaublich. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön, Peter Liese. – Nun für die Antragskommission Herbert Reul.

Herbert Reul, Antragskommission: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Wir haben die Debattenzeit nutzen können, um miteinander über Lösungsansätze zu reden. Erstens ist der Antrag der Mittelstandsvereinigung, der auf Markt und Wettbewerb hinweist, in den ersten Teil aufgenommen worden. Zweitens ist es durchaus nachvollziehbar, dass die Zahlen, die die Bundesregierung sich als Ziel gesetzt hat, in ein solches Papier Eingang finden.

Alle verstehen das Anliegen, das hier von Vertretern der Mittelstandsvereinigung vorgetragen wird. Wir müssen sorgfältig darauf achten, dass Wettbewerb und Marktwirtschaft die tragenden Prinzipien sind. Auch der Aspekt der Grundlast, den Arnold Vaatz vorgetragen hat, ist wichtig. Deshalb lautet unser Vorschlag, der mit den Antragstellern abgestimmt ist, dass wir am Ende des alten Vorschlages der Antragskommission, wo es um die 25 Prozent geht, zwei Sätze anhängen.

Erstens: Ein weiterer Ausbau erfordert eine Neuausrichtung des EEG, die stärker auf den Markt setzt. Zweitens: Vertretbare Energiepreise und eine sichere Grundlastversorgung sind Grundbedingungen der Energiewende. – Ich finde, beide Sätze sind von allen Seiten zu akzeptieren. Wenn wir das hineinnehmen, ist der Sachverhalt vielleicht eindeutiger geklärt. – Herzlichen Dank.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herbert Reul, unserem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP im Europäischen Parlament. – Zwei Gedanken der Antragsteller sind also mit aufgegriffen worden, einmal die marktwirtschaftlichen Instrumente und zum Zweiten das Thema „Versorgungssicherheit und Preise“. Wer dem erweiterten, ergänzten Votum der Antragskommission seine Stimme geben möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Acht Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltung. Dann ist der erweiterte Beschlussvorschlag der Antragskommission so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag A 666 – den finden Sie auf Seite 194 – vom Kreisverband Trier-Saarburg aus Rheinland-Pfalz. Frau Thiel möchte ihn begründen. Herbert Reul antwortet für die Antragskommission.

Simone Thiel: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen kurz den Antrag begründen. Es geht um europäisch verpflichtende Sicherheitsstandards für AKWs in Europa. Der Hintergrund ist, dass wir in Trier-Saarburg nahe an Frankreich leben. Der Antrag begründet sich darin, dass wir im angrenzenden Frankreich ein AKW haben. Wir bitten darum, diesen Antrag nicht, wie von der Antragskommission empfohlen, aus systematischen Gründen gar nicht zu berücksichtigen, sondern an die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament zu überweisen, da die Richtlinie für die europäische Nuklearsicherheit nächstes Jahr überarbeitet werden wird. Ich denke, die CDU würde gut daran tun, diesen Antrag zu überweisen und dort auch aufzugreifen. Ich weiß, dass das Thema da ganz gut aufgehoben ist. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Jetzt bitte Herbert Reul.

Herbert Reul, Antragskommission: Ich muss fast gar nichts mehr dazu sagen. Wir wollten das nicht in den Text schreiben, weil das, wie bei anderen Themen auch, einen Spezialbereich vertiefen würde. Wenn wir uns aber darauf verständigen, zu sagen, dass wir das, was inhaltlich darin enthalten ist, an die deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion überweisen, damit wir uns dort darum kümmern – denn das Anliegen ist hundertprozentig richtig, und keiner ist dagegen –, dann ist das, glaube ich, eine Lösung in dieser Frage. Es soll also nicht in den Antrag, sondern herausgenommen und an die EVP überwiesen werden.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Das geänderte Votum der Antragskommission, das der Antragstellerin entgegenkommt, stelle ich zur Abstimmung. Wer dem Votum folgt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung ist das so angenommen.

Ich muss noch einmal den Antrag A 640 aufrufen. Der Antragsteller hat zwar schon dazu gesprochen, es ist auch dagegen gesprochen worden. Wir haben aber noch nicht abgestimmt. Wer bei Antrag A 640 der Antragskommission folgt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Vereinzelt Gegenstimmen. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir jetzt zu Antrag A 784 auf Seite 236. Da geht es um das Thema Mobilität. Oliver Wittke aus dem Ruhrgebiet möchte dazu gerne zu uns sprechen. – Oliver Wittke hat das Wort.

Oliver Wittke: Herr Präsident! Liebe Freunde! Es ist, glaube ich, mittlerweile hinreichend bekannt, dass zu wenig Geld in die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland investiert wird. Wenn es richtig ist, dass die Mittel begrenzt sind, kommt es ganz entscheidend darauf an, dass das Geld, das da ist, möglichst effizient eingesetzt wird. Darum müssen wir künftig Sorge dafür tragen, dass jeder Euro, der in die Verkehrsinfrastruktur investiert wird, den größtmöglichen Nutzen bringt.

Darum müssen wir stärker, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, auf Effizienz achten. Das ist im Übrigen auch eine Forderung, die der ADAC, die Umweltverbände und andere erheben.

Darum haben wir die herzliche Bitte, hier klare Kante zu zeigen und den Antrag aus der CDU des Ruhrgebiets positiv zu bescheiden und zu sagen: Wir wollen künftig Kosten-Nutzen-Analysen durchführen. Wir wollen, nachdem Kosten-Nutzen-Quotienten ermittelt sind, diese dazu nutzen, um Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zu priorisieren, weil nur so sichergestellt ist, dass die vorhandenen knappen Mittel möglichst effizient eingesetzt werden. Darum bitte ich noch einmal, den Antrag A 784 positiv zu bescheiden und nicht mit einer Wischiwaschi-Formulierung, wie sie von der Antragskommission vorgelegt worden ist, am Ende zu verweisen. Ich habe also die herzliche Bitte, dem Antrag A 784 zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Das Wort hat nun der Vorsitzende der Antragskommission, unser Generalsekretär.

Hermann Gröhe, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Lieber Oliver Wittke, wir haben diesen Antrag in der Tat in einer deutlich veränderten, aber doch Anliegen aufgreifenden Weise zur Annahme empfohlen. Wir finden es zwar – das sage ich, mit Verlaub, auch als Nordrhein-Westfale verständlich, dass die Betonung sehr stark auf Wirtschaftlichkeitserwägungen einzelner Maßnahmen liegt, müssen aber insgesamt – dabei denke ich an unsere Initiativen zum ländlichen Raum und an die Anbindung dieser Gebiete verschiedene Bewertungskriterien einfließen lassen. Deswegen steht im Text sowohl das Wirtschaftliche als auch das infrastrukturell Bedeutsame. Zugegebenermaßen wird dann sehr allgemein vorgeschlagen, neue Bewertungskriterien vorzusehen. Wenn wir, wie es im Antrag heißt, die Priorisierung allein von einer ökonomisch betrachteten Effizienz der Mittelanwendung abhängig machen – wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, auch wenn wir immer nur über Anträge abstimmen und nicht über die Begründung: in der Begründung hieß es sogar noch: „und Länderquoten aufzugeben“ – dann würden wir bei der Frage, wo wir die Mittel einsetzen, zu Schieflagen kommen und dann würden sich die Sorgen anderer Teile der Bundespartei, nämlich in Bezug auf das Abhängen des ländlichen Raumes, eher verstärken.

Deswegen bitte ich um Verständnis dafür: Wir nennen das infrastrukturell Bedeutsame, wir nennen das Wirtschaftliche. Eine einseitige und damit missverständliche Priorisierung allein in Abhängigkeit von der Effektivität pro ausgebauten Kilometer würde aus unserer Sicht zu kurz greifen. Bitte folgen Sie dem Votum der Antragskommission.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank an den Generalsekretär für die Begründung. – Ich lasse abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um sein

Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Bei beträchtlichen Gegenstimmen aus dem Ruhrgebiet und vereinzelt Gegenstimmen aus dem übrigen Bundesgebiet ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Wir kommen jetzt nach menschlichem Ermessen zum letzten Punkt. Vor dem Schlusswort unserer Vorsitzenden haben wir noch Antrag A 839; den finden Sie auf Seite 255. Der Antragsteller ist Herr Rathjen.

Albert Rathjen: Meine Damen und Herren! Wahrscheinlich warten Sie alle auf das Ende des Parteitages. Ich will es auch kurz machen. – Das Thema „Grüne Gentechnik“ kann heute sicherlich nicht umfassend behandelt werden; aber es muss irgendwann auf die Tagesordnung. Wir umschiffen dieses Thema von Veranstaltung zu Veranstaltung und schreiben es nicht in unsere Programme. Wir essen inzwischen längst Lebensmittel mit gentechnisch veränderten Rohstoffen, und wir können es nicht mehr verhindern.

Es gibt keine seriösen wissenschaftlichen Untersuchungen, die belegen, dass die Gentechnik schädlich ist, jedenfalls nicht schädlicher als die Hybridzüchtung im landwirtschaftlichen Bereich oder eine normale Züchtung. Es wäre deshalb gut, wenn wir das demnächst irgendwann auf die Tagesordnung setzen und uns damit auseinandersetzen würden, auch wenn 80 Prozent unserer Bevölkerung – vorwiegend aus emotionalen Gründen – dagegen sind. Wir müssen die Innovationen aufnehmen und die Technologie fördern, weil dadurch letzten Endes die Wettbewerbskraft der Landwirtschaft und unserer Saatzuchtunternehmen verbessert wird. Deutsche Saatzuchtunternehmen haben ihre Forschungseinrichtungen längst im Ausland, was diesen Bereich anbetrifft; ich habe kürzlich noch einen Saatzuchtunternehmer aus Mecklenburg-Vorpommern gesprochen. Wir sollten deshalb die Ängste, die ein großer Teil der Bevölkerung hat, ablegen. Wir sollten die Forschung fördern und vor allen Dingen die Bevölkerung und natürlich auch unsere Mitglieder intensiv aufklären. In diesem Sinne wäre es gut, wenn Sie diesem Antrag zustimmen würden. Das wäre ein Signal. Das würde zwar nichts ändern, aber es wäre ein gutes Signal. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Rathjen. – Nun spricht unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Michael Kretschmer, für die Antragskommission.

Michael Kretschmer, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Auch dieses Anliegen ist wichtig und richtig. In der Tat ist es bitter für Deutschland als Industrie- und Forschungsland, dass die grüne Gentechnik in großem Umfang vertrieben wurde. Wir wollen auch diesen Bereich in Deutschland halten.

Was den Antrag angeht, so ist Folgendes zu sagen: Auf Seite 247, Ziffer 87, wird die grüne Gentechnik explizit genannt. Man muss ja darauf achten, dass das in einem solchen Papier vernünf-

tig, systematisch eingeordnet wird. Wenn man die grüne Gentechnik explizit und an herausgehobener Stelle nennt, dann muss man auch andere Bereiche nennen, die Nanotechnologie, die Medizintechnik oder den Bereich der Digitalisierung; denn auch dies sind spannende und wichtige Zukunftsfelder. Deswegen ist das vernünftig eingeordnet. Ich kann an dieser Stelle zusa- gen: Im Deutschen Bundestag, bei den Forschungspolitikern, aber auch bei den Landwirt- schafts- und Wirtschaftspolitikern, ist das ein wichtiges Thema. Wir bleiben an dem Thema dran. Wir wollen diesen Technologiezweig haben. Ich möchte dafür werben, dass wir das aus syste- matischen Gründen, damit es vernünftig eingeordnet ist, so machen, wie die Antragskommissi- on es Ihnen vorschlägt.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Die Antragskommission sieht diesen Punkt al- so in Ziffer 87 als aufgenommen an und möchte den Antrag nicht gesondert behandeln. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Ge- genstimmen? – Vereinzelte Gegenstimmen. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Der Vorschlag der Antragskommission ist angenommen.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir eben explizit noch einmal über den Antrag A 640 abgestimmt haben und dem Votum der Antragskommission gefolgt wurde. Ich sage das, weil Herr Rathjen noch einmal nachgefragt hat.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung über unseren Leitantrag „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!“. Das ist unser großer Wirtschaftsantrag, das Fundament unserer Arbeit. Wer dem Leitantrag in Gänze zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. – Enthaltungen? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Dann haben wir den Antrag einstimmig angenommen.

(Beifall)

Ich verbinde diese Feststellung mit einem großen Dank an Generalsekretär Hermann Gröhe, der in wochen- und monatelanger Arbeit mit vielen Kollegen aus allen Landesverbänden, aus den Verei- nigungen und mit sachkundigen Experten aus anderen Bereichen, aus der Wirtschaft und den Ge- werkschaften, daran gearbeitet hat. Ich danke, dass sie diesen Antrag hinbekommen haben.

Ich bitte, den Tagungspräsidenten, das Schlusswort einzuleiten.

David McAllister, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteif- reunde! Wir kommen zum Ende unseres Parteitages. Vor dem Schlusswort unserer Vorsitzenden findet eine Videoeinspielung über unseren Parteitag statt. Bevor das Video beginnt, möchte ich mich ganz herzlich bedanken, insbesondere bei Peter Hintze, der einmal mehr in souveräner Art und Weise die Antragsberatungen durchgeführt hat.

(Beifall)

Können wir das Video einspielen, Hermann Gröhe?

(Videoeinspielung – Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich rufe nun den TAGESORDNUNGS-PUNKT 23 auf:

Schlusswort

Ich bitte unsere Vorsitzende, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, um ihr Schlusswort. Von unserer Seite möchte ich mich bei den Delegierten dafür bedanken, dass sie diesen Parteitag so intensiv begleitet haben. Ich darf mich bei allen persönlich und im Namen der CDU Niedersachsen für den Rückenwind bedanken, den dieser Bundestag für unsere Landtagswahl gegeben hat. Ihr ward großartig!

(Beifall)

Nun Angela Merkel.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Lieber Tagungspräsident! Lieber David McAllister! Ich möchte zunächst dem Tagungspräsidium dafür danken, dass es uns so gut durch diesen Parteitag geführt hat. Dann möchte ich natürlich Ihnen, den Delegierten aus den Landesverbänden ganz herzlich für die intensiven Debatten danken, die wir führen können. Solche Parteitage werden – ich habe es gestern in meiner Rede gesagt – von vielen unserer Anhänger verfolgt. Ich finde, die Art und Weise, wie wir hier auch strittige Debatten geführt haben, war so, dass man in die Orts- und Kreisverbände gehen kann und sagen kann: Leute, wir haben uns mit wichtigen Fragen befasst, wir haben auch strittig diskutiert, aber wir sind damit programmatisch ein Stück vorangekommen. Wir haben Orientierung und das, was wir für die Ausarbeitung unseres Wahlprogramms brauchen.

Schauen wir nach vorne: In ungefähr zehn Monaten ist die Bundestagswahl schon vorbei. Das heißt, wir haben jetzt zehn arbeitsreiche Monate vor uns. In diesen Monaten werden wir ein Wahlprogramm erarbeiten, zusammen mit der CSU. Wir haben darüber schon mit Horst Seehofer gesprochen. Auch die Generalsekretäre haben darüber gesprochen. Dann werden wir aufgestellt sein und sagen können, wie wir uns ein erfolgreiches Deutschland zwischen 2013 und 2017, also in der nächsten Legislaturperiode, vorstellen. Dabei haben wir vieles zu bedenken. Wir haben über die Globalisierung gesprochen. Wir haben über Europa gesprochen. Heute ist auch über die demografische Veränderung gesprochen worden. Man muss immer im Auge behalten: 2030 – das scheint noch weit entfernt zu sein, aber die Zeit vergeht schnell – werden wir sechs Millionen Menschen weniger im Arbeitsleben haben.

Das heißt also: Wir müssen uns auf das einstellen, was in den nächsten Jahren passieren wird. Es ist so, wie es Horst Seehofer heute gesagt hat: Wir atmen immer mit zwei Lungenflügeln. Für

uns wird es immer wichtig sein, zu sagen: Wir brauchen Menschen, die Geld verdienen, die Steuern zahlen, und gleichzeitig brauchen wir die Möglichkeit des solidarischen Ausgleichs. Das ist Soziale Marktwirtschaft, und wir sind für alle da.

(Beifall)

Der Blick in die Zukunft muss damit verbunden werden, dass wir zu den Menschen gehen. Ich bin der tiefen Überzeugung: Auch Wahlkämpfe haben sich verändert, nicht nur, weil wir das Internet haben, sondern auch, weil die Menschen mit ihren Sorgen und ihren Problemen ganz gezielt angesprochen werden wollen. Es reicht nicht mehr, ein Wahlprogramm einfach nur auf den Tisch zu legen oder zu versenden und zu sagen: Suchen Sie sich schon mal das Kapitel heraus, das Sie vielleicht interessieren könnte. – Nein, nein, die Leute haben konkrete Fragen: Was wird mit meiner Gesundheit, was wird mit meiner Rente? Was tut ihr für den Verbraucherschutz, für den Mittelstand, im Umweltbereich? Wie gewährleistet ihr die innere Sicherheit? – Da ist die Lage unterschiedlich, je nachdem, ob man in Sachsen, in Mecklenburg-Vorpommern oder in Brandenburg, an der deutsch-polnischen oder an der deutsch-tschechischen Grenze lebt oder vielleicht an der deutsch-dänischen Grenze; es gibt dort völlig unterschiedliche Probleme. Eine Volkspartei muss auf die Probleme jedes Menschen eine Antwort haben und muss sie auch erklären können.

(Beifall)

Genau das – lieber David, das ist mein fester Eindruck – findet jetzt in Niedersachsen statt. Hier ist ein toll aufgestellter Landesverband. Die Delegierten werden das, was wir hier erarbeitet haben, nach Hause tragen. Und dann wollen wir in den nächsten sieben Wochen zusammen mit euch dafür kämpfen, dass sich die Menschen für eine gute Zukunft unter der Führung von David McAllister entscheiden; das ist unser Ansinnen, mit dem wir nach Hause gehen.

(Lebhafter Beifall)

Lieber David, wir kommen mit dem neu gewählten Bundesvorstand wieder ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit diesem neuen Team: Wir kommen Anfang Januar zu unserer Klausurtagung nach Wilhelmshaven, in die Stadt mit dem großen neuen Infrastrukturprojekt. Wir werden gleich im Anschluss den Wahlkampf in Niedersachsen eröffnen. Dann heißt es: Raus zu den Menschen, Überzeugungsarbeit leisten! Die Bilanz ist toll, aber allein aus Dankbarkeit wird man nicht gewählt. Also müssen wir darüber sprechen: Wie stellen sich David McAllister und sein Team die Entwicklung Niedersachsens in den nächsten Jahren vor? Das wollen wir gemeinsam tun. Danke schön, dass Sie auf dem Parteitag so aktiv dabei waren.

(Beifall)

Danke möchte ich auch all denen sagen, die zum Gelingen dieses Parteitages beigetragen haben. Ich danke ganz herzlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Messe Han-

nover. Sie können auch Parteitage. Dass Sie Hannover Messe und CeBIT können, wissen wir; aber Parteitage können Sie auch gut organisieren und bewirten. Also ein Dankeschön an alle, die hier für die Messe arbeiten.

(Beifall)

Ich möchte mich ganz herzlich bei all denen bedanken, die als Sponsoren und Aussteller auf unserem Parteitag waren. Ich habe mir heute einen kleinen Ausschnitt angeschaut und habe gesehen: Überall wurde ein Stück über die Zukunft diskutiert, über die Energieversorgung der Zukunft, über die Mobilität der Zukunft. Das hat unseren Parteitag natürlich interessant gemacht und zu vielen interessanten Gesprächen geführt.

Ich möchte mich bedanken bei der Polizei, den Sicherheitskräften, der Feuerwehr, den Sanitätern, den Ärzten und all denen, die dafür gesorgt haben, dass wir hier eine tolle Arbeitsatmosphäre hatten.

(Beifall)

Liebe Freunde, dann möchte ich all jenen ein Dankeschön sagen, die in der Antragskommission und in den anderen Kommissionen mitgearbeitet haben. Ich möchte Hermann Gröhe sowie Klaus Schüler und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses ein Dankeschön sagen, die alles so gut vorbereitet haben und uns hier eine gute Atmosphäre beschert haben.

(Beifall)

Und Ihnen, den Delegierten, rufe ich zu: Fahren Sie nach Hause, berichten Sie von dem –

(Heiterkeit)

– Ich glaube, dazu brauchen Sie gar nicht aufgefordert zu werden. Also, fahren oder gehen Sie nach Hause, mit welchem Verkehrsmittel auch immer. Aber jetzt kommt das, von dem ich dachte, dass ich es erwähnen muss: Berichten Sie von dem, was Sie hier erlebt haben und ziehen Sie die Schlussfolgerungen daraus, dass wir ein arbeitsreiches Jahr vor uns haben, dass wir ein Jahr vor uns haben, in dem wir Überzeugungsarbeit leisten müssen, dass wir sicherlich ein spannendes Jahr vor uns haben. Ich möchte Ihnen sagen: Danke.

Ich glaube, so wie wir hier diskutiert haben, gerade auch über unseren Leit Antrag, werden wir, die Christlich Demokratische Union, ein Garant dafür sein, dass wir ein starkes Deutschland haben, in dem alle Menschen ihre Chance bekommen. Dafür lasst uns kämpfen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Zum Abschluss singen wir wie immer das Lied der Deutschen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

(Schluss: 12.18 Uhr)

A N H A N G**Beschlussprotokoll
des 25. Parteitags der CDU Deutschlands
am 4./5. Dezember 2012 in Hannover****Tagesordnung:**

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8 a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 8 b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
- 9 a) Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
- 9 b) Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
12. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands; Vorlage des Rechenschaftsberichts 2010 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
13. Bericht der Rechnungsprüfer
14. Bericht der Mandatsprüfungskommission
15. Entlastung des Bundesvorstandes
16. Wahl des Bundesvorstandes

- 16.1 Wahl des Vorsitzenden
- 16.2 Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden
- 16.3 Wahl des Bundesschatzmeisters
- 16.4 Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums
- 16.5 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes
17. Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)
18. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der Europäischen Volkspartei (EVP)
19. Wahl des Bundesparteigerichts der CDU
- 20 a) Antrag des Bundesvorstandes „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!“
- 20 b) Beratung und Beschlussfassung
- 21a) Anträge zum Statut, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU
- 21 b) Beratung und Beschlussfassung
22. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
23. Schlusswort

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 25. Parteitags der CDU Deutschlands am 4. Dezember 2012 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident:	David McAllister MdL
Beisitzer:	Peter Hintze MdB Julia Klöckner MdB
	Annegret Kramp-Karrenbauer MdL Armin Laschet MdL
	Christine Lieberknecht MdL Thomas Strobl MdB

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 25. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Hermann Gröhe MdB
Stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Klaus Schüller
Weitere Mitglieder:	
Baden-Württemberg:	Christian Bäuml Katrin Schütz MdL Thomas Strobl MdB
Berlin:	Kai Wegner MdB
Brandenburg:	Dieter Dombrowski MdL
Bremen:	Dr. Rita Mohr-Lüllmann MdBB
Hamburg:	Marcus Weinberg MdB

Hessen:	Peter Beuth MdL Dr. Michael Meister MdB Bettina Wiesmann MdL
Mecklenburg-Vorpommern:	Vincent Kokert MdL
Niedersachsen:	Elisabeth Heister-Neumann MdL Dr. Hermann Kues MdB Dr. Gero von Daniels
Nordrhein-Westfalen:	Peter Hintze MdB Bodo Löttgen Andrea Verpoorten
Rheinland-Pfalz:	Patrick Schnieder MdB Dr. Eva Lohse
Saar:	Roland Theis MdL
Sachsen:	Michael Kretschmer MdB
Sachsen-Anhalt:	André Schröder MdL
Schleswig-Holstein:	Jost de Jager
Thüringen:	Dr. Mario Voigt MdL
JU:	Marcel Grathwohl
FU:	Annette Widmann-Mauz MdB
MIT:	Jürgen Presser
OMV:	Klaus Schuck
CDA:	Dr. Ralf Brauksiepe MdB
KPV:	Peter Götz MdB
SU:	Leonhard Kuckart
EAK:	Thomas Rachel MdB
Wirtschaftsrat:	Dr. Rainer Gerding
RCDS:	Erik Bertram
EVP:	Herbert Reul MdEP

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 25. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Ulf Leisner
Stellvertretender Bundesgeschäftsführer,
Bereichsleiter Eventmanagement & Logistik
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder: Klaus-Dieter Götz
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes
Mecklenburg-Vorpommern

Christian Meyer
Geschäftsführer der CDU in Niedersachsen

Mario Zeising
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Wolfgang Blum
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzende: Bernhard Albrecht
Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Bonn

Weitere Mitglieder:

Arntz Michael KGF Rhein-Erft

Bartels Waldemar KGF Gifhorn

Bauder Yvonne KGF Esslingen

Brill Hubert KGF Olpe/Südsauerland

Dinter Cordula KV Barnim

Dönninghaus Jürgen KGF Heidenheim

Eitel Henrik LGF Saar

Epper	Claudia	KGF Duisburg
Fröhlich-Keß	Stefanie	KGF Dahme-Spreewald
Gatzka	Wilma	KGF Wetterau
Gericke	Marita	KV Schaumburg
Göttlicher	Heike	KGF Ludwigsburg
Grotjahn	Henrik	KGF Braunschweig
Hermann	Astrid	BV-GF Südbaden
Hermes	Eike	KGF Cochem-Zell
Hofmeister	Andreas	KGF Limburg-Weilburg
Höhne-Weigl	Anne	KGF Main-Kinzig
Holsträter	Christoph	KGF Bottrop
Jahn	Ulrich	KGF Waldshut
Jasper	Markus	KGF Borken
Jeske-Werner	Imke	KGF Peine
Joepen	Brigitte	KGF Euskirchen
Kauffels	Lothar	KGF Heinsberg
Kirchfeld	Heinz	KGF Heidekreis
Kirner	Petra	KGF Ostholstein
Kirsch	Ursula	KGF Sigmaringen
Kleinemeier	Hubert	KGF Gütersloh
Klemme	Walter	KGF Hameln-Pyrmont
Kuon	Angela	KGF Biberach
Kuß	Klaus	KGF Main-Tauber
Landau	Ursula	KGF Lahn-Dill
Leinenbach	Christof	KGF Trier-Saarburg und Trier-Stadt

Lübke	Andy	KV Börde
Lüttgens	Hanswalther	KGF Paderborn
Machel	Roswitha	BV-GF Nordostnieder- sachsen
Machill	Johannes	KGF Steinfurt
Mannheims	Carsten	KGF Aachen-Land
Matyja	Magdalena	KGF Hannover-Stadt
Mayer	Karin	KGF Teltow-Fläming
Memmler	Doris	KGF Magdeburg
Mielken	Arne	Freundeskreis der CDU in London
Mies	Harro	KV Aachen-Stadt
Müller	David	KGF Rems-Murr
Müller	Werner	KGF Siegen-Wittgenstein
Neesen	Christoph	KV Hannover Land
Nies	Fritz	KGF Hochsauerland
Orthey	Harald	KGF Westerwald
Pfrommer	Ursula	KGF Calw
Pick-Gobs	Christl	KGF Ravensburg
Pöppel	Jochen	KGF Mark
Ramakers	Bernd	BV-GF Aachen
Renz	Richard	KGF Lörrach
Reupke	Astrid	KGF Salzgitter
Richter	Jens	KGF Rotenburg (Wümme)
Ripperda	Johannes	KGF Lingen
Robanus	Ute	KGF Offenbach-Stadt
Roth	Frank	KGF Wolfsburg

Samson	Ludger	KGF Recklinghausen
Schauenberg	Dr. Eva-Maria	KV Dortmund
Schenk	Roger	KGF Stuttgart
Scherler	Thomas	KGF Märkisch Oderland
Schlüter	Susanne	KGF Nienburg
Schmidt	Inge	KGF Lüneburg
Schmidt	Iris	KGF Vogelsberg
Schwaderer	Susanne	BV-GF Württemberg- Hohenzollern
Schwarz	Hagen	KGF Ludwigshafen/Rhein- Pfalz-Kreis/Frankenthal
Sepbach	Bernd	KGF Heilbronn
Siemers	Svenja	BV Nordbaden
Solberg	Norbert	KGF Essen
Sperling	Irina	KGF Hochtaunus
Spittler	Martin	KGF Ennepe-Ruhr
Stein	Martin	KGF Schwäbisch Hall
Thum	Michaela	KGF Konstanz
Timmermann-Fechter	Astrid	KGF Mühlheim an der Ruhr
Treuer	Hans-Jürgen	KGF Baden-Baden/Rastatt
von Ziegner	Elke	KGF Harburg Land
Voss	Uwe	KGF Segeberg
Werner	Rudolf	KGF Potsdam-Mittelmark
Westeppe	Paul	KGF Wuppertal
Wießel	Bernd	KGF Salzwedel und Stendal

Zu TOP

8a/8b): Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP

9a/b): Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlich vorgelegten **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herbert Reul MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Helmut Linssen**, und den gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsbericht 2010** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Die **Mandatsprüfungskommission** des 25. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 25. Parteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 14:30 Uhr 975 Delegierte anwesend.

Der 25. Parteitag ist beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner
– Vorsitzender –

gez. Klaus-Dieter Götz

gez. Christian Meyer

gez. Mario Zeising

Zu TOP 15: Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands erteilt dem Bundesvorstand für die Kalenderjahre 2009 und 2010 Entlastung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 16: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP 16.1: Wahl des Vorsitzenden

Es wurde gewählt:

Dr. Angela Merkel MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 931

Ungültig: 0

Enthaltungen: 9

Gültige Stimmen: 922

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 462

Ja: 903

Nein: 19

Zu TOP 16.2: Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	946
Ungültig:	0
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	946
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	474

Es wurden gewählt:	
Julia Klöckner MdL	879
Volker Bouffier MdL	789
Dr. Ursula von der Leyen MdB	653
Thomas Strobl MdB	644
Armin Laschet MdL	637

Danach wurden im ersten Wahlgang fünf Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter zwei Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Zu TOP 16.3: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:	
Dr. Helmut Linssen	
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	654
Ungültig:	0
Enthaltungen:	6
Gültige Stimmen:	648
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	325
Ja:	634
Nein:	14

Zu TOP 16.4: Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	892
Ungültig:	0
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	892
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	447
Es wurden gewählt:	
Dr. Wolfgang Schäuble MdB	820
Annegret Kramp-Karrenbauer MdL	748
Karl-Josef Laumann MdL	711
Stanislaw Tillich MdL	703
Emine Demirbükten-Wegener	558
Eckart von Klaeden MdB	526
Philipp Mißfelder MdB	495

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt 7 weitere Mitglieder des Präsidiums, darunter 2 Frauen gewählt. Damit ist das Frauenquorum erfüllt.

Zu TOP 16.5: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	887
Ungültig:	10
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	877
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	439
Es wurden gewählt:	
Dr. Thomas de Maizière MdB	848
Peter Altmaier MdB	842
Dr. Franz Josef Jung MdB	761
Dr. Reiner Haseloff MdL	715

Prof. Dr. Otto Wulff	715
Annette Widmann-Mauz MdB	709
Dr. Michael Meister MdB	698
Elmar Brok MdEP	682
Aygül Özkan	673
Sabine Weiss MdB	666
Arnold Vaatz MdB	665
Prof. Dr. Dagmar Schipanski	659
Serap Güler MdL	653
Mike Mohring MdL	653
Younes Quaqqasse	649
Christian Baldauf MdL	648
Dr. Peter Liese MdEP	619
Jens Spahn MdB	611
Monica Wüllner	600
Hubert Hüppe MdB	595
Dr. Michael Fuchs MdB	587
Dr. Johann David Wadephul MdB	582
Dr. Regina Görner	568
Elisabeth Motschmann MdBB	546
Gudrun Heute-Bluhm	538
Lorenz Caffier MdL	520
Danach wurden im 1. Wahlgang 26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt, darunter 9 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.	
Es wurden nicht gewählt:	
Dieter Dombrowski MdL	497
Ingrid Sehrbrock	494
Axel E. Fischer	490

Zu TOP 17: Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen als **Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand** für die Zeit vom 1.1.2013 bis 31.12.2014:

Ordentliche Mitglieder:

Hildegard Bentele MdA

Michael Boddenberg MdL

Dr. Christian von Boetticher

Elmar Brok MdEP

Daniel Caspary MdEP

Claudia Crawford

Michael Gahler MdEP

Ursula Heinen-Esser MdB

Werner Jostmeier MdL

Gunther Krichbaum MdB

Dr. Werner Langen MdEP

Armin Laschet MdL

Prof. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP

Katherina Reiche MdB

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Ralf Brauksiepe MdB

Dr. Stefan Gehrold

Dr. Christoph Konrad

Bettina Kudla MdB

Klaus-Heiner Lehne MdEP

Eva Majewski

Philipp Mißfelder MdB

Dr. Eva Möllring

Dr. Markus Pieper MdEP

Dr. Horst Schnellhardt MdEP

Nadine Schön MdB

Michael Stübgen MdB

Sabine Verheyen MdEP

Bertil Wenger

Zu TOP 18: Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands wählte auf Vorschlag der CDU-Landesverbände in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für die Zeit vom 1.1.2013 bis 31.12.2014 zu **Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der EVP:**

Delegierte:

Hildegard Bentele MdA

Gustav Bergemann MdL

Dr. Stefan Berger MdL

Ersatzdelegierte:

Knut Abraham

Silke Adam

Markus Arens

Michael Boddenberg MdL	Rolf Berend
Ilka von Boeselager MdL	Peter Beyer MdB
Dr. Christian von Boetticher	Christophe Darley
Dr. Ralf Brauksiepe MdB	Dr. Stefan Gehrold
Claudia Crawford	Olav Göhs
Astrid Damerow MdL	Klaus-Dieter Götz
Jens Eckhoff	Christoph Koch
Edith Grupp	Dr. Annette Koewius
Lothar Hegemann MdL	Dr. Christoph Konrad
Ursula Heinen-Esser MdB	Bettina Kudla MdB
Elke Holzapfel MdL	Thomas Kufen MdL
Werner Jostmeier MdL	Helma Kuhn-Theis
Dr. Hanno Kehren	Markus Lackamp
Christian Kremer	Peter Lehnert MdL
Gunther Krichbaum MdB	Bettina Machaczek
Armin Laschet MdL	Eva Majewski
Aloys Lenz MdL	Dr. Beatrice Marnetté-Kühl
Dr. Eva Möllring	Christian Meißner
Henning Otte MdB	Philipp Mißfelder MdB
Carsten Ovens	Elisabeth Motschmann MdBB
Benedict Pöttering	Ruprecht Polenz MdB
Katherina Reiche MdB	Henning Rehbaum MdL
Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL	Norbert Reyans
Barbara Richstein MdL	Dr. Josef Rosenbauer
Jochen Richter	Jesko von Samson-Himmelstjerna
Helmut Sauer	Prof. Dr. Günther Schneider MdL

Uwe Schäfer	Dr. Andreas Schockenhoff MdB
Günther Schartz	Nadine Schön MdB
Charlotte Schölgens	Martina Schrage
Dr. Klaus Schüler	Dr. Ole Schröder MdB
Sven Schulze	Dr. Klaus Schüle
Jochen Steinkamp	Jürgen Stadelmann MdL
Dr. Bärbel Steinkemper	Michael Stübgen MdB
Andreas Texter MdL	Kristian W. Tangermann
Roland Theis MdL	Dr. Hanno Thewes
Stanislav Tillich MdL	Tobias Utter MdL
Dr. Johann David Wadephul MdB	Bertil Wenger
Karl-Georg Wellmann MdB	Barbara Woltmann
Karin Wolff MdL	Prof. Dr. Otto Wulff

Zu TOP 19: Wahl des Bundesparteigerichts der CDU

Es wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Vorsitzender:

Richter am Bundesgerichtshof a. D.
Karl-Friedrich **Tropf**

Rechtsanwalt
Dr. Peter **Dany**

Ministerialdirektorin
Gabriele **Hauser**

Rechtsanwältin
Petra **Kansy**

Richter am Bundesgerichtshof

Heinz **Wöstmann**

Stellvertretende Mitglieder:

Universitätsprofessor

Dr. iur. Michael **Brenner**

Direktor des Amtsgerichts

Jens **Gnisa**

Leitender Ministerialrat

Andreas **Horsch**

Vizepräsident des Oberlandesgerichts a. D.

Ernst Jürgen **Kratz**

Präsident des Oberlandesgerichts

Dr. Roman **Poseck**

Rechtsanwältin und Notarin

Barbara **Saß-Viehweger**

Richterin am Bundesarbeitsgericht

Dr. Anja **Schlewing**

Zu TOP

20 a/20 b): Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands faste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**Starkes Deutschland. Chancen für Alle!**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

- A 1 Annahme
- A 2 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 3 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 4 Ablehnung
- A 5 Ablehnung
- A 6 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 7 Ablehnung

- A 8 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 9 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 10 Ablehnung
- A 11 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 12 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 13 Ablehnung
- A 14 Ablehnung
- A 15 Ablehnung
- A 16 Ablehnung
- A 17 Ablehnung
- A 18 Ablehnung
- A 19 Ablehnung
- A 20 Ablehnung
- A 21 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 22 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 23 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 24 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 25 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 26 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 27 Ablehnung
- A 28 Ablehnung
- A 29 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 30 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 31 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 32 Ablehnung
- A 33 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 34 Ablehnung
- A 35 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 36 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 37 Ablehnung
- A 38 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 39 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 40 Ablehnung
- A 41 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 42 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 43 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 44 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 45 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 46 Ablehnung
- A 47 Ablehnung
- A 48 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 49 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 50 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 51 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 52 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 53 Ablehnung
- A 54 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 55 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 56 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 57 Ablehnung
- A 58 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 59 Ablehnung

- A 60 Ablehnung
- A 61 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 62 Ablehnung
- A 63 Ablehnung
- A 64 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 65 Ablehnung
- A 66 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 67 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 68 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 69 Ablehnung
- A 70 Ablehnung
- A 71 Ablehnung
- A 72 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 73 Ablehnung
- A 74 Ablehnung
- A 75 Ablehnung
- A 76 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 77 Ablehnung
- A 78 Ablehnung
- A 79 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 80 Ablehnung
- A 81 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 82 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 83 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 84 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 85 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 86 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 87 Ablehnung
- A 88 Ablehnung
- A 89 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 90 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 91 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 92 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 93 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 94 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 95 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 96 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 97 Ablehnung
- A 98 Ablehnung
- A 99 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 100 Ablehnung
- A 101 Ablehnung
- A 102 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 103 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 104 Ablehnung
- A 105 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 106 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 107 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 108 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 109 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 110 Ablehnung
- A 111 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 112 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 113 Ablehnung
- A 114 Ablehnung
- A 115 Ablehnung
- A 116 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 117 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 118 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 119 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 120 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 121 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 122 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 123 Ablehnung
- A 124 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 125 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 126 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 127 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 128 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 129 Ablehnung
- A 130 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 131 Ablehnung
- A 132 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 133 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 134 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 135 Ablehnung
- A 136 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 137 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 138 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 139 Ablehnung
- A 140 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 141 Ablehnung
- A 142 Ablehnung
- A 143 Ablehnung
- A 144 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 145 Ablehnung
- A 146 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 147 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 148 Ablehnung
- A 149 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 150 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 151 Ablehnung
- A 152 Ablehnung
- A 153 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 154 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 155 Ablehnung
- A 156 Ablehnung
- A 157 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 158 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 159 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 160 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 161 Ablehnung
- A 162 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 163 Ablehnung

- A 164 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 165 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 166 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 167 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 168 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 169 Ablehnung
- A 170 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 171 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 172 Ablehnung
- A 173 Ablehnung
- A 174 Ablehnung
- A 175 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 176 Ablehnung
- A 177 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 178 Ablehnung
- A 179 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 180 Ablehnung
- A 181 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 182 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 183 Ablehnung
- A 184 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 185 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 186 Ablehnung
- A 187 Ablehnung
- A 188 Ablehnung
- A 189 Ablehnung

- A 190 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 191 Ablehnung
- A 192 Ablehnung
- A 193 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 194 Ablehnung
- A 195 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 196 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 197 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 198 Ablehnung
- A 199 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 200 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 201 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 202 Ablehnung
- A 203 Ablehnung
- A 204 Ablehnung
- A 205 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 206 Ablehnung
- A 207 Ablehnung
- A 208 Ablehnung
- A 209 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 210 Ablehnung
- A 211 Ablehnung
- A 212 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 213 Ablehnung
- A 214 Ablehnung
- A 215 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 216 Ablehnung
- A 217 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 218 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 219 Ablehnung
- A 220 Ablehnung
- A 221 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 222 Ablehnung
- A 223 Ablehnung
- A 224 Ablehnung
- A 225 Ablehnung
- A 226 Ablehnung
- A 227 Ablehnung
- A 228 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 229 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 230 Ablehnung
- A 231 Ablehnung
- A 232 Ablehnung
- A 233 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 234 Ablehnung
- A 235 Ablehnung
- A 236 Ablehnung
- A 237 Ablehnung
- A 238 Ablehnung
- A 239 Ablehnung
- A 240 Ablehnung
- A 241 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 242 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 243 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 244 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 245 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 246 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 247 Ablehnung
- A 248 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 249 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 250 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 251 Ablehnung
- A 252 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 253 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 254 Ablehnung
- A 255 Ablehnung
- A 256 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 257 Ablehnung
- A 258 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 259 Ablehnung
- A 260 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 261 Ablehnung
- A 262 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 263 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 264 Ablehnung
- A 265 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 266 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 267 Ablehnung

- A 268 Ablehnung
- A 269 Ablehnung
- A 270 Ablehnung
- A 271 Ablehnung
- A 272 Ablehnung
- A 273 Ablehnung
- A 274 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 275 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 276 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 277 Ablehnung
- A 278 Ablehnung
- A 279 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 280 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 281 Ablehnung
- A 282 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 283 Ablehnung
- A 284 Annahme
- A 285 Ablehnung
- A 286 Ablehnung
- A 287 Ablehnung
- A 288 Ablehnung
- A 289 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 290 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 291 Ablehnung
- A 292 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 293 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 294 Ablehnung
- A 295 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 296 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 297 Annahme
- A 298 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 299 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 300 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 301 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 302
Abs. 1 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 302
Abs. 2 Ablehnung
- A 302
Abs. 3 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 303 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 304 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 305 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 306 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 307 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 308 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 309 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 310 Ablehnung
- A 311 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 312 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 313 Ablehnung
- A 314 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 315 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 316 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 317 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 318 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 319 Erledigung
- A 320 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 321 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 322 Ablehnung
- A 323 Ablehnung
- A 324 Ablehnung
- A 325 Ablehnung
- A 326 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 327 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 328 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 329 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 330 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 331 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 332 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 333 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 334 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 335 Ablehnung
- A 336 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 337 Ablehnung
- A 338 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 339 Ablehnung
- A 340 Ablehnung
- A 341 Ablehnung

- A 342 Ablehnung
- A 343 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 344 Ablehnung
- A 345 Ablehnung
- A 346 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 347 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 348 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 349 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 350 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 351 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 352 Ablehnung
- A 353 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 354 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 355 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 356 Ablehnung
- A 357 Ablehnung
- A 358 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 359 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 360 Ablehnung
- A 361 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 362 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 363 Ablehnung
- A 364 Annahme
- A 365 Ablehnung
- A 366 Ablehnung
- A 367 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 368 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 369 Ablehnung
- A 370 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 371 Ablehnung
- A 372 Ablehnung
- A 373 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 374 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 375 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 376 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 377 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
- A 378 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
- A 379 Ablehnung
- A 380 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 381 Ablehnung
- A 382 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 383 Ablehnung
- A 384 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 385 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 386 Ablehnung
- A 387 Erledigung
- A 388 Ablehnung
- A 389 Ablehnung
- A 390 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 391 Ablehnung
- A 392 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 393 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 394 Ablehnung
- A 395 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 396 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 397 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 398 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 399 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 400 Ablehnung
- A 401 Ablehnung
- A 402 Ablehnung
- A 403 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 404 Ablehnung
- A 405 Ablehnung
- A 406 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 407 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 408 Ablehnung
- A 409 Ablehnung
- A 410 Ablehnung
- A 411 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 412 Ablehnung
- A 413 Ablehnung
- A 414 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 415 Ablehnung
- A 416 Ablehnung
- A 417 Ablehnung
- A 418 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 419 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 420 Ablehnung
- A 421 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 422 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 423 Ablehnung
- A 424 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 425 Ablehnung
- A 426 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 427 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 428 Ablehnung
- A 429 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 430 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 431 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 432 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 433 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 434 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 435 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 436 Ablehnung
- A 437 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 438 Ablehnung
- A 439 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 440 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 441 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 442 Ablehnung
- A 443 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 444 Ablehnung

- A 445 Ablehnung
- A 446 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 447 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 448 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 449 Ablehnung
- A 450 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 451 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 452 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 453 Ablehnung
- A 454 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 455 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 456 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 457 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 458 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 459 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 460 Ablehnung
- A 461 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 462 Ablehnung
- A 463 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 464 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 465 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 466 Ablehnung
- A 467 Ablehnung
- A 468 Ablehnung
- A 469 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 470 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 471 Ablehnung
- A 472 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 473 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 474 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 475 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 476 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 477 Erledigung
- A 478 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 479 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 480 Ablehnung
- A 481 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 482 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 483 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 484 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 485 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 486 Erledigung
- A 487 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 488 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 489 Ablehnung
- A 490 Ablehnung
- A 491 Ablehnung
- A 492 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 493 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 494 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 495 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 496 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 497 Ablehnung
- A 498 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 499 Ablehnung
- A 500 Ablehnung
- A 501 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 502 Ablehnung
- A 503 Erledigung
- A 504 Ablehnung
- A 505 Annahme
- A 506 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 507 Ablehnung
- A 508 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 509 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 510 Ablehnung
- A 511 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 512 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 513 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 514 Ablehnung
- A 515 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 516 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 517 Ablehnung
- A 518 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 519 Erledigung
- A 520 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 521 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 522 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 523 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 524 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 525 Ablehnung
- A 526 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 527 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 528 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 529 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 530 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 531 Erledigung
- A 532 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 533 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 534 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 535 Ablehnung
- A 536 Ablehnung
- A 537 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 538 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 539 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 540 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 541 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 542 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 543 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 544 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 545 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 546 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 547 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 548 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 549 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 550 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 551 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 552 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 553 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 554 Ablehnung
- A 555 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 556 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 557 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 558 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 559 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 560 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 561 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 562 Ablehnung
- A 563 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 564 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 565 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 566 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 567 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 568 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 569 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 570 Ablehnung
- A 571 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 572 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 573 Erledigung
- A 574 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 575 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 576 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 577 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 578 Erledigung
- A 579 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 580 Erledigung
- A 581 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 582 Erledigung
- A 583 Erledigung
- A 584 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 585 Erledigung
- A 586 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 587 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 588 Erledigung
- A 589 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 590 Erledigung
- A 591 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 592 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 593 Erledigung
- A 594 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 595 Erledigung
- A 596 Ablehnung
- A 597 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 598 Erledigung
- A 599 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 600 Ablehnung

- A 601 Ablehnung
- A 602 Ablehnung
- A 603 Ablehnung
- A 604 Ablehnung
- A 605 Ablehnung
- A 606 Ablehnung
- A 607 Ablehnung
- A 608 Ablehnung
- A 609 Ablehnung
- A 610 Ablehnung
- A 611 Ablehnung
- A 612 Ablehnung
- A 613 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 614 Ablehnung
- A 615 Ablehnung
- A 616 Ablehnung
- A 617 Ablehnung
- A 618 Ablehnung
- A 619 Ablehnung
- A 620 Ablehnung
- A 621 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 622 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 623 Ablehnung
- A 624 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 625 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 626 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 627 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 628 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 629 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 630 Ablehnung
- A 631 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 632 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 633 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 634 Ablehnung
- A 635 Ablehnung
- A 636 Ablehnung
- A 637 Ablehnung
- A 638 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 639 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 640 Ablehnung
- A 641 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 642 Ablehnung
- A 643 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 644 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 645 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 646 Ablehnung
- A 647 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 648 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 649 Ablehnung
- A 650 Ablehnung
- A 651 Annahme
- A 652 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 653 Ablehnung
- A 654 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 655 Ablehnung
- A 656 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 657 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 658 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 659 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 660 Ablehnung
- A 661 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 662 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 663 Ablehnung
- A 664 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 665 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 666 Überweisung an die CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion
- A 667 Ablehnung
- A 668 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 669 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 670 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 671 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 672 Erledigung
- A 673 Ablehnung
- A 674 Ablehnung
- A 675 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 676 Ablehnung
- A 677 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 678 Erledigung

- A 679 Ablehnung
- A 680 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 681 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 682 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 683 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 684 Ablehnung
- A 685 Erledigung
- A 686 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 687 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 688 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 689 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 690 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 691 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 692 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 693 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 694 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 695 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 696 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 697 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 698 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 699 Ablehnung
- A 700 Ablehnung
- A 701 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 702 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 703 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 704 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 705 Ablehnung
- A 706 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 707 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 708 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 709 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 710 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 711 Erledigung
- A 712 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 713 Ablehnung
- A 714 Ablehnung
- A 715 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 716 Ablehnung
- A 717 Ablehnung
- A 718 Ablehnung
- A 719 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 720 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 721 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 722 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 723 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 724 Ablehnung
- A 725 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 726 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 727 Ablehnung
- A 728 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 729 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 730 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 731 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 732 Ablehnung
- A 733 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 734 Ablehnung
- A 735 Ablehnung
- A 736 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 737 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 738 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 739 Annahme
- A 740 Ablehnung
- A 741 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 742 Ablehnung
- A 743 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 744 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 745 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 746 Ablehnung
- A 747 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 748 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 749 Ablehnung
- A 750 Ablehnung
- A 751 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 752 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 753 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 754 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 755 Ablehnung
- A 756 Ablehnung

- A 757 Ablehnung
- A 758 Ablehnung
- A 759 Ablehnung
- A 760 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 761 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 762 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 763 Ablehnung
- A 764 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 765 Ablehnung
- A 766 Ablehnung
- A 767 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 768 Ablehnung
- A 769 Ablehnung
- A 770 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 771 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 772 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 773 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 774 Ablehnung
- A 775 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 776 Ablehnung
- A 777 Ablehnung
- A 778 Ablehnung
- A 779 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 780 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 781 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 782 Ablehnung

- A 783 Ablehnung
- A 784 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 785 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 786 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 787 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 788 Ablehnung
- A 789 Ablehnung
- A 790 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 791 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 792 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 793 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 794 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 795 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 796 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 797 Ablehnung
- A 798 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 799 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 800 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 801 Ablehnung
- A 802 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 803 Erledigung
- A 804 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 805 Ablehnung
- A 806 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 807 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 808 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- A 809 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 810 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 811 Ablehnung
- A 812 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 813 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 814 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 815 Ablehnung
- A 816 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 817 Ablehnung
- A 818 Ablehnung
- A 819 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 820 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 821 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 822 Annahme
- A 823 Ablehnung
- A 824 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 825 Ablehnung
- A 826 Ablehnung
- A 827 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 828 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 829 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 830 Ablehnung
- A 831 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 832 Ablehnung
- A 833 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 834 Ablehnung

- A 835 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 836 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 837 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 838 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 839 Erledigung

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 839 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP

21 a/21 b): Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung zu den **Anträgen zum Statut, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU Deutschlands** folgende Beschlüsse:

- B 1 Überweisung an den Generalsekretär und die Bundesfinanzkommission
- B 2 Annahme
- B 3 Annahme
- B 4 Annahme
- B 5 Überweisung an den Generalsekretär und die Bundesfinanzkommission
- B 6 Überweisung an den Generalsekretär und den Bundesvorstand
- B 7 Überweisung an den Generalsekretär und den Bundesvorstand

(Der Wortlaut der Anträge B 1 bis B 7 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 22: Der 25. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** in offener Abstimmung über die **sonstigen Anträge** folgende Beschlüsse:

- C 1 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 2 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik

- C 3 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt und Energiepolitik
- C 4 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 5 Erledigung
- C 6 Annahme
- C 7 Erledigung
- C 8 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 9 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 10 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
- C 11 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt und Energiepolitik und an den Bundesfachausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- C 12 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 13 Annahme
- C 14 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 15 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt und Energiepolitik
- C 16 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt und Energiepolitik
- C 17 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 18 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion
- C 19 Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen
- C 20 Ablehnung
- C 21 Ablehnung
- C 22 Annahme
- C 23 Annahme i.d.F. der Antragskommission

- C 24 Ablehnung
- C 25 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 26 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 27 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion
- C 28 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 29 Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie an den Medienpolitischen Arbeitskreis
- C 30 Erledigung
- C 31 Ablehnung
- C 32 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 33 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 34 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 35 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 36 Annahme
- C 37 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 38 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 39 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 40 Ablehnung
- C 41 Annahme
- C 42 Annahme
- C 43 Überweisung an den Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- C 44 Erledigung
- C 45 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 46 Ablehnung

- C 47 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
- C 48 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt und Energiepolitik
- C 49 Ablehnung
- C 50 Annahme
- C 51 Annahme
- C 52 Annahme
- C 53 Annahme
- C 54 Ablehnung
- C 55 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 56 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 57 Überweisung an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
- C 58 Annahme
- C 59 Annahme
- C 60 Überweisung an den Generalsekretär
- C 61 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 62 Ablehnung
- C 63 Annahme
- C 64 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
- C 65 Annahme
- C 66 Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie an den Medienpolitischen Arbeitskreis
- C 67
Ziff. 1 Annahme

- C 67
Ziff. 2 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- C 68 Annahme
- C 69 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 70 Annahme
- C 71 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
- C 72 Überweisung an den Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- C 73 Überweisung an den Generalsekretär
- C 74 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt und Energiepolitik
- C 75 Überweisung an den Generalsekretär
- C 76 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation
- C 77 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 78 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 79 Annahme
- C 80 Annahme
- C 81 Annahme
- C 82 Erledigung
- C 83 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 84 Ablehnung
- C 85 Ablehnung
- C 86 Annahme
- C 87 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin

C 88 Annahme i.d.F. der Antragskommission

C 89 Annahme

C 90 Annahme

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 78 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge C 79 bis C 90 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 23: Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

REDNERVERZEICHNIS	Seite
Abler, Eugen	39 ff.
Altmaier, Peter	96 ff.
Arnold, Walter	130
Baldauf, Christian	97
Bareiß, Thomas	134 f.
Bäumler, Christian	49
Berend, Rolf	160
Beuth, Peter	207 f.
Bischoff, Dieter	211
Bockstette, Norbert	206 f.
Boddenberg, Michael	202 f.
Böhmer, Maria	155 ff.
Bouffier, Volker	41 ff., 76 ff.
Brauksiepe, Ralf	166
Braun, Florian	162
Brok, Elmar	98
Caffier, Lorenz	98 f.
de Maizière, Thomas	108
Demirbüken-Wegner, Emine	89
Dombrowski, Dieter	99
Dörflinger, Thomas	143 f.
Duhme, Elke	149
Fischer, Axel E.	100
Flachsbarth, Maria	161
Flath, Steffen	138 f.

Fuchs, Michael	101
Görner, Regina	101 f.
Gröhe, Hermann	58 ff., 150 f., 199 ff., 203 f., 217
Güler, Serap	102
Gurr-Hirsch, Friedlinde	198
Haseloff, Reiner	103
Heinemann, Manfred	176 ff.
Heute-Bluhm, Gudrun	104 f.
Hintze, Peter	11, 16, 64 f., 122, 128 f., 130, 132, 133, 134, 135, 136 ff., 139, 141, 142, 143, 144, 146, 147, 148, 149, 150, 151 f., 155, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 171 f., 174, 176, 178, 179, 180, 181 f., 183, 197 f., 199, 202, 203, 204, 206, 207, 208, 210, 211, 213, 214, 215, 217 f.
Hüppe, Hubert	106, 174
Jung, Franz Josef	106 f.
Kauder, Volker	184 ff.
Kaufmann, Stefan	133 f.
Klaß, Christa	163 f.
Klößner, Julia	37 f., 39, 41, 46, 48, 49, 50, 52, 53, 56, 58, 78 f., 181
Koch, Friedhelm	148 f.
Kramp-Karrenbauer, Annegret	87 f., 90 f., 168 f.
Kretschmer, Michael	166 f., 206, 218 f.
Kues, Hermann	132 f., 175
Kunert, Notburga	164
Lanig, Urban	149 f.
Laschet, Armin	64, 65, 68, 71, 72, 74, 79 ff., 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120 ff.

Laumann, Karl-Josef	91 f.
Lenssen, Heinz-Gerhard	49
Lieberknecht, Christine	88 f., 90, 91, 92, 93, 94, 95, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103 f., 106, 107
Liese, Peter	107, 214 f.
Linssen, Helmut	65 ff.
Luczak, Jan Marco	130 ff.
Martens, Wilfried	16 ff.
McAllister, David	9 ff., 12 ff., 19, 37, 74 ff., 78, 79, 81 f., 84, 86 f., 169 ff., 184, 192 f., 197, 219
Meister, Michael	108
Merkel, Angela	5 ff., 19 ff., 72 ff., 76, 87, 220 f.
Metzger, Oswald	46 ff., 158 f.
Meyer, Christian	72
Meyer, Peter	208, 209 f.
Milbradt, Georg	53 ff.
Mißfelder, Philipp	92 f.
Mohring, Mike	109
Motschmann, Elisabeth	110
Neisse-Hummelshein, Carla	164
Niedergesäß, Fritz	52 f.
Oesterhelweg, Frank	48
Ouaqasse, Younes	111 f.
Özkan, Aygül	110 f.
Pantel, Sylvia	167 f.
Pieper, Markus	213 f.
Pöttering, Hans-Gert	38 f.
Presser, Jürgen	178, 183

Rachel, Thomas	179 f.
Rathjen, Albert	212f, 218
Reul, Herbert	122 ff., 215, 216
Rust, Christoph	172 f.
Schell, Georg	204 ff.
Schipanski, Dagmar	112 f.
Schmitt, Thomas	148
Schreiber, Michael	182 f.
Schüle, Klaus	145 f.
Schwierling, Karl	141 f.
Seehofer, Horst	193 ff.
Sehrbrock, Ingrid	113 f.
Spahn, Jens	114 f., 135 f.
Stabel-Franz, Martina	165
Strobl, Thomas	84 ff.
Thelen, Hedi	157 f.
Thiel, Simone	216
Thoben, Christa	146 f.
Tillich, Stanislaw	94
Tillmann, Ferdinand	68 ff.
Uhlenbrock, Reinhold	162 f.
Vaatz, Arnold	56 ff., 115 f., 211 f.
van Schwick, Maria-Theresia	158
Volquartz, Angelika	116
von der Leyen, Ursula	82 ff., 152 ff.
von Klaeden, Eckart	90

Wagner, Christean	50 ff.
Wagner-Scheid, Anja	161 f.
Wegner, Kai	165
Weiss, Sabine	117
Widmann-Mauz, Annette	117 f.
Wiesmann, Bettina	142 f.
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	139 ff.
Wittke, Oliver	216 f.
Wulff, Otto	119 f.
Wüllner, Monica	118 f.
Zibell, Maria	144 f.
Zimmer, Matthias	147

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de